



machen den

Unterschied!

***22. ordentliche Landeskonferenz
der NRW Jusos | 02.-03.09.2023***

Vorschlag für die Tagesordnung

Beginn: Samstag, 2. September 2023, 11:00 Uhr

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Wahl eines Tagespräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tages- und Geschäftsordnung
4. Wahl von zwei Mandatsprüfungs- und Zählkommissionen
5. Grußworte
6. Politischer Bericht von Nina Gaedike, NRW Juso Landesvorsitzende, und Aussprache
7. Nachwahl zum Juso-Landesvorstand
8. Antragsberatung
9. Nominierung Bundesebene
10. Wahl der Delegation zum Juso-Bundeskongress
11. Verabschiedung der ehemaligen Mitglieder des Juso-Landesvorstandes

Unterbrechung der Konferenz um ca. 22:00 Uhr

Sonntag, 3. September 2023, 09:00 Uhr

12. Antragsberatung
13. Grußworte
14. Nominierung Awareness-Kommission
15. Schlusswort der Landesvorsitzenden

Ende: Sonntag, 3. September 2023, ca. 14:00 Uhr

Vorschlag für die Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigt sind alle von den jeweiligen Kreisverbänden / Unterbezirken gewählten Delegierten, soweit die Quotenvorgaben der Jusos gemäß Organisationsstatut eingehalten werden. Entsprechende Feststellungen trifft die Mandatsprüfungs- und Zählkommission.
2. Die Landeskonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse der Landeskonferenz werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.
4. Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren erstellt:
 - Getrennt nach FINTA (Frauen, Inter, Nichtbinär, Trans, Agender) und Mann werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das Wort erhält dann jeweils im Wechsel ein Mann und eine FINTA-Person bzw. umgekehrt (Reißverschlussystem).
 - Wenn keine FINTA-Person mehr auf der Redeliste steht, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann die Liste noch einmal für drei Männer geöffnet werden. Sobald sich FINTA-Personen melden, wird wieder nachquotiert.
5. Die Redezeit für Diskussionsredner*innen beträgt maximal 3 Minuten. Jede/r Redner*in kann zu jedem Diskussionsgegenstand zweimal sprechen.
6. Personalvorschläge können bis zum 02. September 2023, 12:00 Uhr beim Tagungspräsidium eingereicht werden.
7. Initiativanträge können nur berücksichtigt werden, wenn die darin behandelten politischen Fragen unerwartet und bis Antragsschluss noch nicht aktuell waren. Sie bedürfen der Unterschrift von 25 Delegierten aus 5 Kreisverbänden / Unterbezirken. Initiativanträge müssen beim Tagungspräsidium eingereicht werden. Antragsschluss ist am 02. September 2023, 14:00 Uhr.
8. Änderungsanträge zu den Antragsbereichen A, B, F, G und I können bis Samstag, den 02. September 2023 um 12:00 Uhr eingereicht werden. Änderungsanträge zu den Antragsbereichen D, E, K, M, O und W können bis Samstag, den 02. September 2023 um 19:00 Uhr eingereicht werden. Danach können nur noch Änderungsanträge zu Initiativanträgen im Tagungsbüro eingereicht werden. Über Ausnahmen in begründeten Einzelfällen entscheidet das Tagungspräsidium.
9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Der/die Antragsteller*in erhält außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner*innen das Wort. Über Anträge zur Geschäftsordnung wird abgestimmt, nachdem ein/e Redner*in für und ein/e Redner*in gegen den Antrag gesprochen hat.

Inhaltsverzeichnis

A - Arbeit und Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in	Seite
A01	Brain Drain und Fachkräftemangel: Deutschlands Wettlauf um Talente UB Mönchengladbach, UB Gelsenkirchen	14
A02	Dem Tarifvertrag entgegen! UB Märkischer Kreis, UB Hochsauerland, UB Hagen, UB Siegen-Wittgenstein, KV Olpe, UB Kreis Soest	19
A03	Geburtsversorgung sichern – Existenznot von Hebammen bekämpfen Region Ostwestfalen-Lippe	21
A04	Kritische Reflexion des Freiwilligen Sozialen Jahres: Nachhaltige Hilfe statt Voluntourismus UB Gelsenkirchen, KV Recklinghausen	23
A05	Living in a material world: die Schattenseiten der Textilindustrie UB Mönchengladbach	27
A06	„Don't forget about the price tag“- Steuerfreie Einmalzahlungen stoppen UB Märkischer Kreis, UB Hochsauerland, UB Hagen, UB Siegen-Wittgenstein, UB Kreis Soest	33
A07	Im Tod sind wir alle gleich? – Die „Ordnungsbehördliche Bestattung“ von Armutsbetroffenen, billig und würdelos in den Tod UB Dortmund	35
A08	Waisenrente reformieren – Finanzielle Sicherheit garantieren! UB Kreis Mettmann, UB Remscheid, UB Düsseldorf, UB Solingen, UB Wuppertal	37

B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in	Seite
B01	Weg mit dem konservativen Stillstand unseres Bildungssystems – Mit einer umfassenden Reform zur Bildungsexzellenz UB Dortmund, KV Recklinghausen, UB Oberhausen	39
B02	Berufung statt Beruf: Lehramt wieder attraktiv machen! UB Mönchengladbach	51
B03	So wie jetzt kann es nicht bleiben - Studierende mitdenken! Region Ostwestfalen-Lippe	54
B04	JUNG, AKADEMISCH, PREKÄR - HOLEN WIR UNS DEN TARIFVERTRAG FÜR STUDENTISCH BESCHÄFTIGTE UB Wuppertal, UB Düsseldorf, UB Kreis Mettmann, UB Remscheid, UB Solingen	58
B05	"That's not my name" - IPA-Notationen in schulischen Dokumenten einführen UB Mönchengladbach	59
B06	Mentale Gesundheit im Schulwesen Juso Schüler*innen und Auszubildende NRW	60
B07	Schule gegen Rassismus! Wir sagen unserem kaputten Schulsystem den Kampf an! Juso Schüler*innen und Auszubildende NRW	62
B08	Vergleichbare Schulabschlüsse – bitte nicht im Schneckentempo! Juso Schüler*innen und Auszubildende NRW	65

D - Digitalisierung, Netzpolitik und Kultur

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
D01	Die Zerstörung von ChatGPT - Eine jungsozialistische Perspektive auf künstliche Intelligenz* KV Paderborn, UB Dortmund, UB Märkischer Kreis	67
D02	Für eine diskriminierungsfreie Zukunft! - Künstliche Intelligenz feministisch denken. UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Wuppertal, UB Solingen	71
D03	Kulturpolitik für alle UB Bonn	75
D04	It's dangerous to rate alone, take PEGI - Reform des Jugendschutzes bei Videospielen UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Wuppertal, UB Solingen	79

E - Europa und Internationales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
E01	Internationalistische Klimagerechtigkeit muss antikapitalistisch, antikolonial und feministisch sein! UB Bonn, UB Siegen-Wittgenstein	81
E02	Solidarität ohne Grenzen: Die EU und der Sudan-Konflikt UB Mönchengladbach	86
E03	Kraftklub douze points – Kraftklub zum ESC schicken! UB Mönchengladbach	88

F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
F01	Alles Krise? - Feministische Antworten auf die Krisen unserer Zeit Landesvorstand	89
F02	We're Here, We're Queer And We're Going Nowhere! Zur Situation queerer Rechte weltweit UB Bonn, UB Münster	99
F03	Schutz vor Gewalt? - für eine bessere Finanzierung von Frauenhäusern UB Düsseldorf, UB Kreis Mettmann, UB Remscheid, UB Solingen, UB Wuppertal	104

G - Gemeinwohl und Gesundheitspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G01	Gute Besserung an das Gesundheitssystem! - für eine solidarische und faire "Revolution" im Gesundheitswesen UB Münster	106
G02	Wissenschaftsfeindliche Tradition beenden – Homöopathie den Kampf ansagen! UB Köln	112
G03	Stärkung der Geburtshäuser Region Ostwestfalen-Lippe	114
G04	Progressive Sportpolitik: Wie Sportpolitik neu gedacht werden muss! UB Ennepe-Ruhr, UB Hagen	116
G05	Ich sehe was, was du nicht siehst UB Wuppertal, UB Düsseldorf, UB Kreis Mettmann, UB Remscheid, UB Solingen	118
G06	Aufklärung, Diagnostik und Unterstützung bei der Behandlung von Lipödem UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Wuppertal, UB Solingen	122

I - Innenpolitik, Migration und Justiz

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
I01	Dem Rückschritt entgegen – neue Wege zur einer jungsozialistischen Asyl- und Migrationspolitik in Bund, Ländern und Kommunen wagen Landesvorstand	125
I02	Klimaprotest ist kein Verbrechen! Landesvorstand	130
I03	Rassismus raus aus unseren Behörden! UB Bonn	136
I04	Watch the Police not the People Region Ostwestfalen-Lippe	139
I05	Klassenjustiz - Ein Problem, dem wir uns stellen müssen! UB Aachen-Stadt, UB in der Städteregion Aachen, KV Düren/Jülich, KV Heinsberg, KV Euskirchen	142
I06	Hands off my Hijab! UB Bonn, KV Wesel	145
I07	Wir bleiben LinX! - Gegen staatliche Repression linker Bewegungen UB Essen, UB Münster, UB Oberhausen	147
I08	Gefängnisse und Kriminalitätserfassung feministisch umbauen! Transformative Gerechtigkeit stärken! UB Bonn, UB Münster	151
I09	Ankommen einfacher machen UB Duisburg, UB Oberhausen	159
I10	Drug-Checking-Angebot für NRW schaffen! UB Köln	160
I11	Sperrkonten und Aufenthaltserlaubnisse UB Dortmund	162

K - Klimapolitik, Umwelt- und Tierschutz

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
K01	Klimaschutz ohne Klassenkampf ist Gartenarbeit – Klasse und Klima in unserer kapitalistischen Gesellschaft UB Dortmund	163
K02	Jungsozialistisch einheizen statt heißer Luft – Wie die Wärmewende gelingen kann UB Aachen-Stadt, UB in der Städteregion Aachen, KV Düren/Jülich, KV Heinsberg, KV Euskirchen	169
K03	Zeitenwende? Klimawende? Kommunikationswende! UB Düsseldorf, UB Kreis Mettmann, UB Remscheid, UB Solingen, UB Wuppertal	175
K04	Refashion Fast Fashion UB Mülheim an der Ruhr, UB Oberhausen	177
K05	Weniger Tierversuche - Organoide anstatt toter Mäuse UB Dortmund	182
K06	Lange überfällig: Nationalpark Senne - Teutoburger Wald – Eggegebirge Region Ostwestfalen-Lippe	184

M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
M01	Transformation unserer Städte: Stadtplanung jungsozialistisch denken! UB Ennepe-Ruhr	186
M02	FairMieten - Indexmieten abschaffen UB Mönchengladbach	191
M03	Mehr Kompetenzen für Kommunen – Reform des Straßenverkehrsrechts jetzt! Region Ostwestfalen-Lippe	193
M04	Schattige Innenstadt - Coole Innenstadt UB Märkischer Kreis, UB Siegen-Wittgenstein	195

O - Organisationspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
001	Wir müssen das Rad nicht neu erfinden - Austauschplattform für Anträge und Aktionen! UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Solingen, UB Wuppertal	197
002	Mutti gib ma' Geld - Für sozial gerechte Teilhabemöglichkeiten in Verband und Partei KV Recklinghausen, UB Gelsenkirchen	199
003	Inklusion bei den Jusos - Vernetzungstreffen für Menschen mit Behinderungen UB Mönchengladbach, UB Aachen-Stadt, UB in der Städteregion Aachen, KV Düren/Jülich, KV Heinsberg, KV Euskirchen	200
004	Kinder- und Jugendschutz bei den Jusos UB Aachen-Stadt, UB in der Städteregion Aachen, KV Düren/Jülich, KV Heinsberg, KV Euskirchen	201
005	Queer, Sozialistisch, Vernetzt - Queersos zeigen Flagge UB Aachen-Stadt, UB in der Städteregion Aachen, UB Dortmund, KV Düren/Jülich, UB Düsseldorf, KV Euskirchen, KV Heinsberg, UB Mönchengladbach, UB Mülheim an der Ruhr, UB Oberhausen, KV Recklinghausen, KV Rhein-Kreis Neuss, KV Wesel, UB Wuppertal	203

W - Wirtschaft und Finanzen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
W01	Umverteilung made by Hendrik Wüst. Echte Altschuldenlösung jetzt! UB Krefeld	205
W02	Der Preis ist heiß - Preiskontrollen statt Profite! UB Düsseldorf, UB Kreis Mettmann, UB Solingen, UB Wuppertal, UB Remscheid	207
W03	Den Wandel finanzieren – mit einer sozialistischen Steuerpolitik! UB Märkischer Kreis, UB Siegen-Wittgenstein	209
W04	Nicht jedes saubere Geld ist geil - Geldwäsche in Deutschland einfacher als anderorts UB Mönchengladbach	211

Antrag A01: Brain Drain und Fachkräftemangel: Deutschlands Wettlauf um Talente

Antragsteller*in:	UB Mönchengladbach, UB Gelsenkirchen
Sachgebiet:	A - Arbeit und Soziales

1 Der Fachkräftemangel ist ein Thema von großer Bedeutung, das im politischen Diskurs
2 und in der Gesellschaft immer wieder aufgegriffen wird. Insbesondere in Bereichen wie
3 der Pflege, dem Handwerk, den Kindertagesstätten und vielen anderen Branchen sind die
4 Auswirkungen des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften deutlich spürbar.
5 Deutschland steht vor der Herausforderung, geeignete Fachkräfte zu finden, um den
6 Bedarf an Arbeitskräften langfristig decken zu können.

7 Der demografische Wandel, der Rückgang der Geburtenrate und der steigende Bedarf an
8 qualifizierten Arbeitskräften durch die fortschreitende Digitalisierung und den
9 technologischen Fortschritt sind einige der Faktoren, die den Fachkräftemangel in
10 Deutschland verstärken. Die steigende Nachfrage nach Fachkräften steht einer
11 begrenzten Anzahl von verfügbaren Arbeitskräften gegenüber, was zu Engpässen in
12 verschiedenen Branchen führt und somit die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst.

13 In dieser Debatte wird von politischer Seite immer wieder die Möglichkeit betont,
14 Fachkräfte aus dem Ausland zu rekrutieren, um den Bedarf an qualifizierten
15 Arbeitskräften zu decken und die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Die
16 Steigerung der Wirtschaft wird als ein Ziel betrachtet, das durch die Anwerbung
17 ausländischer Fachkräfte erreicht werden kann. Dabei ist es wichtig, den Blick auf
18 die langfristigen Auswirkungen und mögliche Herausforderungen zu richten, die mit
19 einer verstärkten Einwanderung von Fachkräften einhergehen könnten.

20 Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels wurde im August 2019 das
21 "Fachkräfteeinwanderungsgesetz" erlassen.

22 Dieses Gesetz soll dazu dienen, Fachkräften aus dem Ausland den Zugang zum deutschen
23 Arbeitsmarkt zu erleichtern. Mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) kommen
24 einige Veränderungen. Das Gesetz ermöglicht es Menschen mit Hochschulabschluss, in
25 Berufen zu arbeiten, die normalerweise eine spezifische berufliche Ausbildung
26 erfordern würden. Gleichzeitig können Personen mit beruflicher Ausbildung in einer
27 größeren Auswahl an Berufen tätig sein, nicht nur in den Berufen, in denen
28 Fachkräftemangel herrscht.

29 Laut dem Gesetz können Menschen eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, mit der sie bis
30 zu 6 Monate lang in Deutschland bleiben können. Währenddessen können sie eine Arbeit
31 finden, sich einleben und bis zu 10 Stunden pro Woche in einem Probearbeitsverhältnis
32 arbeiten. Durch einen sogenannten "Anerkennungsbescheid" kann man die Möglichkeit
33 erhalten, seine "Defizite" in der Qualifikation an die deutschen Vorgaben anzupassen.

34 Zudem können nicht nur Menschen fürs Studium nach Deutschland kommen, sondern auch
35 Menschen, die nach einer Ausbildung suchen. Das Gesetz soll darüber hinaus erreichen,
36 dass mehr Frauen und ältere Menschen arbeiten und dass Aus- und Weiterbildung
37 gestärkt werden, um genügend Fachkräfte in Deutschland zu haben.

38 Das Gesetz zur Erleichterung der Einwanderung kann zwar positive Auswirkungen auf die

39 Menschen haben, jedoch vernachlässigt es oft die negativen Folgen für die betroffenen
40 Individuen und ihre Herkunftsländer im politischen Diskurs.

41 **Brain Drain**

42 Der Begriff "Brain Drain" beschreibt den bedauerlichen Verlust hochqualifizierter und
43 gut ausgebildeter Fachkräfte aus einem bestimmten Land. Es geht um talentierte und
44 fähige Menschen, die ihre Heimat verlassen, um in anderen Ländern ihr berufliches
45 Glück zu finden. Diese Entwicklung, besonders unter jungen Menschen, hat spürbare
46 Auswirkungen auf den demographischen Wandel in den betroffenen Ländern und stellt
47 eine bedeutende Herausforderung dar.

48 Die Konsequenzen des Brain Drain sind vielfältig. Ein Mangel an qualifizierten
49 Fachkräften entsteht, wenn sie das Land verlassen haben. Dadurch kann es zu einem
50 Rückgang der Produktivität und Innovation kommen, da talentierte Köpfe fehlen, um
51 neue Ideen zu entwickeln und die Wirtschaft voranzutreiben. Die Auswanderung
52 hochqualifizierter Fachkräfte kann zudem zu einem Ungleichgewicht in der Gesellschaft
53 führen, da bestimmte Berufsfelder und Branchen unterbesetzt sind. Dies kann die
54 Qualität der Dienstleistungen, einschließlich Gesundheit, Bildung und Forschung,
55 beeinträchtigen.

56 Auch die wirtschaftliche Entwicklung des Herkunftslandes kann durch den Brain Drain
57 behindert werden. Wichtige Investitionen in Ausbildung und Fachkenntnisse gehen
58 verloren, was das Land in seiner Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen kann und
59 wirtschaftlichen Fortschritt erschwert.

60 Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) der Bundesregierung privilegiert laut
61 Aussage auch zukünftige EU-Mitgliedsstaaten wie die des Westbalkans. Jedoch sind es
62 vor allem Staaten wie Albanien, Kosovo und Bosnien-Herzegowina, die als die
63 eigentlichen Verlierer dieses Gesetzes betrachtet werden können. Mit einem
64 Durchschnittsalter von 36,7 Jahren auf dem Westbalkan könnten sich diese Länder
65 eigentlich über eine junge Bevölkerung freuen. Doch genau hier setzt nun das Dilemma
66 an: Deutschland rekrutiert Fachkräfte aus diesen Ländern, da es selbst mit einer
67 schnell alternden Bevölkerung zu kämpfen hat und damit den Wohlstand aufrechterhalten
68 möchte.

69 Dieses Phänomen ist auch in Albanien deutlich spürbar, und politische Vertreter
70 äußern regelmäßig ihre Besorgnis über diese Abwanderung. Der albanische
71 Premierminister Edi Rama äußerte sich beispielsweise besorgt über den Mangel an
72 qualifizierten Arbeitskräften: "Ich bin auch besorgt, dass angesichts der gemeinsamen
73 Realität des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften, zum Beispiel im
74 Gesundheitswesen, weiterhin grausame Marktentscheidungen herrschen werde" so Edi
75 Rama.

76 Ein weiteres Beispiel bietet der Kosovo, wo laut dem kosovarischen Amt für Statistik
77 (ASK) vor zehn Jahren etwa 15.000 bis 20.000 Kosovaren jährlich das Land verließen.
78 In den letzten fünf Jahren hat diese Zahl weiter zugenommen, und heute wird die Zahl
79 der Auswanderungen auf 30.000 Menschen pro Jahr geschätzt.

80 **Menschen statt Fachkräfte**

81 Als jungsozialistischer Jugendverband liegt es uns am Herzen, dass Menschen eine
82 Möglichkeit erhalten, unkompliziert nach Deutschland zu kommen. Obwohl das
83 Fachkräfteeinwanderungsgesetz das Ziel verfolgt, den Fachkräftemangel in bestimmten

84 Branchen zu mildern und die Wirtschaft zu stärken, betrachten wir es dennoch als
85 problematisch, Menschen allein als Arbeitskräfte zu betrachten und sie aufgrund ihrer
86 Fähigkeiten und Qualifikationen aus ihren Heimatländern abzuwerben.

87 Häufig wird politisch argumentiert, dass Deutschland diese Menschen aufgrund ihrer
88 Bedeutung für die Wirtschaft gut gebrauchen könne. Jedoch lehnen wir dieses
89 profitorientierte Denken entschieden ab, da es suggeriert, dass die Wertigkeit eines
90 Menschen allein von seinem Nutzen für die Wirtschaft abhängt.

91 Wir sind fest davon überzeugt, dass Migration und Einwanderung nicht einzig und
92 allein aus wirtschaftlicher Sicht betrachtet werden sollten, sondern dass die
93 individuellen Bedürfnisse und Rechte der Menschen eine ebenso wichtige Rolle spielen.

94 Wir sind gegen eine Selektion von Menschen aufgrund ihrer Nützlichkeit für den
95 Arbeitsmarkt, die dabei andere bedeutsame Aspekte wie soziale Integration,
96 kulturellen Austausch und gesellschaftliche Vielfalt außer Acht lässt.

97 Statt Menschen als bloße Arbeitskräfte zu sehen, sollten wir ihre individuellen
98 Potenziale, Talente und Fähigkeiten in den Fokus rücken. Es ist uns ein Anliegen,
99 ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Lebensqualität zu verbessern und sich
100 vollständig in unsere Gesellschaft einzubringen.

101 Wir fordern daher:

- 102 • eine grundlegende Überarbeitung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, die den
103 Menschen und ihren Bedürfnissen gerecht wird
- 104 • einen menschenzentrierter Ansatz, der die soziale Integration, den Schutz der
105 Rechte der Einwandernden und die Förderung von kulturellem Austausch und
106 gegenseitigem Verständnis berücksichtigt, ist von entscheidender Bedeutung
- 107 • eine Neugestaltung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, das den Menschen in den
108 Mittelpunkt stellt und ihre umfassende Teilhabe ermöglicht

109 **Faire Arbeitsbedingungen**

110 In einer gerechten Gesellschaft sollten gleiche Arbeit und gleiche Bedingungen für
111 alle Beschäftigten gewährleistet sein, unabhängig von ihrer Herkunft. Immer noch
112 beobachten wir Fälle, in denen zugewanderte Menschen bei gleicher Arbeit weniger
113 verdienen. Besonders FINTA-Personen befinden sich dabei oftmals in prekärer Lage.
114 FINTAs werden auf dem Arbeitsmarkt strukturell diskriminiert und verdienen ohnehin im
115 Durchschnitt weniger als Männer. Auf ihre berufliche Absicherung gilt ein besonderer
116 Fokus. Zusätzlich kommt es nicht selten vor, dass Zugewanderte in Minijobs oder
117 illegale Arbeit gelockt werden.

118 Um gegen diese Ungleichheiten anzukämpfen, setzen wir uns für die konsequente
119 Umsetzung bestehender arbeitsrechtlicher Standards ein und fordern verstärkten Schutz
120 vor Ausbeutung. Jeder Arbeitsvertrag sollte fair gestaltet sein, und alle
121 Beschäftigten verdienen eine angemessene Entlohnung, ungeachtet ihrer Herkunft.
122 Zusätzlich müssen die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gestärkt und
123 geschützt werden, um jegliche Form von Missbrauch und Diskriminierung zu verhindern.

124 Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Arbeitsbedingungen sind weitere wichtige
125 Anliegen. Der Zugang zu Informationen über Rechte, Pflichten und Entlohnung ist
126 entscheidend, um sicherzustellen, dass niemand in die Falle von Ausbeutung und
127 ungerechter Behandlung gerät.

128 Ebenso ist die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigungsverhältnissen
129 von großer Bedeutung. Hierbei müssen die Kontrollen verstärkt werden, um
130 sicherzustellen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht in prekären
131 Arbeitsverhältnissen gefangen sind. Die Schaffung legaler Beschäftigungsmöglichkeiten
132 ist dabei entscheidend, um Menschen aus der Schwarzarbeit herauszuholen und ihre
133 Arbeitsrechte zu schützen.

134 **Integration**

135 Integration ist ein zentraler Aspekt bei der Aufnahme und Eingliederung von Menschen
136 aus verschiedenen Ländern und Kulturen in die deutsche Gesellschaft. Es ist wichtig,
137 dass wir uns als Gesellschaft für eine offene, inklusive und vielfältige
138 Integrationspolitik einsetzen, die auf den Grundwerten der Gleichheit, Toleranz und
139 Menschenwürde basiert. Leider müssen wir anerkennen, dass Deutschland trotz seiner
140 Bemühungen zur Integration immer noch mit rassistischen Strukturen und
141 Diskriminierung konfrontiert ist. Es ist daher unerlässlich, dass wir diese Probleme
142 aktiv ansprechen und effektive Maßnahmen ergreifen, um eine Gesellschaft zu schaffen,
143 die unabhängig von Herkunft, Religion und anderen Faktoren gleiche Chancen und Rechte
144 für alle bietet.

145 Um eine erfolgreiche Integration zu gewährleisten, müssen wir verschiedene Ebenen
146 berücksichtigen. Erstens müssen wir die strukturellen Hindernisse beseitigen, die den
147 Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt und sozialer Absicherung für Einwandernde erschweren.
148 Wir sollten sicherstellen, dass alle Menschen die gleichen Möglichkeiten haben, ihre
149 Fähigkeiten und Talente zu entfalten, unabhängig von ihrer Herkunft. Dazu gehört auch
150 die Anerkennung ausländischer Qualifikationen und Kompetenzen, um eine faire Teilhabe
151 am Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

152 Zweitens ist die Förderung von interkulturellem Austausch und gegenseitigem
153 Verständnis von großer Bedeutung. Wir sollten kulturelle Vielfalt als Bereicherung
154 ansehen und uns aktiv für einen Dialog zwischen verschiedenen Kulturen und Religionen
155 einsetzen. Dies kann durch Bildungsprogramme, kulturelle Veranstaltungen und den
156 Austausch von Erfahrungen und Wissen erreicht werden. Ein respektvoller und
157 wertschätzender Umgang miteinander sollte die Grundlage unseres gesellschaftlichen
158 Zusammenlebens sein.

159 Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, rassistische Strukturen in allen
160 gesellschaftlichen Bereichen zu erkennen und zu bekämpfen. Dazu gehört auch die
161 Sensibilisierung für rassistisches Verhalten und die Förderung einer offenen
162 Diskussionskultur, die Rassismus und Diskriminierung aktiv entgegentritt. Die
163 Etablierung von unabhängigen Gremien und Beschwerdestellen kann dazu beitragen,
164 rassistischen Vorfällen und Diskriminierungsfällen effektiv entgegenzuwirken.

165 Schließlich müssen wir uns für eine inklusive Gesellschaft einsetzen, in der alle
166 Menschen gleiche Rechte und Chancen haben. Dies bedeutet auch, dass wir uns gegen
167 jegliche Form von Ausgrenzung und Diskriminierung stark machen, sei es am
168 Arbeitsplatz, in Bildungseinrichtungen oder im öffentlichen Leben.

169 Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz sollte einen stärkeren Fokus auf die
170 Integration der zugewanderten Menschen legen. Ihre Integration in die Gesellschaft
171 ist ein wichtiger Schritt zum besseren Einleben in einem fremden Land.

172 Wir fordern daher eine Stelle, die sich um die Planung eines Konzepts für die

173 Integration der zugewanderten Menschen kümmert und für diese Umsetzung verantwortlich
174 ist.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A02: Dem Tarifvertrag entgegen!

Antragsteller*in:	UB Märkischer Kreis, UB Hochsauerland, UB Hagen, UB Siegen-Wittgenstein, KV Olpe, UB Kreis Soest
Sachgebiet:	A - Arbeit und Soziales

1 Als Teil der sozialistischen Arbeiter*innen Bewegung verstehen wir uns als Akteur in
2 einem langen Kampf für die Rechte von Arbeiter*innen gegenüber den Interessen des
3 Kapitals.

4 Dabei ist der Tarifvertrag eines der stärksten Mittel, die in diesem Kampf entstanden
5 sind. Tarifverträge regeln die Arbeitsrealität in Deutschland: Sie regeln unter
6 anderem Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen und Entgelte. Branchen, die ihren
7 Beschäftigten über Jahrzehnte hinweg gute Tarifverträge bieten konnten, haben
8 strukturell weniger Probleme mit der Fachkräftegewinnung- und Sicherung, sie sind
9 erfolgreicher und produktiver. Tarifverträge sorgen für Sicherheit auf Seiten der
10 Arbeiter*innen, durch sie kamen unsere heutige 40h Woche, Arbeitssicherheitskonzepte
11 und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erstmals in unsere Arbeitswelt.
12 Tarifverträge setzen seit jeher die Maßstäbe, die später vom Gesetzgeber übernommen
13 werden. Als Mittel des geordneten Arbeitskampfes haben sich Tarifverträge etabliert
14 und stellen mit rund 80.000 einzelnen Verträgen eines der umfassendsten und
15 wichtigsten Reglements des Arbeitsmarktes dar. Im kapitalistischen System sind sie
16 das solidarische Gegengewicht zum Kapital.

17 Die Tarifbindung in Deutschland, und auch in NRW, ist seit vielen Jahren massiv
18 rückläufig. Noch 1996 wurden in NRW 82% der Beschäftigten nach Tarif bezahlt- heute
19 liegt dieser Wert bei circa 57%[\[1\]](#). Die Erosion der Tarifbindung ist dabei nicht
20 zufällig: Seit Jahrzehnten arbeiten Teile der Arbeitgeber*innen und die Verbände in
21 denen sie sich organisieren systematisch daran, die Tarifbindung zu senken. Diese
22 Bemühungen, flankiert mit geringen Beitritts Quoten in tarifgebundene
23 Arbeitgeberverbände von neu gegründeten Unternehmen, sorgen dafür, dass die
24 Tarifbindung in Deutschland nur noch ein Schatten ihrer selbst ist.

25 Das darf nicht so bleiben: Weder aus jungsozialistischer noch aus juristischer
26 Perspektive: Im Grundgesetz ist die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie als
27 wichtiges Ziel benannt. Diese Tarifautonomie kann aber überhaupt nur mit starker
28 Tarifbindung erreicht werden[\[2\]](#).

29 Gleichzeitig sind die Gewerkschaften in Branchen mit geringer Tarifbindung in einer
30 Zwickmühle: Den Arbeiter*innen entfällt einer der wichtigsten Beitrittsgründe (der
31 Tarifvertrag und die Möglichkeit ihn zu gestalten) und somit bleibt die Gewerkschaft
32 strukturell geschwächt. Nur organisierte Belegschaften haben die Kraft sich im
33 ständigen Konflikt um Fragen der Bezahlung und Arbeitsbedingungen gegen die
34 Arbeitnehmer*innen zu behaupten. Umgekehrt können die Gewerkschaften in diesen
35 Branchen nur dann an Stärke gewinnen und die Arbeitgeber*innen mit Streik unter Druck
36 setzen, wenn ein ausreichend großer Teil der Arbeiter*innenschaft auch
37 Gewerkschaftsmitglied geworden ist.

38 Vor diesem Hintergrund ist für uns Jungsozialist*innen klar, dass es politischer
39 Maßnahmen bedarf, um die Tarifbindung und damit auch die Gewerkschaften, mit denen

40 wir Seit' an Seit' für die Interessen der Arbeiter*innen streiten, zu stärken.

41 Hierfür bedarf es mehrerer Anpassungen:

- 42 • Arbeitgeber*innen Verbände sind Institutionen, die insbesondere für die
43 tarifliche Auseinandersetzungen geschaffen wurden. Daher fordern wir die
44 Abschaffung der Möglichkeit, Mitglied eines Arbeitgeber*innenverbandes zu werden
45 ohne in die Tarifbindung einzutreten (OT Mitgliedschaften).
- 46 • Die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Verbänden muss attraktiver werden.
47 Hierfür sollten exklusive, ggf. auch steuerliche Vorteile geschaffen werden, die
48 eine Gewerkschaftsmitgliedschaft attraktiver machen.
- 49 • Wir fordern die Einführung von Verbandsklagen im Arbeitsrecht, denn die
50 rechtliche Verteidigung von Tarifverträgen darf kein individueller Kampf sein,
51 wenn es um kollektive Interessen der Arbeiter*innen, oder Probleme geht, die
52 eine große Zahl der Arbeiter*innen betreffen.
- 53 • Wir fordern Handwerksinnungen und andere vergleichbare Verbände zu echten
54 Tarifverbänden zu machen. Insbesondere im Handwerk ist der kleinteilige
55 Arbeitskampf eine große Erschwernis für die Gewerkschaften, obwohl gerade dort
56 eine starke Organisation der Arbeiter*innen dringend geboten wäre.
- 57 • Das Zugangsrecht zum Betrieb muss an die heutigen Bedingungen des Arbeitsmarktes
58 angepasst werden. Längst ist es alltägliche Realität, dass Arbeiter*innen nicht
59 mehr nur im Betrieb, sondern auch im Home Office oder anderen digitalen
60 Arbeitsmodellen anzutreffen sind. Dadurch braucht es ein klar definiertes
61 digitales Zugangsrecht für die Gewerkschaften.
- 62 • Ebenso sollte die Rolle und Geschichte der Gewerkschaften in allgemeinbildenden
63 Schulen behandelt werden. Gerade dann, wenn Gewerkschaften durch die sinkende
64 Tarifbindung eine immer kleinere Rolle im Familienleben und damit im Leben
65 junger Menschen einnehmen, müssen Schüler*innen mit den Gewerkschaften in
66 Kontakt kommen.
- 67 • Die umfangreichen Juso Forderungen zu Tariftreuegesetzen in Land und Bund
68 bleiben weiterhin notwendig. Da eine hohe Tarifbindung in unser aller Interesse
69 liegt, muss der Staat mehr für die Stärkung der Tarifbindung tun.
70 Tariftreuegesetze bilden einen sinnvollen Ansatz zu dieser Aufgabe und gehören
71 in jedes sozialdemokratische Regierungsprogramm!

72

73 [\[1\]](https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-nrw-muss-tarifflicht-stoppen-42251.htm) <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-nrw-muss-tarifflicht-stoppen-42251.htm>

74 [\[2\]](#) „Das Verhältnis von Staat und Tarifautonomie- Ansätze zur Stabilisierung des
75 Tarifvertragssystems“ (Martin Behrens, Thorsten Schulten) in „WSI Mitteilungen Der
76 Staat und die Tarifautonomie“ (2023)

Antrag A03: Geburtsversorgung sichern – Existenznot von Hebammen bekämpfen

Antragsteller*in:	Region Ostwestfalen-Lippe
Sachgebiet:	A - Arbeit und Soziales

1 Eine ausgiebige Betreuung durch eine Hebamme ist für Gebärende und ihr eigenes
2 Wohlbefinden während der Geburt von hoher Bedeutung. Diese Bedeutsamkeit greift auch
3 die S3-Leitlinie auf, welche empfiehlt, dass Gebärende ab der aktiven Eröffnungsphase
4 [\[1\]](#) durch eine Hebamme Eins-zu-Eins betreut werden müssen. Mithilfe einer Eins-zu-
5 Eins-Begleitung, welche mindestens zu 80% der Zeit erfolgen soll, werden zahlreiche
6 Vorteile für Gebärende ermöglicht. Hierzu gehört auch, dass Gebärende durch die
7 geburtsbegleitende Hebamme die beste emotionale Unterstützung, sowie kontinuierlich
8 weitere Informationen über den eigenen Geburtsfortschritt erhalten. Darüber hinaus
9 wurde festgestellt, dass eine umfassende Betreuung zu mehr vaginalen Geburten und zu
10 weniger Kaiserschnitten führt.

11 Allerdings kann aktuell das empfohlene Betreuungsmodell in vielen Fällen nicht
12 ausgeführt werden. Dieses liegt, unter anderem, dem ständig wachsenden Personalmangel
13 in der Geburtshilfe zugrunde. Woraufhin immer mehr Gebärende zur gleichen Zeit
14 betreut werden müssen. Dementsprechend sind Entbindende auch immer häufiger und
15 länger während der Geburt auf sich allein gestellt. Des Weiteren löst der stetig
16 wachsende Personalmangel zunehmend Versorgungsengpässe in der stationären
17 Hebammenversorgung aus.

18 Der wachsende Personalmangel in der Geburtshilfe wird insbesondere durch die
19 gesetzlich vorgeschriebene Berufshaftpflichtproblematik für Beleghebammen begünstigt.
20 Während die Haftpflichtbeiträge in den letzten Jahren rasant gestiegen sind, zogen
21 die Vergütungen für Geburtsbegleitungen kaum nach. An dieser Stelle ist zu
22 beobachten, dass freiberufliche Hebammen, welche zusätzlich Geburtshilfe anbieten am
23 stärksten von hohen Haftpflichtbeiträgen betroffen sind. Für diese Berufsgruppe
24 werden monatlich Beiträge von bis zu 900€ und mehr fällig. Zwar können Hebammen einen
25 Antrag auf einen Sicherstellungszuschlag stellen. Jedoch kann dieser nur rückwirkend
26 bewilligt werden. Anders formuliert, Hebammen müssen zunächst in Vorleistung gehen.
27 Des Weiteren kann die gesetzlich vereinbarte Mindestmenge in der Geburtshilfe nicht
28 von jeder Hebamme erreicht werden, weswegen nicht jede ein Recht auf den
29 Sicherstellungszuschlag erhält. Überdies hinaus ist anzumerken, dass
30 Privatpatient*innen nicht mit in die Berechnung der Mindestmenge mit einfließen.

31 Die hohen Haftpflichtbeiträge führen zunehmend dazu, dass viele Hebammen ihre eigene
32 Existenz nicht mehr durch ihr generiertes Einkommen sichern können. Im Zuge dessen
33 scheidet immer mehr Hebammen aus ihrem Beruf aus. Gleichzeitig erhöht sich hierdurch
34 für die verbliebenen Hebammen die Arbeitsbelastung, die wiederum zu weiteren
35 Berufsaustritten führt. Aufgrund dieser benannten Faktoren wird der Beruf für
36 potenzielle Berufseinsteiger*innen stetig unattraktiver. Weswegen die
37 Hebammenversorgung in Deutschland nach aktuellem Stand nicht zukunftsfest ist.

38 Hebammen muss es ermöglicht werden von ihrer erbrachten Arbeit ihren Lebensunterhalt
39 finanzieren zu können. Damit dieses jedoch erreicht werden kann, bedarf es einer

40 umfassenden Lösung der Berufshaftpflichtproblematik, welche über die bisherigen
41 Ansätze hinausgeht.

42

43 **Aufgrund dessen fordern wir:**

- 44 • Für den Übergang, die Überarbeitung des Sicherstellungszuschlags, damit mehr
45 Hebammen einen Anspruch erhalten können
- 46 • Die Entwicklung und Einführung von Lösungsansätzen bzgl. der
47 Hebammenhaftpflichtproblematik
- 48 • Zusätzliche Strategien, um den Beruf attraktiver und zugänglicher für
49 Schüler*innen zu machen.

50

51 [\[1\]](#) Die aktive Eröffnungsphase beginnt, wenn der Muttermund 5cm weit geöffnet ist und
52 regelmäßig Wehen zeigen, dass die Geburt weiter voranschreitet

Antrag A04: Kritische Reflexion des Freiwilligen Sozialen Jahres: Nachhaltige Hilfe statt Voluntourismus

Antragsteller*in:	UB Gelsenkirchen, KV Recklinghausen
Sachgebiet:	A - Arbeit und Soziales

1 "Wir brauchen neue Modelle, in denen wir Jung und Alt miteinander ins Gespräch
2 bringen und die Überzeugung einüben, dass wir auch für andere da sein müssen" (Frank-
3 Walter Steinmeier in Zeitonline: 2022)

4 Der Freiwilligendienst kann für viele junge Menschen eine Chance sein, sich
5 kennenzulernen und auszuprobieren. Doch das FSJ in seiner heutigen Form bietet eine
6 kapitalistische Früherziehung, statt Menschen die Möglichkeit zu geben, füreinander
7 da zu sein. Zu jedem Zeitpunkt wird den Freiwilligen am eigenen Leib gezeigt, wie
8 Ausbeutung funktioniert. Für die bessere Lesbarkeit sind im Folgenden die
9 unterschiedlichen Dienste wie der Bundesfreiwilligendienst, das Freiwillige
10 Ökologische Jahr oder das Freiwillige Soziale Jahr unter der Abkürzung FSJ
11 zusammengefasst. Wir betrachten das Thema FSJ im In- und Ausland zunehmend mit großer
12 Besorgnis. Wir sind der Überzeugung, dass es von entscheidender Bedeutung ist, einen
13 kritischen Blick auf diese Praxis zu werfen und nachhaltige Hilfe zu fördern.

14 Das FSJ bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich nach dem Schulabschluss, dem
15 Universitätsstudium oder der Berufsausbildung sinnvoll zu engagieren und anderen
16 Menschen in Not zu helfen. Dabei kann es durch ein Durchbrechen der alltäglichen
17 Bubbles neben der Persönlichkeitsentwicklung und Lebenswegfindung zum Instrument des
18 gesteigerten Verständnisses und Zusammenhalt in der Gesellschaft werden. Wir erkennen
19 den Wert und die Bedeutung des FSJ an, jedoch müssen wir auch die Schattenseiten
20 benennen.

21 **"Volontouristen": Keine Freund*innen und Helfer*innen**

22 Wir sind zutiefst besorgt über die Praxis des "Voluntourismus", bei dem Freiwillige
23 kurzzeitig in Entwicklungsländern aktiv sind und anschließend als Tourist*innen die
24 Sehenswürdigkeiten erkunden. Diese Form des Freiwilligendienstes hat wenig mit
25 nachhaltiger Entwicklung oder sinnvoller Hilfe zu tun. Es ist wichtig, dass wir uns
26 nicht nur im globalen Süden, sondern auch vor unserer eigenen Haustür bewusst werden,
27 dass solche "Voluntourismus"-Aktivitäten oft mehr Schaden als Nutzen anrichten. Die
28 unzureichende Vorbereitung der Freiwilligen und die mangelnde Berücksichtigung
29 lokaler Bedürfnisse und Kompetenzen können zu Abhängigkeiten und Frustration führen.
30 Darüber hinaus können kulturelle Missverständnisse und eine fehlende Sensibilität
31 gegenüber den örtlichen Gegebenheiten zu negativen Auswirkungen auf die betroffenen
32 Gemeinschaften führen.

33 Unser oberstes Ziel ist es, den Fokus auf nachhaltige Hilfe und langfristige
34 Entwicklung zu lenken. Freiwilligendienste sollten auf einer echten Partnerschaft mit
35 den lokalen Gemeinschaften basieren, bei der ein Austausch von Wissen, Fähigkeiten
36 und Ressourcen stattfindet. Sie müssen interkulturelle Kompetenzen entwickeln und
37 sich der Herausforderungen vor Ort bewusst sein.

38 Es ist wichtig, dass Freiwillige eine ausreichende Zeit vor Ort verbringen, um eine

39 tiefere Verbindung zu den Menschen und der Kultur aufzubauen und nachhaltige Projekte
40 zu entwickeln.

41 Neben der Vorbereitung ist auch die Finanzierung solcher Freiwilligendienste im
42 Ausland ein wichtiger Aspekt, der kritisch betrachtet werden muss. Ein staatlich
43 gefördertes FSJ im Ausland wird durch Zuschüsse vom Bund und durch Gelder der
44 Entsendeorganisation teilfinanziert. Die Einsatzstelle vor Ort übernimmt in den
45 meisten Fällen die Kosten für Verpflegung und Unterkunft. Dennoch fordern einige
46 Entsendeorganisationen von den Teilnehmenden den Aufbau eines Spender*innenkreises.
47 Diese Form der Finanzierung bedarf ebenfalls einer Diskussion über Alternativen, um
48 sicherzustellen, dass der Fokus nicht auf kommerziellen Interessen liegt.

49 Wir appellieren an alle Akteure, einschließlich staatlicher Stellen,
50 Entsendeorganisationen und Freiwilligen selbst, die Problematik des "Voluntourismus"
51 anzuerkennen und sich für einen sinnvollen und nachhaltigen Einsatz im Rahmen des FSJ
52 einzusetzen. Es ist von großer Bedeutung, dass junge Menschen ihre Energie und ihr
53 Engagement auf eine Weise einbringen können, die tatsächlich dazu beiträgt, soziale
54 Ungerechtigkeit zu bekämpfen und nachhaltige Entwicklung zu fördern.

55 Zusätzlich ist es von Bedeutung, die Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen und
56 Gemeinschaften zu stärken. Freiwilligendienste sollten auf einer partnerschaftlichen
57 Ebene stattfinden, bei der die Bedürfnisse und Visionen der lokalen Gemeinschaften
58 respektiert und unterstützt werden. Dies erfordert einen offenen und respektvollen
59 Dialog sowie die Anerkennung der lokalen Expertise und Ressourcen.

60 Nur durch eine bewusste Auseinandersetzung mit diesen Fragen können wir
61 sicherstellen, dass die Idee des Freiwilligendienstes gewahrt bleibt und wir
62 tatsächlich positive Veränderungen bewirken. Es ist an der Zeit, Verantwortung zu
63 übernehmen und uns für einen ethisch verantwortungsbewussten Freiwilligendienst
64 einzusetzen. Durch eine reflektierte Herangehensweise können wir einen echten Beitrag
65 zur globalen Solidarität und Gerechtigkeit leisten.

66 **Freiwillige: Ausgebeutet qua Perfektion**

67 Im Bereich der Pflege, der Krankenbeförderung und ähnlichen Sektoren greift die
68 allgemeine Überlastung auf Freiwillige über und sie werden zu Lückenfüller*innen.
69 Dies geschieht ungeachtet einer geeigneten Anlernung und mentalen Vorbereitung, wie
70 für den Umgang mit dem Tod anderer Menschen. Ohne den Beitrag der Freiwilligen,
71 würden systemrelevante Bereiche nicht funktionieren, dafür wird ihre Arbeitskraft
72 noch stärker ausgebeutet als die der regulär Beschäftigten. Neben der Belastung für
73 die Freiwilligen selbst untermauern die alltäglichen Praktiken die mangelnde
74 Wertschätzung, was die betroffenen Branchen zu unattraktiveren potentiellen
75 Arbeitgeber*innen macht. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, gibt es nicht das
76 eine Wundermittel. Ein Freiwilligendienst kann als Teil von vielen Maßnahmen
77 Orientierung für junge Menschen bieten und sollte nicht durch abschreckende
78 Bedingungen dem ohnehin betroffenen Sozialen oder Gesundheitssektor weiter schaden.

79 Im Inland ist es in den meisten Städten unmöglich, Miete und Lebensmittel mit dem
80 sogenannten „Taschengeld“ zu bezahlen. Es ist ein unerträglicher Zustand, dass für 40
81 Stunden Arbeit und mehr pro Woche noch draufgezahlt werden muss, um zu überleben. Es
82 geht nicht um Wohlfundaufbau oder luxuriöse Lebensstile, sondern um die Vermeidung
83 von Armut im jungen Alter. Dies ist eine Frage von Respekt und Anstand, die die

84 Sozialdemokratie nicht unbeantwortet lassen darf. Außerdem ist Mobilität eine
85 Grundlage für die Teilhabe am Sozialleben, aber auch nötig für den Verkehr zur/von
86 der Arbeitsstelle. Der bisherige Anspruch auf ein Azubi-Ticket ist mit dem
87 Deutschlandticket nicht mehr zeitgemäß, es braucht eine Anpassung. Damit fördern wir
88 nebenbei frühzeitig den ÖPNV und die grüne Mobilitätswende.

89 **Was jetzt passieren muss:**

90 Ein zentraler Aspekt für ein anticlassistisches FSJ ist die Übernahme der Wohnkosten.
91 Wir fordern, dass die Wohnkosten der Freiwilligen von den Trägerorganisationen
92 übernommen werden. Um eine gerechte Abdeckung sicherzustellen, sollte je nach
93 Mietstufe ein fester Betrag pro Quadratmeter gezahlt werden. Auf diese Weise wird
94 gewährleistet, dass die Freiwilligen angemessenen Wohnraum finden können. Des
95 Weiteren plädieren wir dafür, einen jährlich an die Inflation angepassten
96 einheitlichen Lebensmittelsatz einzuführen. Durch die Anpassung wird sichergestellt,
97 dass die finanziellen Mittel den steigenden Lebenshaltungskosten gerecht werden. Eine
98 weitere wichtige Forderung betrifft die psychische Vor- und Nachbereitung der
99 Freiwilligen. Es ist von großer Bedeutung, angemessene Unterstützung und Ressourcen
100 bereitzustellen, um die psychische Gesundheit der Teilnehmenden während ihres FSJ-
101 Einsatzes zu bewahren. Vor dem Einsatz sollten die Freiwilligen auf mögliche
102 Herausforderungen vorbereitet werden, während eine Nachbereitung ihnen hilft, ihre
103 Erfahrungen zu verarbeiten und mögliche emotionale Belastungen zu bewältigen. Um
104 sicherzustellen, dass die Freiwilligen angemessen auf ihre Aufgaben vorbereitet
105 werden, fordern wir eine Anlernung nach branchenbezogenen Mindeststandards.
106 Zusätzlich fordern wir, unabhängige Ansprechpartner*innen über das Unternehmen hinaus
107 zur Verfügung zu stellen. Dies gewährleistet, dass die Freiwilligen bei Problemen,
108 Konflikten oder Missständen eine neutrale und unabhängige Unterstützung erhalten.
109 Schließlich fordern wir ein kostenfreies Deutschlandticket für die Freiwilligen.
110 Durch ein solches Ticket erhalten die Freiwilligen die Möglichkeit, zwischen der
111 Arbeitsstelle und Einsatzstelle kostenfrei zu pendeln und das Land zu erkunden. Die
112 Umsetzung dieser Forderungen trägt dazu bei, die Rahmenbedingungen und Unterstützung
113 für die Freiwilligen im FSJ zu verbessern.

114 Menschen aus Arbeiter*innenregionen und mit internationaler Familiengeschichte sind
115 bisher unterrepräsentiert. Es ist wichtig, dass den Organisationen Zugang zu Schulen
116 gewährt wird, um den Schüler*innen die Vielfalt der Möglichkeiten zu zeigen und nicht
117 nur die Bundeswehr als einzige Option präsentiert zu bekommen. Eine gerechtere
118 Berufsorientierung für Schüler*innen kann dadurch ermöglicht werden.

119 Um ein "richtiges" soziales Jahr mit nachhaltiger Wirkung zu gewährleisten, könnten
120 langfristige Patenschaften sicherstellen, dass die Auslandseinsätze nicht nur als
121 „Voluntourismus“ wahrgenommen werden sondern auch nach dem Einsatz die Verbindung
122 zur Einsatzstelle anhält. Die Verlängerung des Kindergeldanspruchs um mindestens zwei
123 Jahre ist eine weitere wichtige Forderung. Das Kindergeld bietet zum einen vielen
124 Menschen - ob in der Ausbildung oder im Studium - eine finanzielle Stütze. Zum
125 anderen könnte die Verlängerung einen Anreiz für gesellschaftliches Engagement
126 darstellen.

127 Aktuell engagieren sich nur halb so viele Männer wie Frauen in einem
128 Freiwilligendienst. Um dies auszugleichen, sollte eine gezielte Sensibilisierung
129 männlicher Bewerber erfolgen, um eine ausgewogene Geschlechterverteilung im FSJ zu

130 erreichen.

131 Durch die Umsetzung dieser Forderungen kann das FSJ gerechter und nachhaltiger
132 gestaltet werden, wodurch eine Integration der Freiwilligen in die Gesellschaft
133 gefördert wird.

134 Das FSJ soll nicht nur die Freiwilligen, sondern auch den Zusammenhalt in der
135 Gesellschaft und damit die Demokratie fördern. Dies ist aktuell nicht gegeben und
136 wird auch nicht durch eine Verpflichtung erreicht. Es braucht respektvolle
137 Konditionen!

Antrag A05: Living in a material world: die Schattenseiten der Textilindustrie

Antragsteller*in:	UB Mönchengladbach
Sachgebiet:	A - Arbeit und Soziales

1 “Kleidung machen Leute” - ein Satz, den die meisten Menschen schon mal gehört haben.
2 In unserer Gesellschaft hat Kleidung einen großen Stellenwert - sie bietet Menschen
3 die Möglichkeit, sich auszudrücken und trägt zur individuellen Entfaltung bei. Da
4 Kleidung für viele Menschen von großer Bedeutung ist, haben Unternehmen in der
5 Bekleidungsbranche die Möglichkeit, hohe Gewinne zu erzielen.

6 Die Textilindustrie ist eine der größten Industrien weltweit, die durch ihre
7 tiefgreifende globale Verkettung gekennzeichnet ist. Teil der Textilindustrie ist
8 unter anderem die Bekleidungsindustrie, die sich momentan in einer bedeutenden Phase
9 des Wandels befindet, denn:

10 Anfang der 1980er Jahre wurde zeitgleich mit der globalen Vernetzung der Weltmarkt
11 immer stärker. Es kam zu einer Expansion des Marktes, bei der sich auch die
12 Produktion immer mehr global verlagerte. Während sich die kapitalistische
13 Produktionsweise also immer weiter ausbreitete, wandelte sich auch die
14 Textilindustrie und “Fast Fashion” wurde zum festen Bestandteil der
15 Bekleidungsindustrie.

16 Fast Fashion ist ein Geschäftsmodell, das sich durch die schnelle und billige
17 Produktion von Bekleidung kennzeichnet. Dieses Konzept beruht auf dem Prinzip, dass
18 Konsument:innen Kleidung zu günstigen Preisen kaufen können, um sie dann schnell zu
19 ersetzen, wenn sie aus der Mode gehen. So bringen Bekleidungsgeschäfte wie Zara
20 mittlerweile rund 24 Kollektionen im Jahr raus.

21 Seit der Jahrhundertwende hat sich die Kleidungsproduktion mehr als verdoppelt und
22 das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und
23 Verbraucherschutz (BMUV) geht von einem intensiven Wachstum der Textilindustrie aus.
24 Die rasante Produktion führt gleichzeitig zum erhöhten Konsum. Im Schnitt kaufen
25 Verbraucher:innen in Deutschland 60 Kleidungsstücke im Jahr, wovon jedes 5. Stück so
26 gut wie nie getragen wird.

27 Es handelt sich hierbei also um eine Produktion, die darauf ausgelegt ist, immer
28 schneller herzustellen und verschwenderisch zu konsumieren.

29 So sieht jedenfalls die Verbraucher:innenseite, das eine Ende der Produktionskette,
30 aus.

31 Die Produktionskette in der Textilindustrie ist jedoch lang und auf der anderen Seite
32 sitzen meist Arbeiter:innen in Ländern des Globalen Südens, die die Kleidung unter
33 prekären Bedingungen herstellen. Die Unterschiede in der Produktions- und
34 Konsumpraxis zeigen die Probleme unseres gegenwärtigen Systems, das auf
35 Gewinnmaximierung und Ausbeutung basiert. Es wird deutlich, dass die Be- und
36 Entwertung von Kleidung sowie die damit einhergehenden sozialen und ökologischen
37 Folgen eng miteinander verknüpft sind und eine grundlegende Veränderung erforderlich
38 ist, um eine sozial faire und nachhaltige Textilindustrie zu schaffen.

39 **Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie:**

40 Rund 24 Kollektionen im Jahr und Kleidung zu oftmals sehr niedrigen Preisen kommt
41 nicht einfach aus dem Nichts heraus. In den meisten Produktionsländern werden die
42 Rechte von Arbeitnehmer:innen drastisch systematisch verletzt.

43 Zu dieser Ausbeutung gehört unter anderem: Es werden nicht existenzsichernde Löhne
44 ausgezahlt, Arbeiter:innen müssen überlange Arbeitszeiten leisten und unter
45 gefährlichen Umständen arbeiten. Schutzkleidung ist, obwohl mit schädlichen Stoffen
46 gearbeitet wird, nicht vorhanden. Die Ausbeutung in der Textilindustrie betrifft vor
47 allem Frauen, die den Großteil der Arbeitskräfte in dieser Branche ausmachen. Sie
48 sind besonders gefährdet, da sie oft in prekären Arbeitsverhältnissen ohne
49 angemessene soziale Absicherung tätig sind. Viele von ihnen verdienen nicht genug, um
50 ihre Grundbedürfnisse zu decken, geschweige denn ein menschenwürdiges Leben zu
51 führen.

52 Darüber hinaus fließen bei der Produktion unter anderem Chemikalien ins Abwasser, die
53 letztendlich gesundheitsgefährdend sind, da in den Produktionsländern meist keine
54 Kläranlagen existieren. Diese Verschmutzung hat wiederum weitreichende Konsequenzen
55 für die gesamte Bevölkerung des Landes. Insbesondere Kinder sind von den Folgen
56 betroffen, da sie aufgrund ihres entwicklungsbedingten geringeren Körpergewichts und
57 ihrer empfindlichen Organentwicklung besonders anfällig für Krankheiten sind.

58 Die Schädigung des Grundwassers durch die textile Produktion betrifft nicht nur die
59 unmittelbar betroffenen Arbeiter:innen und ihre Familien, sondern die gesamte
60 Bevölkerung.

61 Rechte für die Arbeiter:innen sind dabei kaum vorhanden. Die großen Unternehmen
62 bilden währenddessen ein unglaubliches Machtmonopol. Wenn sie wollen, können sie
63 einfach mit der Produktion abwandern, wenn ihnen irgendetwas nicht passt. Sprich, die
64 Arbeiter:innen sind schlichtweg von der Arbeit abhängig und in dieser gefangen.

65 Die Textilindustrie birgt nicht nur Ausbeutung und prekäre Arbeitsbedingungen,
66 sondern auch die Gefahr von Zwangsarbeit. Arbeiter:innen werden unter unmenschlichen
67 Bedingungen gezwungen, ohne angemessene Bezahlung oder soziale Absicherung zu
68 arbeiten. Dieser Missbrauch verletzt grundlegende Menschenrechte und erfordert
69 dringend unser Engagement für gerechte Arbeitsbedingungen und die Abschaffung von
70 Zwangsarbeit.

71 Besonders von Zwangsarbeit betroffen sind ethnische Minderheiten. In Teilen Chinas
72 werden beispielsweise Uiguren, eine ethnische muslimische Gruppierung, unter
73 menschenverachtenden Bedingungen in sogenannten Arbeitslagern zur Arbeit gezwungen.
74 Fälle der Zwangsarbeit und der Kinderarbeit sind keine Seltenheit in der
75 Textilindustrie.

76 Die kapitalistische Logik des Profits und des Wettbewerbs führt dazu, dass die
77 meisten Unternehmen nicht daran interessiert sind, unter welchen Bedingungen die
78 Produkte hergestellt werden. Somit können Lieferketten auch nicht ausreichend
79 kontrolliert werden.

80 Das Streben nach niedrigen Produktionskosten und schneller Lieferung verleitet
81 Unternehmen dazu, Aufträge an Zulieferer weiterzugeben, die Zwangsarbeit basierte
82 Praktiken nutzen.

83 **Umweltauswirkungen:**

84 Die Produktion in der Textilindustrie geht mit einem massiven Ressourcenverbrauch
85 einher. Allein beim Anbau von Baumwollpflanzen werden unheimlich viel Düngemittel und
86 Pestizide benutzt, da so die Pflanzen schneller wachsen. Ungefähr 14 % des weltweiten
87 Insektizidmarktes und 5 % des Pestizidmarktes werden im Textilsektor verbraucht.

88 Bei der Produktion passiert aber noch viel mehr Schädliches: Für die vielen Schritte,
89 wie das Glätten, Bleichen, Färben etc. werden Chemikalien benutzt, die wiederum im
90 Grundwasser landen.

91 Das Waschen von chemischen Fasern wie zum Beispiel Polyester oder Elasthan setzt
92 Mikroplastik frei, welches zwangsläufig in die Meere gelangt.

93 Außerdem werden Mengen an Wasser für die Produktion benötigt. Für 1 Kilo Baumwolle
94 braucht es 11.000 Liter Wasser. Dass dies verheerende Auswirkungen hat, sieht man am
95 Beispiel des Aralsees, welcher einst der viertgrößte See Asiens war. Das Wasser wurde
96 jahrelang für die Bewässerung von Baumwollfeldern genutzt, was dazu führte, dass der
97 See mittlerweile fast vollständig austrocknete.

98 Ein weiteres Problem ist der Transport der Kleidung, welcher den Ausstoß von CO₂
99 verursacht. Wissenschaftler:innen gehen davon aus, dass bis 2050 die Textilindustrie
100 für ein Viertel des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich sein könnte. Der hohe
101 CO₂-Ausstoß der Textilindustrie hat erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt und trägt
102 zum Klimawandel bei.

103 Außerdem führt die kurze Lebensdauer von Fast Fashion Produkten zu einem immer
104 schnelleren Takt des Konsums und der Entsorgung, was auch ein enormes Abfallaufkommen
105 zur Folge hat.

106 Die Produktion in der Textilindustrie ist gravierend für die Situation der
107 Arbeiter:innen und die Auswirkungen auf die Umwelt. Politisches Handeln ist demnach
108 wichtig, da die kapitalistische Produktionsweise unaufhaltsam auf Gewinn ausgelegt
109 ist, ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt.

110 **Maßnahmen in Deutschland:**

111 Im April 2013 stürzte die "Rana-Plaza-Fabrik" in Bangladesch ein. Der Einsturz dieser
112 Textilfabrik, der über 1000 Menschen das Leben kostete, rückte die prekären
113 Verhältnisse in der Textilindustrie erstmals in den globalen Fokus. Als Reaktion
114 initiierte ein Jahr später das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
115 und Entwicklung (BMZ) das "Bündnis für nachhaltige Textilien". Dabei handelt es sich
116 um eine Multistakeholder-Initiative mit über 100 Mitgliedern, die aus verschiedenen
117 Interessengruppen besteht. Vertreten sind Gruppen aus Bereichen wie Politik,
118 Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Ziel sei es für bessere Bedingungen
119 in der gesamten Lieferkette zu sorgen. Dabei wurden Maßnahmen ergriffen, um die
120 Vernichtung von gebrauchsfähigen Waren zu verhindern und den Überschuss an Produkten
121 zu minimieren. Zwar kann Deutschland durch Maßnahmen zur Verbesserung der Situation
122 in der Textilindustrie beitragen, die entscheidende Ebene ist hierbei jedoch die
123 Europäische Union (EU).

124 **Lieferkettengesetz:**

125 Seit längerer Zeit gibt es von aktivistischer Seite die sogenannte "Initiative
126 Lieferkettengesetz" die für ein neues Lieferkettengesetz auf EU-Ebene kämpft, das den

127 Schutz von Umwelt- und Menschenrechten in der Textilindustrie gewährt.

128 Am 1. Juni 2023 hat das Europaparlament nun endlich für ein neues Lieferkettengesetz
129 gestimmt, das einen elementaren Schritt für die Textilindustrie bedeutet. Dieses
130 Gesetz soll allgemein für höhere Sicherheitsstandards und bessere Arbeitsbedingungen
131 in der Textilindustrie sorgen. Das beinhaltet unter anderem die Ausweitung
132 sogenannter Sorgfaltspflichten. Das heißt, Unternehmen müssen regelmäßig ein
133 Risikomanagement durchführen, indem sie Risikoanalysen erstellen, die Einrichtung
134 eines Beschwerdeverfahrens entlang der gesamten Wertschöpfungskette einrichten und
135 jährlich über die Lage Bericht erstatten. Konkret bedeutet dies, dass Unternehmen die
136 ganze Handelskette überwachen müssen, von den benötigten Ressourcen bis zum
137 Endprodukt. Unternehmen haben die Möglichkeit, die Wahrscheinlichkeit von Verstößen
138 gegen Menschen- und Umweltschutzrechte in einem bestimmten Land oder bei einem
139 bestimmten Produkt nach Risiko zu staffeln, was zu weniger bürokratischen Aufwand
140 dienen soll.

141 Ob die Richtlinie der EU dann wirklich eingehalten wird, sollen dann staatliche
142 Behörden prüfen. In Deutschland ist dafür das Bundesamt für Wirtschaft und
143 Ausfuhrkontrolle verantwortlich. Zwar wird das momentan schon angepasst an die
144 aktuelle Richtlinie gemacht, die neue Richtlinie sorgt aber wie schon erwähnt dafür,
145 dass alle Unternehmen kontrolliert werden und nicht nur der direkte Lieferant. Die
146 neue Richtlinie bedeutet, dass die jetzigen Methoden der Unternehmen neu gedacht
147 werden müssen. Durch die Überwachung der gesamten Lieferkette soll die Einhaltung von
148 Sozial- und Umweltstandards gesichert werden. Eine tiefgreifende Emissionsreduktion
149 fehlt aber immer noch.

150 Außerdem soll die neue Richtlinie dafür sorgen, dass künftig Unternehmen ab 250
151 Beschäftigten beziehungsweise einem Jahresumsatz von 40 Millionen Euro diese
152 Sorgfaltspflichten einführen müssen. Von kapitalistischer Seite wird vermehrt
153 entgegen, dass das ja Unternehmen vor einen Haufen Bürokratie stellen würde und es
154 ihnen einen Schaden zufügt. Dass Unternehmen hier einen Aufwand an Bürokratie und die
155 Angst vor weniger Profit durch bessere Arbeitsbedingungen als Gegenargument an den
156 Tag bringen ist zwar nicht überraschend, aber dennoch unangebracht, wenn man den
157 Ernst der Lage bedenkt.

158 Auf gewerkschaftlicher Seite wird stattdessen gefordert, dass auch kleinere
159 Unternehmen mit in die Sorgfaltspflicht einbezogen werden. Die Kontrolle der
160 Handelskette solle nicht von einer bestimmten Zahl und Unternehmensform abhängen, da
161 auch kleinere Unternehmen erhebliche Auswirkungen auf Sozialstandards haben können.

162 Ein weiteres bedeutendes Element der Richtlinie ist, dass Arbeitnehmer:innen ihre
163 Rechte einklagen können, wenn diese nicht eingehalten werden. Was an sich ein guter
164 Schritt ist, aber in der Umsetzung leider nicht so einfach. Theoretisch könnten die
165 Arbeitnehmer:innen ihre Rechte einklagen, praktisch existieren immer noch etliche
166 Hürden für die Betroffenen. Die Möglichkeit vor Gericht zu gehen und dann noch
167 ausreichend Beweise zu bekommen, die sie gegen ein riesiges Unternehmen vorlegen
168 können, ist kaum vorhanden. Eine faire Beweislast wäre hier nötig, die die aktuelle
169 Richtlinie nicht beinhaltet.

170 Der Entwurf bezieht sich im Kern auf die Verbesserung der Arbeitssituation für
171 Menschen. Daher stellen Gewerkschaften auch die Forderung,
172 Arbeitnehmer:innenvertretungen in die Umsetzung der Sorgfaltspflicht strukturell

173 einzubinden.

174 Nach dem derzeitigen Kompromissentwurf der Richtlinie sieht so aus, dass bei
175 Unternehmen teilweise die Pflichten erst 2028 endgültig erfüllt werden müssen. Wenn
176 man bedenkt, in welchen Zeiten des Klimawandels wir leben und was für einen
177 erheblichen Umweltschaden die Textilindustrie verursacht, müssen die Pflichten früher
178 greifen.

179 Das Lieferkettengesetz, das jetzt 10 Jahre nach den Ereignissen in der Rana Plaza-
180 Fabrik endlich in Kraft treten soll, bringt einige gute Veränderungen mit sich. Um
181 eine umfassendere Verbesserung der Umwelt- und Menschenrechte zu garantieren, bedarf
182 es immer noch einigen Anpassungen.

183 Daher fordern wir:

- 184 • Den Einbezug strengerer Verpflichtungen zum Klimaschutz, mit klaren Zielen zur
185 vollständigen Verringerung von Emissionen, die die komplette Wertschöpfungskette
186 umfasst
- 187 • Dass alle Unternehmen entsprechend ihrer Risikodisposition in die
188 Sorgfaltspflichten einbezogen werden
- 189 • Eine Beweislastumkehr, bei der Unternehmen nachweisen müssen, dass sie die
190 Sorgfaltspflichten eingehalten haben und nicht andersrum
- 191 • Den Einbezug von Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innenvertretungen in den
192 Prozess der Sorgfaltspflicht und besonders den von betroffenen Arbeiter:innen in
193 den Prozess der Sorgfaltspflicht und in den Kontrollprozess

194 **Systemkritik:**

195 Aus jungsozialistischer Perspektive ist es wichtig die Textilindustrie in Gänze
196 besonders kritisch zu betrachten.

197 Die Textilindustrie bildet ein Paradebeispiel für die Ausbeutung von Mensch und Natur
198 im globalen Kapitalismus. Dabei steht nur die Profitmaximierung von Unternehmen im
199 Fokus, die die Ausbeutung von Millionen Menschen, vor allem im globalen Süden,
200 billigt. Geprägt ist die ganze Industrie durch rassistische und hierarchische
201 Strukturen. Die Produktion findet meist in Ländern des Globalen Südens statt, in
202 denen Personen zu menschenverachtenden Verhältnissen ausgebeutet werden. Die Arbeit
203 wird dazu meist von Frauen verrichtet. Rassismus und patriarchale Strukturen spielen
204 hier eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems in
205 der Textilindustrie.

206 Die Textilindustrie ist somit ein weiterer Industriezweig, der demonstriert wie
207 perfide der Kapitalismus sich international ausdehnt und seine Spuren hinterlässt.

208 Individuen haben nur begrenzte Möglichkeiten dem entgegenzuwirken.

209 Die Wahl zwischen teurerer ethischer Kleidung und billigerer konventioneller Kleidung
210 ist oft keine wirkliche Wahl, wenn die finanziellen Ressourcen begrenzt sind. Daher
211 ist es auch wichtig, den Unterschied zwischen Konsumkritik und Systemkritik
212 anzuerkennen. Es ist zwar weiterhin essentiell, die Zustände in der Textilindustrie
213 kritisch zu betrachten und zu hinterfragen, allerdings liegt die Verantwortung für
214 den Wandel letztendlich nicht bei den Konsument:innen.

215 Um tatsächliche Veränderungen in der Textilindustrie herzustellen, muss das

- 216 kapitalistische System als Ganzes hinterfragt und transformiert werden. Ein System
217 muss hinterfragt werden, in dem Menschen in Teilen der Welt unter den schlimmsten
218 Bedingungen ausgebeutet werden und leben müssen, nur damit Menschen im globalen
219 Norden immer weiter konsumieren und die Erde durch ihren Konsumwahn zerstören können.
- 220 Daher ist es wichtig, dass wir Jusos nie vergessen, dass sich unsere Kritik an das
221 kapitalistische System als Ganzes richtet und es dessen Abbau benötigt, um eine
222 wirkliche Verbesserung der Situation zu erzielen.
- 223 Wir positionieren uns daher klar:
- 224 • gegen eine Textilindustrie, die auf den stetigen Konsum ausgelegt ist und das
225 Leid von vielen Menschen und die Verschmutzung der Umwelt mit sich bringt
 - 226 • für Investitionen in Bildung und Aufklärung über nachhaltigen Konsum und die
227 Auswirkungen der Textilindustrie auf Mensch und Umwelt

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A06: „Don't forget about the price tag“ - Steuerfreie Einmalzahlungen stoppen

Antragsteller*in:	UB Märkischer Kreis, UB Hochsauerland, UB Hagen, UB Siegen-Wittgenstein, UB Kreis Soest
Sachgebiet:	A - Arbeit und Soziales

- 1 Im Herbst 2022 entstand im Rahmen der „konzertierten Aktion“, also einer gemeinsamen
2 Runde aus Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter*innen mit führenden
3 Politiker*innen, die „Inflationsausgleichsprämie“.
- 4 Der Staat erlaubt es damit Arbeitgeber*innen 3000€, bis Ende 2024 steuer- und
5 sozialabgabenfrei an die Beschäftigten auszuzahlen. Dies geschieht einmalig als
6 Prämie.
- 7 Da die Auszahlung für die Arbeitgeber*innen freiwillig ist, zeichnete sich schnell
8 folgendes Bild: Die Arbeitgeber*innen machten die Auszahlung zum
9 Verhandlungsgegenstand der vielen Tarifrunden 2022 und 2023 wie bspw. der
10 Stahlindustrie, der Metall- und Elektroindustrie oder den Brauereien.
- 11 Steuer- und abgabefreie Prämien lohnen sich für die Arbeitgeber*innen aus zwei
12 Gründen: Sie sparen bei der Auszahlung nicht nur die Sozialabgaben, sondern können in
13 den Tarifverhandlungen die tabellenwirksamen Erhöhungen der Entgelte verringern.
- 14 Ein Tarifabschluss, der eine hohe Einmalzahlung beinhaltet, sorgt im Jahr der
15 Auszahlung dieser Zahlung auf Arbeitnehmer*innenseite für ein deutliches Brutto- und
16 Nettoplus gegenüber einer herkömmlichen tabellenwirksamen Erhöhung.^[1] Ab dem
17 darauffolgenden Jahr überwiegen für die Arbeitnehmer*innen die Nachteile- also das
18 kontinuierlich geringere Entgelt und die damit verbundenen niedrigen Rentenansprüche.
- 19 Anders formuliert: Im Vergleich zu einer tabellenwirksamen Erhöhung verlieren die
20 Arbeitnehmer*innen, die von dieser Leistung betroffen sind, ihr Leben lang Geld. Als
21 Partei der Arbeit und starke Kraft an der Seite aller abhängig Beschäftigten ist für
22 uns Jusos klar: Unsere Regierung darf nicht dabei helfen tabellenwirksame Erhöhungen
23 zu bremsen. Die Tarifautonomie gebietet uns Einmalzahlungen als Teil von
24 Tarifabschlüssen zu respektieren, allerdings ist es unangebracht sie durch die
25 Befreiung von Steuer- und Sozialabgaben zu bezuschussen.
- 26 Gegen die Forcierung von Einmalzahlungen im Stile der „Inflationsausgleichsprämie“
27 sprechen weiterhin folgende Gründe:
- 28 • **Sozialsysteme und Haushalte werden geschwächt:** Kurzfristig sorgen die Steuer-
29 und Abgabefreiheit und langfristig die geringeren Entgelte dafür, dass weniger
30 Geld in den öffentlichen Kassen und Sozialsystemen zur Verfügung steht, wo es so
31 dringend gebraucht wird.
 - 32 • **Einmalzahlungen helfen nicht überall:** Als Jungsozialist*innen nehmen wir bei
33 unserer Perspektive auf Lohn und Arbeit auch diejenigen Beschäftigten in den
34 Blick, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind oder in deren Branchen die
35 DGB-Gewerkschaften keine starke Kraft bilden. Diese Menschen erreichen die
36 freiwilligen Prämien oft nur in kleinem Umfang- oder eben gar nicht, weil die
37 Arbeitgeber*innen unter keinem ausreichend großen Druck stehen die Prämie auch

38 tatsächlich auszuzahlen.

39 Als Jungsozialist*innen lehnen wir weitere steuer- und abgabefreie Einmalzahlungen
40 ab. Krisen dürfen Arbeitnehmer*innen nicht ihr Leben lang verfolgen!

41

42 [\[1\] https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008551/p_ta_analysen_tarifpolitik_94_2023.pdf](https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008551/p_ta_analysen_tarifpolitik_94_2023.pdf)

Antrag A07: Im Tod sind wir alle gleich? – Die „Ordnungsbehördliche Bestattung“ von Armutsbetroffenen, billig und würdelos in den Tod

Antragsteller*in:	UB Dortmund
Sachgebiet:	A - Arbeit und Soziales

1 Bereits zu Lebzeiten können Menschen mit Klassen- und Geldprivilegien ihre letzte
2 Ruhe planen und Geld für den Fall des eigenen Versterbens zurücklegen. Für viele
3 Menschen ist dies schon allein aus finanziellen Gründen nicht möglich. In diesem
4 Zusammenhang ist laut der Kulturanthropologin Francis Seeck die Bestattungskultur
5 einer Gesellschaft als eine Art Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse zu
6 verstehen, in denen das Trauern und betrauert werden davon abhängig ist, wie viele
7 finanziellen Mittel, Beziehungen und Vorsorge man als Mensch zu Lebzeiten aufbringen
8 kann. Immer mehr Menschen betrifft durch zunehmende Altersarmut und steigende prekäre
9 Beschäftigungsverhältnisse der anonyme Tod. Zum Teil erfahren Angehörige von
10 armutsbetroffenen Menschen erst viel später vom Tod des Verwandten durch die
11 Zahlungsaufforderung vom Amt und/oder können bei der vom Amt angeordneten
12 ordnungsbehördlichen Bestattung nicht dabei sein und/oder erhalten keinen Zugriff auf
13 die persönlichen Gegenstände des Verstorbenen, weil das Amt die Vernichtung jener
14 bereits beauftragt hatte. Leicht scheint an dieser Stelle der Vorwurf, Betroffene
15 haben eben nicht genügend vorgesorgt, anstatt eine menschenwürdige Bestattungspraxis
16 kritisieren.

17 In Deutschland ist die Bestattungspraxis von Machtverhältnissen, insbesondere von
18 Klassismus und Heteronormativität, geprägt. Arme Menschen werden, wenn Angehörige
19 ihrer Bestattungspflicht nicht nachkommen können und/oder das Amt keine Angehörigen
20 (wie oben beschrieben) ausfindig machen kann, ohne Grabstein, ohne Namen, ohne
21 Trauerfeiern, ohne Blumenschmuck, in anonymen Gemeinschaftsgräbern, möglichst
22 kostengünstig in Urnenbestattungen beigesetzt. Teilweise finden die Beisetzungen als
23 Sammelbeerdigungen im Minutentakt statt, wie es im Berliner Bezirk Neukölln Praxis zu
24 sein scheint. Des Weiteren werden häufig nur zu der klassischen Herkunftsfamilie
25 gehörigen Personen über den Tod eines Angehörigen von den Ämtern informiert.
26 Freundschaften oder andere soziale Bezüge werden nicht informiert.

27 Jedem Menschen sollte ein würdevoller Abschied unabhängig von seiner Klassenherkunft
28 und/oder Klassenzugehörigkeit zu Teil werden. Zu einem würdevollen Abschied gehört,
29 dass eine angemessene Herrichtung der Toten, eine kleine Trauerfeier, Blumenschmuck
30 und eine Kerze dem Verstorbenen einen würdevollen Abschied geleiten. Sollte die:r
31 Verstorbene einer Glaubensgemeinschaft angehört haben so ist sie:r nach Tradition der
32 jeweiligen Glaubensgemeinschaft zu beerdigen. Die schnelle, auf Kostenreduktion
33 ausgelegte, anonyme, namenslose Bestattung von armutsbetroffenen Menschen in
34 Gemeinschaftsgräbern ist menschenunwürdig.

35 Daher fordern wir:

- 36 • Das Verbot von namenlosen, anonymen Bestattungen. Es sei denn die:r Verstorbene
37 hat sich eine anonyme Bestattung ausdrücklich vor seinem Tod gewünscht.

- 38 • Jedem Menschen soll ein würdevoller Abschied unabhängig von seiner
39 Klassenherkunft und/oder Klassenzugehörigkeit zuteil werden und der Staat muss
40 hier Vorsorge treffen. Zu einem würdevollen Abschied gehört für uns, dass eine
41 angemessene Herrichtung der Toten, eine kleine Trauerfeier, Blumenschmuck und
42 eine Kerze dem Verstorbenen einen würdevollen Abschied geleiten. Sollte der
43 Verstorbene einer Glaubensgemeinschaft angehört haben so ist er nach Tradition
44 der jeweiligen Glaubensgemeinschaft zu beerdigen. Die schnelle, auf
45 Kostenreduktion ausgelegte, anonyme, namenslose Bestattung von armutsbetroffenen
46 Menschen in Gemeinschaftsgräbern lehnen wir ab. Dieses Verscharren von zu
47 betauernden Menschenleben empfinden wir als Verletzung der Menschenwürde und
48 ist staatlich zu unterbinden.
- 49 • Eine Bestattungspraxis, die armutsbetroffenen Menschen den Raum gibt zu trauern.
- 50 • Die Abschaffung der „ordnungsbehördlichen Bestattung“ bei gleichzeitiger
51 Wiedereinführung des Sterbegeldes für armutsbetroffene und armutsgefährdete
52 Menschen in einer realistischen Höhe, die den Raum für Trauer und einer
53 menschenwürdigen Bestattung nach oben beschriebenen Vorgaben bietet.

Antrag A08: Waisenrente reformieren – Finanzielle Sicherheit garantieren!

Antragsteller*in:	UB Kreis Mettmann, UB Remscheid, UB Düsseldorf, UB Solingen, UB Wuppertal
Sachgebiet:	A - Arbeit und Soziales

1 Der Druck aktueller Krisen lastet schwer auf unserer Generation und die Anzahl von
2 jungen Menschen, die unter psychischen Problemen leiden, ist in den letzten Jahren
3 stark gestiegen. Der Tod eines oder beider Elternteile ist eine traumatische
4 Erfahrung. Diese Personen stehen vor besonderen Herausforderungen, sowohl emotional
5 als auch finanziell. Eine wichtige Stütze für sie ist die Waisenrente, die ihnen
6 finanzielle Unterstützung und Stabilität bieten soll. Jedoch sind das derzeitige
7 System und die aktuellen Leistungen der gesetzlichen Waisenrente oft nicht
8 ausreichend, um die Grundbedürfnisse zu decken.

9 Die gesetzliche Waisenrente soll sicherstellen, dass Waisenkinder bis zum Alter von
10 27 Jahren eine finanzielle Absicherung erhalten, falls ein oder beide Elternteile
11 verstorben sind. Jedoch gibt es bestimmte Voraussetzungen, um Anspruch auf diese
12 Unterstützung zu haben. Eine davon ist, dass das verstorbene Elternteil mindestens 5
13 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben muss. Die Höhe der
14 Waisenrente richtet sich nach den Rentenzahlungen der Eltern. Bei der Halbweisenrente
15 beträgt sie 10 % des Rentenanspruches des Versicherten, während sie bei der
16 Vollweisenrente 20 % des höheren Anspruches beträgt. Zusätzlich wird ein Zuschlag
17 gewährt, der von der Anzahl der Monate abhängt, in denen das verstorbene Elternteil
18 in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat. Ein weiterer Aspekt ist die
19 unzureichende Übergangszeit zwischen zwei Ausbildungsabschnitten. Momentan gewährt
20 die Regelung lediglich eine Übergangszeit von 4 Monaten, beispielsweise zwischen dem
21 Abitur und dem Beginn eines Studiums. Sollte diese Zeit aufgrund verschiedener Gründe
22 länger sein, entfällt in diesem Zeitraum die Waisenrente. Dies stellt eine erhebliche
23 finanzielle Unsicherheit für die betroffenen Waisenkinder dar, die auch in dieser
24 Übergangsphase auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Des Weiteren werden
25 Praktika nur dann als Ausbildung anerkannt, wenn sie gemäß der einschlägigen
26 Ausbildungs-, Studien- oder Prüfungsordnung vorgeschrieben sind. Das bedeutet, dass
27 ohne diese Praktika die Ausbildung oder das Studium nicht vollständig abgeschlossen
28 werden kann, wie es beispielsweise im Medizinstudium der Fall ist. Bei Praktika
29 anderer Art, die für persönliche Entwicklung und berufliche Laufbahn von Bedeutung
30 sind, jedoch nicht den spezifischen Anforderungen der aktuellen Regelung entsprechen,
31 entfällt die Waisenrente. Des Weiteren besteht ein Mangel an angemessener
32 Unterstützung während des Antragsverfahrens. Der Prozess ist komplex, von
33 bürokratischen Hürden geprägt und intransparent, was oft zu erheblichen Verzögerungen
34 bei der Auszahlung der Waisenrente führt. Dies stellt eine zusätzliche Belastung für
35 diejenigen dar, die auf diese finanzielle Unterstützung angewiesen sind.

36 Die Mindestversicherungszeit von fünf Jahren stellt ein bedeutendes Problem dar,
37 insbesondere im Falle junger, verstorbener Eltern. Oftmals haben diese Eltern
38 aufgrund ihres jungen Alters noch nicht ausreichend lange in die gesetzliche

39 Rentenversicherung eingezahlt, um die geforderte Mindestversicherungszeit zu
40 erfüllen. Beispielsweise könnten sie sich noch in der Ausbildung oder im Studium
41 befunden haben oder gerade erst in das Berufsleben eingestiegen sein. Da die
42 Waisenrente jedoch von dieser Mindestversicherungszeit abhängig ist, sehen sich die
43 hinterbliebenen Kinder in einer prekären Situation, denn sie haben keinen Anspruch
44 auf die finanzielle Unterstützung, obwohl sie ihre Eltern ebenfalls verloren haben
45 und ebenso auf die finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Kinder von
46 einkommensschwachen Familien sind durch das aktuelle System besonders betroffen, da
47 sie durch die geringen Rentenzahlungen der Eltern nur einen geringen Anspruch haben
48 und somit in prekäreren Verhältnissen leben. Die aktuelle Inflation und die dadurch
49 resultierenden steigenden Lebenshaltungskosten führen zu einer zunehmenden
50 Ungleichheit. Außerdem fallen durch den Tod eines Familienmitglieds eventuell noch
51 weitere Care-Arbeit an, wodurch die zeitlichen Kapazitäten mehr Geld zu verdienen
52 durch bspw. Minijobs begrenzt sind. Die derzeitige Begrenzung der Übergangszeit auf 4
53 Monate zwischen Ausbildungsabschnitten spiegelt eine neoliberale Sichtweise wider,
54 die voraussetzt, dass Sozialleistungen nur dann gewährt werden sollten, wenn man dem
55 Staat einen unmittelbaren Mehrwert bietet und sich schnell in den Arbeitsmarkt
56 integriert. Allerdings lässt diese Sichtweise außen vor, dass es zahlreiche Gründe
57 geben kann, die dazu führen, dass jemand länger als 4 Monate ohne Ausbildung ist.
58 Diese Probleme verdeutlichen die Notwendigkeit einer umfassenden Reform der
59 Waisenrente. Eine solche Reform wäre ein wichtiger Schritt, um die bestehende soziale
60 Ungleichheit von Waisenkindern und für eine bessere Absicherung derer zu sorgen, die
61 in einer ohnehin schon schwierigen Situation den Verlust ihrer Eltern verkraften
62 müssen. Waisenkinder sollten die gleichen Chancen haben wie ihre Altersgenoss*innen,
63 unabhängig von ihrer familiären Situation.

64 Deshalb fordern wir eine Reform der Waisenrente, die Folgendes berücksichtigt:

- 65 • die Aufhebung der Mindestversicherungszeit von fünf Jahren.
- 66 • einen einheitlichen und existenzsichernden Satz, unabhängig von den
67 Rentenzahlungen der Eltern.
- 68 • eine Erhöhung der Übergangszeit zwischen zwei Ausbildungsabschnitten auf ein
69 Jahr.
- 70 • eine vereinfachte Beantragung der Waisenrente, indem der Prozess transparenter
71 und zugänglicher gestaltet sowie der Umfang der Antragsformulare reduziert wird.
72 Zudem sollte eine effiziente Unterstützung bei der Beantragung und Klärung
73 individueller Ansprüche gewährleistet sein.

Antrag B01: Weg mit dem konservativen Stillstand unseres Bildungssystems – Mit einer umfassenden Reform zur Bildungsexzellenz

Antragsteller*in:	UB Dortmund, KV Recklinghausen, UB Oberhausen
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Unser Bildungssystem in NRW

2 Das Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen (NRW) ist facettenreich und bietet eine
3 Vielzahl von Bildungsangeboten. Dennoch stehen einige Aspekte im Fokus, die einer
4 eingehenden Analyse bedürfen, und Forschungsergebnisse liefern wichtige Erkenntnisse
5 zu den bestehenden Strukturen und Rahmenbedingungen sowie den Herausforderungen und
6 Problemen unseres Systems.

7 Bezüglich der Schulstruktur und der Bildungswege zeigt sich in NRW und Deutschland,
8 dass es das dreigliedrige Schulsystem mehr als kritisch zu betrachten gilt. Die
9 frühzeitige Trennung der Schülerinnen und Schüler in verschiedene Bildungswege kann
10 zu frühzeitigen Bildungsentscheidungen führen und die soziale Ungleichheit
11 verstärken. Die damit einhergehende Bildungsbenachteiligung von Schüler*innen mit
12 Migrationsgeschichte oder aus finanziell schwächeren Familien wird in der
13 Bildungsforschung als problematisch erachtet. Ebenso darf die frühkindliche Bildung
14 in NRW nicht außer Acht gelassen werden, denn sie bestimmt maßgeblich den
15 Bildungserfolg, da die größten kognitiven Potentiale und Entwicklungen in der frühen
16 Kindheit ablaufen. Zwar gibt es inzwischen die letzten zwei Jahre Kindergarten
17 Beitragsfrei, aber es besteht keine Pflicht für Kinder einen Kindergarten zu
18 besuchen.

19 Die Bildungsforschung zeigt, dass Bildungsungleichheit in NRW nach wie vor ein
20 drängendes Problem darstellt. Schüler*innen aus von Bildung abgeschnittenen oder
21 einkommensschwachen Familien haben oft geringere Bildungschancen und erreichen im
22 Durchschnitt schlechtere Bildungsergebnisse. Die Ursachen hierfür sind vielfältig und
23 hängen unter anderem mit sozioökonomischen Faktoren, sprachlichen Barrieren und
24 frühkindlicher Bildung zusammen. Es bedarf daher gezielter Maßnahmen, um
25 Chancengerechtigkeit zu fördern und Bildungsbarrieren abzubauen.

26 Dazu hat NRW sich zum Ziel gesetzt, inklusive Bildung zu fördern und Schüler*innen
27 mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen zu integrieren. Allerdings
28 zeigen Studien, dass es noch immer Herausforderungen in der Umsetzung gibt. Die
29 personelle Ausstattung und die Ressourcen für sonderpädagogische Förderung sind
30 häufig nicht ausreichend, um den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht zu
31 werden. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um eine gelungene Inklusion zu
32 gewährleisten und individuelle Förderung zu ermöglichen.

33 Hierfür notwendig ist auch eine andauernde Professionalisierung der Lehrkräfte zur
34 Steigerung der Bildungsqualität. Forschungsergebnisse zeigen jedoch, dass Lehrerinnen
35 und Lehrer in NRW oft nicht ausreichend auf die Herausforderungen des modernen
36 Unterrichts vorbereitet sind, insbesondere in Bezug auf den Umgang mit Diversität und
37 digitalen Medien. Zudem herrscht in einigen Regionen ein akuter Lehrermangel, der die

38 Unterrichtsversorgung beeinträchtigt und zu überlasteten Lehrkräften führt.

39 Der angesprochene Umgang mit digitalen Medien scheitert vor allem daran, dass es in
40 NRW deutlichen Nachholbedarf bei der Ausstattung mit digitalen Medien gibt. Denn die
41 Integration digitalen Lehr- und Lernmitteln in den Unterricht fördert nicht nur die
42 Bildungsqualität, sondern auch die Medienkompetenz. Hierfür bedarf es auch klarer
43 pädagogischer Konzepte.

44 Die Finanzierung des Bildungssystems in NRW ist ein weiterer relevanter, wenn nicht
45 sogar der grundlegendste, Aspekt. Forschungen zeigen, dass eine ausreichende und
46 bedarfsgerechte Finanzierung entscheidend ist, um Bildungsqualität zu gewährleisten.
47 Dies betrifft nicht nur die Bereitstellung von Lehr- und Lernmitteln, sondern auch
48 Investitionen in die Lehrerfortbildung und die Schulinfrastruktur. Die derzeitigen
49 Aufwendungen für das Bildungssystem werden unseren Ansprüchen nicht gerecht und sind
50 bei weitem nicht ausreichend.

51 **Visionen zur Schule von Morgen**

52 Die Schule der Zukunft aus einer demokratisch sozialistischen Perspektive ist ein Ort
53 der Entfaltung und Freiheit für jede*n Schüler*in. Sie zeichnet sich durch die
54 Anerkennung und Wertschätzung von Diversität aus und fördert die Integration und
55 Inklusion aller Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihren
56 Fähigkeiten oder ihrer Identität. Anstelle eines Systems, das auf Konkurrenz basiert,
57 setzt die Schule von Morgen auf Kooperation und Solidarität. Ebenso besteht eine
58 bedarfsgerechte, individualisierte Förderung jedes Einzelnen. So ermöglichen es
59 Personalisierte Lernumgebungen den Schülerinnen und Schülern, ihren individuellen
60 Interessen und Stärken nachzugehen. Dabei müssen Chancengleiche Bedingungen
61 geschaffen werden, um Gerechtigkeit zu gewährleisten und Bildungserfolg für alle zu
62 ermöglichen. Eine Schule der Zukunft ist transnational ausgerichtet und digital
63 vernetzt. Durch den Einsatz von digitalen Technologien, künstlicher Intelligenz,
64 Virtual Reality, Augmented Reality, Sprach-/Texteingabe oder Robotik wird der
65 Unterricht interaktiv und vielseitig gestaltet. So soll die Möglichkeit bestehen,
66 dass Schüler*innen von verschiedenen Orten aus miteinander lernen und voneinander
67 profitieren können. Denn digitale Lernmethoden und kollaboratives Lernen sind
68 bereichernd. Eine zukunftsgerichtete Bildung bedarf eines Schwerpunkts auf der
69 Förderung von Kreativität, Kritikfähigkeit und Problemlösungskompetenz (Handlungs-
70 und Urteils Kompetenzen). Schüler*innen sollen ermutigt werden, eigene Ideen zu
71 entwickeln, bestehende Konzepte zu hinterfragen und innovative Lösungen für
72 gesellschaftliche Herausforderungen zu finden. Schulen, welche nach den Ansätzen von
73 Maria Montessori funktionieren, zeigen bereits, dass ein solcher Ansatz die
74 Motivation und Begeisterung fürs Lernen steigern kann. Dieses Entdecken muss
75 selbstbestimmt entlang der Lebenswelt von Schüler*innen orientiert sein, so müssen
76 Inhalte praxisnah und realitätsbezogen gestaltet sein und die Relevanz der*dem
77 Lernenden erkenntlich sein. So bedarf es weiterhin einer inhaltlichen Ausrichtung auf
78 z.B. Sexuallehre, Erinnerungskultur, Natur und Umwelt. Wobei es entdeckend und
79 selbstreguliert stattfinden muss, denn nur so können eigene Fragestellungen
80 entwickelt und eigenverantwortlich Wissen erworben werden. In diesem Gesamtprozess
81 bedarf es der kompetenten und sensiblen Begleitung durch ausgebildetes Personal, wie
82 zum Beispiel Lehrkräfte. Vor allem ein Sozial-emotionales Lernen muss ein zentraler
83 Bestandteil des Lehrplans sein, um emotionale Intelligenz und soziale Kompetenzen zu

84 fördern. Denn Wohlbefinden, welches durch die Förderung dieser Kompetenzen gesteigert
85 wird, ist ein Erfordernis für erfolgreiches Lernen. Zentraler Grundstein unserer
86 Gesellschaft bleibt weiterhin die Demokratie. Deshalb müssen alle Kompetenzen eine
87 Demokratie fördernden Aspekt innehaben. Dieses muss in einem modernen Bildungssystem
88 stärker verankert sein und bereits hier zu Partizipation aufrufen. Demokratische
89 Mitbestimmung ist ein grundlegendes Prinzip einer modernen Bildungsinstitution.
90 Schüler*innen, Lehrkräfte, Eltern und das gesamte Bildungspersonal müssen ein
91 Mitspracherecht bei bildungsbezogenen Entscheidungen haben. Wobei die Fülle der Macht
92 bei den Betroffenen selbst, also den Schüler*innen, liegen muss. Die Schule ist ein
93 Ort der Selbstbestimmung und Partizipation, wo alle gemeinsam die
94 Bildungsgemeinschaft gestalten. Die Befreiungspädagogik nach Freie als Akt der
95 Emanzipation muss das Ziel sein. Eine Lehre muss interdisziplinär und vernetzt
96 gestaltet sein, sodass verschiedene Wissensbereiche abgerufen werden. Schüler*innen
97 lernen so komplexe Zusammenhänge zu verstehen und Lösungen für komplexe Probleme zu
98 finden, denn dies wird den Herausforderungen der Zukunft gerecht sein. Durch
99 selbstbestimmtes Lernen übernehmen Schüler*innen eigen Verantwortung und entwickeln
100 eine intrinsische Motivation fürs Lernen. Sie müssen ihren individuellen Lernweg frei
101 und selbstständig gestalten und so ihre eigenen Interessen verfolgen können. So wird
102 auch ein lebenslanges Lernen gefördert, welches zusätzlich in Bildungseinrichtungen
103 stattfinden muss. Die Bildungsreise darf nicht mit der Schulausbildung enden, sondern
104 setzt sich in verschiedenen Formen des lebenslangen Lernens fort. Schüler*innen
105 erwerben nicht nur Wissen, sondern auch die Fähigkeit, sich kontinuierlich
106 weiterzuentwickeln und neue Herausforderungen anzunehmen.

107 Insgesamt fördert die Schule der Zukunft eine ganzheitliche Bildung, die
108 intellektuelle, kreative, soziale und emotionale Kompetenzen gleichermaßen
109 berücksichtigt. Sie ist ein Ort der Begegnung und des Austauschs, der kritischen
110 Reflexion und der gemeinsamen Gestaltung einer gerechteren und solidarischen
111 Gesellschaft. Die Visionen der Schule von Morgen basieren auf den Erkenntnissen und
112 Analysen von Wissenschaftler*innen, die die Bedeutung einer inklusiven,
113 diversitätsorientierten und demokratischen Bildung unterstreichen.

114 **Struktur des Bildungssystems**

115 Das Bildungssystem in NRW besteht aus verschiedenen Bildungsstufen, angefangen bei
116 der frühkindlichen Bildung (Kindergarten) über die Grundschule bis hin zur
117 weiterführenden Schule und der Hochschulbildung. NRW bietet eine Vielzahl von
118 Bildungseinrichtungen und eine breite Palette von Bildungsangeboten, aber es sind
119 bestimmte strukturelle Probleme erkennbar. Ein strukturelles Problem ist die bereits
120 benannte frühzeitige Selektion der Schülerinnen und Schüler. In NRW erfolgt die
121 Trennung bereits nach der Grundschule in verschiedene Schulformen, wie Gymnasium,
122 Gesamtschule, Realschule, Hauptschule oder Förderschule. Diese frühe Selektion kann
123 zu einer frühzeitigen Festlegung der Bildungswege führen und den weiteren
124 Bildungsverlauf stark beeinflussen. Dadurch werden die Bildungschancen der
125 Schülerinnen und Schüler bereits frühzeitig eingeschränkt, was zu einer verstärkten
126 sozialen Ungleichheit führen kann.

127 Bereits in dieser so genannten horizontalen und vertikalen Aufteilung des
128 Schulsystems tun sich Probleme auf, welche zum Beispiel in der Idee des längeren
129 gemeinsamen Lernens korrigiert werden sollen. Stattdessen sollte über eine neue Art

130 von Aufteilung gesprochen werden, dies soll unserer Position nach, durch eine neue
131 Aufteilung des Bildungssystems aufgebrochen werden. Die Idee einer Gesamtschule für
132 alle greift lediglich die Trennung nach der Grundschule auf verschiedene Schulformen
133 auf und genügt somit nicht. Es muss ein Bildungssystem im Sinne einer
134 Gemeinschaftsschule geschaffen werden, wobei dieses Konzept und der Name derzeit vor
135 allem im Waldorf-Kontext verwendet wird und deshalb aus jungsozialistischer
136 Perspektive abzulehnen ist, weshalb wir von einem Bildungscampus reden werden. Die
137 neue Bildungslandschaft soll sich in 4 Hauptklassen unterteilen, wobei diese auf
138 einem gemeinsamen Bildungscampus stattfinden sollen. Als erstes die Primär-Klasse,
139 also die 1. Klasse, welche einige parallelen zur derzeitigen Struktur der
140 Kindertagesstätten und Kinderbetreuung bzw. Frühkindlichen Bildung aufweisen soll.
141 Diese soll sich vor allem um die frühkindliche Bildung kümmern, von Kindern ab 1 bis
142 ca. 7 Jahren. Anschließend tut die Primar-Klasse (2. Klasse) für Kinder von ca. 7 bis
143 ca. 12 Jahren. Worauf die Sekundar-Klasse (3. Klasse) von ca. 12 bis 16 Jahren folgt
144 und mit der Tertiär-Klasse (4. Klasse) für Jugendliche zwischen ca. 16-19 Jahren
145 abschließt. Anschließend ist der Weitergang an das vorhandene (Fach-)Hochschulwesen
146 oder in das Berufsleben möglich, für die weitergehende praktische oder theoretische
147 Ausbildung. Die genannten Altersspannen dienen eher als Richtmaß, denn als festgelegte
148 Grenzen. Der Übergang von einer in die darüberliegende Klasse soll durch Nachweis
149 erbrachter Leistungen automatisch geschehen. Der Bildungscampus soll an einem Ort den
150 Bildungslebenslauf von Kindern und Jugendlichen bestimmen, um so auch trotz späterer
151 Differenzierung, vor allem ab der 3. Klasse, gemeinsames Lernen zu ermöglichen.

152 Ein weiteres Problem ist die mangelnde Flexibilität im Bildungssystem. Oftmals sind
153 die Bildungswege und -angebote starr und wenig an die individuellen Bedürfnisse und
154 Potenziale der Schüler*innen angepasst. Es fehlt an Möglichkeiten zur individuellen
155 Förderung und zur Berücksichtigung unterschiedlicher Lerngeschwindigkeiten und -
156 stile. Eine größere Flexibilität und Anpassungsfähigkeit des Bildungssystems könnte
157 zu einer besseren Bildungserfahrung und -ergebnissen führen.

158 Als Zielführend sehen wir hier ein interdisziplinäres Kurssystem, welches starre
159 Kurse spätestens ab der 3. Klasse ablösen soll. In der frühkindlichen Bildung sind
160 viele Basisfertigkeiten und -kenntnisse zu vermitteln, wie zum Beispiel das Sprechen,
161 Schreiben, Lesen, Rechnen, Fein- und Grobmotorik. Wobei es im späteren Verlauf
162 deutlich interdisziplinärer wird. In der Auseinandersetzung mit Lektüre bedarf es
163 nicht nur sprachlicher Untersuchungen, sondern auch historischer und
164 gesellschaftlicher Einordnungen, oder in Sport bedarf es eines Verständnisses von
165 Physik, Biologie und Chemie.

- 166 • Bildungscampus müssen geschaffen werden an welchen Kindern und Jugendliche ab 2
167 Jahren bis zum Eintritt ins Berufsleben oder Studium eine gesamtheitliche
168 Bildung geboten wird
- 169 • Wir fordern ein interdisziplinäres Kurssystem
- 170 • Privatschulen dürfen in einer egalitären Gesellschaft nicht existieren. Wir
171 fordern ein Verbot dieser und Überführung ins staatliche Bildungswesen.

172 Unterricht

173 Es soll eine Ganztagsbetreuung (8-17 Uhr) von Kindern und Jugendlichen auf dem Campus
174 erfolgen, wobei die Unterrichtsstunden pro Tag maximal 6 ab der Tertiärklasse

175 betragen dürfen und über alle Altersstufen hinweg 60 min pro Schulstunde dauern.
176 Diese Dauer ist die in Studien ermittelte Idealdauer von Unterricht.
177 Frontalunterricht und Auswendiglernen ist in Teilen notwendig, aber sollte an einem
178 notwendigen Minimum orientiert werden, da die Hauptorientierung auf der Förderung von
179 Kreativität, Kritikfähigkeit, Problemlösungskompetenz und Sozial-emotionaler
180 Intelligenz liegen muss. Der Unterrichtsbeginn liegt auf 9 Uhr. Zuvor wird, da viele
181 Familien ihren Kindern keine ausreichende Ernährung bieten können, ein gemeinsames
182 Frühstück an der Schule ab 8:00 Uhr geboten. Ebenso wird ein Mittagessen nach 4
183 Unterrichtsstunden in einer großzügigeren Mittagspause geboten. Die 4 Stunden vor der
184 Mittagspause sollen vor allem durch Kurse des Kurssystems geprägt sein. Der
185 Nachmittags- und frühe Abendbereich darf ebenso mit Kursunterricht gefüllt werden,
186 aber soll durch AGs und Angebote von (Sport)Vereinen ergänzt werden.

187 Kenntnisse und Fertigkeiten einer Sprache und der Mathematik sind Grundlage für alle
188 weiteren Fächer und somit essenziell für eine erfolgreiche Bildung, jedoch sollte
189 Deutsch nicht als Primärsprache für einen erfolgreichen Bildungsabschluss nötig sein.
190 Es sollte einen optionalen Bereich DaZ/DaF (Deutsch als Zweisprache/Deutsch als
191 Fremdsprache) geben, welcher als Ersatz dienen kann. Ein Abschluss sollte, ähnlich zu
192 dem, wie es bereits heute an einigen Schulen möglich ist, mit Englisch oder
193 Französisch möglich sein. In der 1. und 2. Klasse sollte, falls Deutsch die
194 Erstsprache oder Muttersprache ist, mit Englisch gearbeitet werden, ansonsten
195 Deutsch. In den nachfolgenden Klassen soll differenziert werden können und jederzeit
196 gänzlich neue Sprache erwählt werden können. Sprachunterricht sollte hier in allen
197 Sprachen, welche an den Hochschulen in NRW gelehrt werden, möglich sein.

198 Der Unterricht soll durch ein Kurssystem gestaltet werden, welches jede*r Schüler*in
199 zu einem Mindestmaß zu durchlaufen hat. So kann die Wahl der Lektüre beispielsweise
200 von den von den Schüler*innen frei aus dem Kursangebot gewählt werden können. Schon
201 heute lesen Schüler*innen im Laufe der Bildungszeit nicht dieselben Werke oder
202 experimentieren mit den gleichen Versuchsaufbauten, so bietet ein Kurssystem
203 Potential zu Individualisierung. Das Lernen an Exempeln, welche durch einen Lehrplan
204 vorgegeben sein können oder in einem vorgegebenen Rahmen durch die Lehrkraft frei
205 wählbar sind, ist die inhaltliche Grundlage für die Kursgestaltung. So schafft die
206 eigenständige Wahl von Schüler*innen eine Demokratisierung und Flexibilisierung des
207 Bildungsprozesses und sie können ihren Stärken und Schwächen oder Neigungen und
208 Interessen nach Wahlen treffen. Begleitet werden sollen sie hierbei Halbjahresweise
209 durch eine Bildungslaufbahnberatung von einer Bildungskraft, welche gemeinsam mit den
210 Schüler*innen im Einzelgespräch die Möglichkeiten und Notwendigkeiten für das
211 kommende Halbjahr zusammensuchen und den Stundenplan aus dem Kurssystem erarbeiten.
212 Solche Entwicklungsgespräche sollen mit klaren Plänen enden, welche den Kindern und
213 Jugendlichen, den Eltern und ggf. anderen Bildungsberater*innen Einsicht und Klarheit
214 bieten. Inhaltlich soll sich das Kurssystem sich aus den folgenden Fachbereichen
215 interdisziplinär ergeben: Sprachen, DaZ/DaF, Literatur, Geschichte (Regionalkunde,
216 Landeskunde, Weltkunde; Epochal), Geografie (Regionalkunde, Landeskunde, Weltkunde),
217 Gesellschaftslehre, Wirtschaft und Arbeit, Politik, Philosophie, Pädagogik,
218 Psychologie, Rechtskunde, Technik, Informatik, Naturwissenschaft, Physik, Chemie,
219 Biologie, Astronomie, Leben (z.B. Ernährung, Bürokratie), Sport, Musik (differenziert
220 Gesang oder Instrumental), Kunst (differenziert nach Art z.B. Textilgestaltung,
221 Malerei o.Ä. oder Kochen), Darbietung und Religion. Zugänge zu weiterführenden bzw.

222 aufeinander aufbauende Kurse, wie z.B. „Grundlagen Java“ und „Java I“, werden durch
223 das Bestehen des vorangegangenen bzw. vorstehenden Kurses ermöglicht. Den
224 interdisziplinären Kombinationen sollen hier so wenige Grenzen wie möglich gesetzt
225 werden, so könnte es einen Kurs zur Technikgeschichte der Dampfmaschine auf Türkisch
226 geben. Das Kursangebot wird für jeweils 3 Jahre an jedem Bildungscampus durch ein
227 demokratisches Gremium bestehend aus Eltern, Lehrer*innen und Schüler*innen
228 verabschiedet, so dass regelmäßige Veränderungen im Kursangebot möglich sind.

- 229 • Jede Unterrichtsstunde in NRW dauert 60 Minuten
- 230 • Die Bildung muss einen Fokus auf der Förderung von Kreativität, Kritikfähigkeit,
231 Problemlösungskompetenz und Sozial-emotionaler Intelligenz legen
- 232 • Ein Schulabschluss muss auch ohne den Fachbereich Deutsch als Hauptsprache
233 möglich sein
- 234 • Es müssen halbjährliche Bildungslaufbahnberatungen durch spezialisiertes
235 Personal stattfinden an dessen Ende Entwicklungspläne stehen
- 236 • Das Kursangebot wird demokratisch verabschiedet und für eine Dauer von 3 Jahren
237 festgelegt

238 **Integration und Inklusion**

239 Neben des generellen Angebots von DaZ/DaF (Deutsch als Zweisprache/Deutsch als
240 Fremdsprache), sollte sofern möglich die Sprache des Elternhauses bzw. die/eine
241 Sprache des Herkunftslandes an der Schule unterrichtet werden. In einer
242 globalisierten Welt und unserem Verständnis als Einwanderungsland können wir nicht
243 erwarten, dass im Elternhaus Deutsch gesprochen werden kann oder wird. Ebenso ist für
244 viele Familien und insbesondere die Kinder, die Sprache ein Rest der kulturellen
245 Identität, welche sie sich womöglich erhalten möchten. Sprachunterricht kann
246 Integration schaffen, aber das bisherige Fach Deutsch überfordert viele. Hier müssen
247 die Grundlagen anderweitig ausgebaut werden.

248 Für Kinder mit besonderem Bedarf sollen entsprechende Förderklassen auf dem
249 Bildungscampus geschaffen werden, welche parallel zum üblichen Kurssystem geboten
250 werden. Die Kinder und Jugendlichen dieser Klassen können an allen Kursen teilnehmen,
251 analog zu den Kindern und Jugendlichen außerhalb von Förderklassen. Sie würden für
252 den Zeitraum der Kurse die Förderklasse verlassen können. In den Kursen können
253 Tandems aus sog. „I-Kindern“ und „Regel-Kindern“ geschaffen werden, welche den
254 Austausch und sozialen Kontakt zwischen den Schüler*innen fördern. Ebenso soll es
255 räumlich zu jedem Kursraum räumliche Ausweichmöglichkeiten geben, um in anderer
256 Umgebung Aufgaben ggf. auch im eigenen Tempo erledigen zu können. So kann Bildung
257 bedarfsgerechter gestaltet werden.

258 Ebenso soll es im Nachmittagsbereich Fördergruppen für Kinder und Jugendliche geben,
259 welche keiner Förderklasse bedürfen, aber allg. Förderbedarf haben z.B. durch eine
260 geringfügigere Ausprägung des ADHS(Aufmerksamkeitsdefizit/-Hyperaktivitätsstörung).

261 **Hochbegabtenförderung**

262 Auf Empfehlung der Lehrkräfte oder Wunsch der Eltern muss ein Intelligenztest
263 durchgeführt werden, welcher das Kind oder die*den Jugendliche*n die Möglichkeit
264 schafft spezifische Unterrichtsmöglichkeiten im überregionalen Verband zu erhalten
265 und an Sommeruniversitäten teilzunehmen, um bereits Kurse auf hohem Niveau abzulegen.

266 **Bildungspflicht**

267 Die Schulpflicht in NRW ist gesetzlich verankert und verpflichtet alle Kinder und
268 Jugendlichen im schulpflichtigen Alter, eine Schule zu besuchen. Ziel ist es, eine
269 grundlegende Bildung zu vermitteln und die gesellschaftliche Integration zu fördern.
270 Die Schulpflicht soll sicherstellen, dass alle Kinder die Chance auf Bildung und
271 persönliche Entwicklung erhalten. Leider fallen immer noch zu viele Kinder und
272 Jugendliche durch dieses Sicherungsnetz. Ebenso wird die Schulpflicht den
273 individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten der Schülerinnen selten gerecht. So gibt
274 es Kinder, die in klassischen Klassenstrukturen nicht optimal lernen können und sich
275 stattdessen in alternativen Lernumgebungen oder durch selbstgesteuertes Lernen besser
276 entwickeln könnten. Eine starre Anwesenheitspflicht auf dem Bildungsgelände für
277 Unterrichtseinheiten oder Prüfungen kann sich negativ auf die Lernmotivation und das
278 Wohlbefinden von Schülerinnen auswirken und als Zwang wahrgenommen werden.

279 Es ist daher nötig, das Bildungssystem in NRW flexibler zu gestalten, um den
280 unterschiedlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten der Schüler*innen gerecht zu werden.
281 Dies könnte durch mehr Möglichkeiten für selbstbestimmtes Lernen, alternative
282 Lernumgebungen und eine stärkere Berücksichtigung individueller Interessen und
283 Talente geschehen. Ebenso sind die Grundlagen aus der frühkindlichen Bildung nicht
284 gleich verteilt. In NRW ist zwar das letzte Jahr in der KiTa kostenfrei, um auf die
285 Grundschule vorzubereiten, aber dies schafft nicht gleiche Startbedingungen für alle
286 Kinder. Die sensibelste Phase in der Gehirnentwicklung liegt zwischen dem 2. und 4.
287 Lebensjahr eines Kindes. In dieser Zeit werden viele Grundlagen geschaffen, auf
288 welche das Kind in späterer Zeit seine eigene Bildungslaufbahn aufbauen kann. Es ist
289 daher nötig, allen Kindern optimale Förderung zu ermöglichen und dies nicht nur vom
290 Kapital, der Zeit und den Fähigkeiten des Elternhauses abhängig zu machen. Dafür
291 benötigt es eine Bildungspflicht in staatlichen Einrichtungen bereits ab dem Alter
292 von 2 Jahren.

293 Das Ende der Schulpflicht liegt derzeit nach 9 Jahren Schulbesuch, wobei im Anschluss
294 daran die 3-jährige Berufsschulpflicht während der Ausbildung besteht. Somit geht die
295 Schulpflicht für die meisten bis zum Erreichen des 18. Lebensjahres. Die Idee, allen
296 Schülerinnen, nicht nur den Abiturientinnen, ein zusätzliches Jahr für ihre
297 Entwicklung zu geben, sollte ernsthaft erwogen werden. Eine Bildungspflicht, die sich
298 an einem Bildungscampus von 2 bis 19 Jahren erstreckt, könnte eine sinnvolle
299 Möglichkeit sein, die Bildung für alle auf eine gerechtere und inklusivere Weise zu
300 gestalten. Hierbei muss die Pflicht für Bildung für alle Kinder gelten, welche in NRW
301 wohnen, also auch geflüchtete.

- 302 • Wir fordern, dass für alle Kinder und Jugendlichen NRWs eine Pflicht zur
303 Bildung, ab dem 2. Lebensjahr, bis zum 19. Lebensjahr gelten soll.

304 **Bildungscampus und Ausbildung**

305 Unser Ausbildungssystem ist ein duales System, das aus einem schulischen Teil und
306 einem betrieblichen Teil besteht. Der schulische Teil der Ausbildung findet in
307 Berufsschulen statt und vermittelt theoretisches Fachwissen und allgemeinbildende
308 Inhalte, die für den jeweiligen Ausbildungsberuf relevant sind. So ergänzen
309 Berufsschulen die praktische Ausbildung im Betrieb und sind zuständig für die
310 Vermittlung von fachtheoretischen Kenntnissen. Die Schüler*innen besuchen die
311 Berufsschule in der Regel an ein bis zwei Tagen pro Woche oder in Blockphasen,

312 während sie in den anderen Tagen im Ausbildungsbetrieb praktische Erfahrungen
313 sammeln. Der schulische Teil der Ausbildung ist eng mit dem betrieblichen Teil
314 verzahnt, um eine ganzheitliche und praxisnahe Ausbildung zu gewährleisten. Die
315 Berufsschulen arbeiten dabei eng mit den Ausbildungsbetrieben zusammen, um den
316 Ausbildungserfolg zu garantieren. Die schulische Ausbildung endet mit einer
317 Abschlussprüfung, die in der Regel vor der zuständigen Industrie- und Handelskammer
318 oder Handwerkskammer abgelegt wird. Dabei werden sowohl die schulischen Leistungen
319 als auch die praktischen Fähigkeiten geprüft. Das duale Ausbildungssystem in
320 Deutschland ermöglicht es den Auszubildenden, fundierte berufliche Qualifikationen zu
321 erwerben und gleichzeitig praktische Erfahrungen im Arbeitsleben zu sammeln. Es ist
322 ein bewährtes und gutes System. Nur leider findet hier eine sehr frühe Trennung von
323 Jugendlichen statt, so bestehen unter anderem zwischen zukünftigen Akademiker*innen
324 und Handwerker*innen kaum Kontakte, welche aus der zuvor gemeinsam bestrittenen
325 Schulzeit erhalten werden konnten. Berufsschulen abzuschaffen, liegt uns fern, da wir
326 sie als wichtigen Teil im Professionalisierungsprozess der Ausbildung betrachten.
327 Ebenso kann nicht jeder Ausbildungsberuf an jeder Berufsschule vorgehalten werden. Es
328 ist jedoch Realität, dass Berufsschulen sich häufig Lehrkräfte teilen, vor allem in
329 den allgemeinbildenden Fächern, wie Mathe, Deutsch oder Englisch. Diese und weitere
330 Mögliche sollten unserer Auffassung nach am Bildungscampus im Kursystem mit den
331 anderen Schüler*innen stattfinden, da so die soziale Durchmischung ebenso wie die
332 Vernetzung verstärkt wird. Dies würde die Berufsschulen entlasten, da diese sich aus
333 den Zahlungen der Ausbildungsbetriebe speisen und so häufig in Konkurrenz zueinander
334 wirken.

- 335 • Wir fordern, dass die Bestandteile des schulischen Teils von Ausbildungen,
336 welche im Kursystem des Bildungscampus angeboten werden können, an diesen nebst
337 den Auszubildenden für alle Schüler*innen des entsprechenden Niveaus angeboten
338 werden.

339 **Lehrkräfteausbildung**

340 Es gibt zu wenige Lehrkräfte in NRW und den Großteil ihrer Arbeitszeiten unterrichten
341 diese nicht, sondern sind mit der Vor-, Nachbereitung und mit Sonderaufgaben betreut,
342 welche Sie zu vollbringen haben. Die Lehrkräfte in Deutschland haben im Vergleich mit
343 anderen Staaten die geringsten Unterrichtszeiten an Ihrer Gesamtarbeitszeit, dies
344 müssen wir verändern in dem Aufgaben anders verteilt werden und die Ausbildung von
345 Lehrkräften anders läuft.

346 Das Studium ist ein sehr theoriebelasteter Zeitraum, welcher durch Praxisphasen
347 durchbrochen wird. Diese dienen zum einen der Orientierung, ob die Arbeit als
348 Lehrkraft für einen wirklich in Frage kommt und zum Austesten und Finden der eigenen
349 Persönlichkeit im Lernumfeld, bevor die Lehrkraft im Referendariat das erste Mal
350 selbstverantwortlich vor einer Klasse steht.

351 Diese Ausbildungsperiode könnte sinnvoller durch ein Duales Studium von mind. 16
352 Semestern absolviert werden. Zum einen würden so viele Probleme der derzeitigen
353 Praxisphasen wegfallen, da viele Studierende neben dem Studium arbeiten müssen und
354 Praxisphasen dies verunmöglichen. Ein Duales Studium schafft hier Abhilfe durch einen
355 Verdienst über die 8 Jahre Ausbildungszeit hinweg von mindestens 1500€ pro Monat.

356 Im Verlauf des Studiums sollen die angehenden Lehrkräfte bereits ab dem 1. Semester
357 in den Schulen eingesetzt werden, um die vollausgebildeten Lehrkräfte im

358 außerunterrichtlichen und unterrichtlichen Geschehen zu entlasten. Wobei sich Ihre
359 Verantwortung und Arbeitszeit im Verlauf der Ausbildung stetig steigert. Beginnend
360 könnten angehende Lehrkräfte als Lernhelfer*innen oder Betreuer*innen dienen und im
361 weiteren Verlauf der Ausbildung Unterrichtsstunden gemeinsam mit der Lehrkraft
362 planen, Prüfungen korrigieren oder auch einzelne Stunden halten, bis sie im letzten
363 Jahr vollumfänglich als Lehrkräfte eingesetzt und in dieser Tätigkeit geprüft werden.
364 So würden auch die Bestehenden hoch ausgebildeten Lehrkräfte von einigen Tätigkeiten
365 befreit werden können und so das Gesamtpensum reduzieren, da die meisten Lehrkräfte
366 derzeit deutlich oberhalb ihrer Sollarbeitszeit von 40-41 Stunden pro Woche arbeiten.

367 Neben den bekannten Lehrkräfte müssen ebenso Erzieher*innen, Bildungstechnolog*innen,
368 Sozialarbeiter*innen und Sonderpädagog*innen über ein vergütetes Duales Studium
369 ausgebildet werden. Erstere sollen vor allem in der 1. Klasse die Bildungsarbeit
370 übernehmen. Die Bildungstechnolog*innen sollen hier eine besondere Mittlerrolle
371 wahrnehmen und das Gesamtfeld von Beschaffung, Einrichtung und Wartung der digitalen
372 Endgeräte und Anwendungen leisten, sowie die Anwendung und dem Ausbau oder
373 Weiterentwicklung dieser in Workshops und Fortbildungen den Lehrkräften Unterstützung
374 bieten. Die Arbeitsfelder von Sozialarbeiter*innen und Sonderpädagogen sollen ihren
375 speziellen Aufgabengebieten gerecht werden und sich vorrangig um eine personalisierte
376 nicht-fachliche Förderung der Schüler*innen kümmern.

- 377 • Die Ausbildung zur Lehrkraft, Erzieher*in, Sonderpädagogin und
378 Bildungstechnolog*in läuft über ein monatlich vergütetes Duales Studium

379 **Fortbildungssystem**

380 Eines der Hauptprobleme der derzeitigen Fortbildungsangebote ist die Heterogenität
381 dieser. Lehrkräfte in NRW arbeiten an verschiedensten Schulformen, in verschiedenen
382 Fächern und mit unterschiedlichen Altersgruppen von Schüler*innen. Die
383 Fortbildungsbedarfe sind dementsprechend vielfältig, und es ist eine Herausforderung,
384 passgenaue Fortbildungsangebote für alle Lehrkräfte bereitzustellen. Hier besteht die
385 Gefahr, dass bestimmte Gruppen von Lehrkräften benachteiligt werden und ihre
386 individuellen Bedürfnisse nicht ausreichend berücksichtigt werden. Ein weiteres
387 Problem ist die zeitliche und organisatorische Umsetzung von Fortbildungsmaßnahmen.
388 Lehrkräfte stehen oft vor einem hohen Arbeitspensum und vielen pädagogischen
389 Aufgaben. Dies kann dazu führen, dass Fortbildungsangebote als zusätzliche Belastung
390 wahrgenommen werden und die Teilnahmebereitschaft sinkt. Eine bessere Abstimmung von
391 Fortbildungen mit dem Schulalltag und eine angemessene Entlastung während der
392 Fortbildungszeiten sind daher dringend erforderlich. Darüber hinaus gibt es auch
393 Unterschiede in der Qualität der Fortbildungsangebote. Einige Fortbildungen sind gut
394 strukturiert, praxisnah und orientieren sich an den Bedürfnissen der Lehrkräfte,
395 während andere eher theoretisch und abstrakt gestaltet sind. Es ist wichtig
396 sicherzustellen, dass die Fortbildungen einen tatsächlichen Mehrwert für die
397 Lehrkräfte bieten und sie in ihrer pädagogischen Arbeit unterstützen. Ein positiver
398 Aspekt ist, dass digitale Fortbildungsangebote zunehmend an Bedeutung gewinnen und
399 den Lehrkräften mehr Flexibilität und Zugänglichkeit bieten. Insbesondere während der
400 COVID-19-Pandemie hat sich gezeigt, dass Online-Fortbildungen eine sinnvolle
401 Ergänzung zum klassischen Präsenzunterricht sind. Allerdings müssen auch hier die
402 Qualität und die technische Ausstattung sichergestellt sein, damit alle Lehrkräfte
403 von diesen Möglichkeiten profitieren können. Um das Fortbildungs- und

404 Professionalisierungssystem für Lehrkräfte in NRW zu verbessern, ist es entscheidend,
405 die Bedarfe der Lehrkräfte genau zu analysieren und Fortbildungsangebote entsprechend
406 zu gestalten. Dabei sollten auch progressive Methoden und Ansätze einbezogen werden,
407 die auf eine ganzheitliche und individuelle Förderung der Lehrkräfte abzielen. Es ist
408 wichtig, dass die Lehrkräfte die Möglichkeit haben, sich aktiv in die Gestaltung
409 ihrer eigenen Fortbildungswege einzubringen und dass ihre Erfahrungen und Kompetenzen
410 anerkannt und wertgeschätzt werden. Ein kontinuierlicher Austausch zwischen
411 Bildungsforschung und Praxis kann dazu beitragen, dass die Fortbildungsangebote
412 stetig weiterentwickelt und den Bedürfnissen der Lehrkräfte angepasst werden. Nur so
413 kann eine hochwertige Bildung für die Schülerinnen und Schüler in NRW gewährleistet
414 werden.

415 **Dienstrechtliches**

416 Der Satus der Verbeamtung muss mit einem erfolgreichen Abschluss des Dualen Studiums
417 einsetzen und sich nicht nur auf Lehrkräfte, sondern auch andere Kräfte auf dem
418 Bildungscampus umfassen, wie die Erzieher*innen, Bildungstechnolog*innen,
419 Psycholog*innen und Sonderpädagog*innen. Jedoch sollte das Dienstrecht von Beamten im
420 Sinne der Forderung von Gewerkschaften reformiert werden (z.B.
421 Erwerbstätigenversicherung, Bürgerversicherung und Streikrecht). Denn der Staat, und
422 damit die Gesellschaft, als Arbeitgeber*in leistet an vielen Stellen im derzeitigen
423 System keine genügende Fürsorge und kommt so seinen Pflichten nicht nach. Als
424 Beispiel ist hier allein die psychologische Hilfe genannt, welche weder geboten noch
425 akzeptiert ist. Derzeit ist psychologische Hilfe einzuholen ein Verbeamtungsrisiko,
426 weshalb viele davor zurückschrecken. Eine Bildungsinstitution der Zukunft kann nicht
427 psychische Probleme von ihren Beamt*innen negieren, sondern muss die Bewältigung oder
428 den Umgang mit Ihnen proaktiv mitgestalten durch auf Fachkräfte des Bildungssektors
429 ausgelegte Psycholog*innen die Unterstützung und Hilfe bieten.

430 Ebenso müssen die Aufstiege und Rückstufungen flexibilisierter gestaltet werden, da
431 das derzeitige System nicht genügend Flexibilisierung bietet.

432 Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Erfassung der Arbeitszeiten, welche abseits der
433 Unterrichtsstunden anfallen. Diese müssen genau erfasst werden, auch im Homeoffice.
434 Wobei die flexible Wahl von Arbeitsstunden außerhalb der Unterrichtsstunden
435 beibehalten werden muss, da dies auch im Besonderen eine Familienfreundlichkeit im
436 Berufsleben schafft. Der Anteil der Zeiten vor der Klasse verhalten sich derzeit im
437 Vergleich zu anderen Regionen der Welt sehr ineffizient, wenn man den prozentualen
438 und absoluten Anteil an der Gesamtarbeitszeit betrachtet. Die Arbeitszeit von
439 Lehrkräften muss sich vorrangig auf die Lehre konzentrieren, daher ist hier eine
440 Umschichtung von Aufgaben nötig. Eine Lehrkraft sollte die Woche zwischen 25-30
441 reguläre Unterrichtsstunden halten und die Wochenarbeitszeit darf in Vollzeit 41
442 Stunden die Woche nicht überschreiten. Sobald ein solider Grundstock an Lehrkräften
443 vorhanden ist, sollte die maximale Wochenstundenzahl jeder Lehrkraft auf mind. 35
444 Stunden reduziert werden. Überstunden durch Ausfälle von Kolleg*innen, falls welche
445 anfallen, müssen entlohnt werden.

446 **Finanzielles**

447 Des Weiteren besteht ein Mangel an ausreichenden Ressourcen und Personal im
448 Bildungssystem. Insbesondere in bestimmten Regionen von NRW gibt es einen erhöhten
449 Bedarf an Lehrkräften und qualifiziertem Personal, was zu einer Unterversorgung und

450 Überlastung führen kann. Dies wirkt sich negativ auf die Qualität der Bildung und die
451 Betreuung der Schüler*innen aus. Es bedarf einer besseren Personalausstattung und
452 einer gerechteren Verteilung der Ressourcen, um eine qualitativ hochwertige Bildung
453 für alle Schüler*innen zu gewährleisten. Dafür nötig ist eine vollumfänglich
454 auskömmliche Finanzierung des Bildungssystems, welche an das BIP gekoppelt werden
455 sollen und einen Betrag von 10-20% des BIP betragen sollen. Dies begründen wir damit,
456 dass jeder Euro, welchen wir in die Bildung stecken das Dreifache an Wertsteigerung
457 nach einigen Jahren einbringt. Alle Materialien, welche die Schüler*innen und
458 Bildungskräfte benötigen, müssen ihnen kostenfrei und bedürfnisgerechte zur Verfügung
459 gestellt werden. Gleiches gilt für den Transport zur Schule.

460 **Gesundheit**

461 Allen Lernenden müssen Angebote für Sport, psychologische und medizinische Betreuung
462 am Campus wahrnehmen können.

463 **Räumlichkeiten und Sammlungen**

464 Die Klassengrößen müssen moderat gehalten werden. So gilt für die 1. Und 2. Klasse
465 eine maximale Kursgröße von 6 Kindern, für die 3. Klasse von 12 und für die 4. Klasse
466 eine Größe von 18. Förderklassen dürfen eine Größe von 10 Kindern niemals
467 überschreiten. Die Räumlichkeiten der Lehre sollen an die Lehrkräfte gebunden sein.
468 Die Ausstattung von Fachräumen z.B. Physik, Sport, Technik, Kunst muss einheitlich
469 geregelt und durch die Gelder der Bildungssystems bestritten werden. Fördervereine
470 dürfen keine Dinge finanzieren, welche das Lernen und Lehren auf dem Bildungscampus
471 direkt beeinflussen.

472 **Bewertung, Zeugnisse und Versetzungen**

473 Die bürokratische Nachhaltung muss in einem digitalen Klassenbuch, welches über ein
474 OpenSource Programm des Landes läuft, geschehen. In die für ihr Kind relevanten
475 Informationen müssen die Eltern jederzeit Einsicht von überall haben können.
476 Ziffernnoten gehören der Vergangenheit an. Kurse werden nur noch entweder Bestanden
477 oder nicht Bestanden. Abschlüsse erhält man durch das Bestehen von Kursen eines
478 spezifischen Niveaus automatisch. Zeugnisse bestehen aus den gesammelten
479 Entwicklungsplänen einer Klassenstufe und einer Liste der Kurse, welche in der
480 Bildungslaufbahn belegt wurden. Die Abschlussprüfungen jedes Kurses müssen
481 anonymisiert sein.

Begründung

Meckern über unser Bildungssystem in NRW und in Deutschland liegt an der Tagesordnung. Mehrfach im Jahr wird von den schlechten Leistungen von Schüler*innen im weltweiten Vergleich geredet und es wird stetig beschrien sich an anderen Nationen ein Beispiel zu nehmen und so unser Bildungssystem den aktuellen Begebenheiten anpassen und auch beweglich für die Zukunft zu gestalten. Stichworte, welche immer wieder fallen sind unter anderem: Individualisierung, Inklusion, Bildungsungleichheit, Globalisierung, Bedürfnisgerechtigkeit, Digitalisierung, Antirassismus, Integration, Ausstattung und Personal, um nur einige wenige zu nennen. Dieser Antrag soll die Grundlage für eine vollumfängliche Reformidee des deutschen Schulwesens aus jungsozialistischer Perspektive sein und versucht angesprochene Kritikpunkte des derzeitigen Systems auflösen. Zu häufig wird die Verantwortung bei den Lehrkräften und Bildungspolitikern*innen gesucht, welche eher das vorhandene System verwalten und Strukturprobleme nur symptomatisch behandeln, statt es gänzlich neu zu denken. Dies liegt nicht an

ihrem Unvermögen oder ihrer Faulheit, sondern vielmehr an Überforderung und Unbeholfenheit. Die Gesellschaft hat sich verändert und so muss es auch die Schule tun. Komfortzonen müssen verlassen werden und vorhandene Ideen in gänzliche neue Strukturen übersetzt werden. Geben wir Impulse ab und schreiten voran.

Dieser Antrag beansprucht in Urform keine vollständige Lösung zu bieten, sondern fordert alle NRWJusos einen Beitrag durch Änderungsanträge für ein neu konstruiertes Rahmenkonzept des Bildungssystems NRWs zu liefern. Denn wir Dortmunder sind der festen Überzeugung nicht das Allheilmittel niedergeschrieben zu haben, aber eine umfassende Reform muss her!

Antrag B02: Berufung statt Beruf: Lehramt wieder attraktiv machen!

Antragsteller*in:	UB Mönchengladbach
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Mit Kampagnen wie „Job mit Pultstatus - Gönn dir!“ sucht das Ministerium für Schule
2 und Bildung händeringend nach Lehrkräften und all jenen, die es werden wollen. Dass
3 immer mehr Lehrkräfte unter der immensen Arbeitsbelastung leiden, gesundheitliche
4 Probleme entwickeln und das Handtuch werfen, ist dabei allgemein bekannt.
5 Lehramtsstudierende müssen sich in ihrem Studium mit fachlich anspruchsvollen
6 Inhalten auseinandersetzen. Schulische Praxis und Fachdidaktik kommen zu kurz und
7 Lehrkräfte sehen sich mit pädagogischen Problemen allein gelassen, weil sie auf ihrem
8 Ausbildungsweg nicht ausreichend darauf vorbereitet worden sind. Gegenüber dem
9 eklatanten Lehrkräftemangel an allen Schulformen steht daher die wachsende Unlust,
10 ein Lehramtsstudium zu beginnen: Im Studienjahr 2021/2022 sank die Zahl der
11 Studienbeginner:innen um 13,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Beruf der
12 Lehrkraft wird zunehmend unattraktiver - Leidtragende der Situation sind nicht
13 zuletzt auch Schüler:innen, welche mit überlasteten und überforderten Lehrpersonen
14 sowie Unterrichtsausfällen konfrontiert werden.

15 Schule - als Ort der Bildung und Sozialisation - wird wesentlich durch Lehrer:innen
16 gestaltet und geprägt. Erst durch eine starke Lehrkräftebildung, gerechte
17 Arbeitsbedingungen und einem belastungsarmen Berufsalltag werden diese positiven
18 Schulerfahrungen möglich. Insbesondere aus jungsozialistischer Perspektive braucht es
19 eine Stärkung des Lehrberufs: Um Inklusion und unseren Wunsch nach einer
20 ‚Schule für Alle‘ standesgemäß zu verwirklichen, benötigen wir gut ausgebildetes und
21 breit aufgestelltes Personal an unseren Schulen.

22 **Für ein Studium, das der Arbeit gerecht wird!**

23 Das Lehramtsstudium, wie es derzeit an Universitäten in NRW angeboten wird, bereitet
24 nicht ausreichend auf die Praxis im Schulalltag vor.

- 25 • Das Eignungs- und Orientierungspraktikum sollte daher von bisher fünf Wochen auf
26 einen längeren Zeitraum ausgedehnt werden und außerdem die Gestaltung eigener
27 Unterrichtsstunden als verpflichtender Teil implementiert werden.
- 28 • Der Praxisbezug im Studium sollte allgemein hochgesetzt werden: Mehr
29 Praxisphasen verhelfen Studierenden dazu, sich selbst in der Rolle einer
30 Lehrkraft zu reflektieren und sich an die Unterrichtspraxis zu gewöhnen.
- 31 • Das Praxissemester im Master der Lehramtsstudiengänge muss endlich vergütet
32 werden, damit Studierende während dieser Phase finanziell abgesichert sind und
33 für ihre Arbeit entlohnt werden. Zudem sollten die Einzugsgebiete für das
34 Praxissemester vergrößert werden, sodass Studierende nicht zu lange Arbeitswege
35 auf sich nehmen müssen.
- 36 • Das Modulhandbuch sollte einen größeren Didaktik Anteil und Pädagogik Anteil für
37 die Lehrveranstaltungen vorsehen. Dies soll zulasten überhöhter fachlicher
38 Anteile gehen wie zum Beispiel höherer Mathematik im Grundschulstudium.

39 Lehramtsstudierende werden so effektiv auf das vorbereitet, was sie später in
40 ihrer Unterrichtsvorbereitung und im Klassenraum erwartet.

- 41 • Das Latinum als Anforderung für das Studium muss aus den Studiengängen
42 gestrichen werden, die dieses nicht unmittelbar benötigen (z.B.
43 Grundschullehramt). Das Nachholen des Latinums an der Uni stellt eine weitere
44 Hürde für viele Studierende dar, welche ein Fortkommen im Studium behindern
45 kann.

46 **Für Konditionen, zu denen man gerne arbeitet!**

47 Um ausreichend Lehrkräfte gewinnen zu können und aktuelle Lehrkräfte halten zu
48 können, muss der Beruf der Lehrkraft attraktiver werden.

- 49 • Die Teilzeitregelungen für Lehrkräfte dürfen keinesfalls eingeschränkt werden
50 und sollten sogar gelockert werden. Die Arbeit im Schulalltag kann aus diversen
51 Gründen eine Belastung darstellen. Um diese Belastungen kompensieren zu können,
52 sollten Lehrkräfte ihre wöchentliche Stundenzahl reduzieren dürfen.
- 53 • Es braucht ein generell höheres Gehalt und die gleiche Eingruppierung für alle
54 Lehrkräfte im Schuldienst. Daher erwarten wir von der Tarifgemeinschaft der
55 Länder, dass sie in den Verhandlungen zum Tarifvertrag der Länder diesen Herbst
56 die Löhne um mindestens die Inflation anheben. Wir stehen dabei den Kolleg:innen
57 von ver.di solidarisch zur Seite.
- 58 • Für Schulen sollte die Möglichkeit geschaffen werden, ganzjährig unbefristete
59 Stellen auszuschreiben und Lehrkräfte einzustellen. Die starren
60 Ausschreibungszeiträume sind nicht zielführend.
- 61 • Ebenso sollten Abordnungen an andere Schulen möglichst vermieden werden und nur
62 noch eingeschränkt stattfinden. Insbesondere sollten Abordnungen an fremde
63 Schulformen vermieden werden. Abordnungen stellen eine hohe Belastung dar, da
64 Lehrkräfte meist längere Strecken auf sich nehmen und sich in mehrere
65 Schulalltage einarbeiten müssen.
- 66 • Lehrkräfte werden zunehmend mit Aufgaben und Herausforderungen konfrontiert, für
67 die sie nicht angemessen ausgebildet sind. Beispielhaft sind hier
68 Herausforderungen durch Inklusion oder erweiterte Erziehungsaufgaben zu nennen.
69 Um diesen Herausforderungen gerecht werden zu können, braucht es ausreichend
70 kostenlose Fortbildungen. Außerdem sollten diese Fortbildungen häufig während
71 der Schulzeit stattfinden und nicht zusätzlich z.B. am Wochenende.

72 **Für einen Arbeitsalltag, der keine Belastung darstellt!**

73 Der Arbeitsalltag kann für viele Lehrkräfte eine enorme Belastung darstellen.
74 Lehrkräfte müssen entlastet und unterstützt werden.

- 75 • Es braucht endlich Schulsozialarbeiter:innen an allen Schulen, wozu ausreichend
76 Stellen und Gelder für diesen Fachbereich benötigt werden. Teilweise werden
77 Schulsozialarbeiter:innen über Lehrkräftestellen angestellt. Das muss aufhören.
- 78 • Lehrkräfte müssen von Zusatzaufgaben, welche keinen pädagogischen oder
79 didaktischen Bezug haben, entlastet werden. Schulträger müssen endlich
80 Spezialist:innen für IT- oder Verwaltungsaufgaben beschäftigen.
- 81 • Es braucht mehr Einsatz des Landes, der Kommunen und der Schulträger für Mental
82 Health der Lehrkräfte. Der Schulalltag kann psychisch sehr belastend sein und so

83 leiden viele Lehrkräfte z.B. unter Burn-out und fallen längerfristig aus. So
84 steigt die Belastung für alle anderen Lehrkräfte weiter. Diese Situation ist
85 nicht haltbar. Es braucht Fortbildungen zum Thema Mental Health und Work-Life-
86 Balance. Zusätzlich braucht es an allen Schulen Unterstützungsstrukturen, um
87 Hilfe bei Belastungen anzubieten. Außerdem muss das Land kostenlose
88 psychologische Beratung und Supervision in ausreichendem Maße anbieten. Niemand
89 sollte länger als ein paar Tage auf dieses Angebot warten müssen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag B03: So wie jetzt kann es nicht bleiben - Studierende mitdenken!

Antragsteller*in:	Region Ostwestfalen-Lippe
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 **Vergesst uns nicht schon wieder!**

2 Viel zu oft werden Studierende im politischen Diskurs entweder gar nicht oder wenn
3 überhaupt nur oberflächlich zu Wort kommen gelassen. Dabei sind Studierende ein
4 wichtiger Teil der Zukunft - egal ob in unserer Partei, in unserem Land oder auf der
5 ganzen Welt. Doch wie fast immer, wenn es um die Belange von jungen Leuten geht,
6 werden diese von der Politik nicht ernst genommen. Genau das sieht man beispielhaft,
7 wenn man sich die 200€ "Soforthilfen" anschaut. Genau die sind nämlich keine
8 systematischen Fortschritte, die jungen Leuten tatsächlich helfen, sondern eine über
9 Monate hinausgezögerte, viel zu gering ausfallende Unterstützung. Genau solche
10 politischen Entscheidungen stellen keine Lösung für die Probleme von Studierenden
11 dar. Für uns ist klar: die Lösung ist eine nachhaltig soziale Bildungspolitik, die
12 vorhandene Strukturen klug anpasst.

13 **NRW als Standort für dein soziales Studium?**

14 "Ich möchte in NRW studieren! Da gibt es nicht nur meinen favorisierten Studiengang,
15 sondern auch gute Campus, günstiges Essen in den Mensen, bezahlbaren und genügend
16 Wohnraum und an jedem Hochschulstandort ideale Bedingungen zum Studieren." Schön wäre
17 es ja, aber die Realität sieht anders aus. Denn in dieser hängt das Studium und der
18 Verlauf dessen nicht nur vom Geldbeutel von dir und deiner Eltern ab, sondern auch
19 von der eigenen Frustrationstoleranz und vor allem dem Standort.

20 Neben den bekannten Problemen, wie dem Fehlen von bezahlbarem Wohnraum in vielen
21 Städten, gelten an vielen Hochschulen NRWs unterschiedliche Regelungen zu
22 Studienverlaufsplänen und Prüfungsleistungen. Selbst beim oft belachten Abitur NRWs
23 ist es deutlich einheitlicher - warum scheitert es dann an den Hochschulen?

24 Den sowieso schon zu hohen mentalen Druck für Studierende durch strikte
25 Fehlversuchsregelungen nochmal immens anzuheben, sorgt nur für mehr Stress, starke
26 Existenzängsten und mentale Krankheiten. Wir wollen nicht, dass man im Studium Burn-
27 Outs dadurch erleidet, dass man sich denkt, man müsse eine Prüfung jetzt unbedingt
28 bestehen - im besten Fall auch noch mit einer guten Note. Wenn der Druck zur Angst
29 wird und man dann doch nicht zur Prüfung antritt, ist man auch noch gezwungen sich
30 ein Attest zu besorgen. Und selbst den Hochschulen bringen solche Regelungen nichts
31 Positives. Studierende und potenziell Studierende werden nur vergrault und mehr
32 gestresst. So sinken letztlich die Studierendenzahlen und mit ihnen auch die
33 finanziellen Mittel der Hochschulen selbst.

34 Trotzdem ist der studentische Kampf für Veränderungen ein oft aussichtsloser. An
35 vielen Standorten ist es sogar einfacher, über Jahre hinweg jede einzelne
36 Prüfungsordnung der Studiengänge mit ähnlichen Regeln zu versehen, als eine
37 einheitliche Änderung in die Rahmenprüfungsordnung zu schreiben. Dabei ist allen
38 bewusst, dass dieser Kampf auch viel Kraft kostet und deutlich länger dauert als eine

39 Rahmenprüfungsordnung umzusetzen. Doch es gibt auch positiv Beispiele - sogar hier
40 bei uns in OWL. An der Universität Bielefeld wurde bei der Reakkreditierung der
41 meisten Studiengängen eine soziale Regelung für Prüfungsleistungs-
42 Wiederholungsversuche eingebaut. Wir fordern, dass eine an diesem System orientierte
43 Regelung in jede Rahmenprüfungsordnung der Hochschulen NRWs eingepflegt wird und wir
44 so Studierenden eine große Schippe vom mentalen Druck nehmen.

45 Zu diesem mentalen Druck gehört auch die finanzielle Perspektive von Studierenden:
46 "Wie finanziere ich mein Studium? Kann ich meine nächste Miete noch bezahlen? Und was
47 esse ich heute Mittag eigentlich?" Bei all dem sollen die Studierendenwerke
48 Ansprechperson sein. So schreiben die Studierendenwerke NRW auf ihrer Website: "Die
49 deutschen Studierendenwerke sind zuständig für die Förderung der sozialen,
50 wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden". Doch bei der aktuellen
51 Inflation und dem Übertragen der Kosten auf die Studierenden beim Mensaessen und den
52 Mieten in den Studierendenwohnheimen wird lediglich der wirtschaftliche Bankrott der
53 Studierenden gefördert. Und auch wenn Studierende in den Aufsichtsräten der
54 Studierendenwerke sitzen, ändert sich am Führungsstil oft zu wenig - schließlich hat
55 man auch da keine Mehrheit mit der Meinung derer, die die Studierendenwerke nicht nur
56 finanzieren, sondern auch deren Angebote tagtäglich nutzen.

57 Für uns ist klar: die Studierendenwerke gehören endlich ausfinanziert durch das Land
58 NRW! Mit genügend finanziellen Spielraum werden so nicht nur die Studierenden
59 finanziell stark entlastet, sondern es wird auch Raum für bessere & mehr Angebote
60 geschaffen. Daher fordern wir die zeitnahe Ausfinanzierung der Studierendenwerke,
61 damit NRW ein attraktiver Standort für Studierende wird.

62 Zu einem attraktiven Standort für ein Studium zählt auch das Angebot an öffentlichem
63 Nahverkehr und dem Preis dessen. Je nach Hochschule zahlen Studierende mittlerweile
64 auf den Monat gerechnet fast so viel, wie das Deutschlandticket aktuell kostet (49€)
65 - das nur um in NRW den ÖPNV nutzen zu können. Doch selbst mit der Einführung des
66 verbesserungswürdigen Deutschlandtickets und der Möglichkeit des monatlichen Upgrades
67 werden für Studierende keine Chancen geschaffen, sondern nur Mehrkosten. Für viele
68 stellt sich zudem die Frage, ob das Semesterticket in seiner jetzigen Form noch eine
69 Existenzberechtigung hat. Dabei stellt gerade für junge Menschen, die im Studium und
70 der Ausbildung nicht finanziell abgesichert sind, das Angebot von günstigem ÖPNV
71 nicht nur ein "Nice-to-have", sondern eine Notwendigkeit dar. Daher fordern wir eine
72 günstige Alternative zum Deutschlandticket für Studierende, Azubis & Schüler*innen in
73 NRW - wie ein 29€-Ticket. Wenn das Angebot dann endlich attraktiv genug ist, wird die
74 Notwendigkeit vom Ausbau und einer verbesserten Taktung des öffentlichen Nahverkehrs
75 auch offensichtlich.

76 **Jetzt oder nie - Zeit für einen studentischen Arbeitskampf!**

77 An deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen arbeiten über 300.000
78 Studierende auf Basis von Mini- und Midijob-Verträgen neben ihrem Studium als
79 studentische/wissenschaftliche Hilfskräfte, Assistent*innen und Tutor*innen (kurz:
80 Studentische Beschäftigte). Der Staat ist somit der größte Arbeitgeber für
81 Studierende. Doch seit mehr als drei Jahrzehnten drücken sich die Landesregierungen
82 darum, Studentische Beschäftigte - wie alle anderen Hochschulbeschäftigten auch -
83 nach Tarifvertrag zu beschäftigen. Nicht nur das, sie werden auch noch abgerechnet
84 wie Sachmittel. Die einzige Ausnahme dabei stellt mittlerweile Berlin dar. Doch es

85 ist und bleibt ein sozialpolitischer Skandal! Neben dieser Ausnahme – die
86 weitreichende Konsequenzen hat – existiert eine Reihe weiterer
87 beschäftigungspolitischer und arbeitsrechtlicher Missstände. So arbeiten studentische
88 Beschäftigte mit Vertragslaufzeiten von durchschnittlich gerade einmal knapp 6
89 Monaten. Rund 40% der Beschäftigten arbeiten mindestens zum dritten Mal auf ein und
90 derselben Stelle in Folge. Ein System von Kettenbefristungen, das Studierende
91 gegenüber den Professor*innen in hoher Abhängigkeit hält.

92 Da wäre außerdem in zahlreichen Bundesländern die Ausnahme von der gesetzlichen
93 Mitbestimmung und damit dem Recht, einen Personalrat zu bilden. Studentische
94 Beschäftigte arbeiten so vielerorts in einer demokratiefreien Zone, was zu einer
95 umfangreichen Nichteinhaltung von Arbeitnehmer*innenrechten führt. So verschafft sich
96 der Staat mittels seiner gesetzgebenden Macht einen exklusiven Zugriff auf die
97 Arbeitskraft von Studierenden und macht sich durch diese zahlreichen Ausnahmeregelungen
98 Studierende als billige und flexibel einsetzbare Masse an Arbeitskräften zunutze, die
99 so am Ende den unterfinanzierten Hochschulbetrieb aufrechterhalten. Ignoriert wird,
100 dass gute Lehre und Forschung nur mit guten Arbeitsbedingungen gehen, stattdessen
101 werden die Missstände sogar mit „Qualifizierung“ begründet.

102 Wir sagen: Zeit, dass sich daran etwas ändert! Wir müssen die Initiative der TV Stud
103 nicht nur leise unterstützen, sondern wortgewaltig und laut in unseren Landtag und
104 den Bundestag bringen! Daher fordern wir die Tarifverträge für alle studentischen
105 Beschäftigten in ganz Deutschland - ohne Wenn und Aber und möglichst schnell.

106 **Krankenversicherung - Absicherung oder weitere Hürde im Studium?**

107 Die aktuelle Lage führt uns nochmal vor Augen: auch für Studierende ist jeder Cent
108 wichtig. Mit dem Vollenden des 25. Lebensjahres erwarten Studierende aber keine
109 Entlastung, sondern zusätzlich eine doppelte Belastung. Nicht nur, dass ab dem
110 Zeitpunkt kein Kindergeld mehr gezahlt wird, gleichzeitig endet auch die
111 Familienversicherung. Für uns als Jusos herrscht hier ein Mismatch: es fehlt
112 Studierenden nicht nur Geld, es muss jetzt auch noch zusätzliches Geld gezahlt
113 werden. Zwar gibt es einen Zuschuss im BAföG, doch dieser deckt nicht einmal den
114 kompletten Beitrag zur Krankenversicherung. Zudem werden diejenigen, die immer noch
115 kein BAföG bekommen dabei außen vorgelassen. Daher fordern wir das Hochsetzen der
116 Altersgrenze für die Familienversicherung. So kommt es zu einer tatsächlichen
117 Entlastung.

118 Die Altersgrenze muss an die Lebensbedingungen von Studierenden angepasst werden, da
119 es völlig normal ist auch noch mit 25 Jahren zu studieren. Daher muss zudem die
120 Altersgrenze für die studentische Versicherung abgeschafft werden. Dabei handelt es
121 sich oft um Menschen, die bereits gearbeitet haben und sogar schon ins System
122 eingezahlt haben. Statt durch die schon erbrachte Arbeit belohnt zu werden, wird ein
123 Vollzeitstudium mit 30 Jahren eine große Frage der Geldkapazitäten. Das
124 Gesundheitssystem sollte nicht dafür sorgen, dass ein Studium zur finanziellen
125 Herausforderung wird und am Ende des Monats kaum noch Geld übrig ist. Daher fordern
126 wir das Thema Versicherung für Studierende in den Fokus zu rücken! Dabei bleibt eine
127 bezahlbare, soziale Bürger*innenversicherung für alle das Endziel.

128 **Die Forderungen - kurz & kompakt**

129 Lange Rede kurzer Sinn: es braucht Veränderungen im System - für Studierende ist ein

- 130 "weiter so" keine Option! Deshalb fordern wir zusätzlich zu den schon beschlossenen
131 Forderungen für junge Leute:
- 132 • die Ausfinanzierung der Studierendenwerke durch das Land NRW
 - 133 • eine in NRW einheitliche Regelung für Prüfungsleistungs-Wiederholungsversuche
134 orientiert am Beispiel Bielefeld
 - 135 • eine in NRW einheitliche Streichung des Vorweises von Attesten bei nicht
136 Teilnahme an Prüfungen
 - 137 • eine günstige Alternative zum Deutschlandticket für Studierende, Azubis &
138 Schüler*innen in NRW wie ein 29€-Ticket
 - 139 • Tarifverträge für alle studentischen Beschäftigten in ganz Deutschland
 - 140 • das Hochsetzen der Altersgrenze für die Familienversicherung
 - 141 • die Fokussierung des Themas "Versicherung für Studierende"

Antrag B04: JUNG, AKADEMISCH, PREKÄR - HOLEN WIR UNS DEN TARIFVERTRAG FÜR STUDENTISCH BESCHÄFTIGTE

Antragsteller*in:	UB Wuppertal, UB Düsseldorf, UB Kreis Mettmann, UB Remscheid, UB Solingen
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Seit Jahren kämpfen studentisch Beschäftigte bundesweit für einen Tarifvertrag. Ihre
2 Arbeit ist unverzichtbar für Hochschulen, doch in der Regel deutlich schlechter
3 gestellt als andere Beschäftigte in dem Bereich. Zu wenige Urlaubstage, unsichere
4 Vertragsverlängerung und Kettenbefristungen, unzureichender Stundenlohn, unbezahlte
5 Überstunden und keine Vertretung im Personalrat. Die Studie zur sozialen Lage und den
6 Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter an Hochschulen und
7 Forschungseinrichtungen hat die Situation von über 11.000 studentischen Beschäftigten
8 analysiert und gravierende Mängel festgestellt.^[1] Wir zeigen uns solidarisch mit der
9 TV-Stud-Kampagne. Zusammen stark für bessere Arbeitsbedingungen!

10 Die deutschlandweit ca. 325.000 studentischen Hilfskräfte übernehmen bedeutende
11 Aufgaben an den Lehrstühlen und Instituten, wie Forschung für Professor*innen,
12 Protokollierung, Verwaltungstätigkeiten, Organisation und Leitung von Tutorien, doch
13 ihre Leistungen werden oft kaum gewürdigt. Neben ihrem Studium arbeiten sie, um sich
14 fachbezogen einzubringen, aber vor allem meist auch, um ihr Leben zu finanzieren.
15 Dabei führen die oben aufgeführten prekären Arbeitsbedingungen zu prekären
16 Lebensbedingungen. Nur kurzfristige Sicherheiten und ein Leben oft unterhalb der
17 Armutsgrenze.

18 Auch aus wirtschaftlicher Sicht ist ein fehlender Tarifvertrag nicht vertretbar. Dem
19 Wissenschaftsstandort Deutschland mangelt es massiv an Attraktivität. Eine Karriere
20 in der Wissenschaft wird dadurch für junge Menschen noch weniger zur realistischen
21 Option.

22 Die schwarz-grüne Landesregierung stellt sich trotz Vereinbarung im gemeinsamen
23 Koalitionsvertrag quer und verhindert so, dass zugesicherte Gespräche zwischen der
24 Tarifgemeinschaft deutscher Länder und der Initiative TV-Stud bzw. GEW / Ver.di
25 geführt werden können.

26 Wir stehen hinter den Forderungen der TV-Stud Initiative, solidarisieren uns mit den
27 studentisch Beschäftigten und fordern die Landesregierung auf, endlich den Weg für
28 faire Arbeitsbedingungen freizumachen. Das Bundesland Berlin verfügt seit den 80er
29 Jahren über einen solchen Tarifvertrag, weitere acht Bundesländer haben konkrete
30 Zusagen für Verhandlungen gegeben. **Lasst uns jetzt gemeinsam die größte Tarifrücke im
31 öffentlichen Dienst schließen!**

32

33 ^[1] Hopp, Marvin/ Hoffmann, Ann-Kathrin/ Zielke, Aaron/ Leslie, Lukas/ Seeliger,
34 Martin (2023): Jung, akademisch, prekär. Studentische Beschäftigte an Hochschulen und
35 Forschungseinrichtungen: eine Ausnahme vom dualen System regulierter
36 Arbeitsbeziehungen. 2. überarbeitete Fassung. Bremen: iaw.
37 URL: <https://www.iaw.uni-bremen.de/f/b1d9874527.pdf>

Antrag B05: "That's not my name" - IPA-Notationen in schulischen Dokumenten einführen

Antragsteller*in:	UB Mönchengladbach
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Wer einen Vornamen trägt, der in deutschen Klassenzimmern nicht gängig ist, bekommt
2 dies oft unangenehm beim Verlesen der Klassenliste zu spüren. Lehrkräfte, die
3 erstmalig oder nur kurzfristig vertretend vor der Klasse stehen, fremdeln merklich
4 mit dem Namen, wenn seine Aussprache für sie unersichtlich ist. Sie sprechen ihn
5 wiederholt falsch aus, erwirken damit Gelächter innerhalb des Klassenraums und
6 etablieren womöglich so die inkorrekte Sprechweise als Witz auf Kosten der
7 Schüler:innen. Manch eine:r passt den Vornamen sogar absichtlich an, bis er 'bequem'
8 auszusprechen ist. All diese Situationen bringen die betroffenen Schüler:innen in
9 Rechtfertigungspositionen: Sie müssen wiederholt für sich einstehen, wenn sie korrekt
10 angesprochen werden möchten. Diese Erfahrung zieht sich häufig durch das gesamte
11 Schulleben und darüber hinaus. Nebst der stetigen Erklärungsnot handelt es dabei
12 auch, ob bewusst beabsichtigt oder nicht, um rassistische Erfahrungen aufgrund der
13 'Andersartigkeit' des Namens.

14 Um allen Schüler:innen eine möglichst korrekte Ansprache zu ermöglichen, aber auch
15 Lehrkräften diese zu erleichtern, fordern wir eine abgedruckte IPA-Notation eines
16 jeden Namens in jeder Klassenliste und anderen schulischen Dokumenten. Bei IPA
17 handelt es sich um das Internationale Phonetische Alphabet, somit um eine
18 international verständliche Lautschrift, der viele Lehrkräfte bereits im Studium
19 begegnen. IPA ist leserlich, schnell zu lernen und unterstützt dabei, Namen auf
20 Anhieb korrekt auszusprechen. Diese Notationen können bereits bei der Schulanmeldung
21 abgefragt und von den Anmeldenden aufgezeichnet werden, wodurch Schüler:innen nur in
22 dieser Situation gegebenenfalls die Aussprache ihres Namens erklären müssen. Die
23 Ergänzung der Dokumente erzielt einen antirassistischen Effekt und vereinfacht den
24 Schulalltag.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag B06: Mentale Gesundheit im Schulwesen

Antragsteller*in:	Juso Schüler*innen und Auszubildende NRW
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Fast jede*r fünfte Schüler*in in Deutschland leidet unter psychischen Krankheiten.
2 Stress jeglicher Art gehört für Schüler*innen zum Alltag. Nicht nur Stress,
3 hervorgerufen durch sinnfreies Bulimielernen oder Doppelbelastungen, sondern auch die
4 mangelnden Kompetenzen im Umgang mit psychisch Erkrankten tragen nicht zu einer
5 Verbesserung der aktuellen Situation bei. Sowohl Schüler*innen als auch Lehrer*innen
6 sind nicht auf die Konfrontation mit dieser Thematik vorbereitet oder darauf
7 geschult.

8

9 **Leistungsdruck**

10 Das Bildungssystem übt jeher hohen Druck auf Schüler*innen aus. Jegliche Formate sind
11 darauf getrimmt, durch die Schaffung dieses Drucks möglichst hohe Leistungen bei
12 Schüler*innen bewirken. Dabei fördern Hausaufgaben, Klassenarbeiten oder Klausuren,
13 wie sie heute gestellt werden, Bulimielernen und stellen keine Möglichkeit zur
14 nachhaltigen Aufnahme von Wissen dar.

15 Noten, die Produkt subjektiver Einschätzungen von Lehrkräften sind, bestärken
16 toxische Rivalitäten unter Schüler*innen und kreieren einen zusätzlichen und
17 unnatürlichen sozialen Druck innerhalb von Lerngemeinschaften. Die Angst, zu
18 versagen, ist im jetzigen System gegenwärtig.

19 Individuelle Bildung findet praktisch nicht statt. Umso tragischer ist so die
20 Bewertung nach standardisierten Vorgaben, bei der persönliche Stärken in aller Regel
21 kaum zur Geltung kommen. Die Möglichkeit, die eigenen Stärken zu entdecken und
22 praxisorientiert anzuwenden, besteht kaum.

23 Wir fordern die Etablierung alternativer Bewertungsmodelle, die auf individuelle
24 Stärken eingehen. Gleichermaßen sollen jegliche bestehenden Formate der individuellen
25 Bildung gestärkt und neu konzeptioniert werden.

26

27 **Bildungsgerechtigkeit**

28 Arbeitet jemand neben der Schule, um die Familie zu unterstützen oder muss Care-
29 Arbeit leisten und etwa jüngere Geschwister betreuen, ist schlicht weniger Zeit
30 vorhanden, um Hausaufgaben zu machen, sich auf Unterricht oder Prüfungen
31 vorzubereiten. Dass sich das in der Notengebung wiederfindet, ist klar.

32 Die Leistung, die außerhalb des Klassenraums erbracht wird, mag noch so bedeutend
33 sein, wird in der Regel jedoch nicht einmal mit einer Fußnote erwähnt.

34 Doppelbelastungen spiegeln sich so nicht nur in der Notengebung, sondern allzu häufig
35 auch in persönlicher mentaler Belastung wider.

36 Neben der Lösung der strukturellen Armutproblematik fordern wir die Anerkennung der
37 Lebensrealitäten von betroffenen Schüler*innen. Auch hier spielen individuelle
38 Bildungsangebote die größte Rolle.

39

40 **Schulpsychologie**

41 Mentale Erkrankungen sind Symptome eines disfunktionalen Bildungssystems. Im Jahr
42 2020 war für die psychologische Versorgung von 5952 Schüler*innen in Nordrhein-
43 Westfalen eine schulpsychologische Kraft zuständig. Mentale Belastungen von
44 Schüler*innen werden kaum wahr genommen oder von Lehrkräften berücksichtigt.

45 So fordern wir regelmäßige, verpflichtende Fortbildungen für Lehrer*innen, mit dem
46 Ziel Sensibilität zu schaffen sowie das Einbeziehen sowohl der Schüler*innen- als
47 auch der Lehrer*innen-Perspektive in Prozesse der Entscheidungsfindung. Dabei hat
48 auch die Stärkung des Konzepts der demokratischen Schule hohe Relevanz.

49 Der Zugang zu schulpsychologischen Diensten muss bedarfsgerecht und flächendeckend
50 erfolgen und eine effektive Unterstützung für betroffene Schüler*innen darstellen.

51

52 **Forderungen**

- 53 • Etablierung alternativer Bewertungsmodelle und Stärkung individueller Bildung
- 54 • Verpflichtende Fortbildungen und Sensibilisierung für Lehrkräfte
- 55 • Einbezug von Schüler*innenperspektiven in Prozessen der Entscheidungsfindung
- 56 • Etablierung verpflichtender Formate zu Antidiskriminierung für Schüler*innen
- 57 • Stärkung schulpsychologischer Dienste

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag B07: Schule gegen Rassismus! Wir sagen unserem kaputten Schulsystem den Kampf an!

Antragsteller*in:	Juso Schüler*innen und Auszubildende NRW
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Durch strukturelle Armut in Stadtvierteln entstehen sogenannte „Brennpunktschule“,
2 diese Brennpunktschulen betreuen besonders viele Schüler:innen mit
3 Migrationsgeschichte. Am anderen Ufer sehen wir Gymnasien, die sich gegenüber
4 Schüler:innen mit Migrationsgeschichte isolieren – u.a. basierend auf Empfehlungen
5 für weiterführende Schulen. Diese fallen bei Kindern mit Migrationsgeschichte bei
6 gleicher Leistung oftmals schlechter aus als bei Kindern ohne Migrationsgeschichte.

7

8 **Über ungleiche Bildungschancen**

9 Dass wir von Chancengerechtigkeit in Deutschland weit entfernt sind, ist eine
10 unangenehme Wahrheit: Während etwa ein Drittel der Schüler*innen auf Gymnasien eine
11 Migrationsgeschichte haben, sind es auf Hauptschulen mit etwa zwei Dritteln doppelt
12 so viele ([vgl. Statistik des Landes NRW, 2020](#)).

13 Menschen mit Migrationsgeschichte sind [überproportional oft von Armut betroffen](#). Sie
14 wohnen primär in [Stadtteilen, in denen Mieten vergleichsweise niedrig sind](#) und das
15 Stigma sogenannter „Brennpunktschulen“ findet sich meist bei Schulen dieser
16 betroffenen „ärmeren“ Wohngebiete wieder. In aller Regel sind diese Schulen
17 vernachlässigt, seit Jahren nicht renoviert, personell unterbesetzt und massiv
18 unterfinanziert. Zahlreiche Schüler*innen verlassen diese Schulen [ohne einen](#)
19 [Abschluss](#). Unser Schulsystem katalysiert so die bereits existierende Ungleichheit.

20 Arbeite ich neben der Schule, um meine Familie zu unterstützen oder muss ich Care-
21 Arbeit leisten und etwa jüngere Geschwister betreuen, habe ich weniger Zeit, um
22 Hausaufgaben zu machen, und auch weniger Zeit, mich auf den Unterricht oder Prüfungen
23 vorzubereiten. Dass sich das in der Notengebung wiederfindet, ist eindeutig. Die
24 Leistung, die außerhalb des Klassenraums erbracht wird, mag noch so bedeutend sein,
25 wird in der Regel jedoch nicht einmal mit einer Fußnote erwähnt.

26 [Mehr als ein Fünftel der Bevölkerung](#) (ca. 22%) in Deutschland geben an, von Rassismus
27 betroffen zu sein. Systematische Benachteiligung, Stigmata und Anfeindungen sind im
28 Klassenzimmer mindestens genauso präsent, diskriminierend und benachteiligend wie in
29 anderen Teilen des gesellschaftlichen Lebens. Der Umgang mit dieser Benachteiligung
30 bereits im jungen Alter bietet oftmals die Grundlage für den weiteren Verlauf der
31 Identitätsbildung und kann die Zukunftsperspektiven der Jugendlichen drastisch
32 verbessern oder eben verschlimmern.

33 **Schule mit Rassismus – Schule ohne Courage**

34 Die Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ soll ein Ansatz sein,
35 sich mit Antirassismus an Schulen zu beschäftigen. Das Projekt verfehlt jedoch seinen
36 Zweck, ist irreführend und kann sogar in seiner Wirkung schädlich sein. Um dieses

37 Projekt an Schulen durchzusetzen, muss mindestens 70% der Schulgemeinschaft dem
38 [Selbstverständnis der Initiative](#) zustimmen und es müssen „regelmäßig Projekttag“
39 durchgeführt werden. Genauere Vorgaben gibt es nicht und so ist es abhängig von der
40 Eigeninitiative der Schulgemeinschaft, ob tatsächlich Aufklärung und Prävention
41 betrieben wird. So passiert es also, dass Schulen sich mit einem Siegel rühmen, wofür
42 sie kaum etwas getan haben.

43 Dass regelmäßige Projekte zum Thema Antirassismus – etwa sensibilisierende
44 Fortbildungen – und das Hinterfragen der eigenen Strukturen einen weitaus größeren
45 Effekt auf das Wohlempfinden von Rassismus-Betroffenen hätten, ist ein Gedanke, der
46 allem Anschein nach noch nicht in den Büros der zumeist weißen Schulleitungen dieses
47 Landes angekommen ist. Dabei ist es gefährlich, Realitäten zu ignorieren: so werden
48 weder strukturelle Benachteiligung abgebaut noch der Effekt von Diskriminierungen auf
49 einzelne Menschen innerhalb einer Schulgemeinschaft gemindert.

50 Was dabei außerdem vergessen wird ist Folgendes: Rassismus kann nicht nach dem
51 Aufhängen eines Schildes verschwinden, denn: Rassismus ist ein tief-verankertes
52 Konstrukt und unsere Gesellschaft ist rassistisch sozialisiert. So sind wir alle von
53 rassistischen Denkmustern geprägt, die nicht vor dem Schultor Halt machen. Also
54 können wir wirklich behaupten, dass eine Schule frei von Rassismus ist, weil sie
55 einen Projekttag im Jahr veranstaltet? Oder ist diese Behauptung nicht eine
56 Aberkennung der Realitäten von Menschen, die jeden Tag Rassismus erleben? In einer
57 rassistischen Gesellschaft kann eine Schule kann nicht frei von Rassismus sein – wenn
58 überhaupt, dann kann sie eine Schule gegen Rassismus sein.

59 **Es ist Zeit für eine Schule für Alle – eine Schule gegen** 60 **Rassismus!**

61 Das Problem ist klar: Unser Bildungssystem müsste durch politische, antirassistische
62 und feministische Bildung dazu beitragen, dass in Zukunft Ungleichheit, Rassismus und
63 das Patriarchat keinen Platz mehr in unserer Gesellschaft finden. Allen Schüler*innen
64 müssen bestmögliche Bildungs- und somit Zukunftschancen eröffnet werden! Das passiert
65 aber nicht, stattdessen werden bestehende Ungleichheiten, etwa durch das
66 dreigliedrige Schulsystem, noch weiter zementiert. Aus jungsozialistischer
67 Perspektive steht fest: Dem sagen wir den Kampf an! Schule ohne Rassismus, das ist in
68 der Gesellschaft, in der wir aktuell leben, leider nicht umgehend möglich; aber eine
69 Schule gegen Rassismus muss der mindeste Anspruch sein!

70 Schluss mit „Brennpunktschulen“! Es braucht eine spezielle Förderung und Konzepte,
71 damit Schulen unabhängig von ihren kommunalen Trägern ein Ort des Lernens sein können
72 – ohne Schimmel in Klassenzimmern oder einem einzigen Computerraum für eine ganze
73 Schule. Es kann nicht sein, dass Gymnasien eine stärkere Finanzierung erhalten und
74 bessergestellt werden als alle anderen Schulformen.

75 Und überhaupt: an Stelle unseres mehrgliedrigen Schulsystems braucht es eine Schule
76 für Alle! Das dreigliedrige Schulsystem schafft Ungleichheit, Exklusivität und teilt
77 Schüler*innen im Alter von neun bis zehn Jahren gute oder eben schlechte
78 Bildungschancen zu. Oft ist diese Zuteilung nicht nur abhängig von der Leistung,
79 sondern auch vom Nachnamen. Komplette ignoriert werden dabei die unterschiedlichen
80 Ausgangspositionen der Schüler*innen und ihr persönlicher Weg – bewertet wird nach

81 einem standardisierten Bewertungsbogen, der den verschiedenen Entwicklungswegen von
82 Schüler*innen nicht gerecht wird. Wir benötigen endlich ein System, das Schüler*innen
83 individuell bewertet und tatsächliches Feedback gibt, anstatt eine Zahl zwischen 1
84 und 6.

85 Wir möchten das Schulsystem neu denken. Die Abkehr vom mehrgliedrigen Schulsystem,
86 hin zu einer inklusiven Ganztags Gesamtschule ist der erste Schritt, das
87 Bildungssystem gerechter zu gestalten. An kaum einem anderen Ort werden Menschen so
88 sehr geprägt wie in der Schule. Sorgen wir dafür, dass diese Prägung antirassistisch
89 ist. Wo, wenn nicht in der Schule, könnten wir diesen diskriminierenden Denkmustern
90 einfacher entgegenwirken und ein Bewusstsein dafür schaffen? Wo sonst können wir eine
91 respektvolle Umgebung schaffen, so frei von Rassismus wie nur irgend möglich, die von
92 dort aus in die Breite der Gesellschaft getragen wird? Das System Schule selbst muss
93 antirassistisch aufgebaut sein und ebenso agieren. Wir wollen, dass weder Nachname,
94 Postleitzahl, noch die Herkunft über die Zukunft eines Kindes entscheiden!

95 **Forderungen**

- 96 • Anerkennung von Ungleichheit im Schulsystem
- 97 • Etablierung von konstanter Antirassistischer Bildungsarbeit
- 98 • Abkehr vom mehrgliedrigen Schulsystem
- 99 • Abschaffung vom Notensystem und die Einführung von individuellen Feedback

Antrag B08: Vergleichbare Schulabschlüsse – bitte nicht im Schneckentempo!

Antragsteller*in:	Juso Schüler*innen und Auszubildende NRW
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Das Abitur ist der höchste Schulabschluss in Deutschland. Jedoch besteht bundesweit
2 nur eine geringe Vergleichbarkeit. Die subjektive Notengebung auf einer Skala
3 zwischen eins und sechs wird als objektiv anerkannt, obwohl kaum eine
4 Vergleichbarkeit besteht.

5 Das jetzige Abitur ist in jedem Bundesland anders. Jedes Bundesland hat eigene
6 Standards und Anforderungen an seine Schüler*innen. Bei der Bewerbung auf einen
7 Studien- oder Ausbildungsplatz zählt jedes Abitur jedoch gleich. Das ist weder fair
8 für diejenigen, die die allgemeine Hochschulreife anstreben noch für die, die gerade
9 auf der Suche nach einem Ausbildungs- oder Studienplatz in einem anderen Bundesland
10 sind.

11

12 **Vergleichbarkeit und Chancengleichheit für mehr Gerechtigkeit**

13 Das Abitur ist in einigen Ländern leichter, in anderen schwieriger. Der Unterschied
14 liegt nicht nur in den unterschiedlichen Prüfungen und Anforderungen, sondern auch in
15 den jeweils erzielten Leistungen in den Ländern. So haben es Schüler*innen aus
16 Bundesländern mit höheren Standards bei der Studienwahl schwerer.

17 Zur Verbesserung der Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse müssen die
18 Abschlussprüfungen kurzfristig bundesweite angeglichen werden, solange bis auf
19 einheitliche Abschlussprüfungen verzichtet werden kann. Dieser
20 Standardisierungsprozess fand in den vergangenen 30 Jahren bereits in Teilen statt.
21 Dabei wurden die Aufgabenpools der Prüfungen in Mathe, Englisch, Deutsch, Französisch
22 und Englisch bundesweit vereinheitlicht. Insgesamt gibt es jedoch wenig Fortschritte
23 bei der gesamten Standardisierung des Abiturs.

24

25 **Individuelle Prüfungen statt Einheitsabitur**

26 Die Standardisierung des Abiturs ist eine Maßnahme, die kurzfristig die
27 Vergleichbarkeit des Abiturs anheben kann, langfristig jedoch durch
28 Abschlussprüfungen, die von den Schulen selbst gestellt werden müssen, ersetzt
29 werden. Diese Prüfungen müssen ohne bisherige Notengebung stattfinden und durch ein
30 alternatives System bewertet werden.

31 Durch die Abschaffung von Noten wird auch das Problem der Vergleichbarkeit gelöst. So
32 werden Noten zwar momentan als objektiv betrachtet, sind jedoch subjektiv. Bei
33 schriftlichen Bewertungen steht es außer Frage, dass diese als subjektiv zu verstehen
34 sind. Die Zentralisierung ist nur eine kurzfristige Lösung und muss durch
35 individuelle, nicht durch Noten bewertete Prüfungsformate abgelöst werden. Lernen ist
36 ein individueller Prozess, der auch nur individuell bewertet werden kann.
37 Einheitliche Bewertungstabellen und -raster sind in einer modernen Schule fehl am

38 Platz.

39

40 **Umstrukturierung der gymnasialen Oberstufe**

41 Die gymnasiale Oberstufe muss umstrukturiert werden. Dazu gehört nicht nur in Teilen
42 Lehrpläne anzugleichen, sondern auch eine Neuordnung der Leistungskurse,
43 Schwerpunkte, Fächerauswahl und des Stundenumfangs. Die finanziellen und personellen
44 Ressourcen der Schulen müssen gestärkt und auf individuelles Lernen angepasst werden.

45

46 **Forderungen:**

- 47 • Kurzfristige Maßnahmen zur Standardisierung der gymnasialen Oberstufe für eine
48 höhere bundesweite Vergleichbarkeit
- 49 • Abschaffung bisheriger Notengebung und Etablierung eines neuen
50 Bewertungssystems, auf Basis schriftlicher Bewertungen
- 51 • Individuelle Abschlussprüfungen, gestellt durch die Schulen
- 52 • Entlastung der Schüler*innen durch gleiche und bewältigbare Standards
- 53 • Stärkung finanzieller und personeller Ressourcen von Schulen

Antrag D01: Die Zerstörung von ChatGPT - Eine jungsozialistische Perspektive auf künstliche Intelligenz*

Antragsteller*in:	KV Paderborn, UB Dortmund, UB Märkischer Kreis
Sachgebiet:	D - Digitalisierung, Netzpolitik und Kultur

1 Künstliche Intelligenz. Das ist dieses Ding von dem spätestens seit dem Chatbot
2 ChatGPT so ziemlich alle glauben, dass es unsere Gesellschaft verändern wird.
3 Was das genau bedeutet, ob das gut oder schlecht ist, und welche politischen
4 Implikationen der Vormarsch von KI hat, darüber sind sich Politiker:innen,
5 Unternehmen und andere IT-affine Menschen hingegen nicht einig. Somit ist es also
6 höchste Zeit, eine linke Perspektive auf künstliche Intelligenz zu entwickeln. Hierzu
7 muss aber erstmal definieren, was künstliche Intelligenz eigentlich ist, und vor
8 allem was nicht. Denn es ist auch Teil einer gewinnorientierten
9 Vermarktungsstrategie, das Buzzword *KI* überall drauf zuschreiben und Menschen bewusst
10 in Unwissenheit zu lassen, was das jetzt eigentlich ist. In Anlehnung an eine
11 Definition der EU bezeichnen wir hier mit *künstlicher Intelligenz (KI)* eine Software,
12 die mithilfe von statistischen Methoden oder Methoden des maschinellen Lernens,
13 Inhalte, Empfehlungen oder Entscheidungen hervorbringen kann. Ebendiese sind darauf
14 ausgelegt, das Umfeld, in dem sie interagieren, entscheidend zu beeinflussen. So ist
15 ChatGPT zum Beispiel dazu in der Lage, uns so komplexe und ausführliche Antworten auf
16 ihm gestellte Fragen zu geben, dass wir gewillt sind, diese als wahr anzunehmen und
17 so zu behandeln, als hätte sie uns ein Mensch erzählt.

18 Die Vermenschlichung, die immer wieder im Zusammenhang mit KI zu finden ist, muss aus
19 sozialistischer Perspektive ganz klar als Vermarktungsstrategie entlarvt werden.
20 Unternehmen bläuen uns ein, dass künstliche Intelligenzen menschlich sind, damit wir
21 uns mit Ihnen und den daraus resultierenden Produkten wohlfühlen. Dabei ist vor allen
22 Dingen für Nutzer:innen oft vollkommen unklar, wie ein Produkt mit KI funktioniert
23 und welche Risiken es birgt- also eigentlich gar nicht zum Wohlfühlen. Hinzu kommt
24 außerdem, dass es aus kapitalistischer Sicht es eine logische Konsequenz ist, dass
25 ein Produkt mit KI oder KI generell als etwas verkauft wird, das alles kann und jede
26 Sache schneller und effizienter macht. Und das wiederum ist in Zeiten von Lean
27 Management und Selbstoptimierung auf jeden Fall gerne gesehen bzw. aus
28 jungsozialistischer Perspektive scharf zu kritisieren. Auch deswegen gilt es, den
29 Begriff *KI* zu entzaubern und einer Öffentlichkeit die Methoden sachlich nahe zu
30 bringen.

31 Die kapitalistische Strategie, mit möglichen Einsatzgebieten von KIs zu übertreiben,
32 geht sogar so weit, dass von Firmenchefs in offenen Briefen vor Weltuntergängen im
33 Zusammenhang mit KIs gewarnt wird. Diese Taktik darf nicht verfangen, denn sie zielt
34 darauf ab, dass die KIs als Hochrisiko-Technologie aufgefasst werden, die von den
35 Techkonzernen streng behütet werden sollten. Der Weltuntergang durch KI ist weit
36 unrealistischer als manche Firmenchefs uns glauben lassen wollen. Und falls es doch
37 zu einem Katastrophenszenario im Zusammenhang mit KI kommen sollte, dann ist für uns
38 Jusos ohnehin klar, dass große Techfirmen nicht diejenigen sind, die uns davor
39 beschützen können und sollten. Es braucht gewisse Ressourcen, um eine KI einzusetzen

40 oder selbst zu trainieren. Diese sind aber nicht so hoch, dass ein*e böse*r Akteur*in
41 nicht selber eine KI trainieren könnte, sofern sie oder er nicht sowieso an eine
42 bestehende herankommt. Gleichzeitig sind es aber zu viele Ressourcen für die meisten
43 Einzelpersonen, sodass sie von den kapitalistischen Techkonzernen abhängig wären. Das
44 ist ein erster Aspekt, warum KIs open-source und frei verbreitbar sein müssen. Das
45 ermöglicht es, dass nützliche, abhängigkeitsfreie KI-Werkzeuge entstehen, die einen
46 gesellschaftlichen Mehrwert haben und nicht der Dividende einiger Konzerne dienen.

47 **Gemeinwohl durch Open-Source**

48 Es ist ganz klar eine kapitalistisch getriebene Erzählung, dass KI-Entscheidungen
49 objektiv und unabhängig vom Menschen gemacht werden. Deswegen ist es elementar für
50 den Einsatz von KI, dass Menschen Verantwortung für KI-Entscheidungen übernehmen und
51 verständlich und erklärbar gemacht wird, was wie entschieden wird.

52 Eine KI ist nur so gut wie die Daten, von denen sie gelernt hat. Und Daten von und
53 über Menschen spiegeln notwendigerweise Ungleichheiten wieder, die in unserer
54 Gesellschaft vorherrschen. Diese Tatsache stellt ein Grundproblem für die Entwicklung
55 und Verwendung von KI dar. Geht man darauf nicht ein, verschärft eine KI diese
56 Ungleichheiten massiv ohne auf sie aufmerksam zu machen. Jedes kulturelle Gut und
57 damit auch Software spiegelt Ungleichheiten wieder, die in unserer Gesellschaft
58 sowieso existieren. Dass KI diese noch verschärft, ist für uns die größte
59 Herausforderung in der Regulierung und hat große Priorität im Kampf für eine
60 diskriminierungsfreie Gesellschaft.

61 Hierbei ist zu beachten, dass Datensätze, auf denen eine KI beruht, in Bezug auf ihre
62 Repräsentativität immer zu hinterfragen sind, denn oftmals sind Datensätze verzerrt
63 und die darauf begründete Technologie ist nicht fair. Zudem gilt es zu überprüfen, ob
64 eine KI für einen speziellen Anwendungsfall gut geeignet ist, denn oftmals kann die
65 Software nur eine spezifische Sache gut.

66 Damit ist für uns folgendes klar:

- 67 • KI kann und sollte (auf absehbare Zeit) menschliche Entscheidungsfindungen nicht
68 ersetzen.
- 69 • Maschinen urteilen nicht objektiver als Menschen.
- 70 • Um sicherzustellen, dass künstliche Intelligenz überhaupt auf ihre Fairness und
71 ihre genaue Funktion überprüft werden kann, ist es elementar, dass jede KI open-
72 source ist. Open-source bedeutet in Bezug auf KI nicht nur, dass der Code,
73 öffentlich gemacht wird, sondern auch, dass die Datensätze, aus denen die KI
74 gelernt hat offen gelegt werden müssen. Nur so kann sicher gestellt werden, dass
75 KIs dem Gemeinwohl dienen und sich ein öffentlicher kritischer Diskurs über die
76 Fairness und die Entscheidungsgewalt der KI entwickeln kann.

77 **Humanzentrierte Transformation in Betrieben vorantreiben** Auf dem Arbeitsmarkt ist die
78 digitale Transformation schon seit Jahren kein Zukunftsthema mehr, sondern obliegt
79 einer Herausforderung die jetzt stattfindet.

80 Während der Diskurs in der Gesellschaft über KI mit ChatGPT einen neuen Aufschwung
81 gefunden hat, befinden sich viele Betriebe und Unternehmen bereits schon länger in
82 der Anfangsphase der Nutzung. Doch gerade durch die momentanen Veränderungen wird
83 nochmal verdeutlicht, dass Arbeitsprozesse sich verändern werden und dabei nahezu

84 alle Bereiche betroffen sind. Daher wird eine Auseinandersetzung mit den Themenfelder
85 unausweichlich sein. Während KI eine Technik mit hoher Komplexität beschreibt, steht
86 diesem ein kaum vorhandenes Weiterbildungsangebot gegenüber und führt häufig zu
87 fehlendem Wissen. Diese Unwissenheit wird begleitet von widersprüchlichen Prognosen
88 und somit zu großen Unsicherheiten über Zukunftsperspektiven. Daher ist es wichtig zu
89 verdeutlichen, dass das Wohlbefinden von Arbeitnehmer*innen immer im Vordergrund
90 stehen muss. Denn Leitbild der Entwicklung sollte nicht die technikzentrierte
91 Automatisierung sondern eine humanzentrierte Nutzung der KI sein. Menschliche
92 Tätigkeiten gehört es zu Unterstützen, nicht komplett zu ersetzen.

93 Hierbei ist es wichtig, den politischen Diskurs mit den
94 Arbeitnehmer*innenvertretungen vom deutschen Gewerkschaftsbund zu führen, damit
95 geschaut werden kann, wie hier Politik unterstützen kann um optimale Bedingungen für
96 die Arbeitnehmer*innen zu schaffen. Hierbei muss auch beachtet werden, dass die KI-
97 Einführung einen hohen Personalaufwand bedeutet. Um diesem gerecht zu werden, werden
98 Fachkräfte benötigt, daher braucht es eine gezielte Strategie um dem Fachkräftemangel
99 entgegenzuwirken. Eine zielführende Unterstützung von Arbeitsprozessen mit KI
100 ermöglicht den Betrieben und Unternehmen viele Chancen. Um somit die
101 Standortattraktivität zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern, werden jetzt
102 Regulierungen benötigt und keine Verbote die im Nachhinein erlassen werden. Damit es
103 also zu einer Nutzung von KI-Software auf dem Arbeitsmarkt kommt, muss eine KI-Norm
104 zur Zertifizierung der Anwendbarkeit entwickelt werden. Für diese Norm ist elementar,
105 dass sie heuristische Erklärungen von den Methoden für die Anwendung enthalten;
106 solche müssen von den Entwickler*innen mitgeliefert werden. Wichtig ist, dass die
107 Zertifizierung anwendungsspezifisch ist, denn die Regulierung richtet sich nach der
108 Anwendung. Eine KI in einem industriellen Produktionsprozess muss anderen Regeln
109 unterliegen als eine, die automatisiert Entscheidungen über Menschen trifft. Außerdem
110 wird eine Aufklärungspflicht in Bezug auf digitale Technologien benötigt, um die
111 Transparenz zu sichern. Statistische Kriterien zum Beispiel zur Repräsentativität des
112 Datensatzes müssen definiert werden und es benötigt Schnittstellen für unabhängige
113 Tests.

114 Daher fordern wir:

- 115 • Zum Verständnis von KI und zur Abschätzung von den Folgen der Verwendung von KI
116 ist ein gewisser Einblick in die Methode sowie ein grundsätzliches Vertrauen in
117 diese notwendig. Um der steigende Kompetenzanforderung entgegenzuwirken,
118 benötigt es gezielte Weiterbildungsmöglichkeiten.
- 119 • Stetig das Gespräch mit Gewerkschaften über KI zu führen um sicherzustellen,
120 dass die Transformation im Sinne der Arbeitnehmer*innen passiert.
- 121 • Dem Fachkräftemangel in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken, denn für eine
122 optimale Einführung von KI in Unternehmen und Betrieben, wird ein hoher
123 Personalaufwand benötigt.
- 124 • Die Entwicklung einer anwendungsspezifischen KI-Norm zur Zertifizierung der
125 Anwendbarkeit der KI.

126 **Den Wandel in der Bildung begleiten**

127 Mit der Veröffentlichung von ChatGPT im Juni 2020, wurde eine KI bereitgestellt, auf
128 die nicht nur jede*r zugriff hat, sondern auch einfach zu bedienen ist. Somit ist es

129 jeder*m mit Zugriff zum Internet möglich, sich einfache Schreibaufträge aller Art
130 ausführen zu lassen. Demzufolge ist es konsequent, dass ChatGPT insbesondere im
131 Bildungsbereich eine beträchtliche Beliebtheit bei Schüler*innen und Studierenden
132 erlangt hat. Das wird zur Folge haben, dass sämtliche Methoden, die darauf
133 ausgerichtet sind, reines Faktenwissen abzufragen in Zukunft von kontextbasierte
134 Aufgaben abgelöst werden müssen. Daher ist die Politik gefragt, die
135 Bildungseinrichtungen bei diesem Wandel zu begleiten. Das bedeutet, dass ein
136 Bewusstsein für KI geschaffen wird und Lehrende für das Thema sensibilisiert und
137 Weiterbildungsangebote geschaffen werden. Reine Verbote lehnen wir ab. Denn sofern
138 Transformer KI wie ChatGPT als Quelle angegeben werden, kann es sogar als ein
139 Werkzeug in Schulen und Universitäten dienen. Gleichzeitig ist es auch hier wichtig
140 zu lehren und zu zeigen, dass KI Softwares auch Schwächen aufweisen. Es ist
141 unabdingbar, sich mit den Risiken auseinander zu setzen und zu lernen, dass es
142 Grenzen gibt. Eine Reflektierte Nutzung von KI im Bildungsbereich wird diesen
143 stärken, nicht schwächen.

144 Daher fordern wir:

- 145 • Die Schulen und Universitäten bei dem Prozess zu begleiten, dass sich durch den
146 Einsatz von KI der Bildungsbereich ändern wird. Dazu zählt es auch, genug
147 Weiterbildungsangebote für Lehrende zu schaffen.
 - 148 • Kein generelles Verbot von KI in Bildungseinrichtungen.
 - 149 • Bewusstsein für die Schwächen von KI-Softwares zu schaffen und Grenzen
150 aufzuzeigen.
- 151 * ChatGPT war bei der Erstellung des Titels nicht hilfreich.

Antrag D02: Für eine diskriminierungsfreie Zukunft! - Künstliche Intelligenz feministisch denken.

Antragsteller*in:	UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Wuppertal, UB Solingen
Sachgebiet:	D - Digitalisierung, Netzpolitik und Kultur

1 **Warum muss Künstliche Intelligenz feministisch sein?**

2 Wir Jusos engagieren uns seit je her für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft und
3 wir kennen in diesem Zusammenhang die Bereiche und die Formen der Diskriminierung nur
4 zu gut.

5 Doch was passiert, wenn für Diskriminierung plötzlich niemand mehr die Verantwortung
6 trägt? Wenn sie automatisiert ist, in unfassbarer Geschwindigkeit abläuft und nicht
7 mehr als solche zu erkennen ist?

8 Künstliche Intelligenz (KI) hat bereits unter Beweis gestellt, dass wir Antworten auf
9 genau diese Frage haben und deren Auswirkungen im Blick behalten sollten.

10 Grundlage sollte der Ansatz des intersektionalen Feminismus sein, um die
11 Diskriminierungsformen in ihrer Gesamtheit, sowie Interdependenz zu betrachten.

12 Wir müssen KI feministisch denken!

13 Hierbei sollte zwischen zwei Formen der Diskriminierung unterschieden werden.
14 Diskriminierung ist eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung. Diese kann zum einem
15 aus dem sozialen, oder demografischen Kontext entstehen (wie z.B. Rassismus,
16 Sexismus, Klassismus, Queerfeindlichkeit, Antiziganismus, Antisemitismus, Ableismus).
17 Zum anderen kann sie auf Grund der Datenstruktur entstehen. Es werden Muster
18 innerhalb der Daten gefunden. Menschen, die einem bestimmten Muster entsprechen,
19 werden dann anders behandelt (z.B. entlang der Kreditkartendaten). Unsere Aufgabe ist
20 es beides im Blick zu haben.

21 **Was ist überhaupt Künstliche Intelligenz?**

22 Nicht erst seit ChatGPT ist das Thema künstliche Intelligenz in aller Munde und lädt
23 zum Buzzword-Bingo ein. Um dies zu vermeiden, sollten zunächst einige
24 Begrifflichkeiten klar sein. Was ist also KI? „KI ist ein Teilgebiet der Informatik,
25 das darauf abzielt, bestimmte Fähigkeiten menschlichen Denkens auf Computersysteme zu
26 übertragen und damit Maschinen zu konstruieren, die selbstständig Probleme erkennen
27 und lösen können“. Dies trifft aber schon auf einfache Computer-Programme zu.

28 Einfache Programme sind jedoch nur bedingt das Problem, da ein Einblick in den Code
29 möglich ist und somit Diskriminierung nachvollzogen werden kann. Problematischer wird
30 es hingegen, wenn in KI im Zusammenhang mit „Maschinellen Lernen“ steht.

31 „Maschinelles Lernen“ verleiht Computer die Fähigkeit des Lernens, ohne ausdrücklich
32 programmiert zu werden. Genau hier fängt das richtige Problem an. Im Rahmen des
33 Antrages wird KI also gleichbedeutend mit Maschinellen Lernen verwendet.

34 Aber wie funktioniert nun das „automatische“ Lernen?

35 Zunächst ist das überwachte Lernen zu nennen. Die Programmierer*innen geben der KI
36 ein bestimmtes Ziel vor, stellen ihr eine Trainingsdaten zur Verfügung und bewerten

37 das Ergebnis, gemäß dem Ziel. Durch die Wiederholung dieses Vorgangs lernt die KI
38 eigenständig das vorgegebene Ziel zu erfüllen (Supervised Learning).

39 Eine weitere Form des Lernens, ist das Lernen ohne Anweisung. Hier stellen die
40 Programmierer*innen der KI lediglich die Daten zur Verfügung. Die KI sucht
41 Ähnlichkeiten in den Daten und bildet Cluster, die wiederum interpretiert werden
42 (Unsupervised Learning).

43 Die letzte Form des Lernens ist das Verstärkungslernen (Reinforcement Learning). Hier
44 erfolgt der Lernprozess auf Grundlage von (wiederholten) positiven und negativen
45 Rückmeldungen.

46 Und was ist „Deep-Learning“? Deep-Learning ist eine Form der Umsetzung von
47 maschinellem Lernen und allgemeinhin als „neuronale Netzwerke“ bekannt.

48 All diesen Bereichen des maschinellen Lernens ist gemein, dass sie nicht einsehbare
49 Bereiche, die sogenannten „Hidden-Layer“ hat. Die Betrachtung der Lernmethoden zeigt
50 aber auch, dass es zahlreiche Bereiche gibt, wo der Mensch Einfluss nimmt und die
51 somit nachvollzogen werden können.

52 **Was ist denn jetzt das Problem?**

53 Zunächst hat KI das Potenzial dem Menschen repetitive, lästige Aufgaben abzunehmen
54 und menschliche Arbeit ergänzend zu unterstützen und so zu mehr Effektivität und
55 Effizienz beizutragen. Und ja, sie hat auch das Potenzial richtig angewandt,
56 Diskriminierung zu reduzieren. Dennoch lohnt sich ein kritischer Blick. Die
57 Softwarelösungen erscheinen zunächst faktenbasiert, objektiv und neutral, da sie den
58 subjektiven Anteil des Faktors Mensch ablösen. Doch diese Sichtweise ist stark
59 verkürzt und entspricht nicht der Realität.

60 Die zugrundeliegenden Algorithmen greifen auf eine bestehende Datengrundlage zurück.
61 Je nach Qualität dieser Grundlage besteht die Gefahr, die in diesen Daten bereits
62 vorhandenen strukturellen Diskriminierungsformen zu reproduzieren. Die Entscheidung
63 der KI basieren meist auf Korrelation und nicht auf Kausalität. Ein Beispiel:
64 Korreliert beispielsweise eine bestimmte ethnische Herkunft negativ mit den Daten zum
65 beruflichen Erfolg, könnte an dieser Stelle die KI, Menschen mit dieser ethnischen
66 Herkunft für den Auswahlprozess zur Besetzung einer Stelle aussortieren. Der
67 eigentliche Grund, warum Menschen mit dieser Herkunft weniger beruflichen Erfolg
68 haben, ergibt sich jedoch aus den in der Gesellschaft bereits bestehenden Formen der
69 Diskriminierung, welche in jedem Fall bekämpft werden müssen. Wir sprechen hier von
70 dem Prä-existierender Bias.

71 Diskriminierung kann auch auf technischer Ebene erfolgen. Eine
72 Gesichtserkennungssoftware wird nur mit männlich gelesenen Gesichtern trainiert und
73 funktioniert bei weiblich gelesenen Gesichtern nicht. Es liegt ein technischer Bias
74 vor. In diesem Zusammenhang sollte im Besonderen der Gender Data Gap hervorgehoben
75 werden. Dieser liegt vor, wenn bei wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und
76 medizinischer Datenerhebung die unterschiedlichen Geschlechter nicht gleichermaßen
77 berücksichtigt werden. Ein Gap in den von der KI verwendeten Daten wirkt sich negativ
78 auf die Ergebnisse aus und verschlechtert beispielsweise die Versorgung bestimmter
79 Geschlechter.

80 Zudem kann Diskriminierung auch aus der falschen Anwendung der KI entstehen.
81 Beispielsweise werden die Ergebnisse eines Intelligenztestes im Rahmen eines

82 Auswahlverfahrens falsch interpretiert. Zudem kann es sein, dass KI sich nicht an
83 Weiterentwicklung des menschlichen Verhaltens anpasst. Dieser Bias wird emergenter
84 Bias genannt.

85 Herausforderung bei KIs ist vor allem die fehlende Transparenz. Ihre Komplexität,
86 sowie die verwendete Datenmenge ist zu groß. Zudem kann das Weiterlernen der KI
87 nicht, oder nur schwer nachvollzogen werden. Wie bereits angesprochen, ist es
88 problematisch die Neutralität der Daten zu gewährleisten. Abschließend ist es ist
89 unklar, wer die Verantwortung bei diskriminierenden KIs übernimmt. Trägt die
90 Verantwortung die Softwareentwickler*innen, das Unternehmen bzw. die entwickelnde
91 Institution, oder die Bereitsteller*innen der Datengrundlage?

92 **Wie wird aktuell mit diesem Problem umgegangen?**

93 Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert aktuell die KI-Forschung,
94 unter anderem mit der Zielsetzung mögliche Risiken zu erkennen. Es wurden auf
95 Grundlage der im 15. November 2018 verabschiedeten Strategie Künstliche Intelligenz
96 (KI-Strategie) mit den Bundeshaushalten 2019, 2020 und 2021 jeweils 500 Millionen
97 Euro und mit dem Konjunktur- und Zukunftspaket weitere zwei Milliarden Euro
98 zusätzlich für die KI-Förderung bereitgestellt. Die Parlamentarische Staatssekretärin
99 Daniela Kluckert (FDP) setzt auf Bildungsangebote und Aufklärung zur Lösung des
100 Problems. Hierbei werden jedoch die zuvor benannten Risiken nur indirekt adressiert.
101 Aktuell wird eine Europäische KI-Verordnung entwickelt. Diese Verordnung behandelt
102 beispielsweise eine klare Definition von kritischen Anwendungsbereichen. Ein Grund
103 sich intensiver mit dem Thema zu beschäftigen und unseren Einfluss geltend zu machen.

104 **Wie können wir das Problem nun angehen?**

105 Der erste Weg der Lösung von komplexen Problematiken führt meist über die Aufklärung.
106 Menschen müssen in die Lage versetzt werden diskriminierende Strukturen in Kontext
107 der KI zu erkennen. Dies kann im Besonderen ein Ansatz für die Jusos sein. Es ist
108 unsere Aufgabe hierfür ein Verständnis zu vermitteln.

109 KI wird sich in Zukunft immer weiterentwickeln und in den unterschiedlichsten
110 Lebensbereichen vordringen. Kongruent zur Europäischen Verordnung sollten wir klar
111 definieren, welche Lebensbereiche von uns immer wieder kritisch validiert werden.

112 Wir sehen die folgenden Lebensbereiche kritisch:

- 113 • Kreditvergabe, Abschluss eines Kaufvertrags (bspw. in Bezug auf die Schufa)
- 114 • Im staatlichen Kontext (bspw. in der Strafverfolgung, in der Judikative,
115 Behörden und Schulen)
- 116 • Im Kontext eines Arbeitsverhältnisses (bspw. bei der Bewerber*innenauswahl, oder
117 in der Leistungsdiagnostik)

118 Für diese Lebensbereiche können wir anschließend Qualitätsstandards entwickeln.
119 Qualitätsstandards könnte eine vorgegebene Validierung der KI auf bestimmte
120 Diskriminierungsformen, eine Verpflichtung für einen überwachten Lernprozess und eine
121 Dokumentationspflicht sein. Alle Informationen, die außerhalb der „Hidden-Layer“
122 liegen müssen von Entwicklern nachgehalten werden können.

123 Für das Supervised Learning bedeutet es das Nachhalten von Daten und Output Vorgaben.

124 Für das Unsupervised Learning wird das Nachhalten von Daten und die Nutzung,
125 Interpretation der Clusterung empfohlen. Bei dem Reinforcement Learning können

126 Datengrundlage und Rückmeldung an die KI festgehalten werden.
127 Zudem ist es möglich im Kontext der KI, die sogenannte demographische Parität
128 anzuwenden. Bei dieser Vorgehensweise werden bewusst Merkmale, die hohes Risiko zur
129 Diskriminierung haben, innerhalb eines Datensatzes separiert. Anschließend wird die
130 KI separat auf die nach Merkmalen getrennten Datensätzen angewendet. Anschließend
131 treffen die Anwender bewusst eine paritätische und diskriminierungsfreie Auswahl.
132 Und was können wir noch tun? Wir setzen uns dafür ein, dass klare
133 Verantwortlichkeiten definiert werden. Wir streben dies vor allem auf
134 institutioneller Ebene an, um das Übertragen der Verantwortung auf einzelne Personen
135 zu vermeiden.
136 Im Arbeitskontext fordern wir eine Stärkung der Mitbestimmung für Betriebsräte, in
137 Bezug auf den Einsatz von KI. Eine Erweiterung der Befugnisse im Rahmen der Kontrolle
138 von Qualitätskriterien bei dem Einsatz von KI zur Personalauswahl erforderlich.
139 Abschließend ist eine Beweislastumkehr notwendig. Die Institution, die eine KI
140 verwendet und/oder anbietet, muss unter bestimmten Voraussetzungen nachweisen, dass
141 keine Diskriminierung vorliegt. Unternehmen werden von sich aus versuchen
142 Diskriminierungen zu vermeiden.
143 **Wir Jusos fordern deshalb:**
144 1. Die Aufklärung über Diskriminierung im Kontext der KI.
145 2. Das Monitoring der zuvor definierten Lebensbereiche, in Bezug auf kritischen
146 Entwicklungen im Bereich KI.
147 3. Wir fordern die Implementierung von Qualitätsstandards bei der Entwicklung und
148 Verwendung von KI.
149 4. Wir fordern klare Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Anwendung und
150 Entwicklung von KI auf institutioneller Ebene im Besonderen bei juristischen
151 Personen.
152 5. Wir fordern die Stärkung der Rechte der Betriebsräte in Bezug auf KI.
153 Wie bereits beschrieben wird sich KI rasant weiterentwickeln. Die zuvor genannten
154 fünf Punkte sollten immer wieder evaluiert werden und können als Leitlinie unserer
155 politischen Arbeit in Bezug auf KI dienen. Das Ziel ist es zukünftige Entwicklungen
156 wahrzunehmen, zu analysieren und angemessen hierauf zu reagieren. Nur so können wir
157 dafür sorgen, dass KI feministisch gedacht wird.

Antrag D03: Kulturpolitik für alle

Antragsteller*in:	UB Bonn
Sachgebiet:	D - Digitalisierung, Netzpolitik und Kultur

1 Wir verstehen den Zugang zur Kultur als maßgeblichen und unübersehbaren Teil von
2 sozialer Teilhabe. Denn die Auseinandersetzung mit Kultur sorgt für Teilhabe am
3 gesellschaftlichen Leben. Dabei ist Kultur vielfältig und bietet die Möglichkeit zur
4 Identitätsstiftung. Sie fördert dabei den Gemeinschaftssinn und lässt uns
5 Gesellschaft erleben. Deshalb sehen wir es als verpflichtend an, dafür zu sorgen,
6 dass die Erfahrung von Kultur für jede*n Einzelne*n ermöglicht wird. Das ist aktuell
7 nicht möglich, sodass der Landekulturbericht NRW aus 2022 anerkennt: „Nicht alle
8 Gruppen der Bevölkerung haben gleichermaßen Zugang zu Kunst und Kultur.“ Wie viele
9 Institutionen ist auch die deutsche Kulturlandschaft von strukturellen Missständen
10 durchzogen, die den Zugang zur Kultur für marginalisierte Gruppen enorm erschweren
11 und von Klassismus geprägt sind. Unsere gesellschaftliche Vielfalt wird weder in den
12 Programmen noch im Personal oder Publikum ausreichend abgebildet. Zu viele
13 Kultureinrichtungen entsprechen damit in ihrer Diversität nicht der Realität. Dadurch
14 entsteht eine zu große Hürde für viele verschiedene gesellschaftliche Gruppen, den
15 Besuch von Kultureinrichtungen überhaupt in Betracht zu ziehen. Hinzu kommt, dass die
16 gesamte Kulturszene in den zurückliegenden Jahren unter verschiedenen Krisen
17 besonders gelitten hat. Nicht nur die Betriebe, die Künstler*innen und das Personal
18 selbst, sondern auch das Publikum war davon betroffen. So mussten vor allem kleine
19 Kulturbetriebe schließen oder waren auf finanzielle Unterstützung von außerhalb
20 angewiesen. Die Teilhabe an Kultur ist somit noch weiter zurückgegangen. Vor diesem
21 Hintergrund gilt es die kulturellen Angebote auf Stadt und Land zu sichern und dabei
22 den Zugang zur Kultur zu erleichtern.

23 **Eine faire Förderung**

24 Das beginnt bei der Förderpolitik. Die meisten Kultureinrichtungen werden öffentlich
25 betrieben oder mit Fördermitteln finanziert. Um eine breite Abbildung von Kultur zu
26 ermöglichen ist das eine sinnvolle Praxis. Doch die Förderungslandschaft in der
27 Kulturpolitik muss überarbeitet werden. Die Art und Weise der Kulturförderung und
28 Subventionierung zeugt von einer diskriminierenden Praxis. Je mehr
29 Kulturinstitutionen sogenannter Hochkultur entsprechen, also die Ästhetiken und
30 Normen des Bildungsbürgertums widerspiegeln, desto mehr staatliche Förderung erhalten
31 sie tendenziell. Einrichtungen, die mit „populärer Kultur“, Vermittlung oder Sozialer
32 Arbeit in Verbindung gebracht werden, haben es hingegen schwerer, eine Förderung zu
33 erhalten. So wird die freie Szene im besten Fall nur von Projekt zu Projekt
34 gefördert. Doch gerade diese Kultureinrichtungen sind auf langfristige Förderungen
35 angewiesen. Deshalb braucht es ein Umdenken in der Förderpolitik, welches für eine
36 diversere, breite und langfristige Förderung sorgen muss. Das gilt in selber Form,
37 nicht nur für die Förderung der Institutionen, sondern auch für die Förderung von
38 Kunst- und Kulturschaffenden.

39 **Hürden der kulturellen Teilhabe überwinden**

40 Die Besucherzahlen von Theatern und Opernhäusern gehen seit den 1990ern stark zurück.

41 Gerade die junge Generation verliert an Interesse. Dafür gibt es zwei
42 ausschlaggebende Gründe. Zum einen stellen die Programme nicht länger die
43 gesellschaftliche Realität dar. Sie sind geprägt von einer weißen, eurozentristischen
44 Sicht, die zu wenig Raum für kulturelle Vielfalt lässt. Deshalb gilt es, die
45 gesellschaftliche Vielfalt auch in den Kulturprogrammen umzusetzen. Eine breitere
46 Aufstellung des Programms würde eine breitere Teilhabe ermöglichen und perspektivisch
47 auch die Besucherzahlen wieder hochgehen lassen. Der zweite Grund für die
48 schwindenden Besucherzahlen ist die klassistische Hürde, die viele klassische
49 Kulturbetriebe, wie Museen, Theater- oder Konzertsäle haben. Besonders
50 einkommensschwache Personen werden durch zu hohe Eintrittspreise ausgeschlossen.
51 Unbezahlte Praktika und unsichere Beschäftigungsverhältnisse sind Gründe dafür, warum
52 der berufliche Einstieg in die Kulturszene abhängig von der sozioökonomischen
53 Herkunft ist. Dadurch potenzieren sich Strukturen, die von klassistischer
54 Diskriminierung zeugen und die sich auch auf das anzusprechende Publikum auswirken.
55 Diskriminierungen aufgrund vermeintlicher oder tatsächlicher Klassenangehörigkeit
56 werden dabei immer mit weiteren Unterdrückungsformen kombiniert – wie etwa mit
57 Sexismus, der Verachtung des ländlichen Lebensraums, patriarchaler Familienpolitik,
58 Ableismus oder Rassismus. Bessere Arbeitsverhältnisse in Kulturbetrieben, die
59 Vergünstigung des Ticketangebots sowie die Einführung von Antidiskriminierungszentren
60 und Awareness-Konzepten in großen Kultureinrichtung, könnten die klassistischen
61 Strukturen aufbrechen und mehr Teilhabe an Kultur ermöglichen.

62 **Diverse Kulturangebote stärken**

63 Eine kulturelle Erfahrung geht jedoch weit über den Besuch im Museum, Theater- oder
64 Konzertsaal hinaus. In Deutschland ist aber ein Hochkulturverständnis vorhanden,
65 welches sich durch Abgrenzung und Abwertung definiert. Wie oben bereits beschrieben
66 drückt sich das vor allem in der Förderpolitik aus. So sind Veranstaltungen in
67 soziokulturellen Zentren in den letzten Jahren stark zurückgegangen, weil es an
68 finanziellen Mitteln fehlte. Auch die Clubkultur leidet unter dem Stigma keine
69 Hochkultur zu sein. Es gilt diese aber weiter zu erhalten.

70 **Kultur beginnt in der Jugend**

71 Gerade Kinder und Jugendliche haben in den zurückliegenden Jahren viel einstecken
72 müssen. Die soziale Isolation traf sie besonders hart. Das ist nur einer von vielen
73 Anlässen den Zugang zur Kultur auch für Kinder und Jugendliche weiter auszubauen. Der
74 Kulturpass ab 18 Jahren ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, den es
75 auszuweiten gilt.

76 **Kulturförderung im ländlichen Raum**

77 Kulturelle Angebote, ob Clubs, Konzerte oder Theater, gehören zur Daseinsvorsorge.
78 Stadt, Land und Bund verpflichten sich, für eine gerechte kulturelle Teilhabe Sorge
79 zu tragen. Dabei darf es nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleiben. Denn derzeit ist
80 eine besorgniserregende Entwicklung bemerkbar: Das Clubsterben. Ein Blick in die
81 Szeneviertel großer Städte genügt als Beweis, eine Clubschließung folgt der nächsten
82 und das trotz steigender Bevölkerungszahlen, also trotz potenziell größerer
83 Nachfrage. Schaut man auf die ländlichen Gebiete, sieht es düster aus. Discokugel,
84 Scheinwerfer und Nebelleuchte sind schon seit etlichen Jahren abgewandert. Dort
85 sprechen wir nicht mehr über den Erhalt von Nachtclubs – denn die sind überhaupt
86 nicht mehr existent. Dieser Entwicklung gilt es uns, als starke Stimme junger

87 Menschen entgegenzuwirken. Klar ist: Wir dürfen kulturelle Angebote nicht
88 Marktmechanismen und Profitlogik unterwerfen, das schadet dem Anliegen und fördert
89 nur einseitig. Deshalb ist es wichtig, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Wir
90 fordern ein gutes Leben für alle, dazu gehört die Möglichkeit der Teilhabe am
91 kulturellen Leben.

92 Das Land Nordrhein-Westfalen stellt zahlreiche Förderprogramme im Bereich Kunst und
93 Kultur. Diese Förderungen richten sich einerseits an Künstler*innen sowie an
94 Kulturorganisationen. Die Förderprogramme reichen von Literatur, Tanz und Theater
95 über Musik bis hin zur spezifischen Förderung von Kulturregionen. Das Land NRW
96 fördert jedoch bisher nicht das spezifische Nachtleben in den Städten. Besonders der
97 ländliche Raum und die jungen Menschen in diesen Regionen leiden unter einem eklatant
98 schwachen Angebot an Veranstaltungen, Bars sowie Clubs in den Abend- und
99 Nachtstunden. Zudem leidet auch die Kneipenkultur seit Jahren – das allesamt führt
100 dazu, dass Städte besonders für junge Menschen als weniger lebenswert wahrgenommen
101 werden.

102 Um dem entgegenzuwirken, müssen Kommunen in NRW heute selbstständig Fonds und
103 Förderprogramme aufstellen. Die nötigen finanziellen Mittel fehlen aber oft genau
104 dort, wo ohnehin zu wenig Angebote existieren. Wir dürfen unsere Kommunen nicht im
105 Regen stehen lassen. Das kulturelle Leben gehört ein wesentlich größerer Stellenwert
106 zugeschrieben, dass muss sich in den Zahlen und bereitgestellten Mitteln
107 widerspiegeln.

108 **Kultur muss erreichbar bleiben**

109 Dabei geht es vor allem um die Erreichbarkeit auf dem Land. Selbstverständlich sollte
110 der erste Schritt eine bessere ÖPNV Verbindung sein. Für einen schnellen Übergang
111 schlagen wir vor, das Nightmover-Modell flächendeckend in NRW umzusetzen. Erfolgreich
112 läuft dieses Modell, einer Taxi-Bezuschussung an Wochenenden und Feiertagen, bereits
113 im Kreis Kleve. Aber auch in den Städten sorgt eine zentrierte Errichtung von
114 Kulturbetrieben dafür, dass gerade finanziell abhängige oder Beschäftigte in Vollzeit
115 Schwierigkeiten haben diese zu erreichen. Deshalb müssen die Kulturbetriebe, um
116 tatsächliche soziale Teilhabe zu ermöglichen, auch dezentral und in Wohngebieten
117 angeboten werden.

118 Wir fordern deshalb:

- 119 • Eine faire Förderpolitik, die nicht nur weiße sogenannte Hochkultur fördert und
120 eine finanziell stabile Perspektive für Kunst- und Kulturschaffende bietet. Die
121 Kulturförderungsprogramme sollen langfristig angesetzt sein und Diversität
122 stärken.
- 123 • Klassistische Strukturen innerhalb bestehender Kulturbetriebe müssen bekämpft
124 werden. Akut durch die Einführung von Antidiskriminierungsstellen und
125 Awarenessprojekten.
- 126 • Eine bessere Entlohnung für Beschäftigte im Kulturbetrieb.
- 127 • Die Erhaltung von Clubkultur und gezielte Förderung dieser.
- 128 • Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Kommunen (vorwiegend im ländlichen
129 Raum), um entsprechende Fördertöpfe aufstellen zu können. Die Vergabe der
130 Fördermittel erfolgt anhand entsprechender Richtlinien gezielt durch die

- 131 Kommunen.
- 132 • Direkte Förderung bestimmter kultureller Angebote (Nachtclubs, Bars,
133 Veranstaltungen) durch das Land NRW.
- 134 • Hinweis: Bei einer direkten Förderung können gesonderte Fördertöpfe eingerichtet
135 werden, für Veranstaltungen, die auf Rassismus, Antisemitismus und
136 Rechtsextremismus ihr Augenmerk legen.
- 137 • Anerkennung und Schutz von autonomen und interkulturellen Kulturangeboten
- 138 • Eine Perspektive, damit kulturelle Angebote von allen gesellschaftlichen Teilen
139 erreicht werden können. Dazu gehört eine gute Anbindung an ÖPNV in ländlichen
140 Regionen sowie die flächendeckende Einführung des Night-Mover Modells und
141 Schaffung von Kulturbetrieben auch außerhalb des Stadtzentrums.
- 142 • Eine Förderung von Jugendkultur und einen freien Kulturpass für Jugendliche und
143 finanziell benachteiligte Gruppen.

Antrag D04: It's dangerous to rate alone, take PEGI - Reform des Jugendschutzes bei Videospiele

Antragsteller*in:	UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Wuppertal, UB Solingen
Sachgebiet:	D - Digitalisierung, Netzpolitik und Kultur

1 Die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) ist in Deutschland derzeit
2 verantwortlich für die Altersfreigabe von Videospiele und Videospiele-Trailern.
3 Leider sind damit auch viele Hürden verbunden, die es für Entwickler*innen schwierig
4 bis unmöglich machen, eine faire Einstufung zu erhalten.

5 **Die USK und ihre Probleme**

6 Obwohl das USK-System in der Vergangenheit Kritik erfuhr, hat es sich kontinuierlich
7 verbessert. Dennoch wird häufig berichtet, dass Videospiele keine Freigabe für den
8 deutschen Markt erhalten, da die USK ihre Zustimmung aus diversen Gründen verweigert.
9 Diese Gründe beinhalten oft die Darstellung von Gewalt oder Symbolik, die in anderen
10 Medien und Kunstformen problemlos mit einer Einstufung von 16 Jahren zugelassen
11 werden. Doch nicht nur diese Aspekte führen zu hohen Alterseinstufungen. Es gab
12 bereits Fälle, in denen Spiele ab 16 Jahren eingestuft wurden, weil sie als
13 blasphemisch betrachtet wurden. Diese Entscheidungen müssen nicht weiter erläutert
14 werden und erscheinen daher oft willkürlich.

15 Das derzeitige System der USK basiert auf einer fünfköpfigen Jury, bestehend aus
16 einer Vertreter*in der Landesjugendbehörden sowie vier
17 "Jugendschutzsachverständigen", die häufig Vertreter*innen aus freien Jugendverbänden
18 und Kirchen sind. Diese Personen erhalten Informationen über die Inhalte eines Spiels
19 von Testern, die Fragen der Jury beantworten. Anschließend fällt die Jury eine
20 Entscheidung, ohne das Spiel selbst gespielt zu haben. Dieses System ist maximal
21 intransparent, vor allem da bis Anfang 2023 die Kriterien und Gründe für die
22 Einstufung, wie z.B. Glücksspiel, physische oder verbale Gewalt, nicht auf den
23 Verpackungen genannt werden.

24 **Warum PEGI?**

25 Im Gegensatz dazu gibt es auf europäischer Ebene das PEGI-Bewertungssystem, dem
26 mittlerweile über 40 Länder angehören. Die Bewertungen erfolgen anhand fester
27 Kriterien, indem die Entwickler*innen einen von Fachpersonen erstellten und laufend
28 aktualisierten Fragebogen ausfüllen. Anhand dieses Fragebogens werden die Inhalte des
29 Videospiele gewichtet, und es wird ein Rating von 3, 7, 12, 16 oder 18 vergeben.
30 Zusätzliche Kennzeichnungen auf den Medien liefern weitere Informationen zur
31 Einstufung. Bei großen Bedenken auf nationaler Ebene können die dortigen
32 Jugendschutzbehörden dennoch eine Indizierung anstreben.

33 Das PEGI-System bietet neben transparenten Ratings weitere Vorteile. Besonders kleine
34 Studios oder einzelne Entwickler*innen können ihre Spiele in Deutschland nicht
35 rechtssicher anbieten, da die Abgabe von Videospiele ohne USK-Einstufung - mit
36 wenigen Ausnahmen - nicht erlaubt ist. Um ein Rating bei der USK zu erhalten, muss
37 eine Gebühr von 1.200 € bezahlt werden. Im Gegensatz dazu ist die Einstufung durch

38 PEGI kostenlos. Das Handlungsfeld der USK wirkt sich nicht nur auf die Einstufungen
39 aus, sondern auch auf den Handel von Videospiele. Eine fehlende Kennzeichnung der
40 USK auf CD und Verpackung führt dazu, dass Spiele, obwohl sie eine Freigabe der USK
41 erhalten haben, nicht auf dem deutschen Markt gehandelt werden dürfen. Zudem kommt es
42 häufig vor, dass Spiele für den deutschen Markt so drastisch zensiert werden, dass
43 die Nutzung von Online-Funktionen mit Spieler*innen in der EU und weltweit nicht
44 möglich ist. Das Thema Zensur und die Nichtgleichstellung von Videospiele im
45 Vergleich zu anderen Medien ist ein weiteres Problem.

46 **Deutschen Alleingang beenden**

47 Deutschland steht mit seinem USK-System alleine in der EU da. Lasst uns diesem
48 Alleingang ein Ende setzen und eine Aufnahme in die PEGI anstreben. Nicht nur
49 transparente Einstufungen, sondern auch ein freier Medienhandel in der EU sollen
50 ermöglicht werden.

Antrag E01: Internationalistische Klimagerechtigkeit muss antikapitalistisch, antikolonial und feministisch sein!

Antragsteller*in:	UB Bonn, UB Siegen-Wittgenstein
Sachgebiet:	E - Europa und Internationales

1 “Die Klimakrise steht auf unserer Türschwelle.” Die Aussage stimmt definitiv,
2 zumindest aus der Sicht Deutschlands und der EU. Im Globalen Süden dagegen tobt die
3 Klimakrise schon, und zwar immer heftiger. Scheinbar müssen aber die Auswirkungen
4 auch in Europa drastisch werden, damit die Hauptverursacher das Problem als relevant
5 genug ansehen. Die Notwendigkeit der internationalistischen, feministischen und
6 antikapitalistischen Klimagerechtigkeit möchten wir mit diesem Antrag deutlich
7 machen.

8 Um das Konzept der Klimagerechtigkeit verstehen zu können, ist es wichtig, sich mit
9 den weiten Begriffen „Globaler Norden“ und „Globaler Süden“ auseinanderzusetzen.
10 Der Globale Norden besteht aus wohlhabend lebenden Industrieländern, die größtenteils
11 im Norden der Erde liegen. Diese Staaten produzieren am meisten
12 Treibhausgasemissionen, gerade im Vergleich zu Staaten im Globalen Süden, die
13 aufgrund der geringeren Industrie und des geringeren Verbrauchs klimaschädlicher
14 Produkte weniger Treibhausgasemissionen produzieren.

15 Mit „Klimagerechtigkeit“ sollen die Verantwortungsträger*innen im Globalen Norden
16 dafür sorgen, dass alle Staaten fair die Verantwortung für CO₂ Ausstoß tragen. Das
17 bedeutet, dass die reichen Staaten mehr Verantwortung als ärmere Staaten, die
18 meistens im globalen Süden liegen, tragen müssen. Der globale Norden ist für 92% der
19 CO₂-Emissionen, die seit 1850 entstanden sind, verantwortlich.
20 Diese Ungerechtigkeit hat große Auswirkungen auf Menschen im globalen Süden, die
21 weltweit am meisten unter Dürren, Wasserknappheit, Hitze und anderen Folgen leiden.
22 Die Auswirkungen führen zur Klimaflucht. Menschen müssen wegen des Klimawandels ihre
23 Heimat verlassen. „Klimaungerechtigkeit“ ist also auch ein weiterer Fluchtgrund, der
24 verhindert werden kann.

25 Laut einer Oxfam-Studie aus dem Jahr 2020 emittierten die reichsten 10% der
26 Weltbevölkerung (630 Millionen Menschen) zwischen 1990 und 2015 insgesamt 52% der
27 globalen CO₂-Emissionen. Im selben Zeitraum emittierten die ärmsten 50% der
28 Weltbevölkerung (3,1 Milliarden Menschen) nur 7% der globalen CO₂-Emissionen. Die
29 Studie zeigt uns, wie dringend eine Klimagerechtigkeit ist.

30 **Was hat Kolonialismus mit der Klimakrise zu tun?**

31 Mit dem Kolonialismus, der 1492 begann, ging die Ausbeutung von Tieren, Pflanzen
32 sowie gesamten Ökosystemen im Globalen Süden einher. Mit Betreten dortiger Staaten
33 erklärten europäische Kolonialmächte diese zu ihrem Eigentum. Des Weiteren machten
34 sie die Einwohner*innen zu „Untertanen“ und versklavten diese. Versklavte wurden so
35 unter anderem zum Abbau von Ressourcen gezwungen.

36 Bald waren Produkte aus den europäischen Kolonien besonders gefragt in Europa. Für
37 mehr Böden zum Anbau benötigter Pflanzenarten raubten die Kolonialmächte Land und

38 rodeten Wälder. Um die Pflanzen zu ernten und weiterzuverarbeiten, wurden neben
39 kolonialisierten auch verschleppte Menschen versklavt. Dies und die Enteignung von
40 Land diente der Errichtung von Plantagen.

41 So wie *weiße* Menschen sich kolonialisierten Menschen gegenüber als überlegen
42 darstellten, stellten sie sich auch der Natur gegenüber als überlegen dar und
43 werteten sie ab. Von ihr bzw. allen Lebensformen, die sie als nicht-menschlich
44 ansahen, grenzten sie sich ab. Mit einem kolonialen Naturverständnis rechtfertigten
45 europäische Kolonisator*innen die Ausbeutung und Beherrschung der Natur. Darüber
46 hinaus wurde „Natur“ kapitalistisch bewertet, weswegen heutzutage von Natur als
47 „natürliche Ressource“ die Rede ist. In den Kolonien sahen die Kolonialmächte eine
48 unversiegbare Quelle für Fortschritt, Wachstum und einem gewissen Lebensstil in
49 Europa. Entsprechend stand Natur für unendliche Verfügbarkeit und Konsum. Dieses
50 koloniale Naturverständnis wird heute noch weitergeführt und bleibt Grundlage für
51 Raubbau bzw. Extraktivismus sowie Umweltzerstörung.

52 Da dieses Verständnis nur für *weiße* Menschen bestimmt war und Parallelen zur
53 rassistischen Ideologie im Kolonialismus aufweist, soll Rassismus rechtfertigen, dass
54 weiße Menschen die Lebensgrundlagen von BIPOC zerstören. So veränderten sie die
55 Klimabedingungen global so sehr, dass die Biosphäre eine existenzielle Bedrohung
56 ausmacht – vor allem im Globalen Süden.

57 Der Klimawandel wurden nicht von allen Menschen gleichermaßen verursacht. Seine
58 Ursache liegt im kolonialen Denken *weißer* Menschen in Europa. Als Ergebnis von 500
59 Jahren kolonialer Praktiken betrifft die Klimakrise weltweit vor allem BIPOC

60 **Zusammenhang Kolonialismus, Kapitalismus, Patriarchat & Klimakrise**

61 Die Kolonialmächte versuchten, bestehende Kulturen und Gesellschaftsstrukturen zu
62 zerstören, definierten sich selbst als "höherwertig" - daraus entstand die
63 Rassifizierung, also die Abwertung all derer, die nicht *weiß* waren. Man selbst gab
64 sich die Attribute modern, zivilisiert, entwickelt, und verteilte auf der anderen
65 Seite Bezeichnungen wie unzivilisiert, wild, rückständig. Aber auch das Emotionale,
66 das Weibliche, das Natürliche wurde negativ konnotiert. Man konstruierte das "Andere"
67 (auch "Othering" genannt), um die eigene Überlegenheit zu demonstrieren. Othering
68 wurde gegenüber BIPOC, FINTA, Queers, Nicht-Christ*innen und Behinderten betrieben.
69 Und dieses System besteht bis heute.

70 Die am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffenen Staaten und
71 Gemeinschaften sind oft jene, die bereits unter den Folgen des Kolonialismus und des
72 kapitalistischen Systems gelitten haben. Die sozialen, wirtschaftlichen und
73 ökologischen Auswirkungen der Klimakrise verstärken bestehende Ungerechtigkeiten und
74 führen zu einer Verschärfung der globalen Ungleichheit.

75 Um dem entgegenzuwirken, ist es notwendig, die Zusammenhänge zwischen Kolonialismus,
76 Kapitalismus, Patriarchat und der Klimakrise anzuerkennen und zu adressieren. Eine
77 transformative Klimapolitik muss historische Kontexte berücksichtigen und soziale
78 Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen.

79 **Antikolonialer Widerstand**

80 In der westlichen, *weißen* Geschichtsschreibung werden kolonialisierte Menschen
81 praktisch durch die Bank als Opfer gezeichnet. Ausgespart wird, dass es von ihrer
82 Seite auch immer Widerstand gab und gibt, so z.B. durch Yaa Asantewaa, die das

83 Königreich der Ashanti auf dem heutigen Staatsgebiet Ghanas gegen britische
84 Kolonialisierungsversuche mehrfach erfolgreich verteidigte. Ein weiteres Beispiel ist
85 Manuela Beltrán, die sich im Jahr 1781 im heutigen Kolumbien gegen die spanische
86 Kolonialmacht auflehnte, indem sie eine Revolte anzettelte, die in der "Revolución
87 Comunera" mündete.

88 Auch im Kampf gegen die Klimakrise werden Widerstandsstunden und -bewegungen von
89 BIPOC kaum erzählt, dabei ist ihr Anteil essentiellen Charakters. Eine Gründungsszene
90 der Umweltgerechtigkeit fand 1982 in North Carolina, USA statt, als der Bundesstaat
91 sich das mehrheitlich durch BIPOC und armutsbetroffene Menschen geprägten Warren
92 County aussuchte, um eine Giftmülldeponie für PCB-verseuchte Erde zu schaffen. Es
93 folgten Protestmärsche, wochenlange Blockaden und hunderte Festnahmen.

94 Solche Geschichten und Perspektiven sind hochrelevant, um aufzuzeigen, dass wir die
95 Kämpfe gegen Kolonialismus, Rassismus, Patriarchat und gegen die Klimakrise nicht
96 getrennt voneinander, sondern nur intersektional betrachten können und müssen.
97 Menschen sind von der Klimakrise unterschiedlich stark betroffen: Die im Globalen
98 Norden weniger als die im Globalen Süden. Dort sind cis Männer weniger stark
99 betroffen als FINTA*, und wohlhabende Menschen sind weniger stark betroffen als
100 armutsbetroffene Menschen. Eine FINTA*, die im Globalen Süden lebt und dazu noch
101 unter Armut leidet, erlebt also eine Dreifachdiskriminierung und ist sozusagen
102 dreifach von der Klimakrise betroffen.

103 **Koloniale Kontinuitäten:**

104 Unter dem Einfluss der historischen Kontinuitäten sind bestimmte Praktiken und
105 Projekte entstanden, die den Klimawandel und seine Auswirkungen verstärken und
106 zugleich lokale Gemeinschaften im Globalen Süden benachteiligen. Diese kolonialen
107 Kontinuitäten erfordern dringend unsere Aufmerksamkeit und eine kritische Bewertung.
108 Die Kontinuität kolonialer Strukturen, Denkmuster und wirtschaftlicher Zusammenhänge
109 wird anhand einiger Beispiele deutlich.

110 *Auswirkungen von Aufforstungsprojekten:*

111 Einige Aufforstungsprojekte haben bedauerlicherweise zur Folge, dass lokale
112 Gemeinschaften den Zugang zu den Wäldern verlieren. Im Extremfall werden Gemeinden
113 sogar zwangsumgesiedelt, um Platz für solche Projekte zu schaffen. Dies ist eine
114 besorgniserregende Entwicklung, die nicht nur die traditionelle Lebensgrundlage der
115 betroffenen Menschen bedroht, sondern auch ihre Stimmen und Rechte marginalisiert.

116 *Co2-Kompensationsprojekte und deren Effektivität:*

117 Es ist anzumerken, dass CO2-Kompensationsprojekte in Staaten des Globalen Südens mit
118 erhöhter Effizienz und zu geringeren Kosten durchgeführt werden können. In solchen
119 Projekten erwerben Institutionen, Unternehmen oder Privatpersonen sogenannte
120 Emissionsminderungsgutschriften oder Zertifikate, um ihren eigenen
121 Treibhausgasausstoß auszugleichen - und um Konzerninteressen zu sichern. Die dabei
122 generierten Einnahmen werden für Klimaschutzprojekte verwendet. Jedoch muss beachtet
123 werden, dass diese Projekte manchmal nicht ausreichend überprüft werden und zu
124 weiteren Ungerechtigkeiten führen können.

125 CO2-Kompensationsprojekte im Globalen Süden, die häufig mit dem Zweck des
126 Greenwashings großer Global Player des globalen Nordens durchgeführt werden, zeigen
127 nicht nur die Gefahr kolonialer Kontinuitäten in unserer Wirtschaftsweise, sondern

128 verstärken diese zusätzlich. Der Globale Norden versucht so, seine Verantwortung für
129 Klimaschutz und die Aufarbeitung seiner Kolonialverbrechen für sich selbst
130 nutzenmaximierend zu missbrauchen.

131 Ein erheblicher Teil des weltweit abgebauten Kobalts stammt aus dem Kongo, wo im
132 Profitinteresse vieler global Player des Globalen Nordens die Achtung der Menschen-
133 und Arbeitsrechte oft vernachlässigt wird. Die ungesicherten Minen und der Einsatz
134 von unsicheren Arbeitsbedingungen stellen eine Gefahr für die Arbeiter*innen dar.
135 Darüber hinaus ist der Gewinnungsprozess von Kobalt giftig und birgt große Risiken
136 für die lokale Bevölkerung und die Umwelt, allen voran für die Kinder, die in
137 Kobaltminen unter unwürdigen Bedingungen und Verhältnissen moderner Sklaverei
138 ausgebeutet werden.

139 *Nickel als Rohstoff aus Russland:*

140 Ein beträchtlicher Anteil des weltweit verwendeten Nickels stammt aus Russland. Es
141 ist wichtig zu bedenken, dass die Beschaffung von Rohstoffen in Abhängigkeit von
142 bestimmten Ländern zu Ungleichheiten führen kann. Eine Diversifizierung der
143 Nickelquellen und eine Überprüfung der Arbeitsbedingungen sind erforderlich, um
144 sicherzustellen, dass keine Ausbeutung oder weitere Ungerechtigkeiten entstehen.

145 Der Wohlstand des Globalen Nordens geht wieder einmal zu lasten des Globalen Südens;
146 und ist historisch gewachsen. Der Globale Norden versucht mittlerweile händeringend,
147 sein Gewissen zu reinigen: Während die Länder des Globalen Nordens weiterhin an einem
148 Wachstumszwang festhalten und die Begrenztheit der Ressourcen auf unserem Planeten
149 nur vorgeben, anzuerkennen, betreiben sie Greenwashing auf Kosten des Globalen
150 Südens.

151 Wenn von "unserem Wohlstand" gesprochen wird, ist der europäische bzw. der deutsche
152 Wohlstand gemeint. Dieser Wohlstand und die ungebrochene Wachstumssucht ist mit ein
153 Grund für Kolonialismus, Klimakrise und die globale Ungerechtigkeit und untrennbar
154 damit verbunden. Internationalistische Klimagerechtigkeit bedeutet auch, dass wir
155 innerhalb Deutschlands die Voraussetzungen für dessen Umsetzung schaffen und die
156 Verantwortung für ökonomische und ökologische Gerechtigkeit tragen und Reichtum, der
157 Hauptverursacher der Klimakrise ist, endlich wirksam begegnen. Wir können uns
158 ökonomischen Reichtum schlicht nicht mehr leisten, umso mehr sind wir auf
159 ökologischen Reichtum angewiesen.

160 **Deshalb fordern wir:**

- 161 • Klimagerechtigkeit muss anticolonialistisch, feministisch, antikapitalistisch
162 sein!
- 163 • Förderung von Alternativen zum kapitalistischen Wachstumszwang!
- 164 • Überprüfung der Arbeitsbedingungen von globalen Konzernen!
- 165 • Konzerne für Klimaschutzmaßnahmen unter Erhalt der Menschenrechte verpflichten!
166 - Bei Verletzungen sanktionieren/ stärker besteuern! (Wir Jusos würden
167 Großkonzerne natürlich am liebsten enteignen.)
- 168 • Gegen Ausgleichszahlungen und kolonial geprägte Aufforstung im globalen Süden,
169 für die Instandhaltung bestehender Wälder – keine Fortsetzung kolonialer Logiken
170 im Klimaschutz!

- 171 • Entwicklungszusammenarbeit bedeutet Zusammenarbeit auf Augenhöhe - Expertise und
172 Bedürfnisse des Globalen Südens ernst nehmen!
- 173 • Beteiligung und Stärkung von Locals und marginalisierten Gruppen!
- 174 • Epistemische Gewalt und Eurozentrismus in der Wissenschaft bekämpfen - für
175 wissenschaftlichen Austausch auf Augenhöhe!
- 176 • Verpflichtung des Globalen Nordens im globalen Katastrophenschutz!
- 177 • Asyl aufgrund des Klimawandels als Menschenrecht!
- 178 • Schluss mit kolonialen Kontinuitäten - Reparationszahlungen an den Globalen
179 Süden jetzt!
- 180 • Umgestaltung gesellschaftlicher Strukturen, um echte Klimagerechtigkeit zu
181 verwirklichen!

182

183 Quellen

- 184 [https://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/Kolonialismus-und-Klimakrise-Ueber-500-
185 Jahre-Widerstand-11.pdf](https://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/Kolonialismus-und-Klimakrise-Ueber-500-
185 Jahre-Widerstand-11.pdf)
- 186 [https://www.bpb.de/themen/kolonialismus-imperialismus/postkolonialismus-und-
187 globalgeschichte/](https://www.bpb.de/themen/kolonialismus-imperialismus/postkolonialismus-und-
187 globalgeschichte/)
- 188 https://link.springer.com/referenceworkentry/10.1007/978-3-658-37222-4_32-1#Sec3
- 189 [https://de.euronews.com/my-europe/2022/06/01/folgen-der-klimakrise-globaler-suden-
190 fordert-reparationen-von-globalem-norden](https://de.euronews.com/my-europe/2022/06/01/folgen-der-klimakrise-globaler-suden-
190 fordert-reparationen-von-globalem-norden)
- 191 [https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-
192 schaedigt-klima-doppelt-so-stark](https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-
192 schaedigt-klima-doppelt-so-stark)
- 193 [Klimagerechtigkeit \(nachhaltig-in-graz.at\)](https://www.klimagerechtigkeit.de/nachhaltig-in-graz.at)
- 194 [https://reset.org/der-globale-norden-ist-fuer-92-prozent-der-co2-emissionen-weltweit-
195 verantwortlich-und-koennte-d/](https://reset.org/der-globale-norden-ist-fuer-92-prozent-der-co2-emissionen-weltweit-
195 verantwortlich-und-koennte-d/)
- 196 <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2542519620301960>

Antrag E02: Solidarität ohne Grenzen: Die EU und der Sudan-Konflikt

Antragsteller*in:	UB Mönchengladbach
Sachgebiet:	E - Europa und Internationales

1 Aktuell kämpfen im Sudan das Militär, angeführt vom aktuellen Machthaber Abdel Fattah
2 al-Burhan und die RSF (Rapid Support Forces) unter der Führung von Mohammed Hamdan
3 Daglo gegeneinander. Das ist ein harter Rückschlag für die Demokratiebewegung.

4 Seit 2018 kämpfen Menschen in dem nordafrikanischen Land für Demokratie und
5 Menschenrechte. Auslöser war zunächst die immense Steigerung der Brotpreise. Obwohl
6 der Sudan viele Rohstoffe, wie zum Beispiel Gold und Öl exportiert, kommt davon wenig
7 bei der Bevölkerung an. Die Hälfte der Menschen lebt von Landwirtschaft, die meisten
8 am absoluten Existenzminimum. Durch den Sudan fließt der Nil, jedoch nimmt seit
9 Jahren die Trockenheit im Land zu. Auslöser dafür ist unter anderem der Klimawandel,
10 weshalb die Trockenheit und damit verbundene Dürren in den nächsten Jahrzehnten
11 massiv zunehmen werden.

12 Im Dezember 2018 kam es in der Stadt Atbara zu den ersten Protesten, die schnell zu
13 Massenprotesten wurden. Die Stärke der Protestbewegung machte dabei die starke
14 gewerkschaftliche Tradition des Landes deutlich. Dabei standen FINTA (Frauen, Inter,
15 Nonbinäre, Trans und Agender) an der Spitze der Protestbewegung.

16 Anfang 2019 kam es zu einem friedlichen Sit-in vor dem Militär-Hauptgebäude in der
17 Hauptstadt Khartum, bis schließlich Militär und RSF gemeinsam den Diktator Umar Hasan
18 Ahmad al-Baschir absetzten. Dies geschah jedoch nicht aus Überzeugung, sondern weil
19 die Proteste zu groß waren, um sie militärisch zu bekämpfen. Allerdings führten zur
20 selben Zeit Militär und RSF Hinrichtungen und Massaker gegen die Opposition durch,
21 bis schließlich im August 2019 eine Übergangsregierung gebildet wurde, die den Weg
22 hin zur Demokratie ebnen sollte. 2021 putschte sich das Militär erneut an die Macht,
23 seitdem sind wieder dieselben korrupten und skrupellosen Generäle an der Macht, die
24 Menschenrechte und Demokratie mit Füßen treten wie vor der friedlichen Revolution.

25 Für das Militär und die Miliz RSF stellt sich seit 2019 die Frage, wer wie viel Macht
26 erhalten wird. Die RSF wurde unter Diktator Umar Hasan Ahmad al-Baschir stark
27 gefördert. Die RSF, mit Unterstützung der Regierung, war mutmaßlich am Genozid
28 verschiedener Volksgruppen in Darfur (Region im Westen des Sudans) beteiligt. Zur
29 selben Zeit unterstützte die Europäische Union die Militärdiktatur, um Geflüchtete
30 auf dem Weg nach Europa aufzuhalten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die RSF die
31 Gelder erhalten hat, da sie ab 2015 für den Grenzschutz im Sudan verantwortlich war.
32 Im April 2023 ist der Konflikt zwischen Militär und RSF eskaliert. In Khartum setzt
33 das Militär Kampfflugzeuge gegen die RSF ein. Die Kämpfe haben zum Zusammenbruch der
34 Ordnung im Land geführt. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist schlecht, Menschen
35 holen ihr Trinkwasser aus dem Nil und medizinische Versorgung ist kaum vorhanden.
36 Seit April sind hunderte Menschen ums Leben gekommen und tausende wurden verletzt.
37 Über 700.000 Menschen sind bereits auf der Flucht. Sie fliehen innerhalb des Sudans,
38 in die Nachbarländer, aber auch nach Europa. Die Möglichkeit zur Flucht haben die,
39 die über ausreichende finanzielle Mittel verfügen. Es fehlt an sicheren Korridoren,

40 durch die Menschen fliehen können und über die die Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln
41 und Medizin versorgt werden kann. Außerdem fehlen eine sichere Fluchtrouten nach
42 Europa. Die Menschen werden gezwungen, in Schlauchbooten übers Mittelmeer nach Europa
43 zu fliehen.
44 Es ist ein Armutszeugnis für die Europäische Union als Friedensnobelpreisträgerin,
45 dass sie zum Einen nicht mal ausschließen kann, an der Eskalation des Konflikts
46 beteiligt zu sein, und dass sie zum Anderen immer noch nicht einmal willens ist, den
47 Menschen bei ihrer Flucht zu helfen. Im Gegenteil arbeitet sie weiterhin mit der
48 sogenannten "libyschen Küstenwache" zusammen, um Menschen im Mittelmeer auf ihrem Weg
49 nach Europa zu hindern. Dazu kommt die aktuelle Reform des europäischen Asylrechts im
50 "Gemeinsamen europäischen Asylsystem" (GEAs), dem auch Deutschland zugestimmt hat. Es
51 kann nicht gewährleistet werden, dass alle Menschen, die aus dem Sudan fliehen, in
52 der EU Schutz finden. Das ist eine Schande.
53 Die Menschen im Sudan kämpfen seit Jahren für Demokratie und Menschenrechte. Wir
54 dürfen sie in ihrem Kampf nicht mehr länger im Stich lassen.

55

Daher fordern wir:

- 56 • Die europäische Union soll sich für humanitäre Hilfskorridore einsetzen, damit
57 Menschen sicher fliehen können und um die Grundversorgung mit Lebensmitteln und
58 Medikamenten im Land aufrecht zu erhalten
- 59 • weiterhin einen Einsatz für eine solidarische und antikoloniale Klimapolitik, da
60 der Globale Norden für einen Großteil der CO2-Emissionen verantwortlich ist
- 61 • lückenlose Aufklärung, inwieweit die EU an den aktuellen Entwicklungen im Sudan
62 verantwortlich ist und in welchem Ausmaß sie die RSF finanziell unterstützt hat

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag E03: Kraftklub douze points – Kraftklub zum ESC schicken!

Antragsteller*in:	UB Mönchengladbach
Sachgebiet:	E - Europa und Internationales

- 1 Die Jusos im Bundestag setzen sich auf Bundesebene dafür ein, dass Deutschland beim
2 Eurovision Song Contest 2024 die ostdeutsche Rap-Rock-Band „Kraftklub“ als deutschen
3 Beitrag nach Schweden schickt.
- 4 Die vergangenen Wettbewerbe und ihre Ergebnisse haben gezeigt:
5 Der Norddeutsche Rundfunk NDR scheint nicht in der Lage zu sein, einen Beitrag zu
6 liefern, der ein gutes Ergebnis auf der vorderen Tabellenhälfte erzielt.
- 7 Aus jungsozialistischer Perspektive ist dieses Anliegen jedoch von höchster
8 Wichtigkeit. Im Folgenden wird das genauer erläutert.
- 9 **Feminismus:** Bei den Bandmitgliedern handelt es sich ausschließlich um weiße linke
10 Männer und wie man allseits weiß, geht von ihnen per Definition kein Sexismus aus
11 denn sie haben mal ein Buch über Feminismus gelesen. Aus feministischer Perspektive
12 ist Kraftklub beim ESC nur zu begrüßen.
- 13 **Sozialismus:** Alle fünf Mitglieder wurden in Chemnitz, beziehungsweise Karl-Marx-Stadt
14 bis 1990, geboren und haben dadurch den Sozialismus von Geburt an aufgesogen.
- 15 **Antifaschismus:** Ob in Schweden, Italien, Polen oder Ungarn – die politische Rechte
16 ist in Europa auf dem Vormarsch. In Zeiten wie diesen braucht es stabil linke
17 Positionierungen auf dem internationalen Parkett. Schaffen das Barbara „Männer, die
18 sich schminken sind Bah“ Schöneberger oder Ikke Hüftgold? Wir zweifeln das an.
- 19 **Antirassismus:** Als Anfang Juni 2023 die Verschärfung des Asylrechts drohte
20 (mittlerweile beschlossen), gehörte Kraftklub zu den Unterzeichner:innen eines
21 offenen Briefes an die Bundesregierung. Sie stehen ganz klar für das Konzept für
22 offene Grenzen und für ein liberales Asylrecht.
- 23 **Internationalismus:** Wie bereits erwähnt, kommt Kraftklub aus Karl-Marx-Stadt, also
24 der ehemaligen DDR. Nicht nur handelte es sich dabei um einen sozialistischen
25 Arbeiter:innen-und-Bäuer:innen-Staat mit Recht auf Atomwaffen, es war zudem noch ein
26 ausländischer Staat. Um die internationale Perspektive endlich auch im ESC, einem
27 Ausdruck der europäischen Völkerverständigung, zur Geltung kommen zu lassen, erachten
28 wir eine Entsendung Kraftklubs nach Schweden für wichtig.
- 29 Kraftklub steht also wie wenige Gruppen sonst für unsere jungsozialistischen Ideale.
30 Wir sprechen uns dafür aus, dass sie Deutschland beim nächsten Eurovision Song
31 Contest in Schweden vertritt – damit es schon bald heißt: „Kraftklub twelve points!“

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag F01: Alles Krise? - Feministische Antworten auf die Krisen unserer Zeit

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

1 Überall Krise, überall Patriarchat?! – in Zeiten multipler Krisen und der Dauerkrise
2 Kapitalismus enttarnt sich das Patriarchat jedes Mal aufs Neue: prekäre Beschäftigung
3 von FINTA, geschlechtsspezifische Gewalt in Kriegs- und Krisengebieten, die Care-
4 Krise und globale Krisen wie die Klimakatastrophe zeigen klar, dass das Patriarchat
5 immer wieder Wege findet, all jene zu unterdrücken, die nicht in patriarchale
6 Rollenbilder passen, beziehungsweise, die klein gehalten werden müssen, um
7 Machthegeemonien aufrecht zu erhalten. Unsere feministische Analyse identifiziert
8 dabei Frauen, Inter, Nicht-binäre, trans und Agender Personen als jene Unterdrückten
9 im Patriarchat. Je nach Kontext sind diese Gruppen zwar sehr unterschiedlich
10 betroffen, sie eint jedoch der Ausschluss aus patriarchalen Hegemonien - ganz im
11 Gegensatz zu Cis-Männern. Es braucht also intersektionale feministische Antworten auf
12 diese Krisen sowie konsequente Solidarität, um unserem Kampf gegen das Patriarchat
13 zum Erfolg zu verhelfen.

14 **Geschlechtsspezifische Gewalt in Kriegs- und Krisengebieten**

15 Inhaltswarning: Gewalt

16 Das Erstarken von autoritären Mächten erschüttert unsere Welt schon seit Jahren: Das
17 Mullah-Regime im Iran, die Diktatur der Taliban in Afghanistan, der Angriffskrieg auf
18 die Ukraine oder auch der Krieg im Sudan. Die Anzahl an Kriegen und Krisen steigt
19 immer weiter. In diesen Konflikten kommt es strukturell immer wieder zu
20 geschlechtsspezifischer Gewalt und so wird bspw. sexualisierte Gewalt gegen Frauen
21 und Mädchen als Waffe genutzt, um Macht zu demonstrieren. Auch genderqueere Personen
22 wie INTA fallen allzu oft dieser Gewalt zum Opfer. Differenziert werden müssen aber
23 die Motive der unterschiedlichen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt. Frauen und
24 Mädchen erfahren sexualisierte Gewalt in Krisen- und Kriegsgebieten, weil die Täter
25 sie als Besitz eines ihnen feindlich gegenüberstehenden Mannes verstehen und sie so
26 objektifizieren und sexualisierte Gewalt nutzen um sprichwörtliche Gebietskämpfe zu
27 verkörperlichen. INTA-Personen wiederum fallen meist geschlechtsspezifischer Gewalt
28 zum Opfer, da ihre bloße Existenz als ein Angriff auf patriarchale Hierarchien
29 gewertet wird.

30 In Afghanistan verlieren Frauen seit August 2021 immer weiter an Rechten, INTA waren
31 bereits vor der Machtergreifung der Taliban schweren Repressionen ausgesetzt, müssen
32 nun jedoch einer völlig neuen Gewaltspirale Stand halten, da im Weltbild der Taliban
33 kein Platz für Queerness und Geschlechtsidentitäten jenseits der Binarität ist. So
34 wurden sie aus dem öffentlichen Leben verbannt, dürfen keine Bildungseinrichtungen
35 besuchen oder am Arbeitsmarkt teilhaben. Ebenso sind FINTA erheblich in ihrer
36 Bewegungsfreiheit eingeschränkt und müssen bei Protest gegen ihre Unterdrückung mit
37 Verfolgung, Folter und Inhaftierung rechnen. Auch die gesundheitliche Versorgung von

38 FINTA scheint auf längere Sicht nicht gesichert: Etwa durch das Studienverbot fehlt
39 es an Gynäkolog*innen und Hebammen, um sichere Geburten zu begleiten. So scheint es
40 nicht verwunderlich, dass etwa Afghanistan eine der höchsten Müttersterblichkeiten
41 weltweit verzeichnet.

42 Im Iran zeigt sich ein weiterer Unterdrückungsmechanismus: Seit mehreren Monaten
43 werden regelmäßig junge Schüler*innen in der Schule vergiftet. Diese Vergiftungen
44 treten fast ausschließlich an Mädchenschulen auf und betreffen mittlerweile tausende
45 junge FINTA im Iran, die oft nach den Giftanschlägen im Krankenhaus behandelt werden
46 müssen. Zeitgleich werden im Iran Frauen weiter massivst unterdrückt und systematisch
47 entrechtet: kein Tanzen oder Singen in der Öffentlichkeit, eine
48 Verschleierungspflicht und kein Anspruch auf das Sorgerecht der eigenen Kinder. Vor
49 Gericht gilt die Aussage eines Mannes so viel wie die Aussagen von zwei Frauen. Die
50 feministische Revolution seit dem Mord an Jina Mahsa Amini im September 2022 kämpft
51 gegen diese Unterdrückung, doch das Mullah-Regime antwortet seit Monaten gewalttätig
52 unter anderem mit der Hinrichtung von Aktivist*innen sowie der Vergewaltigung von
53 inhaftierten Freiheitskämpfer*innen.

54 Auch in der Ukraine berichten seit dem Angriffskrieg Putins immer mehr FINTA von
55 sexualisierter Gewalt. Allein 156 Fälle wurden zur Anzeige gebracht – die
56 Dunkelziffer, so auch die Schätzung der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine, wird
57 viel höher sein. Marta Havryshko, eine ukrainische Wissenschaftlerin, die schon
58 jahrelang über sexualisierte Gewalt in Kriegen forscht, spricht von einer „Epidemie
59 sexualisierter Gewalt“ in der Ukraine seit dem 24.02.2022.

60 All diese Beispiele sind nur ein kleiner Teil der geschlechtsspezifischen Gewalt
61 gegen FINTA in Kriegs- und Krisengebieten - das wahre Ausmaß der Unterdrückung ist
62 weder bekannt noch wirklich vorstellbar. All diese Unterdrückungsmechanismen zeigen
63 aber eines deutlich: Gewalt an FINTA ist eine Waffe. Eine Waffe, die Machthierarchien
64 reproduziert und die Betroffenen demütigen soll und ihnen ihre Existenz und Autonomie
65 abspricht. So wenden in der Ukraine Soldaten sexualisierte Gewalt an, um die
66 Kontrolle über eroberte Gebiete zu behalten. Das Vergiften von jungen FINTA in
67 Schulen begreifen viele als Bestrafung gegen die Freiheitskämpfer*innen: Junge
68 Schüler*innen werden also als Mittel zum Zweck genutzt. Genauso suggerieren diese
69 Anschläge, dass langfristig junge Frauen nicht in Bildungseinrichtungen gehören - die
70 Realität und das Leben von queeren Personen wird komplett negiert.

71 Die Lebensumstände für FINTA in Kriegs- und Krisengebieten sind prekär,
72 lebensgefährdend und unfrei – so zeigt das Patriarchat wieder einmal, dass FINTA in
73 diesem System nicht herrschen, sondern, dass über sie geherrscht wird, über sie
74 entschieden wird und sie zum Objekt gemacht werden. Diese Analyse ist zentral, um
75 gegen Gewalt gegen FINTA als Waffe vorzugehen. Es braucht gesamtgesellschaftlich ein
76 Verständnis und es wird Zeit für eine linke, progressive feministische Außenpolitik,
77 die diese Realitäten anerkennt und systemkritisch agiert. Unsere Solidarität muss
78 langfristig sein und darf nicht abnehmen - es ist unsere Aufgabe als Feminist*innen
79 nicht wegzuschauen, sich zu informieren und laut zu sein gegen Gewalt und für alle
80 Betroffenen in Kriegs- und Krisengebieten.

81 Um gegen diese gewaltvolle und prekäre Situation vorzugehen, fordern wir:

- 82 • eine konsequente feministische Außenpolitik, die sich an den drei Rs (Rechte,
83 Ressourcen, Repräsentation) orientiert und anerkennt, dass es in einem

- 84 kapitalistischen System immer das Patriarchat geben wird. Es muss wirkliche
85 Sanktionen gegen geschlechtsspezifische Gewalt geben, sichere Fluchtrouten und
86 unbürokratische Aufnahmeverfahren für Betroffene. Handel mit autoritären
87 Regimen, die aktiv geschlechtsspezifische Gewalt als Waffe nutzen, muss
88 kriteriengeleitet eingeschränkt werden.
- 89 • die rechtliche Anerkennung von geschlechtsspezifischer sexualisierter Gewalt als
90 Verbrechen gegen die Menschlichkeit
 - 91 • Anlaufstellen für Betroffene, die Hilfe durch psychologische Betreuung und
92 rechtliche Beratung bieten, sowie die Finanzierung dieser Anlaufstellen im Sinne
93 einer feministischen Außenpolitik.
 - 94 • Zugang zu kostenlosen Verhütungs- und Abtreibemitteln - auch in
95 Geflüchtetenunterkünften und -ankünften in EU-Staaten sowie das Recht auf
96 unbürokratische und kostenfreie psychologische und ärztliche Versorgung im Falle
97 von sexualisierter Gewalt. Etwa das System der Anonymen Spurensicherung (ASS)
98 kann hierbei als Vorbild dienen, um Betroffenen die Möglichkeit einer Meldung
99 und Dokumentation von Spuren einer Gewalttat zu ermöglichen, selbst wenn sie
100 sich zum Zeitpunkt der Tat (noch) nicht in der Lage sehen, eine strafrechtliche
101 Verfolgung anzustreben.
 - 102 • Wege der langfristigen Solidarität bspw. durch das regelmäßige Einladen von
103 Aktivist*innen und das Schaffen von Begegnungsräumen.
 - 104 • Endlich die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Hinblick auf Frauenhausplätze,
105 sowie die Finanzierung von Weiterbildungen für das Personal in diesen
106 Einrichtungen für Geflüchtete, die sexualisierte Gewalt während der Flucht
107 beziehungsweise während des Asylprozesses in Deutschland erleben. Dazu gehört
108 auch die Finanzierung von Dolmetscher*innen durch öffentliche Gelder als Teil
109 der Daseinsvorsorge.
 - 110 • Informations- und Unterstützungsressourcen besonders für allein flüchtende FINTA
111 mit und ohne Kind(ern), welche ein hohes Risiko haben, während ihrer Flucht
112 beziehungsweise kurz nach ihrer Ankunft in Deutschland der Zwangsprostitution
113 zum Opfer zu fallen. Außerdem die finanzielle Unterstützung aufsuchender
114 Sozialarbeit im Prostitutionsgewerbe, um Zwangsprostitution, wo sie auftritt,
115 schneller zu erkennen und den Betroffenen schneller Hilfe leisten zu können.

116 **Unbezahlte Care-Arbeit als Teil patriarchaler Unterdrückung**

117 Im Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit spricht man in der sozialistischen und
118 marxistischen Theorie davon, dass Arbeiter*innen doppelt frei sind: Erstens frei von
119 Kapitalbesitz und zweitens frei von Leibeigenschaft - das bedeutet sie können ihre
120 Arbeitskraft selbst verkaufen. Teil unserer feministischen Analyse muss sein, diese
121 Analyse um patriarchale Machthierarchien zu ergänzen. So sind vor allem Frauen in
122 heterosexuellen Partnerschaften eben nicht frei ihre Arbeitskraft zu verkaufen, da
123 rechtliche und gesellschaftliche Normen sie aus der Erwerbsarbeit halten, damit sie
124 sich voll und ganz der unbezahlten Sorgearbeit widmen. Besonders dieser Punkt
125 verdeutlicht: Ein Sozialismusverständnis, das den Arbeitsbegriff nur als
126 Erwerbsarbeit versteht, kann nie das unsere sein. Unsere antikapitalistische Analyse
127 ist stattdessen: Wir alle sind im Laufe unseres Lebens sowohl auf professionelle (und
128 bezahlte) wie auch unbezahlte Sorgearbeit angewiesen. Diese zumeist von Frauen

129 verrichtete Arbeit ermöglicht erst die kapitalistische Ausbeutung der Arbeitskraft,
130 sprich: Patriarchale Unterdrückung ist kein Nebenwiderspruch, sondern strukturell
131 stabile Herrschaftsstruktur. Unser Kampf gegen das Patriarchat ist deshalb nicht
132 durch unseren sozialistischen Kampf erledigt, sondern bedarf eigener Angriffspunkte.

133 Während der Coronapandemie spitzte sich die Situation sowohl im Bereich der bezahlten
134 als auch der unbezahlten Care-Arbeit zu. Während innerhalb der professionellen Care-
135 Arbeit Überlastung mehr als deutlich wurde, sah die Situation auch bei der
136 unbezahlten Care-Arbeit nicht besser aus. In den Familien blieben zwar auch viele
137 Väter (zwangsweise) während den Lockdowns zuhause, mehr Sorgearbeit verrichteten sie
138 dadurch jedoch strukturell nicht. Tatsächlich verdoppelte sich laut dem DIW sogar die
139 Zahl der heterosexuellen Partnerschaften mit Kind(ern), in denen die Frau die
140 Sorgearbeit de facto allein verrichtet von 8% auf 16%. Doch nachdem die Erinnerung an
141 die Lockdowns der Coronapandemie aus vielen Gedächtnissen verschwunden zu sein
142 scheint, ist die Ungleichverteilung von Care-Arbeit geblieben. Und während vor allem
143 dann gleichstellungspolitische Debatten politisch wie gesellschaftlich geführt
144 werden, wenn es um die reichsten 10% geht - wie etwa bei der Elterngelddebatte -
145 müssen wir diejenigen sein, die die materialistische Analyse der Care-Krise auf den
146 Plan rufen. Denn: Das Ungleichverhältnis bei der unbezahlten Care-Arbeit führt
147 strukturell zu Armut und Prekarisierung unter Frauen. Deshalb geht es ganz
148 grundlegend darum, mehr Frauen in die Vollerwerbsarbeit zu bringen, damit ist das
149 Problem jedoch noch nicht erledigt. Denn eine doppelte Belastung durch Erwerbs- und
150 Care-Arbeit entlastet eben nicht, wenn letztere nicht gerechter verteilt wird.

151 Deshalb geht es darum mehr Männer in die Pflicht zu nehmen und vor allem auch eine
152 antirassistische Perspektive einzunehmen: Denn solange Care-Arbeit strukturell von
153 weißen auf migrantisierte Frauen umverteilt wird, sind wieder einmal Cis-Männer die
154 Profiteure der patriarchalen Ausbeutung, während zusätzlich ein Ungleichgewicht
155 zwischen weißen und migrantisierten Frauen bestärkt wird.

156 Im Angesicht der Care-Krise fordern wir für eine bessere Verteilung unbezahlter Care-
157 Arbeit deshalb:

- 158 • Die Novellierung des Elterngeldes hin zu einem 7+7 Modell, welches die genommene
159 Elternzeit zwischen den Partner*innen gleich aufteilt.
- 160 • Die Abschaffung des Ehegattensplittings und damit mehr als die im
161 Koalitionsvertrag der Ampelregierung vereinbarte Auflösung der Steuerklassen III
162 und IV.
- 163 • Die Einführung der 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich, denn erste Studien aus
164 Großbritannien beweisen: Frauen profitieren von diesem Arbeitszeitmodell
165 überdurchschnittlich. Auch kann eine gesamtgesellschaftliche Diskussion zum
166 Verständnis von Arbeit und Lebensgestaltung durch die Einführung der 4-Tage-
167 Woche gelingen.
- 168 • Die rechtliche Einschränkung von Minijobs, die noch zu häufig dazu beitragen,
169 Frauen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung fernzuhalten und so zur
170 Lohnlücke und dem Gender Care Gap beitragen. Das bedeutet konkret: Minijobs als
171 atypische Beschäftigung etwa während des Studiums oder um das Taschengeld
172 aufzubessern, können ein großer Mehrwert für Arbeitnehmer*innen sein. Um jedoch
173 die Frau zuhause zu halten, während der Mann als Alleinernährer auftritt, sind
174 Minijobs ein entscheidender Faktor für das geschlechtsspezifische Armutsrisiko

175 von Frauen.

- 176 • Um dem Phänomen der Global Care Chains entgegenzuwirken, unterstützen wir den
177 Ausbau von Betreuungsangeboten, finanziert durch ein Solidarmodell, sowie eine
178 europäische Initiative für armutsfeste Mindestlöhne.

179 **Arbeit, Familie und Leben. Soziale Benachteiligung und Ungleichheit aufgrund des** 180 **Geschlechts in Zeiten der multiplen Krisen**

181 Laut dem Weltwirtschaftsforum gehören die steigende soziale Ungleichheit und die
182 Klimakrise zu den größten Gefahren für die Weltgemeinschaft. Besonders von Armut
183 betroffene Menschen können in Zeiten der multiplen Krisen keine Ressourcen aufbauen,
184 um die Folgen dieser Krisen wie steigende Strom- und Gaspreise, Schäden durch
185 Überschwemmungen, Wegfall von Arbeitsplätzen usw. abzufedern. Sie sind den Folgen
186 dieser Krisen, die das kapitalistische System hervorbringt, ausgeliefert.

187 Von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung sind unterschiedliche Menschen in
188 verschiedener Weise betroffen. Dies hängt unter anderem mit der Lebens- und
189 Familiensituation, der Klassenzugehörigkeit und Klassenherkunft, dem gelesenen
190 Geschlecht oder der zugeschriebenen ethnischen Herkunft oder Rassifizierung, dem
191 Bildungsgrad, der Migrationsgeschichte oder mit Behinderungen und/oder Erkrankungen
192 zusammen. Statistisch gesehen sind soziale Benachteiligung, Armut sowie soziale
193 Ausgrenzung geschlechtsspezifisch bestimmt. Im steigenden Alter nimmt dieses
194 Ungleichgewicht der Geschlechter sogar noch zu. Dabei liegt das Armutsrisiko von
195 Frauen im Alter spürbar über dem des gesamtgesellschaftlichen Durchschnitts. Auch
196 leiden queere Menschen besonders häufig unter Altersarmut und Krankheit. Dies hat
197 unter anderem etwas damit zu tun, dass auch heute noch queere Menschen Angst haben
198 müssen, sich am Arbeitsplatz zu outen und/oder durch den sogenannten
199 „Minderheitenstress“ früher zu erkranken. Die Erfahrung von Diskriminierung,
200 Ausgrenzung und Gewalt hat bei allen von struktureller Diskriminierung betroffenen
201 Menschen Auswirkungen auf das Leben, die Arbeit und die Rente.

202 Aus vergeschlechtlichten Rollenzuschreibungen und den damit verbundenen Nachteilen für
203 Frauen - allen voran der Verdrängung vom Arbeitsmarkt - ergibt sich so z.B., dass
204 Frauen statistisch gesehen mit einem höheren Armutsrisiko leben müssen.

205 Auch das Bild der „traditionellen Familie“ trägt dazu bei. Es entstand zu Beginn der
206 Neuzeit und prägt und stabilisiert „männliche“ und „weibliche“ Rollenbilder. Das
207 konservative Idealbild einer lebenslangen heterosexuellen Ehe in einer Versorgungs-
208 und Wirtschaftsgemeinschaft, in der sich die Partner*innen ergänzen, teilt Aufgaben
209 und Tätigkeiten in einer zweigeschlechtlichen Vorstellung den Menschen zu. Dem Mann
210 kommt hierbei die Rolle des „Ernährers“ und der Frau die Rolle als „Hausfrau und
211 Mutter“ zu. In diesem konservativen, heute noch verbreiteten Bild der „traditionellen
212 Familie“ werden beide Partner*innen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten begrenzt.
213 Heute gibt es noch immer rechtliche Regelungen, die mit diesem Bild der Ehe verbunden
214 sind. So können z.B. im Falle einer Trennung oder Scheidung entstandene Nachteile -
215 etwa durch das Ehegattensplitting - durch die Übernahme von unbezahlter Care-Arbeit
216 in der beruflichen Entwicklung nicht aufgeholt werden.

217 Das patriarchal geprägte Normbild der „traditionellen Familie“ scheint bei Erfüllung
218 meist zu guter staatlicher Familienförderung zu führen, wohingegen „Abweichungen“
219 negative gesellschaftliche Folgen haben. So haben Alleinerziehende ein

220 außerordentlich hohes Armutsrisiko und sind zu 88% Frauen. Ungefähr 40% der
221 Alleinerziehenden müssen Grundsicherung beziehen. Im Vergleich zu anderen
222 Bevölkerungsgruppen haben zusammenlebende Eltern mit nicht mehr als zwei Kindern ein
223 geringeres Armutsrisiko. Hier scheint „Familienförderung“ zu funktionieren.
224 Trennungen können hingegen schnell zu sozialen Nachteilen führen. Menschen, die in
225 anderen Familienformen leben, erhalten weniger finanzielle Förderung und haben ein
226 höheres Armutsrisiko.

227 Seit Jahren ist ein bestehendes politisches Thema die Vereinbarkeit von Familie und
228 Beruf, dennoch ist eine Folge der Corona-Krise ein neues Bestärken konservativer
229 Geschlechterrollen und Aufgabenverteilungen. Obwohl ein Familienmodell, bei dem die
230 partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit nicht erfolgt, für viele
231 junge Paare nicht mehr attraktiv zu sein scheint, können knapp ein Drittel der
232 erwerbstätigen Mütter kein Einkommen erzielen, mit dem sie sich materiell absichern
233 können. Des Weiteren nehmen die meisten Männer noch immer keine oder nur eine sehr
234 kurze Elternzeit. Hier setzen auch die Elterngeldregelungen Anreize, patriarchal
235 geprägten Aufgabenverteilungen nachzugehen. In Fällen, in denen der männliche Partner
236 mehr verdient, erscheint es für diesen nicht so attraktiv, eine Elternzeit zu nehmen,
237 da die finanziellen Verluste größer wären als bei der Elternzeit der Partnerin.

238 Diese Fälle, in denen der männliche Partner mehr verdient, sind keine Einzelfälle und
239 haben etwas mit den Lohnunterschieden zwischen den Geschlechtern zu tun. Der
240 unbereinigte Gender Pay Gap ist seit 2002 konstant und liegt im gesamtdeutschen
241 Durchschnitt bei 18%. Diese Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen ergeben sich
242 unter anderem daraus, dass Frauen häufiger unbezahlten Tätigkeiten innerhalb der
243 Familie nachgehen und so weniger Zeit in ihre Karriere investieren können oder öfter
244 in Teilzeitjobs arbeiten, bei denen keine weiteren Aufstiegschancen bestehen. Der
245 Lohnunterschied bei den direkt vergleichbaren Tätigkeiten, also der sog. bereinigte
246 Gender Pay Gap, liegt laut dem statistischen Bundesamt bei sechs Prozent. Laut dem
247 Institut der deutschen Wirtschaft liegt dies daran, dass Frauen häufiger Brüche in
248 ihrer Erwerbsbiografie haben und in schlecht bezahlten Berufen arbeiten.

249 Bereits die Wahl des Berufes und der Ausbildung werden von Vorstellungen und Rollen
250 im Bezug zum Geschlecht geprägt. In der heutigen Zeit sind die sogenannten MINT-
251 Berufe mit den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft „männlich“ und die
252 sogenannten SAGE-Berufe mit den Bereichen Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege,
253 Erziehung und Bildung eher „weiblich“ dominiert. Hieran schließt sich eine
254 schlechtere Bezahlung der frauendominierten Berufe an. Gemäß der kapitalistischen
255 Verwertungslogik wird noch immer ein Unterschied gemacht in der Bewertung der
256 Nützlichkeit sozialer Berufe und 'traditionellen' Arbeitsverhältnissen, die direkt
257 die Kapitalakkumulation beeinflussen. Bereits in der Ausbildung sind diese schulisch
258 ohne Gehalt oder sogar mit Gebühren verbunden. So können Ansprüche auf die
259 Altersvorsorge schlechter aufgebaut werden. Dies kann in Kombination mit
260 Teilzeitarbeit und Familiengründung zur Altersarmut führen. In „weiblich“
261 zugeschriebenen Berufen erfahren die Arbeitenden häufig eine fehlende finanzielle
262 Wertschätzung, geringere Tarifbindungen und Aufstiegschancen. Diese fehlende
263 finanzielle Wertschätzung ist ein Ergebnis gesellschaftlicher Abwertung und
264 Unterdrückung.

265 Aufgrund dieser geschlechtsbezogenen, in bestimmten Lebenssituationen und Lebenslagen

266 auftretenden sozialen Ungleichheiten und Benachteiligungen, fordern wir:

- 267 • Eine breite gesamtgesellschaftliche und politische Aufarbeitung von Fragen
268 geschlechter- und klassenbezogener Diskriminierung und dessen Auswirkungen in
269 Zeiten der Krisen.
- 270 • Eine Berücksichtigung der Familien- und Pflegearbeit in der Sozialversicherung
271 und im Sozialrecht. Hier vor allen Dingen die Abschaffung von rechtlichen
272 Regelungen, die patriarchale Rollenbilder und Aufgabenverteilungen belohnen und
273 eine Ersetzung durch Regelungen, die vor allem die Bekämpfung von Armut und die
274 Emanzipation der Frau in den Fokus rücken.
- 275 • Die Schließung der Datenlücke in Bezug auf strukturelle Armut bei INTA.
- 276 • Eine staatliche politische Familienförderung, die nicht das konservative Bild
277 der "klassischen Kernfamilie" als Idealbild vertritt, sondern unterschiedliche
278 Formen des Familienlebens berücksichtigt, fördert und den Schutz von
279 alleinerziehenden FINTA vor allem in Krisenzeiten in den Blick nimmt.
- 280 • Die Anerkennung und Überwindung der prekären Situation alleinerziehender FINTA
281 als zentraler Punkt in der Familienpolitik, etwa mit Anpassungen beim
282 Elterngeldsatz für Alleinerziehende und Familienzuschlägen bei
283 Beamtenverhältnissen.
- 284 • Die Überprüfung der Leistungen der Existenzsicherung auf die
285 geschlechtsspezifischen Auswirkungen. Die Anhebung des Bürger*innengeldes und
286 die Erhöhung des Mindestlohnes auf einen armutsfesten Satz, der
287 gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe und einen Aufbau von
288 Ressourcen zur Absicherung der Folgen von Krisen ermöglicht.
- 289 • Eine armutsfeste Mindestrente, die vor Altersarmut als Folge von
290 geschlechtsspezifischer Benachteiligung im Erwerbssalter schützt.
- 291 • Im antikapitalistischen feministischen Arbeitskampf verstehen wir die
292 Gewerkschaften als unsere wichtigsten Partner*innen. Wir fordern die Stärkung
293 der Gewerkschaften etwa durch ein Tariftreuegesetz (auch auf Landesebene), denn
294 in tarifgebundenen Berufen ist der Gender Pay Gap niedriger und das Lohnniveau
295 insgesamt höher.

296 **Antifeminismus und Faschismus gehen Hand in Hand - Für einen feministischen**

297 **Antifaschismus**

298 Rechte und Faschist*innen sind international wie auch in Deutschland auf dem
299 Vormarsch. Im thüringischen Sonneberg wurde der erste NoAfD-Landrat gewählt, die
300 Europawahlen stehen vor der Tür und rechte Parteien wännen sich schon im
301 Erfolgsrausch. Als antifaschistischer Verband muss uns dies besorgen, wissen wir
302 doch, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Klassismus und
303 Sexismus, aber auch Ableismus Hand in Hand mit dem Faschismus gehen. Frauen, queere
304 Personen, BIPOC, arme Menschen und Menschen mit Behinderung dienen den Faschist*innen
305 als Projektionsfläche. So wird im Namen der weißen Frau Stimmung gegen Geflüchtete
306 gemacht, im Namen der bürgerlichen Kleinfamilie gegen queere Personen gehetzt und
307 obendrein eine Sozial- und Gesundheitspolitik propagiert, die alles andere als
308 feministisch und progressiv ist. Und deshalb dürfen uns Errungenschaften wie etwa die
309 Streichung des Paragraf 219a auch nicht trügen: Rechte und Faschist*innen arbeiten

310 bereits am Rollback und wollen grundlegend an die von uns erkämpften Rechte!

311 So stehen Parteien wie die NoAfD für die Verdrängung der Frau vom Arbeitsmarkt, denn
312 sie erkennen in ihr nur die Hausfrau und Mutter. Sie stehen für einen Abbau des
313 Sozialstaates, um etwa Wohnungslose und Geflüchtete gegeneinander auszuspielen und
314 sie beschwören queerfeindliche Mythen wie die Frühsexualisierung und würden am
315 liebsten Aufklärungsunterricht aus Schulen verbannen, Abtreibungen illegalisieren
316 sowie Verhütung tabuisieren. Krankheitsversorgung bei sexuell übertragbaren
317 Krankheiten sehen sie nicht als Teil der Daseinsvorsorge. Diese Liste könnte lange
318 weitergeführt werden und wäre trotzdem nur die Spitze des Eisberges, denn die
319 menschenfeindliche Haltung endet nicht bei politischen Programmpunkten, sondern
320 schlägt immer wieder in Gewalt um. Um diese Gefahr richtig zu erkennen, reicht es
321 jedoch nicht, nur jene in den Blick zu nehmen, die selbst körperliche Gewalt ausüben.
322 Vielmehr muss uns umtreiben, wenn Vertreter*innen etablierter Parteien, wie etwa der
323 CDU/CSU, die Grenze des Sagbaren immer weiter verschieben und sich willentlich dem
324 Kulturkampf der AfD anschließen. Für uns bleibt Antifaschismus deshalb Handarbeit und
325 feministischer Auftrag.

326 Antifaschismus und Feminismus müssen Hand in Hand gehen, um die gemeinsamen Kämpfe
327 gegen Patriachat und Faschismus zu bestreiten. Die antifaschistische Szene wird von
328 Männern dominiert. Der eigene Sexismus innerhalb antifaschistischer Bewegungen wird
329 selten reflektiert. Das muss ein Ende haben. Die antifaschistische Bewegung darf
330 nicht zur Bühne der Selbstdarstellung von Männern werden, sondern sollte Bühne des
331 politischen Kampfs gegen den Faschismus sein. Wir brauchen einen feministischen
332 Antifaschismus.

333 Im Angesicht des Erstarkens rechter Kräfte wollen wir deshalb:

- 334 • Mehr Förderung von queeren, migrantischen und postmigrantischen Projekten, v.a.
335 auf kommunaler Ebene, welche Beratung und Teilhabe bieten. Besonders aus dem
336 Anrecht auf Teilhabe leiten wir abermals die Notwendigkeit des
337 Altschuldenschnitts für die Kommunen ab, um soziale Projekte endlich besser
338 fördern zu können.
- 339 • Die feministische Offensive in der Reproduktions- und Verhütungsdebatte statt
340 des Kuschens vor rechten Diskursen. Das bedeutet konkret die konsequente
341 Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs sowie von Krankenkassen vollständig
342 übernommene Verhütungsmittel (unabhängig vom Alter).
- 343 • Die konsequente Verteidigung der Brandmauer gegen rechts: Das bedeutet nicht nur
344 den Kampf gegen mit NoAfD und Konsorten, sondern auch der laute Protest, wenn
345 etwa die CDU/CSU meint mit Faschist*innen zu liebäugeln.

346 **Globale Krisen und koloniale Kontinuitäten in einer patriarchal geprägten**
347 **Weltgemeinschaft**

348 Von den Auswirkungen der Corona-Pandemie, über die Folgen des russischen
349 Angriffskrieges bis zu den Folgen der Klimakrise: Wir leben in einer Zeit der Krise.
350 Der Kapitalismus ist Erzeuger von Krisen, Unterdrückung und sozialer Ungleichheit und
351 zeigt sich nicht in der Lage die Grundbedürfnisse aller Menschen nach Essen, Wohnen,
352 Heizen, Mobilität, Sicherheit und Teilhabe zu sichern. Eng mit dem Kapitalismus und
353 den globalen Krisen verbunden sind die historischen Folgen des Kolonialismus. Hierbei
354 ist die Ausbeutung von Arbeitskraft ein zentraler Bestandteil des kapitalistischen

355 Systems, sei es historisch in den Kolonien durch Sklavenhandel und Zwangsarbeit oder
356 aber in der heutigen kapitalistischen Welt durch Sklavenhandel, Zwangsarbeit und
357 durch ausbeuterische Arbeitsverhältnisse. Des Weiteren prägen die Folgen des
358 Kolonialismus unsere heutige Welt und tragen zu aktuellen Krisen bei. So zeigt sich
359 nicht nur zwischen den unterschiedlichen Einkommensgruppen der Industrienationen,
360 sondern im Verhältnis des globalen Nordens zum globalen Süden, dass die
361 gesellschaftlichen Gruppen der Weltgemeinschaft, deren Beitrag zum Klimawandel am
362 geringsten ist, die stärkste Betroffenheit von den Folgen des Klimawandels z.B. durch
363 Überschwemmungen, Hitzewellen, Starkwetterereignisse, Dürreperioden usw. erfahren und
364 erfahren werden. Diese Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Betroffenheit und
365 Verursachung des Klimawandels kann als eine Folge des Kolonialismus gesehen werden.
366 Weitere koloniale Kontinuitäten stellen die Ressourcenausbeutung in Ländern des
367 globalen Südens, kulturelle Unterdrückung und Diskriminierung, die politische
368 Einflussnahme, die zu korrupten Regierungen, politischer Instabilität und autoritären
369 Regime führte und die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit in der
370 Weltgemeinschaft zwischen den Ländern dar. Die Länder, die von kolonialer Ausbeutung
371 heute noch wirtschaftlich profitieren und die Länder, die hiervon betroffen sind, die
372 dadurch entstehende Armut und aufkommenden Konflikte sowie Kriege im globalen Süden
373 sind das, was wir unter kolonialen Kontinuitäten begreifen.

374 Im Bereich der wirtschaftlichen Ungleichheit hat die koloniale Ausbeutung zu einer
375 ungerechten Verteilung von Ressourcen und zu wirtschaftlicher Abhängigkeit geführt.
376 Weiterhin leben wir in einer ungleichen globalen Wirtschaftsordnung, in der koloniale
377 Mächte der Länder des globalen Nordens eine dominante wirtschaftliche Position
378 einnehmen. Diese soziale und wirtschaftliche Ungleichheit führt zur Entstehung und
379 Verstärkung globaler Krisen wie Armut, Ausbeutung, der Klimakrise und trägt zu
380 Fluchtursachen bei. Aufgrund dessen, dass wir in einer patriarchal geprägten Welt
381 leben, sind so vor allem FINTA von Gewalt, Ausbeutung und Armut bedroht, aufgrund der
382 Wirkung kolonialer und rassistischer Strukturen sind BIPOC eine weitere vulnerable
383 Gruppe dieser Gewalt, Ausbeutung und Armut. Im Sinne eines intersektionalen
384 Analyse Rahmens vermögen wir die gegenseitige Verschränkung dieser strukturellen
385 Diskriminierungen zu erfassen und wissen: Im Dreiklang von Race, Class und Gender
386 wirken Rassismus, kapitalistische Zwänge und Patriarchat ineinander.

387 Eine gerechte und feministische Weltordnung, in der alle Menschen unabhängig ihres
388 Geschlechts, ihrer Herkunft, ihrer Behinderung, ihrer Rassifizierung, ihrer
389 Klassenzugehörigkeit und ihrer Sexualität in Frieden gleichberechtigt leben können,
390 erfordert einen strukturellen Wandel, der die historisch gewachsenen Ungleichheiten
391 bekämpft sowie eine solidarische auf Augenhöhe stattfindende Zusammenarbeit zwischen
392 dem globalen Norden und dem globalen Süden fördert. Es erfordert die
393 Verantwortungsübernahme von Regierungen, multinationalen Unternehmen, der
394 Zivilgesellschaft, den internationalen Institutionen und den gesellschaftlichen
395 Personengruppen, die heute noch vor allem im globalen Norden von
396 Ausbeutungsstrukturen, vom Kapitalismus und von den kolonialen Kontinuitäten
397 profitieren.

398 Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- 399 • Die Bekämpfung von sozialer Ungleichheit und Diskriminierung in der
400 Weltgemeinschaft. Dies kann u.a. die Stärkung der Rechte der Frau,

- 401 marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen und indigenen Gemeinschaften, die
402 Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt, die Förderung gleichberechtigter
403 politischer Teilhabe und die Schaffung des Zugangs zu Bildungs- und
404 Gesundheitsinstitutionen sowie den Versuch, die Grundbedürfnisse aller Menschen
405 politisch zu sichern, umfassen.
- 406 • Die Strukturen der globalen Wirtschaft zu hinterfragen und eine gerechtere
407 Verteilung der Ressourcen und des Wohlstands politisch zu erzielen. Dies kann
408 unter anderem durch die Förderung lokaler Produktionen und Wertschöpfungsketten,
409 die weltweite Bekämpfung von Ausbeutung und Ungleichheit in globalen
410 Lieferketten, den Schutz und die Rechte indigener Völker usw. erreicht werden.
 - 411 • Eine gerechtere Verteilung von Ressourcen, indem feministische
412 Entwicklungszusammenarbeit massiv ausgebaut wird, feministische Außenpolitik ein
413 fester Bestandteil deutscher Außenpolitik wird und faire Handelsbedingungen
414 geschaffen werden mit dem Ziel die wirtschaftliche Abhängigkeit von Kolonien zu
415 verringern.
 - 416 • Die Anerkennung der Verantwortlichkeit der Klimakrise von den profitierenden
417 gesellschaftlichen Gruppen des kapitalistischen Systems im globalen Norden wie
418 z.B. Superreiche sowie international handelnde Unternehmen. Wir fordern, die
419 ärmsten Länder in den Anpassungen an den Klimawandel zu unterstützen und eine
420 Reduktion der Treibhausgasemissionen bei den gesellschaftlichen Gruppen der
421 Weltgemeinschaft im globalen Norden zu erzielen. Umverteilungspolitik betreiben
422 wir Jusos nicht nur in Vermögensfragen, sondern eben auch in Verantwortung!
 - 423 • Die Anerkennung der Geschichte des Kolonialismus und seine Folgen im heutigen
424 kapitalistischen System. Dies umfasst eine Aufarbeitung der kolonialen
425 Vergangenheit und eine öffentliche Bewusstseinsbildung über koloniale
426 Ungerechtigkeiten und kapitalistische patriarchale Strukturen der Ausbeutung.

Antrag F02: We're Here, We're Queer And We're Going Nowhere! Zur Situation queerer Rechte weltweit

Antragsteller*in:	UB Bonn, UB Münster
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

1 Wir befinden uns in der Mitte eines Kulturkampfes!

2 Was zunächst polemisch klingen mag, ist die bittere Realität, wenn man sich die
3 Zustände vor Augen führt, welche inzwischen allgegenwärtig sind. Befeuert von
4 Rechtsextremen und radikalen Konservativen erleben wir einen globalen Rollback was
5 Rechte für Queers angeht. In 67 Ländern auf der Welt werden Lesben und Schwule
6 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung kriminalisiert und in 12 davon sogar teilweise
7 zur Todesstrafe verurteilt. Die strafrechtliche Verfolgung betrifft in den meisten
8 Fällen auch transidente sowie andere nicht cis-geschlechtliche Personen. In
9 Deutschland stieg die Anzahl der Straftaten gegen queere Personen zuletzt dramatisch
10 an, in den USA werden Menschen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität immer häufiger
11 durch Gesetze diskriminiert und Teile Europas befinden sich queerpolitisch auf dem
12 Weg zurück ins 20. Jahrhundert. Vorgeschobene Gründe hierfür sind häufig der Schutz
13 der "traditionellen Familie" oder von Kindern. Hierbei geht es nur um
14 menschenfeindliche Stimmungsmache, welche darauf abzielt in einer immer stärker
15 polarisierten Welt Wähler*innenstimmen zu ergattern.

16 Die progressiven Kräfte in der Gesellschaft haben sich zu lange auf den Fortschritten
17 der letzten Jahrzehnte ausgeruht. Der Kampf ist nicht vorbei und es ist an der Zeit,
18 dass wir ihn wieder aufnehmen.

19 **Deutsche Zustände**

20 Oft tendieren wir dazu, eklatante Queerfeindlichkeit als etwas darzustellen, was die
21 "westliche Welt" im Grunde genommen nicht mehr betrifft. Der Blick wird in die Ferne
22 gerichtet und Gewalt sowie Ausgrenzung von Queers in Ländern wie Russland verurteilt.
23 Selbstredend ist es wichtig, dass wir als Gesellschaft eine klare Haltung gegen
24 Queerfeindlichkeit in aller Welt haben, aber das schließt eben auch Deutschland mit
25 ein.

26 Seit Jahren steigt die Zahl der Straftaten gegen Menschen wegen ihrer sexuellen
27 Orientierung, oder Geschlechtsidentität. Die Menschenrechtsbeauftragte der
28 Bundesregierung, Luise Amtsberg, spricht von mehr als 1400 Taten im Jahr 2022, die in
29 den Bereich der Hasskriminalität fallen. Dabei ist selbstverständlich nur von
30 registrierten Taten die Rede. Dies legt nahe, dass die Dunkelziffer wesentlich höher
31 ist. Von diesen registrierten Straftaten fallen laut Bundesregierung etwas mehr als
32 1000 in das Feld "sexuelle Orientierung" und 417 in den Bereich "Geschlechtsbezogene
33 Diversität". Das sind in beiden Fällen mehr Zwischenfälle als im Vorjahr. Besonders
34 erschreckend ist hier aber die Zahl der Gewaltdelikte. Hier sind es im Bereich
35 "sexuelle Orientierung" 227 registrierte Gewalttaten und für den Bereich der
36 "Geschlechtsbezogenen Diversität" 82. Statistisch gesehen werden demnach ungefähr
37 vier queere Personen pro Tag Opfer einer Straftat. Dies ist ein nicht hinzunehmender
38 Zustand!

39 Angeheizt wird dieses Klima sicherlich auch von Parteien wie CDU, CSU und AfD, welche
40 sich längst auf dem Weg eines rechten Kulturkampfes nach Vorbild der USA befinden. So
41 hat die CSU beispielsweise keine Probleme damit, sich mit dem queerfeindlichen
42 Gouverneur des US-Bundesstaates Florida, Ron DeSantis, zu treffen und sich darüber
43 hinaus noch für den eigenen Wahlkampf inspirieren zu lassen. So nahm die CSU eine
44 "Drag Story Hour", also ein Event bei dem Drag Kings und Queens Kindern vorlesen, ins
45 Visier. Die Vorwürfe: Indoktrinierung und Frühsexualisierung von Kleinkindern. Die
46 AfD möchte aus diesen Gründen Events dieser Art verbieten lassen und der
47 stellvertretende bayerische Ministerpräsident Hubert Aiwanger fantasiert davon, das
48 Jugendamt einzuschalten, wenn Eltern mit ihren Kindern diese Art von Veranstaltung
49 besuchen. Es kann zweifelsohne davon ausgegangen werden, dass die Art von
50 Stimmungsmache weiterhin dazu beiträgt, ein gesellschaftliches Klima gegen sexuelle,
51 sowie geschlechtliche Selbstbestimmung weiter anzuheizen.

52 Als Jungsozialist*innen können wir nicht länger dabei zusehen, wie sich Teile unserer
53 Gesellschaft immer weiter radikalisieren und Gewalt, sowie Hass schüren.

54 Deshalb fordern wir:

- 55 • mehr Kooperation zwischen Jusos und queeren Organisationen
- 56 • queere Themen bei den Jusos wieder stärker zu bespielen
- 57 • queere Inhalte verpflichtend in Sexualerziehung und
58 Gesellschaftswissenschaftliche Fächer in der Schule aufzunehmen, um Akzeptanz zu
59 fördern
- 60 • einen Aktionsplan der Bundesregierung wie mit der steigenden Queerfeindlichkeit
61 zukünftig umgegangen wird
- 62 • dass Drag Performances weiterhin uneingeschränkt durch die Kunstfreiheit
63 geschützt sind
- 64 • die sexuelle Identität durch einen Zusatz zu Artikel 3 im Grundgesetz zu
65 schützen

66 **Europa auf dem Weg zurück ins Mittelalter**

67 Diskriminierende und prekärer werdende Zustände sind auf europäischer Ebene nicht nur
68 ein deutscher Zustand. In den vergangenen Jahren verschärfte sich in diversen EU-
69 Ländern die Situation für queere Menschen.

70 Ein Beispiel hierfür ist die postfaschistische Regierung der italienischen
71 Ministerpräsidentin Georgia Meloni. So fiel beispielsweise die Familienministerin
72 Eugenia Roccella im Frühjahr auf, weil sie Adoptions- und Elternrecht von
73 homosexuellen Paaren in Frage stellte. Darüber hinaus bezeichnete Federico Mollicone,
74 Präsident der Kulturkommission im italienischen Parlament, Leihmutterchaft als ein
75 "schweres Verbrechen", welches mit Pädophilie zu vergleichen sei. Die Folge daraus
76 ist, dass im italienischen Parlament nun auch die EU-Verordnung zur
77 grenzüberschreitenden Anerkennung von Elternschaft abgelehnt wurde. Damit stellt sich
78 Italien in eine Linie mit Staaten wie Polen und Ungarn.

79 In Polen herrscht ein Klima der Diskriminierung von queeren Menschen. So wurden im
80 Jahr 2019 beispielsweise "LGBTQ+-Ideologie-freie" Zonen im ganzen Land errichtet,
81 deren Ziel es war, den vermeintlichen moralischen Verfall zu stoppen. Auf
82 internationalen Druck, der sich zum Beispiel in der Streichung wichtiger EU-Gelder

83 äußerte, wurden diese Zonen wieder aufgehoben. Das heißt jedoch nicht, dass queere
84 Menschen in Polen nun aufatmen können. Die PiS-Regierung, sowie die katholische
85 Kirche in Polen greifen nach wie vor Menschen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität,
86 oder Homosexualität an. Der polnische Präsident Andrzej Duda sagte zum Beispiel vor
87 ein paar Jahren noch, dass LGBT keine Menschen seien, sondern eine Ideologie. Im Jahr
88 2022 wurde in diesem Sinne ein Gesetz verabschiedet, welches die Möglichkeiten über
89 LGBTQ+ Themen in der Schule zu sprechen stark einschränkt.

90 Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in Ungarn. Hier wurde zuletzt ein Gesetz
91 verabschiedet, welches es möglich macht, gleichgeschlechtliche Paare mit Kind zu
92 denunzieren. Seit 2019 ist in der Verfassung Ungarns festgehalten, dass eine Ehe nur
93 zwischen Mann und Frau möglich ist und dementsprechend nur "Vater" und "Mutter"
94 Eltern sein können. Das neue Gesetz ermöglicht es, vermeintliche Abweichungen des
95 konservativen Familienbildes zu melden. Menschenrechtsorganisationen sind alarmiert.
96 Manche befürchten, dass Kinder ihren gleichgeschlechtlichen Eltern entrissen werden
97 könnten.

98 Was diese Vorfälle gemeinsam haben, ist die Diskriminierung von LGBTQ+-Personen, der
99 der Schutz der „traditionellen“, „heterosexuellen“ Familie vorgeschoben wird. Wir
100 stellen uns entschieden dagegen!

101 Deshalb fordern wir:

- 102 • eine EU-Strategie die Akzeptanz queeren Lebens zu steigern
- 103 • finanzielle Sanktionierung von EU-Staaten welche aktiv die Rechte von queeren
104 Personen einschränken
- 105 • dass die EU weiterhin auf der Verordnung zur Einführung eines EU-
106 Elternschaftszertifikates beharrt und Staaten sanktioniert die sich diesem
107 entziehen wollen
- 108 • einen angemessenen Umgang seitens der Bundesregierung mit Rechtspopulist*innen

109 **Don't say Gay: Radikalisiertes Konservatismus in den USA**

110 Dass sich die USA menschenrechtlich in vielen republikanischen Staaten auf dem
111 absteigenden Ast bewegen, ist keine Neuigkeit. Beliebte Zielscheibe der Republikaner
112 sind zurzeit besonders queere Menschen, allen voran transidente Personen. Vorreiter
113 dieser Entwicklung ist der Gouverneur Ron DeSantis, der gerade nicht nur Florida
114 regiert, sondern auch als aussichtsreicher republikanischer Präsidentschaftskandidat
115 gilt. Im März 2022 trat in Florida ein Gesetz in Kraft welches von seinen
116 Kritiker*innen als "Don't Say Gay"-Bill bezeichnet wird. In dem Gesetz ist
117 festgehalten, dass in Grundschulen nicht mehr über sexuelle Orientierung und
118 Geschlechtsidentität gesprochen werden darf, wenn es nicht "alters- und
119 entwicklungsgerecht" ist. Das bedeutet, dass diese Themen nicht mehr in den
120 Lehrplänen vorkommen dürfen. Wieder sprechen die Konservativen davon, Kinder vor
121 "Indoktrination" schützen zu wollen. Diese fadenscheinige Legitimation für
122 queerfeindliches agieren zieht sich auch durch andere republikanische Vorhaben. Schon
123 im Juni 2021 setzte DeSantis ein Gesetz durch, das trans Mädchen verbietet, im
124 Schulsport für Mädchen teilzunehmen. Ähnliche Gesetze gibt es in Alabama, Arkansas,
125 Tennessee, Mississippi, oder Missouri. Ebenfalls unter dem Deckmantel des
126 Kindeswohls versteckt ist der "Drag Ban", welcher, in verschiedenen Formen, bereits
127 in 14 republikanisch regierten Bundesstaaten in Kraft, oder geplant ist. Dieser sieht

128 vor, dass Auftritte, welche nicht "kindgerecht" sind, nicht öffentlich stattfinden
129 dürfen. In dieser Definition dürfen sowohl Drag Queens, als auch Kings nicht mehr in
130 der Öffentlichkeit auftreten, da ihre Art der Kunst als nicht kindgerecht
131 gebrandmarkt wird. Menschenrechtsaktivist*innen sowie Drag-Künstler*innen befürchten,
132 dass das Gesetz missbraucht wird, um öffentlichen queeren Aktivismus zu silencen,
133 weil nicht definiert ist, was nun als weibliche oder männliche Imitation gilt.

134 Der aktuellste Fall von Rechtseinschränkungen für queere Menschen in den USA ist ein
135 Supreme Court Urteil welches Geschäftsinhaber*innen erlaubt Kund*innen nicht zu
136 bedienen, wenn ihre Sexualität nicht mit der eigenen religiösen Überzeugung
137 einhergeht. Kritiker*innen dieses neuen Urteils befürchten, dass dies ein weiterer
138 Schritt auf dem Weg des Supreme Courts sein könnte, demnächst die
139 Gleichgeschlechtliche Ehe wieder abzuschaffen.

140 Als Jusos verurteilen wir diese Entwicklungen aufs Schärfste!

141 Deswegen fordern wir:

- 142 • den Schutz queeren Lebens in allen Bundesstaaten der USA
- 143 • Solidarität mit den Betroffenen
- 144 • Unterstützung von queeren Organisationen vor Ort, die sich für sexuelle
145 Selbstbestimmung einsetzen

146 **Die Situation Queerer Menschen in Uganda**

147 In Uganda wurde im Mai dieses Jahres ein strenges Anti-LGBTQIA+-Gesetz verabschiedet,
148 das insbesondere die Rechte von Homosexuellen stark einschränkt.

149 Nach Bestimmungen aus der britischen Kolonialzeit konnten „homosexuelle Handlungen“
150 bisher bereits mit bis zu lebenslanger Haft bestraft werden.

151 Das neue Gesetz sieht die Todesstrafe für „schwere Homosexualität“ vor; also für
152 Geschlechtsverkehr mit Behinderten, Minderjährigen oder über 75-jährigen sowie für
153 Missbrauch. Hier ist zu problematisieren, dass einvernehmlicher Geschlechtsverkehr
154 mit den genannten Gruppen unter denselben Straftatbestand wie Missbrauch fällt.
155 Mehrere Verurteilungen aufgrund homosexueller Handlungen führen ebenfalls zur
156 Todesstrafe.

157 Schon „versuchte“ homosexuelle Handlungen können zehn Jahre Haft zur Folge haben, in
158 Fällen schwerer Homosexualität drohen 14 Jahre. Bestrafte erhalten ein Verbot der
159 Arbeit mit Minderjährigen. Minderjährige selbst erwartet bei Homosexualität bis zu
160 drei Jahre Haft. Wer schwere homosexuelle Handlungen nicht behördlich meldet, wird
161 ebenfalls bestraft. Gerichte können homosexuelle verurteilte Personen zu einer
162 „Rehabilitierung“ bei Sozialdiensten verpflichten; ähnlich einer Konversionstherapie.

163 Darüber hinaus darf Homosexualität nicht „beworben“ werden – ansonsten drohen zehn
164 Jahre Haft oder ein zehnjähriges Verbot der betreffenden Organisation. Queerer
165 Aktivismus, Aids-Prävention und sonstige Unterstützungsmöglichkeiten sind de facto
166 nicht mehr möglich. Gleichmaßen wird bestraft, wenn eine Räumlichkeit für sogenannte
167 homosexuelle Handlungen vermietet oder an einer gleichgeschlechtlichen Hochzeit
168 teilgenommen wird.

169 Wir schließen uns den Forderungen der Queeren NGO „Let's Walk Uganda“ an;
170 zusammengefasst in einem offenen Brief, der sich an die Bundesregierung richtet:

- 171 • Schnell und unbürokratisch humanitäre Visa für LGBTQIA+,
172 Menschenrechtsverteidiger*innen und Personen unter großem Risiko ermöglichen!
- 173 • Finanzielle und politische Unterstützung von LGBTQIA+-Organisationen in Uganda
174 beim Erhalt sicherer Räume!
- 175 • Fluchtkorridore in nahegelegene sichere Staaten schaffen!
- 176 • Sanktionen gegenüber der ugandischen Regierung und ggf. Beendigung staatlicher
177 Zusammenarbeit!

178 Queere Menschen kämpfen seit jeher um ihren Platz in der Gesellschaft, öffentliche
179 Akzeptanz, Sicherheit und Freiheit. Fortschritt heißt nicht, den Kampf aufzugeben.
180 Wir setzen uns weiterhin für eine kollektive Befreiung queeren Lebens auf der ganzen
181 Welt ein. Diesen Kampf gestalten wir zusammen als Jusos!

182 Quellen

- 183 [https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw21-pa-menschenrechte-lgbtqi-](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw21-pa-menschenrechte-lgbtqi-948550)
184 [948550](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw21-pa-menschenrechte-lgbtqi-948550)
- 185 [https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lgbtq-queer-gewalt-deutschland-straftaten-](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lgbtq-queer-gewalt-deutschland-straftaten-100.html)
186 [100.html](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lgbtq-queer-gewalt-deutschland-straftaten-100.html)
- 187 https://www.queer.de/detail.php?article_id=45126
- 188 [https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-drag-lesung-stadtbibliothek-csu-](https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-drag-lesung-stadtbibliothek-csu-1.5849185)
189 [1.5849185](https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-drag-lesung-stadtbibliothek-csu-1.5849185)
- 190 [https://www.sueddeutsche.de/politik/italien-homosexuelle-eltern-meloni-](https://www.sueddeutsche.de/politik/italien-homosexuelle-eltern-meloni-diskriminierung-1.5773037)
191 [diskriminierung-1.5773037](https://www.sueddeutsche.de/politik/italien-homosexuelle-eltern-meloni-diskriminierung-1.5773037)
- 192 https://www.queer.de/detail.php?article_id=41355
- 193 [https://www.bpb.de/themen/europa/polen-analysen/322622/kommentar-der-homophobe-](https://www.bpb.de/themen/europa/polen-analysen/322622/kommentar-der-homophobe-tsunami-in-polen/)
194 [tsunami-in-polen/](https://www.bpb.de/themen/europa/polen-analysen/322622/kommentar-der-homophobe-tsunami-in-polen/)
- 195 [https://echte-vielfalt.de/lebensbereiche/lsbtiq/polen-verabschiedet-lgbt-propaganda-](https://echte-vielfalt.de/lebensbereiche/lsbtiq/polen-verabschiedet-lgbt-propaganda-verbot/)
196 [verbot/](https://echte-vielfalt.de/lebensbereiche/lsbtiq/polen-verabschiedet-lgbt-propaganda-verbot/)
- 197 [https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ungarische-regierung-verteidigt-neues-](https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ungarische-regierung-verteidigt-neues-lgbtq-feindliches-gesetz-18836995.html)
198 [lgbtq-feindliches-gesetz-18836995.html](https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ungarische-regierung-verteidigt-neues-lgbtq-feindliches-gesetz-18836995.html)
- 199 [https://www.spiegel.de/panorama/bildung/florida-us-gouverneur-unterzeichnet-gesetz-](https://www.spiegel.de/panorama/bildung/florida-us-gouverneur-unterzeichnet-gesetz-gegen-unterricht-ueber-homosexualitaet-a-e1efaf9d-6e82-48ce-9f91-4498f9e38983)
200 [gegen-unterricht-ueber-homosexualitaet-a-e1efaf9d-6e82-48ce-9f91-4498f9e38983](https://www.spiegel.de/panorama/bildung/florida-us-gouverneur-unterzeichnet-gesetz-gegen-unterricht-ueber-homosexualitaet-a-e1efaf9d-6e82-48ce-9f91-4498f9e38983)
- 201 <https://time.com/6260421/tennessee-limiting-drag-shows-status-of-anti-drag-bills-u-s/>
- 202 [https://edition.cnn.com/2023/06/30/politics/supreme-court-303-creative-lgbtq-rights-](https://edition.cnn.com/2023/06/30/politics/supreme-court-303-creative-lgbtq-rights-colorado/index.html)
203 [colorado/index.html](https://edition.cnn.com/2023/06/30/politics/supreme-court-303-creative-lgbtq-rights-colorado/index.html)
- 204 https://www.queer.de/detail.php?article_id=45751
- 205 [https://weact.campact.de/petitions/offener-brief-an-die-bundesregierung-zur-](https://weact.campact.de/petitions/offener-brief-an-die-bundesregierung-zur-situation-von-lgbtqi-personen-in-uganda)
206 [situation-von-lgbtqi-personen-in-uganda](https://weact.campact.de/petitions/offener-brief-an-die-bundesregierung-zur-situation-von-lgbtqi-personen-in-uganda)

Antrag F03: Schutz vor Gewalt? - für eine bessere Finanzierung von Frauenhäusern

Antragsteller*in:	UB Düsseldorf, UB Kreis Mettmann, UB Remscheid, UB Solingen, UB Wuppertal
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

1 „Für die Frauenhäuser stehen im Landeshaushalt 1,85 Millionen Euro **weniger** zur
2 Verfügung.“ Dieser Satz zierte den Untertitel eines Artikels der Rheinischen Post vom
3 18.11.2022. Die Landesregierung legte Ende 2022 einen neuen Haushaltsbeschluss vor,
4 nach welchem sämtlichen Frauenhäusern in NRW Gelder gestrichen werden sollen.
5 Argumentiert wird, dass es sich rein um bürokratische Anpassungen, beziehungsweise um
6 eine langfristige Verstärkung der Landesmittel für die Unterstützung der
7 landesweiten Hilf- und Aufnahmestellen für Frauen handelt. Demnach stünden ab 2023
8 insgesamt 9 Millionen Euro mehr zur Verfügung als 2020.[\[1\]](#) Von außen betrachtet mag
9 sich dies sehr positiv anhören. Mehr Geld – also alles gut? Doch so einfach ist es
10 nicht. Frauenhäuser in ganz NRW können sich nicht selbst über Spenden finanzieren.
11 Dafür ist der Geldfluss deutlich zu gering. Sie sind also unbedingt auf Mittel des
12 Landes und der Kommunen angewiesen. Zweitere haben selbst zunehmend immer größere
13 Finanzierungsprobleme und müssen auch heute schon in den verschiedensten Bereichen
14 Einsparungen vornehmen. Das größte Problem liegt vor allem darin, dass es keine
15 Pflichtfinanzierung für die Arbeit der Frauenhäuser gibt. Dies bedeutet, dass die
16 gesamte Struktur abhängig von den jeweiligen Haushaltsbeschlüssen der Landes- und
17 Kommunalregierung ist.

18 Deutschland hat sich ebenso wie viele andere Staaten der Istanbul Konvention
19 angeschlossen und damit klare Ziele für eine starke Frauenhausstruktur formuliert.
20 Von diesen Zielen sind wir heute jedoch noch weit entfernt. Angesichts der immer
21 drastischeren Entwicklungen der letzten Jahre ist dies unter keinen Umständen
22 hinzunehmen. In den letzten fünf Jahren stieg die Anzahl der erfassten Straftaten,
23 bei welchen das Gewaltschutzgesetz Anwendung fand, um 11 Prozent.[\[2\]](#) In vollen Zahlen
24 sind dies 6587 erfasste Fälle von Gewalt gegen Frauen. Insgesamt waren davon über
25 91,7 Prozent männliche Täter. Dabei ist es unabdinglich auf die hohe Dunkelziffer der
26 Fälle hinzuweisen, welche erst gar nicht zur Anzeige gebracht werden, ferner
27 überhaupt auffallen. Die patriarchalen Strukturen unserer Zeit werden zunehmend
28 aufgelöst und in Frage gestellt. Für viele Frauen, egal ob jung oder in langen
29 Beziehungen, gehört Gewalt und die Angst vor dieser immer noch zum Alltag. Erst seit
30 1997 gilt die Vergewaltigung in der Ehe als Straftat. 138 Abgeordnete stimmten damals
31 gegen die Gesetzesänderung.[\[3\]](#) Auch heute gehören noch Politiker*innen, welche
32 dagegen stimmten, dem Bundestag an. Das Bundeskriminalamt verzeichnet zudem täglich
33 mindestens einen versuchten Tötungsdelikt an Frauen in Deutschland, welcher explizit
34 als Femizid identifiziert werden kann.[\[4\]](#) Alleine in diesem Jahr gab es in
35 Deutschland schon 58 Tötungsdelikte dieser Art. Und auch hier wird die Dunkelziffer
36 höher sein. Femizide sind jedoch nur die Spitze einer langen Liste von Gewalt,
37 welcher Frauen in unserer Gesellschaft ausgesetzt sind. Gewalt fängt nicht erst bei
38 physischen Tätlichkeiten an, sondern kann sich ebenso psychisch, durch narzisstisches
39 und manipulatives Verhalten ausdrücken. Diese Form der Gewalt betrifft noch deutlich

40 mehr Frauen und noch viel weniger dieser Fälle werden zur Anzeige gebracht. Zu diesem
41 Gesamtbild passt auch, dass nach einer aktuellen Umfrage jeder dritte Mann Gewalt in
42 der Beziehung für „akzeptabel“ hält und einige Frauen diese, aufgrund eines Gefühls
43 der Machtlosigkeit, auch hinnehmen.[\[5\]](#)

44 Jetzt ist also mitnichten die Zeit, finanzielle Mittel für Frauenhäuser zu kürzen,
45 noch eine grundsätzlich festgelegte Finanzierung aufzuschieben. Täglich werden Frauen
46 an Hilfestellen abgewiesen, weil es keine freien Plätze gibt, oder müssen auf Hilfe
47 verzichten, da sie keine Ansprechpartner*innen aufsuchen können. Nach aktueller
48 Informationslage fehlen in NRW über 1000 Plätze in Frauenhäusern.[\[6\]](#) Wir müssen etwas
49 dagegen tun, dass jede Woche Frauen in Deutschland Opfer von Gewalt, oder sogar
50 getötet werden. Zögern gehört in die Vergangenheit.

51 Aus diesem Grund fordern wir:

- 52 1. Die Schaffung eines ständigen Mindestbudgets für die Sicherung der Finanzierung
53 von Frauenhäusern.
- 54 2. Weitere Investitionen für die Neueinrichtung und Erhaltung von Frauenhäusern,
55 sowie eine grundsätzliche Ausweitung des Angebotes, um mindestens 1000 weitere
56 Aufnahmeplätze in NRW.
- 57 3. Stärkere Ausfinanzierung unbefristeter Arbeitsstellen zur Verhinderung eines
58 Personalmangels
- 59 4. Ausweitung der Kontakt- und Aufnahmemöglichkeiten auf 24 Stunden und 7 Tage die
60 Woche.
- 61 5. Flächendeckende Werbematerialien und Informationstafeln, zur Bekanntmachung des
62 Hilfsangebotes

63

64 [\[1\]](https://rp-online.de/nrw/landespolitik/finanzierung-der-frauenhaeuser-sorgt-fuer-streit_aid-80137295) https://rp-online.de/nrw/landespolitik/finanzierung-der-frauenhaeuser-sorgt-fuer-streit_aid-80137295

66 [\[2\]](https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/frauensensorin-fordert-mehr-geld-vom-bund-fuer-frauenhaeuser-19025864.html) <https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/frauensensorin-fordert-mehr-geld-vom-bund-fuer-frauenhaeuser-19025864.html>

68 [\[3\]](https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/vergewaltigung-in-der-ehe-in-ehelicher-zuneigung-und-opferbereitschaft-91544500.html#:~:text=Für%20diese%20Änderung%20stimmten%20471,nicht%20als%20Straftat%20zu%20betrachten.) <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/vergewaltigung-in-der-ehe-in-ehelicher-zuneigung-und-opferbereitschaft-91544500.html#:~:text=Für%20diese%20Änderung%20stimmten%20471,nicht%20als%20Straftat%20zu%20betrachten.>

72 [\[4\]](https://www.ndr.de/kultur/Femizide-in-Deutschland-Fallzahlen-gehen-2021-leicht-zurueck,femizid100.html) <https://www.ndr.de/kultur/Femizide-in-Deutschland-Fallzahlen-gehen-2021-leicht-zurueck,femizid100.html>

74 [\[5\]](https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-06/umfrage-frauen-maenner-gewalt-homosexualitaet-plan-international-deutschland) <https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-06/umfrage-frauen-maenner-gewalt-homosexualitaet-plan-international-deutschland>

76 [\[6\]](https://www.ksta.de/politik/nrw-politik/nrw-fehlen-mehr-als-1000-plaetze-in-frauenhaeusern-485766) <https://www.ksta.de/politik/nrw-politik/nrw-fehlen-mehr-als-1000-plaetze-in-frauenhaeusern-485766>

77

Antrag G01: Gute Besserung an das Gesundheitssystem! - für eine solidarische und faire "Revolution" im Gesundheitswesen

Antragsteller*in:	UB Münster
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl und Gesundheitspolitik

1 **Die halbherzige "Gesundheitsrevolution" der Bundesregierung**

2 Seit 2004 rechnen die Kliniken auf Basis sogenannter diagnosebezogener Fallpauschalen
3 ab. Basierend auf der Diagnose, dem Schweregrad der Erkrankung sowie der erbrachten
4 Leistungen (Operationen und Prozeduren) werden Patient*innen in Fälle eingeteilt.
5 Manche Behandlungen bringen den Kliniken mehr Geld ein als andere. Das wirkt sich
6 negativ auf die Behandlungsqualität aus. Es kommt vermehrt zur gefährlichen
7 Übertherapie sowie Unterversorgung von Patienten*innen. Außerdem hat der Kostendruck
8 zu einer dramatischen Unterbesetzung in der stationären Krankenpflege beigetragen.
9 Weil Klinikmanager*innen an die Pauschalen gebunden sind und sie, wenn möglich, nicht
10 überschreiten wollen, sparen sie häufig bei der Belegschaft, dem größten Posten in
11 der Kalkulation. Das Fallpauschalen-System bestraft also eine gute Personalbesetzung
12 mit Verlusten und belohnt eine Unterbesetzung mit Gewinnen.

13 Inzwischen gibt es nahezu einen Konsens, dass eine grundlegende Reform des Systems
14 nötig ist. Kürzlich haben sich Bund und Länder auf Eckpunkte der geplanten
15 Krankenhausreform geeinigt. Im Kern geht es darum das Vergütungssystem zu verändern.
16 Statt den bisher üblichen Fallpauschalen sollen die Kliniken künftig einen großen
17 Anteil der Vergütung für das Vorhalten von Personal, Technik, Notaufnahmen und
18 anderen Leistungsangeboten bekommen. Grundlage der Finanzierung durch die
19 Krankenkassen sollen genauer definierte Leistungsgruppen (Level) der Kliniken sein.
20 Diese Level sollen einheitliche Qualitätsvorgaben etwa bei der Ausstattung, bei
21 Personal und Behandlungserfahrungen absichern. Das bedeutet, dass eine Einordnung des
22 Kliniknetzes in Stufen erfolgen soll - von der wohnortnahen Grundversorgung über eine
23 zweite Stufe mit weiteren Angeboten bis zu Maximalversorgern wie
24 Universitätskliniken.

25 Aus der Profession Pflege kommt scharfe Kritik an den Plänen. Aspekte der
26 pflegerischen Versorgung sind bislang in der Krankenhausreform nicht berücksichtigt
27 worden. Die Pflege erscheint wie bereits im Fallpauschalen-System lediglich als
28 Kostenfaktor. Auch die Ausbildungskapazitäten drohen in zahlreichen Krankenhäusern
29 wegzubrechen, denn in den untersten Versorgungsleveln der Krankenhäuser gehört das
30 Angebot von Pflegeausbildungsplätzen, laut Plan, nicht dazu. Das ist fatal, da es
31 aufgrund des allseits bekannten Pflegenotstands dringend nötig wäre, so viele
32 Ausbildungsplätze wie möglich zu schaffen. Außerdem wäre die Krankenhausreform eine
33 gute Gelegenheit gewesen, die Ausbildung von Pflegenden zu verbessern, damit
34 Abbruchquoten von 30% endlich der Vergangenheit angehören.

35 **Pflegeausbildung und Pflegestudium - effektives Lernen und Lehren ermöglichen**

36 Das Pflegeberufegesetz (PflBG)[\[1\]](#), das überwiegend zum 1. Januar 2020 in Kraft trat,
37 sorgte für die Zusammenfassung der ehemals drei Ausbildungswege der Altenpflege, der
38 Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zu

39 einem einheitlichen Ausbildungsberuf. Dieses Modell der sog. *Generalistischen*
40 *Pflegeausbildung* soll den Pflegeprozess in den verschiedenen Bereichen in den
41 Mittelpunkt stellen und den Berufseinsteiger*innen umfangreiche Einblicke in die
42 verschiedenen Pflegebereiche bieten. Zudem sollen Kompetenzen zur Pflege von
43 Menschen aller Altersgruppen und in allen Versorgungsbereichen, also in
44 Krankenhäusern, stationären Pflegeeinrichtungen und in der ambulanten Pflege,
45 vermittelt werden. Azubis dürfen nunmehr als Pflegefachpersonen über den
46 Pflegeprozess entscheiden und diese Aufgabe nicht delegieren.[\[2\]](#) In diesem Zuge
47 musste die Ausbildung komplett neu organisiert werden.

48 Azubis oder Studierende in der Pflege sind schon früh intensiv in den Arbeitsalltag
49 auf den Stationen eingebunden, denen sie zugewiesen sind. Das PflBG sieht mehr
50 Anleitung vor als vor der Reform: Auszubildende müssen in jedem Einsatz mindestens 10
51 Prozent ihrer Einsatzzeit von Praxisanleiter*innen begleitet werden.[\[3\]](#) Wenn Betriebe
52 diese Vorgabe nicht erfüllen, dürfen sie grundsätzlich nicht mehr ausbilden.[\[4\]](#)
53 Während dies grundsätzlich frühe Praxisnähe und Arbeit mit den Patient*innen
54 sicherstellt, kommt intensives Lernen oftmals zu kurz. Die Praxisanleiter*innen haben
55 oft nur sporadisch freie Kapazitäten, um Dinge in Ruhe zu erklären. Sie befinden sich
56 im Spagat zwischen ihrer Station und der Anleitung der Azubis.[\[5\]](#) Die Folge ist, dass
57 die Pflegeanwärter*innen schon sehr früh im Studiums- und Ausbildungsverlauf auf sich
58 allein gestellt sind und schnell eine große Verantwortung tragen. Das trägt dazu bei,
59 dass sich viele junge Menschen beim Berufseinstieg unsicher fühlen und Angst haben,
60 etwas falsch zu machen.

61 Eine zukunftsfähige und attraktive Ausbildung bzw. ein Studium in der Pflege muss es
62 jungen Menschen ermöglichen, ohne immensen Leistungsdruck das Handwerkszeug (sowohl
63 medizinisch-fachlich als auch im sozialen Umgang mit den Betreuten und ihren
64 Angehörigen) erlernen und erproben zu können. Wir Jusos fordern neben der
65 Freistellung von Praxisanleiter*innen aus ihrem regulären Dienst für die Zeit der
66 Anleitungen einen vollen Lohnausgleich. Die Weiterbildung zur Praxisanleitung kommt
67 momentan noch nicht mit einer automatisch höheren Vergütung einher. Das muss sich
68 dringend ändern, um Praxisanleiter*innen und damit auch Azubis und Studierende in der
69 Pflege zu entlasten.

70 Voraussetzung für ein effektives Lernen ist ferner eine angemessene Gruppengröße für
71 Praxisanleitungen. Werden mehr als drei Azubis oder Studierende gleichzeitig
72 instruiert, besteht die Gefahr, dass kein Raum mehr für Fragen oder praktische
73 Übungen bleibt, der grundsätzlich allen Azubis und Studierenden zukommen soll.

74 Im Medizinstudium gibt es an vielen Universitäten bzw. Unikliniken das Modell des
75 „Skills Labs“.[\[6\]](#) Diese Einrichtungen sind gerade zu dem Zweck geschaffen worden, ein
76 stressfreies und damit attraktives Lernumfeld zu schaffen, um sich praktische
77 Fähigkeiten anzueignen. Ein solches Modell sollte es auch in der Pflege geben.
78 Gegebenenfalls könnte man Medizinstudierende und Azubis/Studierende in der Pflege in
79 interprofessionellen Teams gemeinsam unterrichten und so einen Austausch von
80 Erfahrungen, Wissen und Expertise ermöglichen. Davon könnten alle Beteiligten
81 profitieren. Einen ähnlichen Austausch könnte es zwischen Fortgeschrittenen und
82 Neueinsteiger*innen im Pflegestudium bzw. der Pflegeausbildung geben. So können
83 Azubis und Studierende im 3. Lehrjahr als Mentor*innen fungieren und mit
84 Neueinsteiger*innen ihre Erfahrungen und ihr Wissen teilen. Die generalistische

85 Pflegeausbildung bietet dafür eine ideale Plattform, da hier zum Beispiel die
86 Bereiche Alten- und Krankenpflege mehr als je zuvor miteinander verknüpft sind.
87 Die Rahmenbedingungen für die Pflegeausbildung und das Pflegestudium sind bundesweit
88 einheitlich, sie müssen jedoch auch vom Bund kontrolliert werden. Wenn Kliniken die
89 Standards nicht erfüllen, muss es dringend Instrumente geben, mit denen Druck auf die
90 Arbeitgeber*innen ausgeübt werden kann, damit diese den Ausbildungserfolg der Azubis
91 und Studierenden unter angemessenen Arbeitsbedingungen gewährleisten.
92 Ausbildungsstationen, besonders die in Kliniken, bekommen hohe Vergütungen dafür,
93 dass sie Pfleger*innen ausbilden.^[7] Bei Nichteinhaltung der Standards sollten Gelder
94 gekürzt oder nicht ausgezahlt werden. So können sich Arbeitgeber*innen ihrer immensen
95 Verantwortung für die Zukunft der Pflege in Deutschland nicht mehr entziehen.

96 **Pflegefachmann/Pflegefachfrau - warum eigentlich?**

97 Mit der Generalisierung der Pflegeausbildung wurde aus der Altenpfleger*in bzw. der
98 Gesundheits- und Krankenpfleger*in nun auch ein neuer einheitlicher Berufstitel
99 geschaffen. Doch warum müssen sich Azubis zwischen den Titeln *Pflegefachfrau* bzw.
100 *Pflegefachmann* entscheiden und können am Ende der Berufsausbildung nicht die
101 Bezeichnung *Pflegefachkraft* führen?

102 Eine Überarbeitung bzw. Erweiterung der offiziellen Berufstitel um eine nicht-binäre
103 Variante ist überfällig und eine entsprechende Anpassung des § 1 Pflegeberufegesetz
104 sollte in unseren Augen selbstverständlich sein.

105 **Verbesserung externer Pflichteinsätze innerhalb der Ausbildung**

106 Ein zentraler Teil der neuen generalisierten Pflegeausbildung besteht darin, dass
107 Auszubildende neben den Pflichteinsätzen in ihren Ausbildungsbetrieben auch in
108 anderen Versorgungsbereichen eingesetzt werden. Dies geschieht zurzeit im Rahmen
109 sogenannter externer Pflichteinsätze. Dabei ist es beinahe Alltag, dass externe
110 Einrichtungen sowohl gegen Arbeitszeitregelungen, und Überstundenvergütungen als auch
111 Mindest-Praxisanleitungszeiten verstoßen, da sie sich nicht in direkter Verantwortung
112 für die übernommenen Auszubildenden sehen. Immer öfter berichten Azubis, dass sie in
113 der Zeit der externen Pflichteinsätze wenig bis gar keinen Wissenszuwachs beobachten
114 konnten und sich vielmehr als billige, unregulierte Arbeitskräfte fühlten.

115 Demzufolge fordern wir, externe Einsätze endlich strenger zu regulieren und zu
116 überwachen, sodass zukünftig konkrete wirtschaftliche Sanktionen gegen solche
117 Einrichtungen verhängt werden können, welche es versäumen, ihren externen
118 Auszubildenden mindestens 12,5% ihrer gesamten externen Einsatzdauer als
119 Praxisanleitungszeit mit einem oder einer fachlich weitergebildeten Praxisleiter*in
120 zur Verfügung zu stellen. Ein gleicher Sanktionsmechanismus soll auch dann greifen,
121 wenn Arbeitszeitregelungen nicht eingehalten oder der Ausbildungsfortschritt durch
122 Unterschreitung von Mindestbesetzungen gefährdet werden. Zur Umsetzung regen wir die
123 Einrichtung einer ausreichend ausgestatteten, autonomen Kontrollinstanz an.

124 Darüber hinaus fordern wir eine Evaluierung des Umfangs der Gesamteinsatzzeit in
125 externen Einsätzen und eine Korrektur nach unten gemäß dem Wunsch vieler
126 Auszubildenden. Die Einsatzzeit sollte nicht mehr nur eine scheinbar willkürlich
127 festgesetzte Zahl sein, sondern anhand von überprüfbaren Ausbildungszielen festgelegt
128 werden.

129 **Echte Entlastungen schaffen, statt Belastungen zu erhöhen**

130 Immer mehr junge Menschen entscheiden sich in Deutschland dazu, eine Pflegeausbildung
131 zu beginnen. Ein Trend, der angesichts eines sich verschärfenden Mangels an
132 Pflegefachpersonen durchaus Hoffnung aufkommen lässt, dem jedoch die massive
133 Abbruchquote entgegensteht. Gründe für Ausbildungsabbrüche sind oftmals hohe
134 Belastung, Überforderung, mangelnde Wertschätzung, fehlende Anleitung oder auch
135 mangelnde Zukunftsperspektiven. Bei Überstundenkonten, die so hoch sind, dass sie
136 schlichtweg nicht abbaubar sind und Dienstplänen, welche teilweise 12 Tage Arbeit am
137 Stück vorsehen, ist es nicht verwunderlich, dass sich viele Pflegefachpersonen direkt
138 nach dem Abschluss der Ausbildung dazu entscheiden, ihre Stelle auf eine
139 Teilzeitstelle zu reduzieren, um den hohen Anforderungen ihres Berufes, bei
140 gegenwärtig geringer Vergütung, gerecht zu werden.

141 Wir können es uns gesamtgesellschaftlich schlichtweg nicht leisten, zukünftige
142 Generationen von Pflegekräften bereits in der Ausbildung zu verheizen, ohne ihnen
143 eine Zukunftsperspektive zu bieten. Deshalb müssen zwingend sowohl die Arbeits- und
144 Rahmenbedingungen innerhalb der Pflegeausbildung, aber auch die spätere
145 Berufsausübung verbessert werden. Hierzu bedarf es eines umfassenden
146 Entlastungskonzeptes. Wir Jusos fordern daher die Einrichtung einer Kommission aus
147 Arbeitnehmer*innen mit der Beauftragung, ein Entlastungsgesetz in Anlehnung an den
148 bereits für Unikliniken in NRW verabschiedeten Entlastungstarifvertrag, zu entwerfen.

149 Das Gesundheitssystem sieht sich aktuell vieler struktureller Mangelbedingungen
150 ausgesetzt, oftmals auf Kosten der Arbeitnehmer*innen. Mitarbeiter*innen fehlen immer
151 öfter, weil sie selbst aufgrund der immensen Belastung im Berufsalltag zu
152 Patient*innen werden. Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention dürfen nicht
153 länger leere Floskeln auf Krankenhaus-Websites sein, sondern müssen unumgänglich
154 gesetzlich für Mitarbeiter*innen des Gesundheitssystems verankert werden. Dabei
155 reichen Kurse für rückenschonendes Arbeiten längst nicht aus. Insbesondere braucht es
156 einen Fokus auf die psychischen Belastungssituationen im Berufsalltag, um sowohl
157 Burnout als auch Cool-Out effektiv zu begegnen.

158 **Internationalisierung**

159 Ein weiteres Motiv hinter dem Pflegeberufegesetz war die Angleichung des Pflegeberufs
160 an internationale Standards. Das ist in unseren Augen lobenswert, denn das Gesetz
161 trägt so dazu bei, dass Fachkräfte in Zukunft nach der Ausbildung flexibler ihren
162 Arbeitsort wählen können.

163 Ähnliches gilt für die Akademisierung der Pflege. Akademisierung der Pflege ist in
164 vielen europäischen Ländern Standard, aber Ausbildung hat in Deutschland immer noch
165 einen hohen Stellenwert. Dementsprechend ist es wichtig die Pflegeausbildung auf ein
166 höheres wissenschaftliches Niveau zu heben, ohne dabei einen akademischen Weg zur
167 einzigen Option zu machen. Deshalb fordern wir neben dem Pflegestudium eine
168 ebenbürtige Pflegeausbildung.

169 Im Rahmen der universitären Ausbildung gibt es dabei aber auch einige
170 Verbesserungsmöglichkeiten. Beispielsweise könnte der Wissensaustausch zwischen den
171 Ländern verbessert werden. Studien sollten überwiegend auf Englisch veröffentlicht
172 werden, damit die Ergebnisse für die Studierenden aller Universitäten einfach
173 zugänglich sind. Außerdem sollte es an den Hochschulen Kurse geben, in denen das
174 medizinische Grundvokabular in verschiedensten Fremdsprachen gelehrt wird, damit
175 Studierende Auslandsaufenthalte in ausländischen Kliniken absolvieren können. Im

176 Rahmen von Auslandsaufenthalten könnten Studierende Einblicke in andere
177 Gesundheitssysteme gewinnen und die gesammelten Erkenntnisse zurück in ihre
178 Universitäten und Kliniken tragen.

179 **Daher fordern wir:**

- 180 • Das PflBG hat den Umfang von Praxisanleitungen erhöht. Für ein effektives Lernen
181 müssen Praxisanleiter*innen aber von ihrem regulären Dienst freigestellt und
182 angemessen vergütet werden.
- 183 • Zu große Lerngruppen gefährden den Lernfortschritt. Es bedarf daher einer
184 Reduktion der Gruppen in den Praxisanleitungen auf drei oder vier Azubis bzw.
185 Studierende.
- 186 • Die Einrichtung von sog. "Skills Labs", also stressfreien Lerneinrichtungen, in
187 denen praktische Fertigkeiten in Ruhe ausprobiert werden können.
- 188 • Die Stärkung des interprofessionellen Austauschs zwischen Medizinstudierenden
189 und Studierenden der Pflegewissenschaften.
- 190 • Eine Art Mentoring-Programm zwischen Fortgeschrittenen und Neueinsteigern in
191 Studium und Ausbildung.
- 192 • Kontrolle der bundesweit einheitlichen Standards des PflBG durch einen
193 (finanziellen) Sanktionsmechanismus bei Unterschreitung der gesetzlichen
194 Anforderungen. Dazu braucht es eine unabhängige Kontrollinstanz, die die
195 Ausbildungsbetriebe und die Einrichtungen der externen Pflichteinsätze auf die
196 Einhaltung der gesetzlichen Ausbildungsbedingungen überprüft.
- 197 • Die Einführung des genderneutralen Berufstitels der *Pflegefachkraft*.
- 198 • Evaluierung des Umfangs der Gesamteinsatzzeit in externen Einsätzen und eine
199 Korrektur nach unten gemäß dem Wunsch vieler Auszubildenden. Die Einsatzzeit
200 sollte anhand von nachprüfbaren Ausbildungszielen festgesetzt werden.
- 201 • Einrichtung einer Kommission aus Arbeitnehmer*innen mit der Beauftragung, ein
202 Entlastungsgesetz in Anlehnung an den bereits für Unikliniken in NRW
203 verabschiedeten Entlastungstarifvertrag, zu entwerfen.
- 204 • Psychischen Belastungssituationen durch Entlastungsregelungen und Hilfsangebote
205 besser begegnen, um z.B. Burnout-Erkrankungen vorzubeugen.
- 206 • Kurse an Hochschulen, in denen das medizinische Grundvokabular in
207 verschiedensten Fremdsprachen gelehrt wird, damit Studierende
208 Auslandsaufenthalte in ausländischen Kliniken absolvieren können.
- 209 • Die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen im Bereich der
210 Pflegewissenschaften auf Englisch.

211

212 [\[1\]](#) Gesetz über die Pflegeberufe vom 17.07.2017 (BGBl. I S. 2581).

213 [\[2\]](#) Pflegekammer Kompakt - Das Magazin der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz,
214 Ausgabe 31, Dezember 2022, S. 25.

215 [\[3\]](#) Vgl. § 6 Abs. 3 S. 3 PflBG.

216 [\[4\]](#) Pflegekammer Kompakt - Das Magazin der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz,
217 Ausgabe 31, Dezember 2022, S. 28.

- 218 [5] Pflegekammer Kompakt - Das Magazin der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz,
219 Ausgabe 31, Dezember 2022, S. 35.
- 220 [6] So zum Beispiel an der Medizinischen Hochschule Brandenburg,
221 <https://www.mhb-fontane.de/de/skills-lab>.
- 222 [7] Vgl. umfangreiche Finanzierungsregelungen in §§ 26 ff. PflBG. Insbesondere zu
223 nennen ist dabei das Ausbildungsbudget für Träger der praktischen Ausbildung und die
224 Pflegeschulen zur Finanzierung der Ausbildungskosten gem. § 29 I 1 PflBG.

Antrag G02: Wissenschaftsfeindliche Tradition beenden – Homöopathie den Kampf ansagen!

Antragsteller*in:	UB Köln
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl und Gesundheitspolitik

- 1 Die deutsche Gesundheitsversorgung soll eine der besten der Welt sein. Um dieses Ziel
2 zu erreichen, können wir unwissenschaftliche Traditionen und Theorien nicht weiter
3 fördern und legitimieren. Das Handeln und Behandeln soll wissenschaftlich fundiert
4 sein. Dazu fordern wir:
- 5 • Ein Ende der Zulassung von Homöopathika nach dem Arzneimittelgesetz inklusive
6 Aufhebung der Apothekenpflicht, um das Gleichsetzen von Arzneimitteln und
7 Homöopathika zu beenden
 - 8 • Vermarktung von Homöopathika ausschließlich nach dem Lebensmittel- oder
9 Kosmetikrecht mit Zutatenverzeichnis
 - 10 • Verbot der Heilpraktiker*innen nach österreichischem Vorbild, d.h. Verbot des
11 Ausführens der Heilkunde ohne ärztliche oder entsprechende therapeutische
12 Ausbildung; dies soll ausdrücklich nicht etwaige Erweiterungen von Befugnissen
13 der pflegerischen und therapeutischen Berufe ausschließen
- 14 Heilpraktiker*innen und Homöopathie-Industrie nutzen die Notlage und Ängste von
15 Patient*innen in einem vor dem Kollaps stehenden und durchrationalisieren
16 Gesundheitssystem schamlos aus. Sie versprechen “sanfte” und “alternative” Heilung
17 und eine “Betrachtung des ganzen Menschen”, ohne dies liefern zu können. Der deutsche
18 Staat unterstützt dieses zu verurteilende Geschäftsprinzip durch den Anschein der
19 Seriosität, der durch eine staatliche Überprüfung oder eine Zulassung nach dem
20 Arzneimittelgesetz und eine daraus resultierende Apothekenpflicht verliehen wird.
- 21 Die eine Heilpraktik gibt es nicht. Der Begriff umfasst eine Vielzahl
22 unterschiedlicher Verfahren, Praktiken und Theorien, wie zum Beispiel Chiropraktik,
23 Osteopathie, Bioenergetik oder auch Homöopathie. Alle gemeinsam haben sie, dass sie
24 entweder in Gänze oder zu großen Teilen frei von jeglicher wissenschaftlicher Evidenz
25 sind. Wer in Deutschland als Heilpraktiker*in arbeiten möchte, muss keine geregelte
26 Ausbildung absolviert haben. Man muss lediglich einen Hauptschulabschluss haben, das
27 25. Lebensjahr vollendet haben und eine mündlich-schriftliche Überprüfung durch die
28 Gesundheitsämter bestehen. Diese Überprüfung hat allerdings nicht das Ziel,
29 tatsächliche Kenntnisse der Heilkunde und Krankheitslehre zu überprüfen, sondern
30 dient primär der Gefahrenabwehr. Die gesamte Überprüfung dauert etwa zwei Stunden.
31 Dennoch übersteigen ihre Befugnisse die der pflegerischen und vieler therapeutischer
32 Berufe, obwohl sie eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung durchlaufen haben.
- 33 Die Homöopathie genießt in Deutschland eine Sonderrolle. Sie ist gesellschaftlich in
34 weiten Kreisen etabliert, obwohl auch sie keine Beweise für ihre Wirksamkeit
35 vorbringen kann. Hier hat der Satz “Homöopathie wirkt nicht über den Placeboeffekt
36 hinaus” erfreulicherweise große Popularität erreicht. Dennoch unterliegen sie in
37 Deutschland dem Arzneimittelgesetz. Anders als andere Arzneimittel müssen
38 Homöopathika für ihre Zulassung allerdings keinen Wirksamkeitsnachweis erbringen,

39 sondern lediglich dem fachspezifischen Binnenkonsens entsprechen. Darüber hinaus
40 enthalten aufgrund des Verfahrens der Potenzierung viele Homöopathika nicht einmal
41 nachweisbare Mengen der namensgebenden Substanzen. Die Homöopathie kann also komplett
42 selbst entscheiden, was ein Arzneimittel ist.

43 Laut dem Bund Deutscher Heilpraktiker e.V. beläuft sich der Jahresumsatz der
44 Heilpraktiker*innen auf etwa eine Milliarde Euro, Homöopathika erzielen einen
45 Jahresumsatz von etwa einer halben Milliarde Euro. Dies alles ist aber nicht nur
46 teuer, sondern auch gefährlich. Zu oft sind in den letzten Jahren Fälle durch die
47 Presse gegangen, bei denen Menschen vermeidbar durch die Behandlung wildgewordener
48 Heilpraktiker*innen geschädigt wurden oder Patient*innen ohne adäquate Therapie
49 starben. Diese staatlich gebilligte Abzocke von Versicherern und Patient*innen und
50 ihre unnötige Gefährdung muss ein Ende finden.

Antrag G03: Stärkung der Geburtshäuser

Antragsteller*in:	Region Ostwestfalen-Lippe
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl und Gesundheitspolitik

1 **Wir fordern eine Stärkung und Förderung von Geburtshäusern!**

2 Die Monate einer Schwangerschaft sind für schwangere Personen sowohl eine prägende
3 als auch ein vulnerabler Lebensabschnitt. Dieser beginnt mit der Entscheidung die
4 Schwangerschaft auszuführen oder gar mit dem Kinderwunsch und endet im Wochenbett.
5 Wichtig ist daher auch, dass die gebärende Person von der Schwangerschaft bis über
6 die Geburt hinaus optimal unterstützt wird. Essenziell für die
7 Schwangerschaftsversorgung ist auch die freie Wahl des Geburtsortes, damit auf die
8 individuellen Vorstellungen der gebärenden Person eingegangen werden kann.

9 Die Geburt ist für viele Schwangere ein intimes Momentum und auch die Versorgung
10 jenes Prozesses muss in der Hand der Gebärenden liegen. Hierzulande können Schwangere
11 sich den Geburtsort lediglich theoretisch frei wählen. Es gibt Kliniken mit
12 Entbindungsstationen, die oftmals auch eine Versorgung von Schwangeren über die
13 Geburt hinaus sicherstellen. Daneben existieren ebenfalls Geburtshäuser, die von
14 Hebammen geleitet werden. Auch die Hausgeburt in dem eigenen Zuhause mit der
15 Begleitung einer Hebamme ist möglich. Diese Vielzahl von Entbindungsmöglichkeiten
16 existieren immer mehr rein theoretisch. Durch die Ökonomisierung des
17 Gesundheitswesens, werden immer mehr Entbindungsstationen geschlossen und auch der
18 Fachkräftemangel macht in der Schwangerschaftsversorgung nicht halt. seit Jahren wird
19 es schwieriger, Hebammen für eine Hausgeburt oder eine Geburt in einem Geburtshaus zu
20 finden. Auch die Zahl der Geburtshäuser insgesamt ist in der Vergangenheit
21 zurückgegangen – und das, obwohl die Nachfrage gleichbleibend hoch ist. Dies ist
22 allerdings nicht nur auf den Fachkräftemangel zurückzuführen, sondern auch auf die
23 prekäre Situation der Hebammen, in denen sie auf Grund der hohen
24 Haftpflichtversicherungsbeiträge befinden. Eine freie und befriedigende Berufsauswahl
25 wird den Hebammen damit erschwert oder gar die Ausübung ihres Berufes unmöglich
26 gemacht. Insbesondere freiberufliche Hebammen und hebammengeleitete Einrichtungen
27 sind davon betroffen und spüren die Auswirkungen in einem hohen Maße.

28 Schwangere Personen, die eine Chance auf eine ambulante Geburtshilfe haben möchten,
29 müssen bereits in den ersten Wochen der Schwangerschaft einen Platz bei einer Hebamme
30 organisieren. Unter diesen Umständen kann in der Praxis nicht von einer gänzlichen
31 freien Wahl gesprochen werden. Ein elementarer Einschub ist, dass auch Personen, die
32 eine Fehlgeburt erfahren einen gesetzlichen Anspruch auf eine Betreuung durch eine
33 Hebamme und diese werden durch die Verknappung von ambulanten
34 Entbindungseinrichtungen ihrer Versorgungsrecht beraubt. Es wird deutlich, dass
35 gerade hebammengeführte Geburtshäuser ein zentraler Baustein für schwangere Personen
36 darstellen. Bereits während der Schwangerschaft werden schwangere Personen hier
37 unterstützt und auf die Geburt vorbereitet. So kann schon vorher eine Vertrauensbasis
38 zwischen Hebammen und Schwangeren hergestellt werden. Während der Geburt ist die
39 entsprechende Hebamme vor Ort, sodass auch eine Ein-zu-Eins-Betreuung sichergestellt
40 ist. Zusätzlich wird darauf geachtet, dass die gebärende Person aktiv in alle

41 Entscheidungsprozesse über die Geburt des Kindes eingebunden wird. Statistisch werden
42 in Geburtshäusern seltener zu Wehenmitteln oder Dammschnitte gegriffen. Die
43 individuelle Betreuung der Gebärenden steht hierbei im Mittelpunkt, sowohl die
44 physische als auch die psychische Betreuung. Auch nach der Geburt werden die
45 gebärenden Personen weiter begleitet und in ihrem neuen Lebensabschnitt unterstützt.

46 **Wir fordern deshalb:**

- 47 • Eine frühzeitige und differenzierte Aufklärung über die verschiedenen
- 48 Möglichkeiten und Potenziale und Risiken der jeweiligen Geburtsorte
- 49 • Die Förderung von Geburtshäusern
- 50 • Die Region attraktiver für Hebammen zu machen und insbesondere
- 51 • Versorgungengpässe, insbesondere in ländlichen Regionen, zu bekämpfen und die
- 52 Infrastruktur flächendeckend auszubauen

Antrag G04: Progressive Sportpolitik: Wie Sportpolitik neu gedacht werden muss!

Antragsteller*in:	UB Ennepe-Ruhr, UB Hagen
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl und Gesundheitspolitik

1 **Warum Sport wichtig ist:**

2 Wie alle Bereiche hat auch der Bereich Sport während der Corona-Pandemie der letzten
3 Jahre stark gelitten. Nicht nur, dass viele Sportvereine auf breiter Basis einen
4 Mitgliederschwund von mehreren Prozentpunkten zu verzeichnen hatten. Auch die
5 finanzielle Lage der Sportvereine wurde auf eine harte Probe gestellt. Unter den
6 staatlichen Restriktionen war es Sportvereinen nicht immer möglich, ihr bisheriges
7 Angebot normal fortsetzen zu können. Die Pandemie hat allen dabei viel abverlangt.

8 In 2023 gibt es jedoch einen Lichtblick: Mit Überwinden der Corona-Pandemie steigen
9 erfreulicherweise wieder die Mitgliederzahlen in den verschiedenen Sportbereichen und
10 die Sportvereine nehmen ihre Arbeit wieder auf.

11 Allerdings stellt die Corona-Pandemie nicht das einzige Problem dar, mit dem
12 Sportvereine in der nahen Vergangenheit konfrontiert waren. Die Finanzierung ist
13 meist nicht ausreichend, die Anzahl der Ehrenamtler*innen sinkt und insbesondere
14 Nischensportarten finden meist wenig Betrachtung sowohl im öffentlichen als auch im
15 politischen Diskurs.

16 Doch dabei ist die Funktion von Sport so wichtig, neben den offensichtlichen
17 positiven Auswirkungen auf die Gesundheit, die in allen Lebensbereichen, egal ob im
18 Kindes-, Erwachsenen oder Seniorenalter, einen Einfluss hat. Sport bringt die
19 Möglichkeit mit zu verbinden, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Hintergrund. Es
20 gibt die Chance, einen diskriminierungsfreien Raum zu schaffen, Menschen zu
21 sensibilisieren, Awareness zu schaffen und Toleranz in den Vordergrund zu stellen.
22 Allerdings möchten wir auch nicht verkennen, dass Vereine und ihre Strukturen gewisse
23 Hierarchien und Machtstrukturen mitbringen. Insbesondere diese sind kritisch zu
24 betrachten.

25 Daher braucht der Sportbereich neue progressive Ideen, um die positiven Möglichkeiten
26 zu nutzen und Verbundenheit und Gerechtigkeit zu schaffen.

27 **Was aktuelle schief läuft und was wir verbessern wollen:**

28 *Mehr Geld für den Sport:*

29 Die Finanzierung von Sport ist mangelhaft. Viele Sporthallen sind sanierungs- &
30 renovierungsbedürftig. Allerdings gibt es bei den Sportstätten Unterschiede:
31 Einerseits die städtischen Sportstätten, beispielsweise Turnhallen, die von den
32 jeweiligen Kommunen finanziert werden. Andererseits die vereinseigenen Sportstätten,
33 die i.d.R von den finanziellen Möglichkeiten der Sportvereine oder befristeten
34 Förderungsprogrammen abhängen.

35 Bezüglich der städtischen Sporteinrichtungen liegt hier ein ähnliches Problem vor,
36 wie bei den Schulen bzw. der generellen städtischen Infrastruktur. Ist eine Kommune
37 finanziell schlecht aufgestellt, zum Beispiel wenn sie sich in einer Haushaltssperre

38 befindet, wie es beispielsweise in vielen Städten des Ruhrgebiets der Fall ist,
39 haben die örtlichen Entscheidungsgremien kaum Möglichkeiten Mittel zur Verfügung zu
40 stellen. Anhand dieses Beispiels wird erneut deutlich, wie wichtig eine Entschuldung
41 der Kommunen durch den Bund ist.

42 Die vereinseigenen Sporteinrichtungen befinden sich in unterschiedlichen Zuständen.
43 Grund dafür sind die unterschiedlichen finanziellen Gegebenheiten eines Sportvereins,
44 die i.d.R. von Mitgliederzahl und damit den Mitgliedsbeiträgen abhängen. Das Thema
45 Sponsoring beispielsweise durch Unternehmen spielt in den meisten Vereinen entweder
46 keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Dies hat zur Folge, dass insbesondere
47 finanziell schlechter aufgestellte Vereine auf Förderprogramme angewiesen sind. Ein
48 Beispiel für ein Förderprogramm des Landes NRW aus dem Jahr 2019 ist das
49 Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ oder „Soforthilfe Sport 2023“. Bereits die
50 Titel dieser Programme machen das Problem deutlich: die Befristung. Die
51 Förderprogramme sind auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt, was insbesondere
52 Investitionen, die Folgefinanzierungen brauchen, schwierig macht. Daher fordern wir:
53 unbefristete Förderprogramme. Denn nur dadurch werden langfristige Planungen
54 überhaupt möglich. Die Ausstattung der Sportvereine sollte nicht ständig von einem
55 jährlichen Budgetwechsel abhängen. Mit langfristigen Finanzierungsprogrammen würde
56 auch Nischensportarten die Möglichkeit gegeben, sich besser zu etablieren.

57 Neben den Förderungen der Sportvereine ist es aber ebenso wichtig, die individuellen
58 finanziellen Gegebenheiten von Menschen im Auge zu behalten. Denn nicht alle können
59 es sich leisten die Beiträge eines Sportvereins zu bezahlen. Dies macht insbesondere
60 den Einstieg schwierig und führt dazu das einige Sportarten großteils von Menschen
61 mit entsprechenden finanziellen Möglichkeiten und somit entsprechenden Privilegien
62 ausgeführt werden. Sport darf dabei nicht zum Luxus werden! Daher fordern wir als
63 Sofortmaßnahme: Das erste Jahr im Sportverein muss beitragsfrei sein. Damit dies aber
64 nicht auf Kosten der Vereine geht, müssen die Beitragssätze vom Staat finanziert
65 werden. Es bestehen bereits einzelne Unterstützungsprogramme, allerdings müssen diese
66 vereinfacht und stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit geraten, sodass mehr Menschen
67 sie nutzen können. Denn für uns ist klar: Sport darf keine Frage vom Geldbeutel sein!

68 *Ehrenamt stärken:*

69 Unabhängig von den finanziellen Gegebenheiten leben die Sportvereine vor allem von
70 Menschen, die sich in diesen engagieren. Viele Menschen sind in ihrem täglichen Leben
71 vor allem in Sportvereinen organisiert und engagieren sich dort ehrenamtlich. Diese
72 ehrenamtliche Aufgabe ist mit großem Fleiß und zeitlichem Aufwand verbunden, weshalb
73 insbesondere diese Beachtung erfahren müssen. Die ehrenamtliche Arbeit in
74 Sportvereine, aber auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen muss mehr
75 Wertschätzung erfahren.

76 Allerdings gehört auch zur Wahrheit dazu, dass viele, insbesondere kleine
77 Sportvereine Personalprobleme haben. Insbesondere im Jugendbereich fehlt es oft an
78 Nachwuchs, was teilweise auch Ergebnis der demografischen Entwicklung ist. Durch
79 fehlende Übungsleitende muss die Taktung von Trainings verringert werden oder gewisse
80 Angebote fallen komplett weg. Dieser Entwicklung müssen wir uns entgegenstellen und
81 das Ehrenamt attraktiver gestalten.

82 Auch um Ehrenamtler*innen besser miteinzubeziehen, ist eine aktive Zusammenarbeit mit
83 dem Landessportbund (LSB) und insbesondere der Sportjugend NRW wichtig. Trotz der

84 Tatsache das der LSB überparteilich organisiert ist, ist es wichtig, die Bedürfnisse
85 von Sportler*innen und Ehrenamtler*innen zu betrachten und in aktiven Austausch zu
86 treten.

87 **Grundwerte im Sport stärken:**

88 *Toleranz stärken*

89 Sport und auch das Vereinsleben bietet die Möglichkeit Toleranz in jeglichen
90 Lebensabschnitten zu stärken. Insbesondere im Kinder- & Jugendbereich sollte hier ein
91 besonderer Fokus liegen. Bei gemeinsamer sportlicher Aktivität spielen äußere
92 Merkmale meist keine Rolle. Diese Gegebenheiten gilt es zu nutzen. Sowohl während des
93 Sportes selbst als auch im allgemeinen Vereinsleben müssen Diskriminierungsformen wie
94 Sexismus, Rassismus, Ableismus, Queerfeindlichkeit, Klassismus etc. thematisiert und
95 ihnen entgegengewirkt werden. Hier ist es besonders wichtig
96 Diskriminierungssensibilität zu fördern.

97 Dies gilt auch insbesondere für die Vereinsstrukturen. Hier muss es das Ziel sein
98 Diversität zu fördern und insbesondere marginalisierte Gruppen vermehrt zu
99 unterstützen. Um dies zu ändern ist es ebenso wichtig sportliche Angebote, als auch
100 Weiterbildungsangebote für Ehrenamtliche sowie alle Mitglieder des Sportvereins zu
101 schaffen. Insbesondere sportspezifische Seminare beispielsweise zu Inklusion oder
102 Antirassismus im Sport muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

103 *Awareness schaffen*

104 Ergänzend zur allgemeinen Sensibilisierung gegen jegliche Diskriminierungsformen ist
105 es besonders wichtig Awareness zu schaffen. Denn auch Vereine sind meist hierarchisch
106 organisiert und somit nicht frei von möglichem übergriffigem und diskriminierendem
107 Verhalten. Vereine inklusive ihrer sportlichen Angebote müssen es zum Ziel haben
108 safer spaces zu werden und allen Menschen Teilhabe an ihren Angeboten zu
109 gewährleisten.

110 Neben diesen grundsätzlichen Aspekten zur Förderung von Awareness, müssen einige
111 Bereiche gesondert betrachtet werden. Auch während der jeweiligen Sportangebote
112 besteht ein Machtverhältnis zwischen Teilnehmenden und Trainer*in. Daher müssen
113 insbesondere die Trainer*innen ihrer Verantwortung gerecht werden und mögliches
114 übergriffiges Verhalten von anderen Trainer*innen gegenüber Teilnehmenden melden. Um
115 diese Sensibilisierung zu erhöhen und auch Teilnehmende zu schulen, ist ein Ausbau
116 von Programmen gegen sexualisierte Gewalt zwingend notwendig. Auch wenn bereits
117 einige Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, wie die regelmäßige Verpflichtung der
118 Trainer*innen ein erweitertes Führungszeugnis vorzulegen, müssen diese Maßnahmen
119 durch Aufklärungsarbeit und damit einhergehende erhöhte Sensibilität im gesamten
120 Sport ergänzt werden. Zusätzlich sind weitere präventive Maßnahmen denkbar. Daher
121 ist es besonders wichtig, dass diese ebenfalls entsprechend gefördert werden.

122 **Sportpolitik neu denken:**

123 All diese Ideen sollen Anstöße sein, wie Sportpolitik neu gedacht werden kann. Wir
124 müssen es schaffen, neben den klassischen Sportarten auch Nischensportarten und den
125 Breitensport nicht zu vergessen. Eine langfristige dauerhafte Finanzierung
126 unterstützt die Vereine, verstärkte Unterstützung der Ehrenamtler*innen, sowie mehr
127 Programme gegen Diskriminierung und für mehr Awareness fördern den Sport langfristig.
128 Dies geschieht jedoch nur mit guter finanzieller Ausstattung und einer modernen, auf

- 129 die Zukunft ausgerichteten Sportpolitik. Insbesondere in Bezug auf die aktuellen
130 gesellschaftlichen Entwicklungen muss Sport zum Brücken bauen genutzt werden, denn
131 Sport ist für alle da!

Antrag G05: Ich sehe was, was du nicht siehst

Antragsteller*in:	UB Wuppertal, UB Düsseldorf, UB Kreis Mettmann, UB Remscheid, UB Solingen
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl und Gesundheitspolitik

1 46,8 Millionen Personen in Deutschland tragen eine Brille. Die meisten davon müssen
2 für ihre Sehhilfe selbst aufkommen, da die gesetzlichen Krankenkassen die Kosten für
3 Sehhilfen bei Erwachsenen nur unter strengen Voraussetzungen übernehmen. Diese
4 Tatsache stellt in vielen Fällen eine finanzielle Belastung dar. Davon sind
5 insbesondere einkommensschwache Familien, Studierende, Auszubildende, Arbeitssuchende
6 und Rentner*innen betroffen. Wir sollten uns daher nicht damit abfinden, dass der
7 Zugang zu einer grundlegenden Gesundheitsversorgung vom individuellen Einkommen
8 abhängt.

9 Bis 2003 wurden die Kosten für gesundheitlich notwendige Sehhilfen von den
10 gesetzlichen Krankenkassen in voller Höhe übernommen. Danach wurde die Gesetzgebung
11 geändert, sodass Sehhilfen jetzt nur noch unter strengen Voraussetzungen bezahlt
12 werden.

13 Die Änderung basiert dabei nicht auf gesundheitlichen Erkenntnissen, sondern auf der
14 Tatsache, dass die Versicherungen das Geld für die Kostenerstattungen einsparen
15 wollen.

16 Dabei sind Sehhilfen gesundheitlich notwendige Hilfsmittel. Menschen mit einer
17 Sehschwäche können darauf nicht verzichten und Krankenkassen sollten dafür zur
18 Verantwortung gezogen werden.

19 Gesetzliche Krankenkassen übernehmen die Kosten für Brillen bei Erwachsenen nur, wenn
20 die Sehschärfe nach der Korrektur maximal 30 % beträgt, ein Refraktionsfehler von
21 mindestens sechs Dioptrien bei Kurz- oder Weitsichtigkeit (Myopie und Hyperopie) oder
22 von mindestens vier Dioptrien bei einer Hornhautverkrümmung (Astigmatismus)
23 nachgewiesen wird.

24 Die gesundheitlichen Beeinträchtigungen im Alltag entstehen allerdings schon bei
25 geringerer Sehschwäche. Eine Sehhilfe wird von Ärzt*innen und Optiker*innen bereits
26 ab einem Refraktionsfehler von 0,25 Dioptrien verordnet. Daher sollten auch die
27 Krankenkassen bereits ab diesen geringen Werten die Kosten für eine Sehhilfe
28 übernehmen.

29 Dazu kommt, dass im Fall einer Kostenerstattung nur Festbeträge für Brillengläser
30 gezahlt werden. Die tatsächlichen Kosten übersteigen diese Sätze aber in den meisten
31 Fällen und der über die Festbeträge hinausgehende Betrag muss selbst gezahlt werden.
32 Diese Handhabung führt dazu, dass Personen, die eine Erstattung erhalten, dennoch
33 einen hohen Eigenanteil leisten müssen.

34 Bei den Mehrkosten handelt es sich hauptsächlich um die Entspiegelung und die Härtung
35 von Brillengläsern. Beide Maßnahmen sind aus gesundheitlichen Gesichtspunkten
36 unbedingt notwendig. Es handelt sich also nicht um Schönheitsmaßnahmen, sondern um
37 eine grundlegende medizinische Versorgung. Daher müssen auch diese Leistungen von den
38 gesetzlichen Krankenkassen erstattet werden. Die Regelung betrifft dabei nicht nur

- 39 Erwachsene, sondern auch Kinder unter 18 Jahren, da die Festbeträge auch bei der
40 Kostenerstattung von Sehhilfen bei Kindern Anwendung finden.
- 41 Außerdem werden Brillengestelle bei Erwachsenen grundsätzlich nicht übernommen.
42 Beitragszahler*innen müssen also auch diese Kosten in voller Höhe tragen, obwohl die
43 Aufwendungen bei einer Sehschwäche unvermeidbar sind.
- 44 Ein deutlicher Unterschied zeigt sich bei der Thematik zwischen den privaten und den
45 gesetzlichen Krankenversicherungen. Die privaten Krankenkassen erstatten in den
46 meisten Fällen die Kosten für eine Sehhilfe bei Erwachsenen in voller Höhe, während
47 die gesetzlichen Versicherungen häufig gar keine Kosten übernehmen. Auf diese Weise
48 wird die Ungleichheit zwischen privater und gesetzlicher Versicherung weiter
49 verstärkt.
- 50 Eine weitere Problematik ergibt sich bei der Verordnung von Schulsportbrillen. Dies
51 ist bisher nur für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren möglich. Die Teilnahme am
52 Sportunterricht für Personen, die 18 Jahre und älter sind, sollte jedoch weiterhin
53 auch mit Sehhilfen möglich sein. Daher sollten Schulsportbrillen auch für Personen,
54 die bereits 18 Jahre alt, aber noch schulpflichtig sind, in den Kassenleistungen
55 enthalten sein.
- 56 Für uns sind Sehhilfen ein Grundrecht, da sie zur grundlegenden medizinischen
57 Versorgung gehören. Jede Person in Deutschland muss ohne finanzielle Hürden das Recht
58 auf eine Sehhilfe haben.
- 59 Daher fordern wir:
- 60 • Eine Änderung des §33 im fünften Sozialgesetzbuch und der
61 Hilfsmittelrichtlinien, sodass die Kosten für verordnete Brillengläser für
62 Erwachsene unabhängig von der Stärke und Sehbeeinträchtigung von den
63 gesetzlichen Krankenkassen in voller Höhe übernommen werden
 - 64 • Übernahme der Kosten für ein Brillengestell alle fünf Jahre unabhängig vom Alter
 - 65 • Wegfall der Festbeträge für Brillengläser, sodass auch komplexere, entspiegelte
66 und gehärtete Gläser bezahlt werden
 - 67 • Übernahme der Kosten für eine Schulsportbrille, wenn das 18. Lebensjahr bereits
68 vollendet wurde, aber weiterhin eine Schulpflicht besteht

Antrag G06: Aufklärung, Diagnostik und Unterstützung bei der Behandlung von Lipödem

Antragsteller*in:	UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Wuppertal, UB Solingen
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl und Gesundheitspolitik

1 Das Lipödem ist eine weitverbreitete, aber häufig unterschätzte Erkrankung des
2 Fettgewebes, von der vor allem Frauen betroffen sind. Es zeichnet sich durch eine
3 ungleichmäßige Verteilung von krankhaften Fettzellen in Armen und Beinen aus.
4 Lipödeme können zu erheblichen physischen und psychischen Belastungen führen. Zu den
5 physischen Beschwerden zählen mitunter starke Schmerzen, Einschränkungen der
6 Mobilität, Schweregefühl in den Gliedmaßen und starke Blutergussbildungen. Die
7 psychischen Folgen sind genauso gravierend, wie eine gestörte Wahrnehmung des eigenen
8 Körperbildes, Depressionen oder soziale Isolation. Leider wird das Lipödem häufig gar
9 nicht oder fehldiagnostiziert und nicht ausreichend behandelt, was zu einer
10 Verschlechterung des Zustands der Betroffenen führen kann.

11 Der aktuelle Stand der Lipödem-Behandlung umfasst die Entscheidung des gemeinsamen
12 Bundesausschusses (G-BA) im Jahr 2019, dass Patient*innen mit Lipödem im Stadium III
13 unter bestimmten Bedingungen eine Liposuktion ambulant oder stationär zulasten der
14 gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erhalten können. Diese Regelung ist bis zum
15 31. Dezember 2024 befristet, da die Ergebnisse der laufenden Erprobungsstudie zur
16 Liposuktion bei Lipödem abgewartet werden sollen. Sobald die Studienergebnisse
17 vorlegen, wird der G-BA eine endgültige Entscheidung für alle Stadien der Erkrankung
18 treffen. Für eine gesicherte Diagnose in allen Stadien müssen bestimmte Symptome
19 festgestellt werden, und es wird eine konservative Therapie über einen Zeitraum von
20 sechs Monaten empfohlen. Hierzu zählen 45–60-minütige, mehrmals die Woche nötige
21 Lymphdrainagen und das regelmäßige Tragen von Kompressionsleggings, -strümpfen oder -
22 armstulpen. Auch hier ist ein enormes Defizit aufzuweisen, denn viele
23 Physiotherapeuten sind nicht für die Drainage ausgebildet und die Wartelisten für
24 Therapieplätze sind aufgrund des Umstandes lang. Kommt es so weit, dass trotz der
25 konservativen Therapie keine Linderung der Beschwerden eintritt, kann im Stadium III
26 eine Liposuktion verordnet werden – dies jedoch, nur, wenn der oder die Patient*in
27 Stadium III aufweist. Eine weitere Bedingung für eine Operation ist ein BMI von unter
28 35, dieser ist jedoch nur sehr schwer zu erreichen, da in diesem Stadium die
29 Patient*innen häufig unter starken Mobilitätseinschränkungen leiden und so
30 regelmäßiger Sport schwierig umzusetzen ist. Außerdem soll bei einem BMI von 40 oder
31 darüber zunächst die Adipositas behandelt werden. Zur Qualitätssicherung wurden
32 verschiedene Maßnahmen festgelegt, einschließlich einer Operationsplanung und -
33 dokumentation sowie Begrenzungen für die abzusaugende Menge an Fettgewebe. Parallel
34 zur Regelung der Liposuktion im Stadium III läuft eine Erprobungsstudie zu den Vor-
35 und Nachteilen der Liposuktion bei Lipödem in den Stadien I, II und III. Seit dem 1.
36 Januar 2020 ist beim Lipödem Stadium III die Liposuktion an Armen und Beinen unter
37 bestimmte Voraussetzungen Kassenleistung (vorerst bis 31. Dezember 2024 befristet).
38 Wenn eine Operation von der Krankenkasse nicht übernommen wird, bedeutet dies für die
39 Patient*innen hohe Kosten. Diese liegen ca. zwischen 10.000 € und 20.000 € die privat

40 gezahlt werden müssen, da für eine finale Behandlung meistens 2-3 Operationen nötig
41 sind.

42 **Wir fordern für Betroffene eine bessere gesundheitliche Versorgung.**

43 Wir fordern eine gezielte Informationskampagne, um die Bevölkerung über die Krankheit
44 Lipödem aufzuklären. Diese Kampagne sollte auf die Symptome, Risikofaktoren und
45 Behandlungsmöglichkeiten des Lipödems eingehen. Ziel ist es, das Bewusstsein für
46 diese Erkrankung zu erhöhen und Vorurteile und Stigmatisierung gegenüber den
47 erkrankten Personen abzubauen. Insbesondere soll dabei betont werden, dass eine
48 konservative Therapie, bestehend aus Flachstrick und Kompression in Kombination mit
49 Lymphdrainage bei Lymphödemen wirksam sein kann und dass Lipödem häufig zusammen mit
50 Lymphödem (vereinfacht Wassereinlagerungen) auftritt. Durch die Aufklärung über
51 Lipödem können bereits betroffene, noch nicht diagnostizierte Personen Hilfe
52 erhalten. Krankhafte Fettzellen können nicht einfach durch Sport und Diät
53 verschwinden, sondern benötigen medizinische Therapie oder im schlimmsten Fall die
54 beschriebene Liposuktion.

55 Ärzt*innen, insbesondere Gynäkolog*innen, sollten in der Diagnose des Lipödems besser
56 geschult werden. Es ist wichtig, dass sie die unterschiedlichen Stadien des Lipödems
57 erkennen können, einschließlich der Diagnose von Stadium I und II. Eine verbesserte
58 Diagnostik ermöglicht eine frühzeitige Intervention und eine geeignete
59 Behandlungsplanung.

60 Lipödem-Patient*innen benötigen eine umfassende medizinische Versorgung und
61 Unterstützung. Wir fordern eine bessere Ausstattung und Leistungserbringung von
62 Kliniken für die operative Behandlung des Lipödems. Die Kostenübernahme für operative
63 Eingriffe sollte nicht allein auf das Stadium III beschränkt sein, sondern auch für
64 Patient*innen mit Lipödem im Stadium I und II ermöglicht werden. Denn Lipödem ist in
65 allen Stadien belastend - sowohl durch die physischen Schmerzen und die Einschränkung
66 in der Mobilität und der Beweglichkeit als auch wegen der psychischen Belastung, dem
67 Druck und der Ohnmacht gegenüber der Entwicklung der Erkrankung ohne medizinische
68 Maßnahmen.

69 Darüber hinaus ist eine verstärkte Präventiv-Aufklärung erforderlich, um Essstörungen
70 im Zusammenhang mit Lipödem vorzubeugen. Essstörungen können sich vor allem deswegen
71 entwickeln, weil Abnahmeversuche ohne Therapie fast unmöglich sind. Es sollte auch
72 eine unterstützende Ernährungsberatung angeboten werden, damit die Erkrankten sich
73 damit auseinandersetzen können, welche Lebensmittel verträglich sind und langfristig
74 eine verbesserte Behandlung ermöglicht.

75 Um das Verständnis und die Behandlungsmöglichkeiten des Lipödems weiter
76 voranzutreiben, ist es von großer Bedeutung, die Forschung auf diesem Gebiet zu
77 unterstützen. Wir fordern die Einrichtung von Förderprogrammen und Stipendien für die
78 Erforschung von Ursachen, Prävention und Therapie des Lipödems.

79 Zusammengefasst fordern wir Jusos:

- 80 • eine gezielte Informationskampagne, um die Bevölkerung über die Krankheit
81 Lipödem aufzuklären.
- 82 • bessere Schulung zur Diagnose des Lipödems für Ärzt*innen und insbesondere
83 Gynäkolog*innen.

- 84 • eine umfassende medizinische Versorgung für Lipödem-Patient*innen mit einer
- 85 Kostenübernahme von operativen Eingriffen ab dem ersten Stadium.
- 86 • eine verstärkte Präventiv-Aufklärung, um Essstörungen vorzubeugen.
- 87 • die Einrichtung von Förderprogrammen und Stipendien für die Erforschung von
- 88 Ursachen, Prävention und Therapie des Lipödems.

Antrag I01: Dem Rückschritt entgegen – neue Wege zur einer jungsozialistischen Asyl- und Migrationspolitik in Bund, Ländern und Kommunen wagen

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Sachgebiet:	I - Innenpolitik, Migration und Justiz

- 1 Die angestrebte Reformierung im Kontext des sogenannten „Gemeinsamen Europäischen
2 Asylsystems“ (GEAS) stellt nicht nur eine immense Aushöhlung des rechtlichen
3 Flüchtlingsschutzes dar, sondern ist in seiner Auslegung auch ein Befähigungsmotor
4 für das Leid und Sterben an den europäischen Außengrenzen. Die sogenannten
5 Außengrenzen an der Festung Europa und die damit verbundene „Grenzsicherung“ sind
6 bereits seit Beginn rechtlicher Verschärfungen Anhaltspunkt für systematische und
7 institutionalisierte Menschenrechtsverletzungen. Weitere Verschärfungen – wie eben im
8 Rahmen der Reformierungsaspekte ausgelegt -werden dazu führen, dass es eine weitere
9 Zementierung dieses repressiven Status quos gibt.
- 10 Die faktische Abschaffung des Asylrechts hat eine lange Tradition! Immer wieder gab
11 es sowohl im Kontext der EU als auch auf der nationalen Ebene Bestrebungen, das
12 Asylrecht so auszuhöhlen, dass Schutzsuchende mit massiven rechtlichen Hürden
13 konfrontiert sind. Beispielhaft ist hier vor allem der forcierte Asylkompromiss aus
14 dem Jahr 1993 zu benennen, im Rahmen dessen das „deutsche Grundrecht auf Asyl“ einer
15 Wirkungslosigkeit unterlag, die sich durch massive Einschränkungen – wie
16 beispielsweise der Drittstaatenregelung – äußerte. Die Reformierung des GEAS stellt
17 nun also einen erneuten „Asylkompromiss“ dar, der auf Kosten des Flüchtlingsschutzes
18 erfolgt und der politisch mitgetragen wird. Dieses politische Mittragen kollidiert in
19 Gänze mit unserer Vorstellung einer humanen und progressiven Asyl- und
20 Migrationspolitik, die Schutzsuchende nicht klassifiziert, kriminalisiert und
21 dehumanisiert.
- 22 Wir beobachten außerdem, dass geplante Asylverschärfungen immer mit dem Narrativ der
23 Entlastung einhergehen. Dies wurde argumentativ – aus nationaler Perspektive – vor
24 allem mit Blick auf die prekäre Lage in den Kommunen gemacht. Diese Narrativziehung
25 dient dem Ausweichen einer echten Problemlösungsfindung und zementiert darüber hinaus
26 rassistische und rechte Positionierungen, aus denen resultierend ein Klima der
27 Ausgrenzung, Verachtung und Gewalt gegenüber Schutzsuchenden entspringt. Als
28 Jungsozialist*innen müssen wir dieser Narrativziehung konsequent entgegenstehen und
29 einer dezidierten Auseinandersetzung mit vorhandenen Problemkontexten nachgehen, die
30 darin münden soll, das Recht auf Asyl zu stärken und Schutzsuchenden echte Bleibe-
31 und Teilhabeperspektiven zu bieten. Gerade mit Blick auf den Bund, die Länder und die
32 Kommunen bilden folgende Aspekte einen enormen Handlungsbedarf.
- 33 **Verteilungsmechanismen neudenken – solidarische Verteilung ermöglichen!**
- 34 Gerade in der Frage nach existierenden Verteilungsmechanismen ist der Königsteiner
35 Schlüssel ein zu erwähnendes Instrument. Durch ihn erfolgt anhand unterschiedlicher
36 Faktoren, wie zum Beispiel der Bevölkerungszahl eines Bundeslandes, die
37 Steuereinnahmen oder die Fläche des Bundeslandes, die Verteilung Schutzsuchender.

38 Allerdings ergeben sich durch seine Anwendung auch unterschiedliche Probleme, die ein
39 Ungleichgewicht zwischen den Bundesländern – im Kontext der Aufnahmekapazitäten –
40 hervorhebt und eine ausreichende solidarische Verteilung zwischen den Bundesländern
41 verhindert. Ebenso bezieht der Verteilungsmechanismus über den Königsteiner Schlüssel
42 keinen dezidierten Blick auf Unterbringungsaspekte mit ein und verfehlt mit dieser
43 nicht inkludierten Sichtweise die Unterbringungskapazitäten in den jeweiligen
44 Bundesländern und Kommunen. Eine Sicherstellung dieser Perspektive ist essenziell und
45 wird vor allem immer dann deutlich, wenn es darum geht, aus Mangel an
46 Unterbringungsmöglichkeiten, inhumane Schnelllösungen in Form von „Containerlagern“
47 oder der langfristigen Unterbringung von Schutzsuchenden in Turnhallen auszurichten.
48 Auch individuelle Belange Schutzsuchender finden im Rahmen dieses
49 Verteilungsschlüssels keine Berücksichtigung. Für diese fehlende individuelle
50 Perspektive – die durchaus aus integrativer und teilhabspezifischer Sichtweise
51 relevant wäre – fehlt beispielsweise der Blick auf personenbezogene soziale Bindungen
52 Schutzsuchender oder aber auch Präferenzen der Standortmerkmale im Ankunftsort.
53 Der Königsteiner Schlüssel sollte aus diesen benannten Gründen eine kritische
54 Auseinandersetzung im Kontext der Verteilung von Schutzsuchenden durchlaufen und neu
55 justiert werden.

56 **Wir fordern daher:**

- 57 • Eine kritische Auseinandersetzung mit der Verteilung Schutzsuchender anhand des
58 Königsteiner Schlüssels
- 59 • Eine maßgebliche solidarische und demokratische Verteilung Schutzsuchender in
60 die jeweiligen Bundesländer und Kommunen, die die Bedürfnisse, Kapazitäten und
61 Ressourcen von Ländern und Kommunen in den Blick nimmt
- 62 • Eine verstärkte Auseinandersetzung mit Matching-Verfahren, die die individuellen
63 Bedürfnisse Schutzsuchender im Rahmen der Verteilung mit einbezieht
- 64 • Schulungen und Sensibilisierung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in
65 Aufnahmeeinrichtungen und Unterkünften, um den Schutz von besonders
66 schutzbedürftigen Gruppen zu gewährleisten und Diskriminierung zu verhindern.

67 **Finanzen neu aufstellen – für eine auskömmliche Finanzierung!**

68 Gerade in der Frage um gerechte Verteilungsmechanismen hat eine auskömmliche
69 Finanzierung durch den Bund enorme Relevanz. Während 2022 der Bund noch ca. 4,5
70 Milliarden Euro für die Entlastung von Kommunen und Ländern bereitstellte, sind im
71 laufenden Jahr lediglich ca. 400 Mio. Euro vorgesehen gewesen. Zwar sind im
72 Bundeshaushalt weiterhin Mittel für Sozialtransferleistungen, Integrationsleistungen,
73 Aufnahme, Registrierung und Unterbringung von Menschen im Asylverfahren und für die
74 sogenannte Fluchtursachenbekämpfung vorgesehen, doch stehen die Kommunen und Länder
75 meist ohne ausreichende Mittel in ihren Zuständigkeitsbereichen da.

76 Unterbringung, Versorgung und Integration von Asylsuchenden sind Aufgaben der Länder.
77 Die mangelnde Unterstützung des Bundes führt zur eingeschränkten Handlungsfähigkeit
78 und treibt Kommunen und Länder an ihre Belastungsgrenze. Obwohl nach intensiven
79 Verhandlungen die Länder erstreiten konnten, dass der Bund eine weitere Milliarde zur
80 Verfügung stellt, reichen die Mittel nicht aus. Für die auskömmliche und
81 flächendeckende Finanzierung des Systems braucht es die konstante Unterstützung des
82 Bundes, welche nicht erst von den Ländern erstritten werden muss. Die Bundesregierung

83 argumentiert auf Basis des Grundgesetzes, welches die Aufgabenteilung in Flucht- und
84 Asylfragen zwischen Bund, Ländern und Kommunen definiert, und ignoriert dabei, dass
85 es um Menschen geht, die derzeit unter prekären Bedingungen in Deutschland leben
86 müssen. Daher fordern wir die Bundesregierung dazu auskömmliche Mittel zur Verfügung
87 zu stellen, um flächendeckend bessere Bedingungen in Unterbringung, Integration und
88 Verfahren in Behörden zu erreichen.

89 **Daher lauten unsere Forderungen:**

- 90 • Der Bund muss seiner Verantwortung gerecht werden und Länder und Kommunen
91 stärker bei der Finanzierung ihrer Maßnahmen unterstützen.
- 92 • Nur eine auskömmliche und flächendeckende Finanzierung kann zu gerechten
93 Verteilungsmechanismen und der Gewährleistung qualitativer Mindeststandards in
94 der Unterbringung von Schutzsuchenden führen.
- 95 • Die Kommunen brauchen einen Altschuldenschnitt, um in allen Bereichen der
96 Daseinsvorsorge, so auch der Unterbringung, Versorgung und Integration,
97 handlungsfähig zu sein.
- 98 • Die Unterstützung und Stärkung von ehrenamtlichen Helfer*innen sowie
99 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für die Belange von
100 Geflüchteten und Schutzsuchenden einsetzen. Durch die Bereitstellung von
101 Ressourcen und die Förderung von Vernetzung und Zusammenarbeit kann die
102 Geflüchtetenhilfe gestärkt werden.

103 **Für menschenwürdige Unterbringung und flächendeckende Qualitätsstandards**

104 Die letzte Aktualisierung der Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen
105 in Flüchtlingsunterkünften erfolgte 2021, in der Unicef und das BMFSFJ mit weiteren
106 Akteur*innen Maßnahmen entwickelten, um Maßgaben in der Unterbringung von
107 Schutzsuchenden zu schaffen. Auch wenn dieser Leitfaden ein relevantes Mittel zur
108 Etablierung verschiedenster Maßnahmen ist, wird deutlich, dass es an Verbindlichkeit
109 und finanziellen Ressourcen mangelt.

110 Die 2023 veröffentlichte Evaluation dieser Mindeststandards zeigt, dass bisher keine
111 flächendeckenden Maßnahmen gewährleistet wurden. In mindestens einem Fünftel der
112 Unterkünfte sind bis heute keine Maßnahmen durchgeführt worden, um die Qualität und
113 den Schutz vor Gewalt in Unterkünften zu erhöhen. Dieser Umstand ist auch Ergebnis
114 dessen, dass bisher in vielen anderen Modellprojekten Maßnahmen umgesetzt, jedoch
115 keine Verbindlichkeit geschaffen wurde. Zudem besteht die Gefahr, dass Bedingungen
116 sich mangels der Qualitätssicherung in den Unterkünften und mangels eines
117 grundsätzlichen Qualitätsmanagements weiter verschlechtern können. Daher fordern wir,
118 dass es zu verbindlichen Mindeststandards in der Unterbringung von Schutzsuchenden
119 kommt und eine flächendeckende auskömmliche Finanzierung die Basis dieser Maßnahme
120 darstellt.

121 Weiterhin ist für uns Jusos klar, dass Ankerzentren menschenunwürdige Formen der
122 Unterbringung sind. Daher gehören sie abgeschafft und es muss verhindert werden, dass
123 dieses Modell, egal wo, möglich ist. Die aktuellen Entwicklungen in der Asyl- und
124 Migrationspolitik sind besorgniserregend und wir Jusos stellen uns dem entschieden
125 entgegen.

126 **Wir fordern:**

- 127 • Keine menschenunwürdige Ankerzentren: Weder in Deutschland noch irgendwo anders!
- 128 • Verbindliche Mindeststandards in der Unterbringung von Geflüchteten und
129 Schutzsuchenden. Es sollten klare Standards festgelegt werden, die
130 sicherstellen, dass die Unterbringung von Geflüchteten und Schutzsuchenden ihren
131 grundlegenden Bedürfnissen gerecht wird, einschließlich ausreichender
132 Privatsphäre, angemessener Hygienebedingungen, Zugang zu medizinischer
133 Versorgung und psychosozialer Unterstützung.
- 134 • Ein effektives und kontinuierliches Qualitätsmanagement muss sowohl auf
135 übergeordneter Ebene als auch in den einzelnen Unterkünften etabliert werden.
136 Dies beinhaltet regelmäßige Inspektionen, transparente Berichterstattung über
137 die Zustände in den Unterkünften, die Einbindung von unabhängigen Expert*innen
138 und eine aktive Beteiligung der Bewohner*innen an der Gestaltung ihrer
139 Lebensumgebung.
- 140 • Auskömmliche Finanzierung zur Sicherstellung dieser Standards durch den Bund und
141 die Länder.

142

143 **Asylbewerber*innenleistungsgesetz abschaffen - für mehr Teilhabe statt Leben in**
144 **Ausgrenzung und Armut**

145 Für eine progressive und humane Asylpolitik müssen wir den Druck auf die Bundesebene
146 verstärken, damit das sogenannte Asylbewerber*innenleistungsgesetz (AsylbLG)
147 abgeschafft wird. Das Asylbewerber*innenleistungsgesetz (AsylbLG) regelt den
148 Leistungsbezug von Personen im Asylverfahren, geduldeten und ausreisepflichtigen
149 Personen sowie weiteren Personengruppen (siehe § 1 Abs. 1 AsylbLG), sofern sie
150 hilfsbedürftig sind. Anspruchsberechtigte nach dem Asylbewerber*innenleistungsgesetz
151 sind von anderen Sozialleistungen wie der Sozialhilfe nach dem SGB XII oder dem
152 Bürger*innengeld nach dem SGB II ausgeschlossen und erhalten im Vergleich nur
153 deutlich geringere Leistungen. In der Praxis bedeutet das eine Kategorisierung und
154 Hierarchisierung von Menschen, die auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind.
155 Schutzsuchende müssen am Existenzminimum leben, willkürliche Leistungskürzungen,
156 diskriminierende „Sonderbehandlungen“ und eine menschenverachtende
157 Gesundheitsversorgung sind Teil ihres Alltags. Vor allem der Aspekt
158 der Gesundheitsversorgung ist in allen Anwendungsbereichen deutlich zu
159 kritisieren. Schutzsuchenden wird demnach nur eine medizinische Notversorgung
160 gewährleistet – zu der sie nur über den Erhalt eines behördlichen Krankenscheins
161 gelangen.

162 Das AsylbLG bedeutet eine massive Einschränkung der Grundrechte von Menschen auf der
163 Flucht, die in der Bundesrepublik Schutz suchen. Mit dem Gesetz wurde das
164 Sachleistungsprinzip, verpflichtende „gemeinnützige Arbeit“ für 80 Cent/h und eine
165 eingeschränkte Gesundheitsversorgung für Geflüchtete eingeführt. Weiterhin wurde über
166 die Jahre ein umfassender Sanktionskatalog festgelegt, mit dem weitere Kürzungen der
167 nur minimal gewährten Leistungen möglich sind. Das Gesetz dient auch der Durchsetzung
168 von Sammellagern, in denen eine Wohnsitzauflage, ein Ausbildungs- und Arbeitsverbot
169 sowie eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit existieren.

170 **Wir fordern:**

- 171 • Auch in Deutschland sind Veränderungen im Umgang mit Geflüchteten erforderlich.

- 172 Das Asylbewerber*innrleistungsgesetz in seiner jetzigen Form muss abgeschafft
173 werden und die Leistungen für Asylbewerber*innen und Geduldete
174 verfassungskonform neu geregelt werden.
- 175 • Kettenduldungen müssen in dauerhafte Aufenthaltsrechte überführt werden
 - 176 • Das Arbeitsverbot von Geflüchteten von derzeit 9 Monaten ist abzuschaffen und
177 die Integrationsförderung in Arbeit und Gesellschaft zu verbessern. Ein
178 wesentlicher Aspekt ist es, Flüchtlingen und Asylsuchenden den Zugang zu
179 Integrationskursen zu eröffnen
 - 180 • Den gleichen Zugang zu menschenwürdiger Gesundheitsversorgung wie deutsche
181 Staatsbürger*innen
 - 182 • Das Ende prekärer Wohnverhältnisse
- 183 Eine menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik kann nicht von einzelnen
184 Bundesländern gewährleistet werden. Dazu bilden bundes- und europapolitische
185 Regelungen den unverzichtbaren Rahmen. Es muss sichergestellt werden, dass
186 diejenigen, die unseren Schutz benötigen, auf sicheren Wegen auch tatsächlich das
187 Territorium der EU erreichen können. Der Schutz für einige – aber nicht alle –
188 kollidiert allerdings mit unseren jungsozialistischen Vorstellungen und muss aus
189 diesem Grund weiterhin kritisch betrachtet werden. Unser Ziel muss es sein, eine
190 strukturelle und institutionelle Verbesserung der Lebenssituationen
191 aller Schutzsuchenden zu erreichen. Vor 30 Jahren, am 26. Mai 1993, wurde im Rahmen
192 des sogenannten „Asylkompromisses“ nicht nur das Grundrecht auf Asyl ausgehöhlt. Das
193 sind 30 Jahre zu viel. Wir sind entsetzt über das Vorhaben der Europäischen
194 Kommission und die Position der Bundesregierung zur Durchführung von verpflichtenden
195 Asylverfahren an der EU-Außengrenzen. Die geplanten Reformen ziehen massive
196 Menschenrechtsverletzungen mit sich. Verpflichtende Asylverfahren an den EU-
197 Außengrenzen höhlen das Recht auf Asyl aus und beschneiden die Rechte von
198 Geflüchteten. Sie forcieren systematische Pushbacks, menschenunwürdige Lager und
199 nehmen massive humanitäre Krisen - wie im Mittelmeer - an den Grenzen Europas
200 billigend in Kauf. Dieses Aushöhlen der Genfer Flüchtlingskonvention zu akzeptieren
201 kann nicht im Sinne einer sozialdemokratischen Politik gesehen werden. Die Debatten
202 um Altersgrenzen und die Dauer von Asylverfahren an den EU-Außengrenzen sollen von
203 den unmenschlichen Konsequenzen der Reformpläne ablenken. Es darf keine Asylverfahren
204 und weitere Lager an den Grenzen geben. Deutschland muss zusammen mit der
205 Europäischen Union an flächendeckenden verbindlichen Standards arbeiten, sowie die
206 Verteilungsmechanismen neudenken. Nicht nur innerhalb Deutschlands. Eine Neuregelung
207 der Finanzierung muss erarbeitet werden. Der Bund muss mehr Geld zur Verfügung
208 stellen.
- 209 Im Endeffekt wird mit den Beschlüssen nur die menschenunwürdige Behandlung von
210 Geflüchteten rechtlich in Stein gemeißelt. Das gesamte Vorhaben stellt in der Folge
211 ein einziges Unrecht dar. Die Reformen bedeuten eine weitere Verschärfung des
212 Asylrechts. Das Grundrecht auf Asyl wird für Schutzsuchende erschwert oder ihnen gar
213 gänzlich entzogen. Sozialdemokratische Migrations- und Asylpolitik muss auf
214 Solidarität fußen und nicht auf Abschottung und Menschenrechtsverletzungen! Das
215 Menschensterben im Mittelmeer und an den EU-Außengrenzen muss jetzt gestoppt werden!

Antrag I02: Klimaprotest ist kein Verbrechen!

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Sachgebiet:	I - Innenpolitik, Migration und Justiz

1 Der klimapolitische Diskurs der letzten Monate ist geschädigt durch billige
2 konservative Meinungsmache. Diese fällt zu Lasten derer, die sich für einen
3 konsequenten Klimaschutz einsetzen - es werden jene kriminalisiert und stigmatisiert,
4 die mit allen friedlichen Mitteln versuchen, die Öffentlichkeit für Klimaschutz zu
5 sensibilisieren.

6 **Die historische Notwendigkeit zivilen Ungehorsams**

7 Die Praxis des zivilen Ungehorsams hat eine lange, erfolgreiche Tradition; nicht nur
8 in Deutschland haben zivilgesellschaftliche Bewegungen ihre Ziele gegen eine
9 rückschrittliche Politik ihrer Zeit durchsetzen können. Feministische und
10 antirassistische Bewegungen machten mithilfe zivilen Ungehorsams auf drängende
11 Missstände ihrer Zeit aufmerksam. Zivilen Ungehorsam zeichnet sein gewaltfreier
12 Charakter aus. Prominente Beispiele für erfolgreiche Akte zivilen Ungehorsams finden
13 sich im Kampf für das Frauenwahlrecht, gegen rassistische Gesetze, für die Rechte
14 queerer Menschen. All diese Bewegungen haben durch die bewusste Missachtung einer
15 Gesetzgebung, die Menschen über Jahrzehnte und Jahrhunderte unterdrückt und geschadet
16 hat, Veränderungen bewirkt. Sie mussten Repressionen, Hass und Gewalt erfahren von
17 einem System, das sich nicht nur gegen ihre Ziele, sondern auch gezielt gegen sie als
18 Menschen gerichtet hat.

19 Polizeigewalt auf Kundgebungen und Demonstrationen in Deutschland richtet sich -
20 historisch gewachsen - in der Tendenz gegen progressive Kräfte, die gegen
21 Herrschaftsverhältnisse und gerade auch umweltpolitische Schief lagen demonstrieren.
22 Auf Demonstrationen der Anti-Atomkraftbewegung, für die prominente Beispiele in den
23 1970er und 1980er Jahren liegen, ging die Polizei häufig mit extremer Gewalt gegen
24 die Protestierenden vor. So setzten sich beispielsweise am 28. Februar 1981
25 zehntausende Demonstrierende in Brokdorf über ein Demonstrationsverbot hinweg, das
26 aufgrund erwarteter Zusammenstöße zwischen Demonstrierenden und Polizei verhängt
27 wurde - unrechtmäßigerweise, wie das Bundesverfassungsgericht einige Jahre später
28 urteilte.

29 Die Klimabewegung hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten international eine
30 zentrale Rolle bei der Schaffung von Bewusstsein für den klimapolitischen
31 Handlungsdrang gespielt. Konservative Kräfte haben stets versucht, dieses Bewusstsein
32 zu verhindern oder zumindest zu unterdrücken. Seitdem der Klimaschutz durch
33 öffentliche Proteste wieder eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen Diskurs spielt,
34 werden Gruppierungen, die sich für den Klimaschutz einsetzen, immer wieder zur
35 Zielscheibe der politischen Gegner*innen einer klimagerechten Welt. Denn diese würde
36 zwangsweise dazu führen, dass die Kapitalist*innen weder Mensch noch Natur in dieser
37 Form ausbeuten dürfen, wie sie es derzeit tun. Es war die Klimabewegung, die sich der
38 staatlichen Durchsetzung von Profitgier und Konzerninteressen in Lützerath
39 entgegengestellt hat. Auch dort begegnete ihr der deutsche Staat mit überschießender
40 Polizeigewalt statt Verhältnismäßigkeit.

41 Wir erkennen den zivilen Ungehorsam verschiedener Gruppierungen in der Klimabewegung
42 als solchen an und verurteilen Kriminalisierungsversuche des konservativen Lagers,
43 die einzig und allein die Delegitimation der Ziele der Bewegung unter dem Deckmantel
44 einer "Law and Order"- Politik zum Ziel haben. Die Bezeichnung von Aktivist*innen als
45 "Klimaterroristen" stellt etwa eine falsche und schwerwiegende Anschuldigung dar, die
46 Klimaprotest als gefährlich und antidemokratisch darstellen will. Statt den
47 Klimaprotest zu delegitimieren, solidarisieren wir uns mit der Klimabewegung und
48 ihren Zielen. Wir wollen zurückkehren zu einem sachlichen Diskurs darüber, wie wir
49 Klimagerechtigkeit erreichen können und weg von autoritärer Delegitimierung des
50 Klimaprotests.

51 Die Kriminalisierung der Klimabewegung und des Klimaprotests als solchem ist nicht
52 verhältnismäßig und eine Ausprägung der Gewaltspirale, die nicht zuletzt durch
53 politisch initiierte Razzien zu gesellschaftlicher Stimmung und Stigmatisierungen
54 gegen Aktivist*innen führt. Eine sprachliche Eskalation in Form der Bezeichnung von
55 Aktivist*innen als "Klimaterroristen" trägt dieser Stigmatisierung - die auch im
56 polizeilichen Umgang mit den Aktivist*innen Anklang zu finden scheint - zusätzlich
57 bei. Es steht für uns fest, dass der politisierte Einsatz der Exekutive gegen
58 Klimaaktivist*innen, zum Beispiel in Form von nur schwer begründbaren Razzien,
59 Präventivhaft und unbegründbar eingesetzten Schmerzgriffen, zu verurteilen ist.

60 Die Räumung von Lützerath, die weitreichende Unzugänglichkeit politischer Kräfte für
61 die Anliegen der Klimabewegung, die um sich greifende "Klima ja, aber so nicht"-
62 Haltung, die verheerende Folgen für Mensch und Natur, allen voran jene im globalen
63 Süden bedeutet, und die Debatte über die Sinnhaftigkeit einzelner Protestaktionen für
64 den Klimaschutz sind einige der jüngsten Beispiele dafür, in welche Schieflage der
65 Diskurs der deutschen Öffentlichkeit über Klimafragen geraten ist.

66 Wir wollen den bisherigen Erfolg dieser Denunziationen und Ablenkungen nicht weiter
67 hinnehmen. Deshalb fordern wir: Schluss mit der Kriminalisierung des Klimaprotests,
68 Solidarität mit der Klimabewegung!

69 **Die „Letzte Generation“ ist keine kriminelle Vereinigung**

70 Hitzig diskutiert wurde in den vergangenen Monaten, ob es sich bei der letzten
71 Generation um eine kriminelle Vereinigung im Sinne des § 129 StGB handelt. Die Norm
72 weist eine lange Geschichte als Mittel zur Verfolgung oppositioneller Gruppen auf.
73 Vorherige Normen richteten sich speziell gegen Vereinigungen mit politischer
74 Ausrichtung. Wer nach dem heutigen § 129 StGB Mitglied einer kriminellen Vereinigung
75 wird oder sie anderweitig unterstützt, macht sich nicht nur strafbar, sondern kann
76 bereits im Verdachtsfall Objekt verschiedener Ermittlungsmaßnahmen, etwa der
77 Telekommunikationsüberwachung, werden. So kam es Ende letzten Jahres bundesweit zu
78 Hausdurchsuchungen bei Personen, die der Gruppe „Letzte Generation“ zugeordnet
79 wurden. § 129 StGB, an den dabei angeknüpft wurde, ist auch heute keinesfalls eine
80 unproblematische Norm. Sie knüpft mit der Bildung einer kriminellen Vereinigung nicht
81 an Verhaltensweisen an, die für sich genommen die Rechtsgüter von Personen verletzen.
82 Stattdessen wird der strafbare Bereich zeitlich vorverlagert. Ab wann eine
83 Unterstützungshandlung vorliegt, ob hierfür bereits Spenden ausreichen, wird vom
84 Gesetz dabei nicht näher konkretisiert. Jenseits des Verbesserungsbedarfs an der Norm
85 selbst gilt es festzustellen, dass die „Letzte Generation“ keine kriminelle
86 Vereinigung in diesem Sinne darstellt. So ist eine Vereinigung nach § 129 Abs. 3 Nr.

87 2 StGB vom Tatbestand ausgeschlossen, wenn die Begehung von Straftaten nur ein Zweck
88 oder eine Tätigkeit von untergeordneter Bedeutung ist. Etwaige Straftaten der
89 „Letzten Generation“ erreichen nicht die Erheblichkeitsgrenze, die aus der
90 Ausnahmevorschrift gefolgert wird. Kennzeichnend für ihr Erscheinungsbild sind
91 schließlich nach wie vor die Straßenblockaden. Zudem sind etwaige strafbare
92 Handlungen gerade nicht das Hauptziel der Bewegung, die in erster Linie eine
93 klimafreundlichere Politik erreichen will. Selbst die Staatsanwaltschaft Berlin
94 stellte in einem Beschluss bereits fest, dass die Anliegen der Aktivist*innen „im
95 Einklang mit der Staatszielbestimmung des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen
96 stehen“. Schutzzweck der Norm bilden die öffentliche Sicherheit und der innere
97 Frieden. Diese Rechtsgüter sind bedroht, wenn Vereinigungen ein Klima der Angst
98 schaffen, nicht aber, wenn sie sich fürs Klima auf die Straße kleben. Grundlegende
99 Rechtsgüter wie Leib und Leben werden dabei nicht angegriffen. Die
100 Strafverfolgungsbehörden bewegen sich über die Grenzen des § 129 StGB hinaus, wenn
101 sie Wohnungsdurchsuchungen wegen einer mutmaßlichen Mitgliedschaft zur „Letzten
102 Generation“ durchführen. Für die Stigmatisierung von ihnen, der „Letzten Generation“
103 und den Klimaprotesten insgesamt bedarf es dabei gar nicht erst einer tatsächlichen
104 Strafbarkeit. Bereits die Ermittlungen, die Prüfung des Verdachts, der viele Monate
105 dauern kann, beeinträchtigen die Grundrechte der Betroffenen erheblich und können zu
106 einer gesellschaftlichen Distanzierung von der Gruppe und ihren berechtigten Anliegen
107 führen. Schon das Ermittlungsverfahren hat somit fatale Wirkungen.

108 **Wir fordern,**

- 109 • Den Wortlaut von § 129 Abs. 1 StGB dahingehend zu konkretisieren, dass es sich
110 bei den angestrebten Straftaten um schwere Straftaten im Sinne von § 100a Abs. 2
111 StPO handeln muss.
- 112 • In § 129 StGB näher zu bestimmen, wann eine strafbare Unterstützungshandlung
113 vorliegt.
- 114 • Die „Letzte Generation“ nicht als vermeintliche kriminelle Vereinigung zu
115 stigmatisieren.

116 **Der Präventivgewahrsam: Überbordende Befugnisse zur Gefahrenabwehr**

117 Eine polizeiliche Maßnahme, die sich im Umgang mit Klimaaktivist*innen großer
118 Beliebtheit erfreut ist der Präventivgewahrsam. So wurden Ende 2022 bereits einige
119 Aktivist*innen in Bayern fast einen Monat lang auf diesem Wege inhaftiert. Dabei
120 lohnt es sich, einen kritischen Blick in die Polizeigesetze zu werfen: Mit dem
121 Präventivgewahrsam kann eine Person vorsorglich in Haft genommen werden. Die
122 Freiheitsentziehung erfolgt dann nicht, um eine Strafe wegen begangener Taten zu
123 vollziehen, sondern um potenzielle künftige Straftaten zu verhindern. Im Gegensatz zu
124 einer Haftstrafe geht dem Präventivgewahrsam damit auch kein Strafverfahren voraus,
125 in dem sich die Betroffenen umfassend verteidigen können. Eine Freiheitsentziehung
126 stellt jedoch einen der schwerwiegendsten staatlichen Eingriffe dar und unterliegt
127 hohen verfassungsrechtlichen Anforderungen. Die konkreten Voraussetzungen
128 (beispielsweise, wann es einer richterlichen Anordnung bedarf) und das zeitliche
129 Ausmaß des Präventivgewahrsams hängen von den Regelungen des jeweiligen Bundeslandes
130 ab. Die Ausweitung der Befugnis zum Präventivgewahrsam in zahlreichen Bundesländern
131 betrachten wir kritisch. Beispielsweise konnten in NRW Personen zunächst höchstens
132 bis zum Ende des Tages nach der Ingewahrsamnahme festgehalten werden. Mit dem

133 Sicherheitspaket I im Jahr 2018 wurde die Maximaldauer auf 28 Tage erweitert. In
134 Bayern ist zurzeit eine Präventivhaft von bis zu 30 Tagen vorgesehen, die um einen
135 weiteren Monat verlängert werden kann. Hessen (6 Tage), Brandenburg (4 Tage) und
136 Berlin (2 Tage) zeigen jedoch, dass eine deutlich kürzere Haftdauer für eine
137 effektive Gefahrenabwehr ausreicht. Während eines solchen mehrtägigen Gewahrsams ist
138 es schließlich möglich, mildere Maßnahmen, beispielsweise solche zur
139 Aufenthaltsüberwachung oder Observation bereitzustellen. Etwa in Fällen häuslicher
140 Gewalt kann auch eine präventive Haft von mehreren Tagen durchaus sinnvoll und
141 gerechtfertigt sein. Auf diesem Wege wird den gefährdeten Frauen ausreichend Zeit
142 verschafft, um sich eine neue Unterkunft zu suchen. Eine Dauer, die wenige Tage
143 überschreitet, kann für den Präventivgewahrsam hingegen nicht zulässig sein.
144 Schließlich ist Zweck der Maßnahme die Verhinderung konkreter, in einer bestimmten
145 kurzen Zeitspanne drohender Straftaten. Andernfalls verwischen die
146 Ermächtigungsgrundlagen in den Polizeigesetzen die Grenze zur repressiven
147 Strafverfolgung und bieten ein erhebliches Missbrauchsrisiko dafür, zum allgemeinen
148 Abschreckungsinstrument zu werden.

149 **Wir fordern daher:**

- 150 • Der Präventivgewahrsam sollte in allen Bundesländern eine Maximaldauer von 48
151 Stunden nicht überschreiten.
- 152 • Die Anordnung des Präventivgewahrsams soll nur unter den engen Voraussetzungen
153 erfolgen können, etwa wenn dies erforderlich ist, um Leib oder Leben einer
154 Person zu schützen.

155 **Schmerzgriffe: Eine polizeiliche Praxis am Rande der Legalität**

156 Schmerzgriffe sind ein Sammelbegriff für verschiedene Techniken, die durch
157 körperliche Einwirkung auf schmerzempfindliche Körperstellen starke Schmerzen
158 erzeugen und so den Willen der Betroffenen beugen sollen. Unmittelbares Ziel ihrer
159 Anwendung ist der Schmerz selbst, der erreichen soll, dass die Betroffenen
160 polizeilichen Anweisungen folgen. Anders verhält es sich beim Wegtragen von
161 Blockierer*innen, das in aller Regel keine Schmerzen verursacht bzw. nur solche, die
162 unbeabsichtigte Nebenfolge des Tragens sind. In den sozialen Medien kursierten in
163 diesem Jahr Videos, die offenbar polizeiliche Anwendungen von Schmerzgriffen
164 gegenüber Klimaaktivist*innen zeigten und nun Gegenstand von Gerichtsverfahren sind.
165 Schließlich ist das Zufügen von Schmerzen nur in dem Maße erlaubt, wie es
166 erforderlich ist. Auch wenn sie die Vollstreckung einer polizeilichen Maßnahme
167 beschleunigen oder vereinfachen, reicht das zu ihrer Legalität lange nicht aus.
168 Solange beispielsweise eine Sitzblockade auch durch das Wegtragen der
169 Blockierer*innen mit Hilfe mehrerer Polizist*innen beendet werden kann, bedarf es
170 keiner Zufügung von Schmerzen. Schmerzgriffe sind dann schlicht unverhältnismäßig und
171 rechtswidrig. Das gebietet das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das
172 menschenrechtliche Folterverbot. Aber auch die Versammlungsfreiheit verlangt das
173 Unterlassen von Schmerzgriffen: Videos wie die bereits Erwähnten erzeugen den
174 Eindruck, bei der Teilnahme an einer Demonstration mit körperlicher Misshandlung
175 rechnen zu müssen und schreckt von der Wahrnehmung der Versammlungsfreiheit ab.

176 **Deshalb fordern wir:**

- 177 • Schmerzgriffe dürfen nicht zum Standardrepertoire polizeilicher Maßnahmen

178 werden. Allenfalls wenn sie zum Schutz gewichtiger Rechtsgüter zwingend
179 erforderlich sind, kann eine Anwendung gerechtfertigt sein.

180 • Der verhältnismäßige Umgang mit friedlichen Demonstrationen, wie beispielsweise
181 durch Kooperation von Versammlungslagen oder dem Wegtragen von Aktivist*innen
182 muss tiefgreifender in der polizeilichen Aus- und Fortbildungspraxis etabliert
183 werden.

184 **Die volle Härte des Gesetzes?**

185 Im Zuge der zunehmenden Bedeutung der Klimabewegung und der Forderungen nach
186 konkreten Maßnahmen zum Schutz des Klimas werden Aktivist*innen immer häufiger mit
187 polizeilichen Maßnahmen und juristischen Einschränkungen konfrontiert. Dies umfasst
188 unter anderem die Anwendung von präventivem Gewahrsam, Hausdurchsuchungen,
189 Strafverfahren aufgrund von Blockadeaktionen oder das Verhängen von hohen Bußgeldern.
190 Diese repressiven Maßnahmen können dazu führen, dass Aktivist*innen eingeschüchtert
191 werden, ihre Aktivitäten einschränken oder von weiterem Engagement absehen.

192 Gewaltbereiter Protest steht nicht im Einklang mit den demokratischen Grundwerten und
193 dem Rechtsstaat. Die Klimabewegung selbst hat sich jedoch wiederholt von jeglicher
194 Form von Gewalt distanziert und betont, dass ihr Engagement auf gewaltlosem zivilem
195 Ungehorsam basiert. Es ist wichtig, diese Abgrenzung deutlich zu machen und zu
196 betonen, dass gewaltbereiter Protest nicht mit den Anliegen und Zielen der
197 Klimabewegung in Verbindung gebracht werden sollte.

198 Massive repressive Maßnahmen gegen die gesamte Klimabewegung sind daher das falsche
199 Mittel, um mit den legitimen Anliegen der Aktivist*innen umzugehen. Eine solche
200 Vorgehensweise kann nicht nur das Vertrauen in den Rechtsstaat und die demokratischen
201 Institutionen untergraben, sondern auch zu einer weiteren Polarisierung und
202 Eskalation führen.

203 Mitte Dezember 2022 durchsuchte die Polizei bundesweit Wohnungen von Mitgliedern der
204 „Letzten Generation“. Der Verdacht: Bildung einer kriminellen Vereinigung. Beispiele
205 für solche Vereinigungen sind Drogenkartelle, mafiose Gruppen oder rechtsradikale
206 Rockbands. Im frappierenden Unterschied dazu bedroht die „Letzte Generation“ keine
207 Menschenleben, sondern will sie gerade schützen und zu diesem Zweck auf Ihre
208 Forderung stärkerer Klimaschutzmaßnahmen hinweisen. Dem begegnete der Staat in den
209 letzten Monaten mit drakonischen Maßnahmen und stellte sein breites Instrumentarium
210 zur Schau. Mit der „vollen Härte des Rechtsstaates“ (noch so eine Floskel aus der
211 Hölle) wird nun offenbar gegen Klimaaktivist*innen vorgegangen. Doch was den
212 Rechtsstaat auszeichnet, ist nicht seine „volle Härte“, sondern seine
213 Verhältnismäßigkeit. Und die lassen einige Akteur*innen gerade vermissen.

214 Beispielsweise in NRW nehmen repressive Maßnahmen gegenüber Klimaaktivist*innen zu.
215 Die Einschränkung der Versammlungsfreiheit in NRW infolge der Einführung eines
216 eigenen Landesversammlungsgesetzes sind symptomatisch für diese politische Reaktion.
217 Hierzu zählt etwa ein pauschales Versammlungsverbot auf Autobahnen oder ein äußerst
218 unklar definiertes Einschüchterungs- und Uniformierungsverbot. Der Gesetzgeber hat es
219 verpasst, die Versammlungsfreiheit zu stärken und anstelle dessen juristisch und
220 politisch umstrittene unbestimmte Rechtsbegriffe oder Pauschalisierungen in den
221 Gesetzestext aufgenommen, die ein Einfallstor dafür bilden, gerade auch den Protest
222 von Klimabewegungen unverhältnismäßig einzuschränken.

223 Die weißen Overalls, die seit Jahren bei den Klimaprotesten genutzt werden, stellt
224 das Versammlungsgesetz NRW historisch in eine Reihe mit uniformierten Aufmärschen von
225 SA und SS. Dabei attestiert das Gesetz ihnen wie auch Marschtritt und Trommelschlagen
226 eine „suggestiv-militante, aggressionsstimulierende und einschüchternde Wirkung“. Die
227 weißen Overalls sollen also militantes Auftreten oder eine aggressive bzw.
228 einschüchternde Wirkung haben - Fackelmärsche in T-Shirts der Partei “Der Dritte Weg”
229 wie in Plauen im Jahr 2019 aber nicht? Rechtsnormen, die derart unbestimmt sind,
230 tragen nicht dazu bei, eines der wichtigsten Güter unserer Demokratie - die
231 Versammlungsfreiheit - zu schützen. Auch das pauschale Versammlungsverbot auf
232 Autobahnen richtet sich eindeutig gegen Aktivist*innen, die dort protestieren, um auf
233 die sich zuspitzende Klimakrise aufmerksam zu machen.

234 Es kann nicht sein, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ungerechtfertigt so
235 weitgehend einschränkt und dabei Klimaprotestierende in eine Reihe mit
236 demokratiefeindlichen Bestrebungen gestellt werden.

237 **Daher fordern wir:**

- 238 • Die Vermeidung unverhältnismäßiger repressiver Maßnahmen gegenüber
239 Klimaaktivist*innen, die das Vertrauen in den Rechtsstaat und die demokratischen
240 Institutionen untergraben und zu weiterer Polarisierung führen können.
- 241 • Eine Überarbeitung der Versammlungsgesetze auf Landesebene, um die
242 Versammlungsfreiheit zu stärken und unbestimmte Rechtsbegriffe oder
243 Pauschalisierungen zu vermeiden, die den Protest der Klimabewegungen
244 unverhältnismäßig einschränken könnten.
- 245 • Die Sensibilisierung der zuständigen Behörden für die Bedeutung des Schutzes des
246 Versammlungsrechts und den respektvollen Umgang mit Klimaaktivist*innen.
- 247 • Die Schulung von Polizeibeamt*innen im Hinblick auf die Unterscheidung zwischen
248 gewaltbareitem Verhalten und legitimen Ausdrucksformen des Klimaprotests.

Antrag I03: Rassismus raus aus unseren Behörden!

Antragsteller*in:	UB Bonn
Sachgebiet:	I - Innenpolitik, Migration und Justiz

1 „Ich bekomme mittlerweile Herzrasen, wenn ich oder meine Freund*innen in eine
2 Polizeikontrolle geraten, weil der ganze braune Dreck innerhalb der
3 Sicherheitsbehörden uns Angst macht. Das ist nicht nur meine Realität, sondern die
4 von vielen Menschen in diesem Land.“

5 Diese Worte reichten im Mai 2023 in Form eines Tweets aus, damit Bahar Aslan ihren
6 Lehrauftrag verlor. Sie lehrte an der Hochschule für Polizei und Öffentliche
7 Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV) in Köln, einer vom Innenministerium getragenen
8 Hochschule für Polizeianwärter*innen und Verwaltungsbeamte, das Fach „Interkulturelle
9 Kompetenzen“. Ihr Job war es also, u.a. junge Polizist*innen für das Thema Rassismus
10 zu sensibilisieren.

11 **Keine Einzelfälle!**

12 Rassistische Chatgruppen, überbordende Polizeigewalt gegen BIPOC, wie im Fall des
13 getöteten 16-jährigen Mohammed D. in Dortmund: All das sind keine Einzelfälle,
14 sondern Resultat eines tiefsitzenden institutionellen Problems – ganz egal wie oft
15 Skandal-Innenminister Reul anderes behauptet. All das ist Ausdruck rechter Strukturen
16 innerhalb unserer Sicherheitsbehörden.

17 Jede medienwirksame Razzia in Shishabars und Barbershops, jede Pressekonferenz zu
18 sog. „Clankriminalität“ und jedes öffentliche Breittreten der Herkunft von
19 Täter*innen zementiert diese rassistischen Strukturen immer weiter und hinterlässt
20 eine Botschaft: Das Leben von BIPOC in NRW wird kriminalisiert.

21 Wenn BIPOC aufgrund des sich ausbreitenden Rassismus Angst vor der nordrhein-
22 westfälischen Polizei haben, dann sollte das ein Umdenken im Innenministerium
23 herbeiführen und nicht den Rausschmiss von Betroffenen.

24 Als 2020 im Polizeipräsidium Essen/Mülheim eine interne Chatgruppe mit rechtsextremen
25 Inhalten aufflog, war der Aufschrei groß. Drei Jahre später wurden fast alle
26 Ermittlungsverfahren gegen die beteiligten Beamten eingestellt und der Großteil ist
27 wieder im Dienst. Herbert Reuls Umgang mit Rassismus in den eigenen Reihen lässt
28 spätestens seit dem Fall Bahar Aslan tief blicken: Gehen müssen nicht die
29 Täter*innen, sondern die, die sich trauen, das Problem mit klaren Worten
30 anzusprechen.

31 **Blanker Hohn**

32 Dabei kündigte Reul an, das Thema Rassismus innerhalb von Behörden ernst zu nehmen:
33 die „Null-Toleranz-Strategie“ würde auch nach innen gelten und ein von ihm
34 berufener Sonderbeauftragte für rechtsextremistische Tendenzen in der nordrhein-
35 westfälischen Polizei solle ein Lagebild Rechtsextrimismus in der NRW-Polizei
36 erstellen. Die Problematik wird also durchaus erkannt. Wenn aber gleichwohl darauf
37 beharrt wird, es handele sich nur um Einzelfälle und Clan-Kriminalität zum größten
38 Problem der Polizei NRW stilisiert wird, wirken die Ankündigungen zur Bekämpfung von
39 Rassismus innerhalb der Behörden nur höhnisch. Die Causa Bahar Aslan bestätigt

40 abermals den fatalen Umgang mit Rassismus.

41 Das Innenministerium agiert konträr zum wissenschaftlichen Stand der
42 Rassismusforschung. Durch erschwerte Forschungszugänge seitens der Behörden werden
43 Wissenschaftslücken perpetuiert und gleichzeitig die Erforderlichkeit umfassender
44 Aufklärung damit erklärt. Das wird der Verantwortung von Innenpolitik nicht gerecht
45 und negiert die Lebensrealität der Betroffenen. Strukturelle Probleme innerhalb der
46 Behörden sind seit den 90ern bekannt und sollten endlich angegangen werden: statt
47 sich weiterhin vehement dagegen zu wehren, fordern wir eine Umsetzung von Maßnahmen,
48 die sich am wissenschaftlichen Konsens orientieren.

49 **Alle Behörden - Alle Ebenen**

50 Ungefähr 100 Fälle von rechtsextremistischen Tendenzen sind laut Innenministerium
51 innerhalb der Polizei NRW dokumentiert. Wie hoch die Dunkelziffer ist, kann nur
52 vermutet werden. Weiter höher dürfte zudem die Zahl der Beamt*innen sein, deren
53 Entscheidungen eindeutig durch rassistische Motive und Stereotype beeinflusst werden.
54 Und das ist insgesamt ein Problem, das nicht nur die Polizeibehörden betrifft,
55 sondern sich durch alle Ebenen der Verwaltung zieht: Das sind Finanzämter, die nur
56 darauf warten, dass migrantisierte Geschäftsleute einen Fehler machen, statt sich mit
57 großen Steuerdelikten aufzuhalten. Das sind die vielen Jobcenter, in denen es einer
58 Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zufolge Gang und gäbe ist,
59 Ausländer*innen den Weg zu Leistungen mit einer sinnlosen Flut an Extra-Formularen zu
60 erschweren und sie so zu schikanieren. Und das sind die 81 Ausländerbehörden (ABH) in
61 NRW.

62 **Rassismushotspot Ausländerbehörde**

63 Hier ist die Situation besonders fatal, denn hier spielen rassistische Komponenten
64 auf mehreren Ebenen eine entscheidende Rolle: Einerseits ist es die chronische
65 Unterbesetzung dieser Behörden: Weil die entscheidenden Stellen die Bedeutung der ABH
66 herunterspielen und diese aus rassistischen Motiven aufgrund ihres Aufgabenbereiches
67 in Verruf bringen, fehlt es an Personal. Das spiegelt sich dann in den wachsenden
68 Wartezeiten auf Bescheide wider und darin, dass dann vielmals aufgrund von
69 Effizienzdruck und rassistischen Grundeinstellungen menschenfeindliche Entscheidungen
70 getroffen werden: Abschieben ist weniger zeitintensiv als Integration.

71 Andererseits ist auch die kaum vorhandene Sensibilisierung von Teilen des ohnehin
72 schon geringen Personals das Problem. Wie existenzvernichtend die eigenen
73 Entscheidungen sein können, wird oftmals verkannt und die Arbeitsweise entmenschlicht
74 die Antragstellenden, indem sie zu abzuarbeitenden Aktenbergen werden. Rassistische
75 Motive können so schnell zur Schikane von migrantisierten Personen und schlussendlich
76 zur Abschiebung führen. 2015 hat die damalige Landesregierung gemeinsam mit den
77 kommunalen ABH das Ziel ausgerufen, schrittweise eine neue Kultur zu etablieren und
78 gemeinsam „Willkommensbehörden“ für ein „modernes Einwanderungsland“ zu schaffen.
79 Noch heute besteht allerdings eine weit verbreitete Selbstidentifikation als
80 „Abschiebebehörde“.

81 **Echte Lösungen müssen her!**

82 Für BIPoC birgt jeder Kontakt mit nordrhein-westfälischen Behörden das Risiko, mit
83 institutionellem Rassismus konfrontiert zu werden. Die bekannten Fälle sind
84 mannigfaltig, doch mangels Interesse der Landesregierung gibt es kaum belastbare

85 Zahlen. Hier muss das Land endlich seine Verantwortung begreifen und Klarheit
86 schaffen. Wir fordern, dass eine externe Studie beauftragt wird, die die Problematik
87 des Rassismus im Kontext von Landes- und Kommunalbehörden umfassend erfasst und die
88 Schwerpunkte lokalisiert.

89 Strukturellem Rassismus kann nur strukturell entgegnet werden. Eine umfassende
90 antirassistische Sensibilisierung sollte also verpflichtender Teil jeder Ausbildung
91 von Entscheidungsträger*innen im öffentlichen Dienst sein - egal ob Verwaltung oder
92 Polizei. Auch für aktuelle Beschäftigte und Quereinsteiger*innen muss ein
93 obligatorisches Weiterbildungsprogramm entwickelt werden, das Ihnen hilft, die eigene
94 Sozialisierung in einer strukturell rassistischen Gesellschaft im Dienst zu
95 überwinden. Das noch relativ junge Fach „Interkulturelle Kompetenz“, wie es von Bahar
96 Aslan an der HSPV gelehrt wurde, zeigt, dass einmal ein Interesse des Landes daran
97 bestand, dem eigenen Rassismusproblem mit Bildungsarbeit gerecht zu werden - der
98 Umgang mit Aslan zeigt allerdings, wie wenig davon übriggeblieben ist. Ein Neuanfang
99 muss also her: Umfassender und zielgerichteter denn je.

100 Außerdem muss in allen Behörden die Stelle einer*eines Antirassismus-Beauftragten
101 geschaffen werden. Diese Person dient dann als Ansprechpartner*in und unabhängige
102 Beschwerdestelle für alle Menschen, die im Behördenkontext Rassismus erfahren haben.
103 Außerdem wird sie an Einstellungsverfahren beteiligt und darf eigenverantwortlich
104 Kampagnen und Bildungsveranstaltungen innerhalb ihrer Behörde organisieren. Aufgrund
105 ihrer eigenen Lebenserfahrung sollen diese Stellen bevorzugt mit BIPOC besetzt
106 werden.

107 Unser Kampf für eine antirassistische Gesellschaft muss beim Staat anfangen. Viel zu
108 lange wurden Menschen in NRW Opfer von zutiefst rassistischen Strukturen und
109 Praktiken von Behörden. Unsere Forderungen können nur ein Anfang sein, dieses Problem
110 in den Griff zu bekommen, doch es muss endlich gehandelt werden!

111 **Wir fordern:**

- 112 • Eine umfassende Studie über rassistische Strukturen und Praktiken in den Landes-
113 und Kommunalbehörden in Nordrhein-Westfalen
- 114 • Erfassung von staatlichem und gesellschaftlichem Rassismus durch einen
115 „Landesmonitor Diskriminierung und Rassismus“
- 116 • Verpflichtende antirassistische Bildungsprogramme für alle relevanten
117 Mitarbeitenden in Behörden
- 118 • Antirassismus-Beauftragte mit weitreichenden Kompetenzen in allen Behörden

Antrag I04: Watch the Police not the People

Antragsteller*in:	Region Ostwestfalen-Lippe
Sachgebiet:	I - Innenpolitik, Migration und Justiz

1 Grundlegendes

2 Die Polizei NRW befindet sich in einer Krise und mit ihr der Rechtsstaat. Fälle von
3 schwerster Polizeigewalt häufen sich. Viele Anklagen die aus diesen Fällen
4 hervorgehen werden wegen unzureichender Beweislage eingestellt. Fälle wie die
5 Ermordung von Mohamed D. erschüttern schon für sich allein das Vertrauen der gesamten
6 Gesellschaft in die Institution Polizei. Die Umstände das im Nachgang die
7 Nachbarpolizeibehörde ermittelt und sich viele der von der Dortmunder Polizei im
8 Anschluss getroffenen Äußerungen als nachweislich falsch herausstellen, führen dazu,
9 dass dieses Vertrauen in Gänze verloren geht.

10 Die Polizei ist als Gewaltmonopol des Staates verpflichtet ihre Kompetenzen immer und
11 jederzeit rechtmäßig auszuüben. Darüber hinaus ist es im Sinne eines Rechtsstaates
12 diese Ausübung so transparent und überprüfbar wie möglich zu gestalten. Gerade in
13 Situationen, in denen die Polizei unmittelbar Gewalt anwendet und Menschen dabei zu
14 Schaden oder ums Leben kommen, muss sichergestellt sein, dass alle zur Verfügung
15 stehenden Mittel genutzt werden um eine Aufklärung im Sinne der Betroffenen zu
16 gewährleisten.

17 Eines der wichtigsten zur Verfügung stehenden Mittel ist die videotechnische
18 Überwachung von Einsätzen durch Bodycams. Die bisher geltenden Regeln des Landes NRW
19 für das Tragen von Bodycams sind dahingehend absolut unzureichend.

20 Schutzgut

21 Die Möglichkeit zum Aufzeichnen von Einsätzen ist in NRW maßgeblich durch §15c PolG
22 NRW geregelt. Darin heißt es in Absatz 1:

23 *„Die Polizei kann bei der Durchführung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und zur
24 Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten mittels körpernah getragener
25 Aufnahmegeräte offen Bild- und Tonaufzeichnungen anfertigen, wenn Tatsachen die
26 Annahme rechtfertigen, dass dies zum Schutz von Polizeivollzugsbeamtinnen und
27 Polizeivollzugsbeamten oder Dritten gegen eine konkrete Gefahr für Leib oder Leben
28 erforderlich ist [...]“*

29 In der Formulierung dieser Regelung zeigt sich das Grundproblem der aktuellen
30 Ausgestaltung und Umsetzung von Regelungen zu Bodycams, sowohl bundesweit als auch im
31 Land NRW. Der Schwerpunkt liegt in erster Linie auf der Erleichterung und nicht auf
32 der Kontrolle der polizeilichen Arbeit. Durch die bestehenden Regelungen werden in
33 der Praxis in erster Linie die Polizist*innen selbst vor Angriffen geschützt und die
34 Arbeit der Ermittlungsbehörden wird durch die entstehenden Aufzeichnungen
35 erleichtert. Auch das sind - gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Gewalt gegen
36 Einsatzkräfte - wichtige Einsatzmöglichkeiten von Bodycams.

37 Momentan sind jedoch sowohl die rechtlichen Grundlagen als auch insbesondere die
38 praktische Umsetzung massiv einseitig polizeischützend ausgerichtet. Dies muss sich
39 ändern. Bürger*innen haben genauso ein Recht darauf, dass Beweise für unrechtmäßiges

40 Verhalten gegen sie erstellt werden, wie Polizist*innen. Bodycams dürfen nicht in
41 erster Linie als staatliche Überwachungsinstrumente verstanden werden, sondern müssen
42 letztendlich, wenn sie verwendet werden, den gesamten am Polizeieinsatz beteiligten
43 Parteien die Möglichkeit bieten das Geschehene gerichtlich eindeutig überprüfbar zu
44 machen.

45 **Datenschutz**

46 Das Erstellen und Speichern von Videoaufnahmen durch den Staat stellt auf der
47 Kehrseite einen massiven Eingriff in den verfassungsrechtlichen Schutz
48 höchstpersönlicher Daten dar. Allein schon deswegen bedarf das Beginnen, das Beenden
49 und die Speicherung solcher Aufnahmen mehr als die Ermessensentscheidung einzelner
50 Polizisten. Es braucht verbindliche gesetzliche Regelungen für die Erstellung und
51 Speicherung von videotechnischen Aufnahmen von Polizeieinsätzen. Dass die Aufnahmen
52 von Bodycams in NRW auf Servern der Polizei ohne eine vorherige Überprüfung ob diese
53 Aufnahmen rechtmäßig waren, zwei Wochen gespeichert werden trägt der Sensibilität
54 solcher Aufnahmen nicht ausreichend Rechnung.

55 **Reform statt Einzelschritte**

56 Den Vorstoß des Innenministeriums den §15c PolG NRW zu reformieren und insbesondere
57 eine Pflicht zum Tragen von Bodycams einzuführen, ist im Grundsatz unterstützenswert.
58 Damit diese Reform zu einer echten Verbesserung der Situation und zu einer
59 Bewältigung der Krise der Polizei NRW beiträgt muss sie jedoch über eine Tragepflicht
60 hinaus weitreichende Änderungen enthalten.

61 **Deswegen fordern wir:**

- 62 • Bodycams müssen immer dann eingeschaltet werden, wenn der Polizeieinsatz nach
63 den bei Beginn oder während des Einsatzes vorliegenden Informationen die Gefahr
64 birgt, dass Leib oder Leben der Polizeikräfte, Dritter oder der vermeintlichen
65 Störer*innen selbst im Verlauf des Einsatzes gefährdet wird. Davon umfasst sind
66 insbesondere Einsätze bei denen der Einsatz von Waffengewalt jeglicher Art durch
67 die Polizei hinreichend wahrscheinlich sind. Unabhängig davon, sind Bodycams
68 immer dann einzuschalten, wenn Betroffene eines Polizeieinsatzes dies verlangen.
69 Um dies sicher zu stellen, sollen entsprechende Schulungs- und
70 Ausbildungsmaßnahmen der Polizeivollzugsbeamt*innen etabliert werden.
- 71 • Betroffene sind darüber zu informieren, dass der Polizeieinsatz aufgezeichnet
72 wird.
- 73 • Auf Antrag des Betroffenen ist die Rechtmäßigkeit von Bodycamaufnahmen durch
74 eine*n Richter*in zu überprüfen. Wird die Unrechtmäßigkeit der Aufnahmen
75 festgestellt sind diese unverzüglich zu löschen. Ansonsten sind die Aufnahmen
76 weiterhin unter den in §15c PolG NRW festgehaltenen Voraussetzungen nach 2
77 Wochen zu löschen.
- 78 • Der*Die Betroffene hat das Recht eine Kopie der ihn*sie betreffenden Aufnahme zu
79 verlangen. Diese Kopien sind gegebenenfalls so zu verändern, dass die
80 Persönlichkeitsrechte Dritter und der beteiligten Einsatzkräfte gewahrt werden.
- 81 • Die umfassende Überprüfung der technischen Umsetzbarkeit der automatisierten
82 Einschaltung von Bodycams in Situationen in denen dies unbedingt erforderliche
83 erscheint.

- 84 • Gute Beweissicherung bringt nichts, ohne neutrale Ermittlungsbehörden. Die
85 Reform des §15c PolG NRW kann nur ein kleiner Baustein einer umfassend
86 erforderlichen Reform der Polizei sein. Wir fordern die Einrichtung einer
87 unabhängigen Behörde die Ermittlungsverfahren im Kontext von polizeilichen
88 Einsätzen durchführt. Diese Behörde muss unter anderem die Kompetenz haben
89 unveränderte Kopien von Einsatzaufnahmen zu erlangen

Antrag I05: Klassenjustiz - Ein Problem, dem wir uns stellen müssen!

Antragsteller*in:	UB Aachen-Stadt, UB in der Städteregion Aachen, KV Düren/Jülich, KV Heinsberg, KV Euskirchen
Sachgebiet:	I - Innenpolitik, Migration und Justiz

- 1 Die im Juni beschlossene Strafrechtsreform, die Ersatzfreiheitsstrafen reduziert, war
2 lange überfällig und geht nicht weit genug.
- 3 Arme und Reiche werden in unserem Justizsystem in vielerlei Hinsicht klassistisch
4 unterschiedlich behandelt. Obwohl der Rechtsstaat auf dem Versprechen basiert, dass
5 vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind, ist die Realität oft eine Andere. Die
6 Justiz ist geprägt von den Mentalitäten und Vorurteilen der Menschen. Dies zeigt sich
7 im Wortlaut von Gesetzen und der Interpretation dieser vor Gericht, das Problem
8 wächst schon lange messbar.
- 9 So ist beispielsweise statistisch beobachtbar, dass je teurer der*die Verteidiger*in
10 ist, desto unschuldiger der*die Angeklagte. Nur reiche Menschen können sich eine*n
11 wirklich engagierte*n und kompetente*n Strafverteidiger*in leisten. Zwar sieht der
12 §140 StPO in schweren Fällen Pflichtverteidiger*innen vor, jedoch wird in 90 Prozent
13 der Fälle Angeklagten dieser Anspruch verwehrt, da die gesetzlichen Voraussetzungen
14 hierfür nicht erfüllt werden. Wer dann kognitiv oder sprachlich nicht in der Lage
15 ist, sich selbst zu verteidigen, hat Pech gehabt.
- 16 Wer dann doch das Glück hat, einen Pflichtverteidiger zur Seite gestellt zu bekommen,
17 hat es nicht selten mit sogenannten "Verteidigern mit eingebautem
18 Rechtsmittelverzicht" oder "Gerichtsnutzen" zu tun. Die Arbeit als
19 Pflichtverteidiger*in lohnt sich finanziell nämlich nur dann, wenn dem Fall so wenig
20 Arbeitszeit wie möglich gewidmet wird.
- 21 Richter*innen beachten bei der Strafzumessung die Lebensverhältnisse der Betroffenen.
22 Das wäre fair, führt aber in der Praxis oft dazu, dass Menschen aus prekären
23 Umfeldern noch härtere Strafen bekommen, da bei einem arbeitslosen, geschiedenen
24 Drogensüchtigen keine "positive Sozialprognose" gemacht werden kann. Infolgedessen
25 bleiben die Menschen privilegiert, die in Deutschland sowieso von Chancenungleichheit
26 profitieren: Wohlhabende.
- 27 Wir benötigen endlich eine Reform des Systems, welche die Menschen unterstützt, die
28 dessen Hilfe am dringendsten benötigen. Dazu gehört auch eine Reform der juristischen
29 Ausbildung, damit auch mehr Menschen aus nicht wohlhabenden Familien dieses
30 Justizsystem mitgestalten. Dafür sollen die Vorschläge der verschiedenen Jura-
31 Fachschaften berücksichtigt werden, um das Studium auch aus der Perspektive von Jura-
32 Studierenden besser zu gestalten.
- 33 **Ermittlungsverfahren**
- 34 Die Diskriminierung von ärmeren Menschen beginnt schon bei der Ermittlungsarbeit von
35 Staatsanwaltschaften und der Polizei. Dort wo Reiche schnell ihre*n Anwalt*in
36 konsultieren und so mögliche Schäden durch unvorsichtig ausgedrückte Worte oder das
37 Einräumen einer nicht zwingend notwendigen Durchsuchung von sich abwenden können.

38 Dort sind ärmere Menschen ihrer eigenen, mit Staatsanwaltschaft und Polizei meist
39 unerfahrenen Einschätzungen überlassen. Dies öffnet den juristischen Trickereien der
40 Polizei durch geschicktes Fragen und Erzeugen von vermeintlichen Verdachtsmomenten
41 jegliche Türen, die bei reichen Personen durch eine juristische Beratung einfach
42 verschlossen bleiben.

43 Diese schnelle juristische Beratung leisten sich aber nur jene, die eben nicht daran
44 denken müssen wie hoch die Rechnung ist, wenn der*die Anwalt*in eine halbe Stunde mit
45 der Polizei spricht. Menschen, die keine Angst haben müssen, durch diese juristische
46 Beratung in existenzielle Nöte zu geraten.

47 Diese Situation finden wir auch vor, wenn Menschen Unrecht widerfährt und sie unseren
48 Rechtsstaat nicht nutzen können, weil dieser einfach zu teuer ist für ihren
49 Geldbeutel. Anstelle wirklicher Hilfe stellt die Bürokratie nur Hürden in den Weg.

50 Das entspricht in keinsten Weise einem jungsozialistischen Verständnis von
51 Gerechtigkeit. Das ist eine Ausprägung des Klassismus in unserer Gesellschaft, welche
52 das Fundament unserer Gesellschaft schwächt.

53 Als ersten und schnellen Lösungsansatz fordern wir eine staatlich finanzierte,
54 unabhängige, kostenfreie, juristische Hotline, die Menschen in juristischen Fragen
55 eine Erstberatung bieten kann und ihnen im Anschluss daran eine anwaltliche Beratung
56 vermittelt. Zudem sollten alle finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten bekannt und
57 leicht zugänglich gemacht werden, damit die finanzielle Situation der hilfesuchenden
58 Menschen nicht darüber entscheidet, ob Sie eine anwaltliche Beratung erhalten oder
59 nicht.

60 Forderungen:

- 61 • Kostenfreie und unabhängige juristische Beratung für alle, damit Menschen keine
62 Angst mehr vor den finanziellen Folgen haben, wenn sie sich ihr zustehendes
63 Recht erstreiten müssen.
- 64 • Kostenfreie juristische Hilfe auch bei Befragungen der Polizei, über die die
65 Polizei vorab informieren muss. Menschen sollen nicht aus Angst vor finanziellen
66 Belastungen auf juristischen Rat verzichten müssen.
- 67 • Kurzfristige Lösung: Eine unabhängige, kostenfreie, staatlich geförderte
68 juristische Hotline, die Menschen niederschwellig ihre juristischen
69 Möglichkeiten aufzeigen.

70 **Gerichtsverfahren**

71 Die Empirie zeigt, dass Menschen aus prekären sozialen Verhältnissen mehr "kleine"
72 Vermögensstraftaten als Reiche begehen. Diese Menschen werden daher öfter von
73 Amtsgerichten abgeurteilt als von Wirtschaftskammern und haben daher seltener
74 Anspruch auf einen Pflichtverteidiger. Diese "kleinen" Delikte werden dann auch öfter
75 im Strafbefehlsverfahren erledigt.

76 Selbst bei schwersten Vorwürfen erkennt die Rechtsprechung in vielen Fällen nicht
77 einmal ein Recht auf die Bestellung eines Pflichtverteidigers im Ermittlungsverfahren
78 an. Angesichts der gesetzlichen Gebühren, die in diesem Verfahrensstadium wenige
79 hunderte Euro betragen, kann ein Pflichtverteidiger ohne zusätzliche Vergütung jedoch
80 oft nicht die notwendige Zeit investieren. Sogar in den Fällen, in denen sich nach
81 Abschluss der Ermittlungen herausstellt, dass der Beschuldigte nicht hinreichend

82 verdächtig ist, hat er nach geltendem Recht keinen Anspruch auf Erstattung seiner
83 angemessenen Verteidigerkosten.

84 All das führt zu einer massiven sozialen Schieflage in unserem Justizsystem, die mit
85 unserem jungsozialistischen Verständnis von Gerechtigkeit nicht vereinbar sein kann.

86 Forderungen:

- 87 • Pflichtverteidiger*innen für alle: Damit sich nicht nur Reiche bei "kleinen"
88 Delikten einen Rechtsbeistand leisten können.
- 89 • Keine Rosinenpickereien für die Richter*innen bei der Auswahl der
90 Pflichtverteidiger*innen: Pflichtverteidiger*innen werden von Richter*innen
91 nicht ausgewählt, sondern nach einem rotierenden Schema anhand einer Liste der
92 Strafverteidiger*innen angefragt.

93 **Bestrafung**

94 Wer eine Geldstrafe nicht zahlen kann, muss seit der im Juni beschlossenen
95 Justizreform nur noch halb so lange ins Gefängnis. Das ist zwar billiger, löst aber
96 das soziale Grundproblem nicht.

97 Ersatzfreiheitsstrafen treffen vor allem diejenigen, die zu arm sind, sie zu zahlen
98 oder die, bei denen es nichts zu pfänden gibt oder die, deren Leben schon derart in
99 Schieflage geraten ist, dass sie Behördenpost nicht mehr aufmachen oder gar nicht
100 verstehen.

101 Die Reform entlastet die Gefängnisse und damit den Staatshaushalt. Damit die Wurzel
102 des Problems adressiert wird, müsste in aufsuchende Sozialarbeit investiert werden.

103 Es ist außerdem unwürdig, dass über eine Ersatzfreiheitsstrafe am Schreibtisch
104 entschieden werden kann, ohne den*die Angeklagte*n jemals zu Gesicht bekommen zu
105 haben.

106 Vor Gericht haben Angeklagte das Recht, das eigene Einkommen nicht offenzulegen. Bei
107 gut Verdienenden besteht oftmals der Vorteil, dass das Einkommen deutlich niedriger
108 geschätzt wird, als es in Wirklichkeit ist. Diese Tatsache führt zu einer weiteren
109 Verzerrung des progressiven Geldstrafensystems.

110 Forderungen:

- 111 • Wie schon im Antrag "Armut darf nicht bestraft werden" auf dem Landesausschuss
112 2023 beschlossen, benötigen wir langfristig eine Streichung der
113 Ersatzfreiheitsstrafen. Bis dahin sollen Ersatzfreiheitsstrafen auch erst nach
114 einer persönlichen Anhörung erteilt werden können und der Tagessatz Äquivalent
115 zu einem Hafttag in Ersatzfreiheitsstrafe von einem Tag auf drei Tage erhöht
116 werden.
- 117 • Einkommen von Täter*innen müssen stichfest erfasst werden, damit sich Reiche
118 nicht ihren eigenen Strafrabatt geben können, weil unsere Justiz keine Einsicht
119 auf die finanzielle Situation nehmen kann.

Antrag I06: Hands off my Hijab!

Antragsteller*in:	UB Bonn, KV Wesel
Sachgebiet:	I - Innenpolitik, Migration und Justiz

1 Es scheint, als würde keine Möglichkeit ausgelassen werden, Hijab-tragenden Menschen
2 das Leben zu erschweren. Das betrifft nicht nur waghalsige Debatten über sog.
3 Kopftuchverbote für Lehrerinnen oder Verwaltungsbeamtinnen, sondern auch das im März
4 2021 in Kraft getretene „Justizneutralitätsgesetz NRW“. Bei Verabschiedung dieses
5 Gesetzes im Landtag enthielt sich die SPD-Landtagsfraktion und distanzierte sich
6 somit nicht zu gegebenem Zeitpunkt von diesem von Antifeminismus und Rassismus
7 geprägten Gesetz. Inhalt des JNeutG NRW ist ein de facto Kopftuchverbot für alle in
8 der nordrhein-westfälischen Justiz beschäftigten Personen, also u.a. Richter*innen,
9 Staatsanwält*innen, Justizvollzugsbeamt*innen.

10 Das Gesetz impliziert, dass Kopftuchträger*innen nicht in der Lage sind, neutrale
11 Urteile zu fällen. Diese Implikation ist eine höchst rassistische, denn sie verkürt
12 eine persönliche Identität zu einem mit richterlicher Neutralität nicht zu
13 vereinbaren Politikum. Tenor des Gesetzgebers: „Sei wer du willst, aber wenn du dich
14 entscheidest, ein Kopftuch zu tragen, kannst du nicht mehr für die Werte deines
15 Landes sprechen.“ Es folgt der rassistischen Grundannahme, dass weiße, christlich
16 sozialisierte Menschen in Deutschland als Mehrheitsgesellschaft eine Neutralität
17 verkörpern, die von marginalisierten Gruppen nur durch Assimilation erreicht werden
18 kann. Diese „weiße Neutralität“ lässt dabei alle anderen persönlichkeitsformenden
19 Faktoren außer Acht. Neutralität setzt sich allerdings aus Dutzenden dieser Faktoren
20 zusammen und kann nie vollständig nachgewiesen werden, sondern besteht nur in einem
21 Vertrauensverhältnis zwischen Beamtin und Dienstherr. Dass Kopftuchträgerinnen dieses
22 Vertrauen also von Anfang an verwehrt wird, ist also mit keinem antirassistischen und
23 feministischen Selbstverständnis vereinbar. Die freie Entscheidung, ein Kopftuch zu
24 tragen, wird also in einem komplett fahrlässigen Verhältnis mit dem Eid auf die
25 Verfassung und dem tatsächlichen beruflichen Handeln aufgewogen. In Deutschland ist
26 es kein Widerspruch, tagsüber Recht zu sprechen und abends am AfD-Stammtisch zu
27 pöbeln, aber als Kopftuchträgerin den Staat und dessen Werte repräsentieren zu
28 wollen, geht scheinbar zu weit.

29 Das Kopftuchverbot erschwert es ohnehin schon diskriminierten Musliminnen und Women
30 of Colour (WoCs), sich systematisch in die Gesellschaft einbringen zu können und den
31 mit einem Job in der Justiz einhergehenden sozialen Status zu erlangen. In unseren
32 Augen liegt hier ein erheblicher Eingriff in die Glaubens- und in die Berufsfreiheit
33 vor. Ein pluralistischer Staat hat sicherzustellen, dass sich die Pluralität der
34 Gesellschaft auch in seinen Entscheidungsträger*innen widerspiegelt. Der Mangel an
35 Repräsentation von Hijab-tragenden Musliminnen ist zu bedauern, da ihnen systematisch
36 die Chance auf Vorbildfunktionen genommen wird. Dazu gehört, dass von der
37 Gesellschaft das Zeichen des Kopftuches fortbestehend als Zeichen der zugeschriebenen
38 Unterdrückung betrachtet wird, sodass die Rechtfertigung der Glaubensrichtung nun
39 auch auf dem Berufsmarkt zum Standard wird.

40 Insbesondere Frauen, die aufgrund zugeschriebener Merkmale und ihrer Religion

41 diskriminiert werden, sollten Mitspracherecht in Beamtenpositionen haben. Dass diese
42 auch noch geringere, bis keine Chancen auf bestimmte Berufsgruppen haben, passt nicht
43 zu den Fortschritten und Werten, die wir als Jusos vertreten wollen. Nur das Recht
44 auf anonyme Bewerbungsverfahren und das Außerkraftsetzen des sogenannten
45 Justizneutralitätsgesetzes können dem entgegenkommen.

46 Ein spezifisches Verbot kopftuchtragender Frauen in der Landesjustiz geht mit der
47 systematischen Diskriminierung und Unterdrückung gegen Frauen und antimuslimischen
48 Rassismus einher; Frauen haben es ohnehin schwieriger in höher gestellten Positionen
49 arbeitstätig zu werden und Musliminnen werden aufgrund ihrer Religion gerade im
50 Arbeitssektor intersektional diskriminiert. Es ist wichtig, dass einzelne
51 Vertreterinnen einer Institution nicht mit dem generellen Selbstverständnis der
52 Institution gleichgesetzt werden. Ein Kruzifix im Gerichtssaal ist ein unzulässiges
53 religiöses Bekenntnis der Judikative - die Kombination von Kopftuch und
54 Richterinnenrobe ist es nicht.

55 **Daher fordern wir:**

- 56 • Die NRW SPD-Fraktion hat sich für die Wiederabschaffung des JNeutG einzusetzen.
- 57 • Das Land NRW hat Vorschläge zu unterbreiten, wie der Diskriminierung von
58 kopftuchtragenden Personen in Bewerbungsverfahren des Landes entgegengewirkt
59 werden kann.
- 60 • Die SPD-Fraktion hat sich für die schnelle Erarbeitung und Institutionalisierung
61 eines Landesantidiskriminierungsgesetzes einzusetzen, welches die skizzierten
62 Problemkontexte berücksichtigt.
- 63 • Das Justizministerium NRW hat darzulegen, wie viele Frauen seit März 2021
64 aufgrund des Gesetzes ihre Beschäftigung verloren haben. Diese sind angemessen
65 zu entschädigen.

Antrag I07: Wir bleiben LinX! - Gegen staatliche Repression linker Bewegungen

Antragsteller*in:	UB Essen, UB Münster, UB Oberhausen
Sachgebiet:	I - Innenpolitik, Migration und Justiz

- 1 Antifaschismus hat im jungsozialistischen und bestenfalls auch im allgemein
2 demokratischen Wertekanon einen zentralen Stellenwert und ist für die Wahrung bzw.
3 den Ausbau demokratischer Strukturen unerlässlich. Der Weg zu einer Gesellschaft der
4 Freien und Gleichen erfordert konsequente antifaschistische Aktion gegen rechte
5 Umtriebe und autoritäre Phänomene im gesellschaftlichen Diskurs, politischen Betrieb
6 und nicht zuletzt im Staatsapparat. Zivilgesellschaftlicher Protest in seinen
7 vielfältigen Erscheinungsformen bildet dabei einen essenziellen Grundpfeiler und ist
8 für eine gesunde und funktionale Demokratie unerlässlich.
- 9 Denn während auch unsere selbsternannte Fortschrittskoalition auf Bundesebene
10 tatsächliche existenzsichernde Fortschritte im Kampf gegen die Klimakrise versäumt
11 und sich schwer tut, dem nach rechts abkippenden politischen Klima unserer
12 Gesellschaft etwas entgegenzusetzen, formieren sich konservative und rechtsextreme
13 Kräfte zu einer regressiven Einheit in politischen Debatten, die nicht selten zu
14 einem polemischen Kulturkampf degenerieren. Spitzenwerte der AfD in Wahlumfragen,
15 Konservative, die sich in neofaschistischer Rhetorik üben, fortschreitend
16 rechtsextreme Mehrheitsverhältnisse in Teilen der Bundesrepublik und nicht zuletzt
17 Verunglimpfungen legitimen zivilgesellschaftlichen Protests gegen Lethargie im
18 politischen Output der Bundesregierung als „Ökoterrorismus“ sind handfeste
19 Konsequenzen des nicht mehr zu leugnenden Rechtsrucks in unserem Land. Diese
20 Auflistung von Phänomenen des rechten Auftriebs ließe sich noch lange fortführen und
21 verdeutlicht nur, dass zivilgesellschaftliches Engagement, kreativer demokratischer
22 Protest und auch gewaltloser ziviler Ungehorsam so unverzichtbar und zentral für die
23 Verteidigung demokratischer Grundwerte sind wie lange nicht mehr.
- 24 Zwar sieht immerhin auch die Bundesinnenministerin eigenen Aussagen zufolge die
25 größte Gefahr für die Demokratie von rechts kommend, doch dem zuwider scheinen weite
26 Teile des ihr untergeordneten staatlichen Sicherheitsapparats weiter daran
27 festzuhalten, den Feind links zu verorten. So dreht sich das staatliche
28 Repressionskarussell weiter und führt dazu, dass zuletzt gewaltfrei protestierende
29 Klimaaktivist*innen Opfer unverhältnismäßiger polizeilicher Überwachungs- und
30 Durchsuchungspraktiken, wie sie eigentlich im Zuge der Terrorismusbekämpfung
31 einzusetzen sind, wurden und Antifaschist*innen in Stuttgart oder Leipzig in fast
32 schon gewohnter Manier staatlicher Repression ausgesetzt waren und sind, die mitunter
33 in langjährigen Freiheitsstrafen münden. Solange vor allem linker Protest weiterhin
34 zur Zielscheibe staatlicher Sicherheitsbehörden wird und polizeiliche Ressourcen auf
35 sich zieht, drohen die angekündigten Bemühungen des Bundesinnenministeriums,
36 konsequent gegen rechte Umtriebe als größte Bedrohung demokratischer Grundwerte
37 vorzugehen, zu leeren Worthülsen zu verkommen.
- 38 **§129 StGB als Einfallstor in demokratische Grundrechte**
- 39 Eine tragende Rolle für die Repressalien gegenüber linkem Protest und Aktivismus

40 spielt der Paragraph 129 im Strafgesetzbuch, der die „Bildung krimineller
41 Vereinigungen“ unter Strafe stellt. Der Tatbestand jenes Paragraphen geht auf das
42 Reichsstrafgesetzbuch von 1871 zurück, zielte ursprünglich auf die Verfolgung
43 „staatsfeindlicher Verbindungen“ ab und wurde in seiner ersten Fassung während des
44 Kaiserreiches vor allem zur Repression gegenüber Arbeiter*innenbünden und
45 Sozialdemokrat*innen genutzt. Doch auch in der Geschichte der Bundesrepublik fand und
46 findet der §129 StGB vielfache Anwendung und so wurde seit dem Bestehen des
47 bundesdeutschen Rechtssystems von der Hausbesetzer*innenszene der 1980er Jahre bis
48 hin zu Klimaaktivist*innen der Letzten Generation kaum ein oppositionelles
49 Politikfeld von 129er-Ermittlungen verschont.

50 In juristischen Fachkreisen wird §129 StGB auch als „Gummiparagraf“ bezeichnet und
51 gilt aufgrund seiner vagen Definition der Straftatbestände und dem damit
52 einhergehenden flexiblen Interpretationsspielraum als umstritten.

53 Einen aus rechtsstaatlicher Perspektive fragwürdig großen Raum für juristische
54 Interpretationen bietet der Zusatzparagraf 129a StGB, der die „Bildung
55 terroristischer Vereinigungen“ gesondert unter Strafe stellt und angesichts seiner
56 Verabschiedung im Schnelldurchlauf 1976 im Kontext des Stammheim-Prozesses gegen
57 Mitglieder der ersten Generation der RAF als „Lex RAF“ bezeichnet wird. Der §129a zur
58 Bestrafung der „Bildung terroristischer Vereinigungen“ räumt dem Polizeiapparat im
59 Namen der Terrorismusbekämpfung weitreichende Befugnisse ein, die mitunter
60 nachrichten- und geheimdienstliche Anwendungen beinhalten und einer breit auslegbaren
61 Rechtssprechung unterliegen. So fällt nicht nur die aktive Mitgliedschaft in einer
62 „terroristischen Vereinigung“ sondern auch die nicht weiter definierte Unterstützung
63 einer solchen unter den Straftatbestand und legalisiert Ermittlungstaktiken der
64 Polizei wie Großrazzien mit schweren Waffen oder die Langzeitüberwachung von E-
65 Mailverkehr und Telekommunikation, wie sie sonst nur dem Bundesnachrichtendienst
66 obliegen.

67 Verfassungsrechtlich besonders kritisch ist die im §129 und §129a implizierte
68 Verlegung der Strafbarkeit weit vor eine reelle Vorbereitung konkret strafbarer
69 Handlungen. Damit werden mitunter alltägliche Handlungen im politischen Kontext, wie
70 beispielsweise Gruppentreffen, kriminalisiert und dem Sicherheitsapparat der
71 Exekutive die Umgehung des Datenschutzes für das Ausforschen bloßer als
72 „organisatorische Aktivitäten“ deklariert Handlungen ermöglicht. Die gesammelten
73 Daten können in polizeiliche Dokumentationsstrukturen überführt und gespeichert
74 werden, auch wenn sich -wie in der Mehrheit der statistisch erfassten Fälle- der
75 anfängliche Straftatverdacht nicht erhärtet. Die insgesamt geringe Erfolgsquote bei
76 der Anwendung des §129 und insbesondere des §129a für die strafrechtliche Verfolgung
77 tatsächlicher krimineller bzw. terroristischer Vereinigungen, durch die er sich
78 legitimieren soll, legt zumindest nahe, dass die Befugnisse, die den
79 Sicherheitsbehörden eingeräumt werden, eher rechtsstaatliche Grundrechte untergraben,
80 als dass sie sich effektiv für die gesellschaftliche Sicherheit erweisen.

81 Der „Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ kritisierte daher,
82 dass die entsprechende Gesetzeslage vor allem „der Einschüchterung politischer
83 Initiativen und der Sammlung von Daten“ diene.

84 **Antifa ist kein Verbrechen, sondern bleibt notwendig!**

85 Dass die Anwendung des Paragraphen 129 und seiner Zusatzparagrafen drastische Folgen

86 für linke Aktivist*innen wie für die öffentliche Wahrnehmung antifaschistischer
87 Arbeit und somit für die Stabilität demokratischer Grundwerte im Allgemeinen haben
88 kann und mitunter auf die Verurteilung von Personen, denen abseits des dehnbaren
89 Straftatbestandes keinerlei justiziable Aktivitäten nachzuweisen sind, abzielt, zeigt
90 sich beispiellos im Antifa-Ost-Verfahren rund um die Hauptangeklagte Lina E. am
91 Oberlandesgericht Dresden.

92 Die Verurteilung von Lina E. basiert maßgeblich auf den „Ermittlungsergebnissen“ der
93 im LKA Sachsen angesiedelten Soko LinX, die während des sächsischen
94 Kommunalwahlkampfes 2019 vom damaligen CDU-geführten Justizministerium und
95 Innenministerium Sachsens gegründet wurde und medienwirksam den Kampf gegen den
96 vermeintlichen Linksextremismus aufnahm. Ausgestattet mit den Befugnissen durch den
97 Verdacht einer „kriminellen Vereinigung“, den zunächst das LKA Sachsen gegenüber Lina
98 E. und ihrem politischen Umfeld äußerte und den dann sogar die übergeordnete
99 Bundesanwaltschaft fortführte, wurden monatelang enorme Ressourcen gebündelt und
100 intensivste Durchsuchungs- und Überwachungspraktiken gegen linke Initiativen in
101 Sachsen angewandt. Dabei fiel die Soko LinX mehrfach durch grenzwertige, teilweise im
102 Nachhinein als rechtswidrig anerkannte, repressive Ermittlungsmethoden und
103 gewalttätige Razzien (insbesondere in Leipzig Connewitz), Zusammenarbeit mit
104 bekennenden Neonazis und dubiose Kommunikationsverflechtungen mit der Springer-
105 Presse und dem rechtsradikalen Magazin Compact auf.

106 Mit der Verurteilung der Angeklagten im Antifa-Ost-Verfahren zu teils mehrjährigen
107 Haftstrafen konnte die Bundesanwaltschaft nicht nur nach außen hin signalisieren,
108 dass sie konsequenten Antifaschismus kriminalisiert, sondern auch ein Präzedenzfall
109 zur Verfolgung linker und insbesondere antifaschistischer Aktivist*innen sowie ihres
110 weiten persönlichen Umfeldes über den §129 geschaffen werden.

111 Der Umriss der umstrittenen Ermittlungen im Zuge des Antifa-Ost-Verfahrens wirft zum
112 einen fallspezifische Fragen nach der Neutralität und Wahrung der rechtsstaatlich
113 festgeschriebenen Unschuldsvermutung in Hinblick auf die Verurteilung Lina E.s und
114 ihrer Mitangeklagten als Mitglieder beziehungsweise Rädelsführerin einer kriminellen
115 Vereinigung auf. Darüber hinaus dient der im Mai 2023 abgeschlossene Prozess jedoch
116 als Paradebeispiel für die weitgehenden und mit Grundrechten teilweise
117 konfligierenden Befugnisse für den staatlichen Sicherheitsapparat durch einen bloßen
118 Verdacht und die daraus folgende Anwendung des §129 StGB.

119 Ein progressives Verständnis von demokratischer Rechtsstaatlichkeit erfordert auch
120 beim Schutz der öffentlichen Sicherheit vor kriminellen oder gar terroristischen
121 Vereinigungen die konsequente Wahrung der Grundrechte aller Bürger*innen. Angesichts
122 der Tatsache, dass die größte Bedrohung demokratischer Grundwerte im
123 Rechtsextremismus liegt, ist auch jener in aller Konsequenz ins Visier
124 rechtsstaatlicher Ermittlungen zu nehmen. Der §129 im Strafgesetzbuch erweist sich
125 jedoch bei der Betrachtung seiner Anwendungsbereiche als ein Vehikel der Umgehung
126 rechtsstaatlicher Prinzipien durch staatliche Sicherheitsbehörden, die offenbar immer
127 noch nicht frei von Fabulationen einer „Gefahr von links“ sind, wie die regelmäßige
128 Repression gegen Klimaktivist*innen und Antifaschist*innen im Zuge von 129er-
129 Ermittlungen zeigt.

130 Für uns steht fest, dass ein links-progressives Sicherheitsverständnis Protest und
131 Engagement der Zivilgesellschaft nicht vorweg kriminalisieren darf, sobald sie

132 radikal demokratische oder konsequent antifaschistische Positionen einnimmt. Der §129
133 StGB und insbesondere der §129a ermöglichen durch ihren breiten juristischen
134 Spielraum in ihren derzeitigen Formulierungen jedoch genau das und legalisieren
135 staatliche Repression linker Bewegungen.

136 Deshalb fordern wir:

- 137 • Die Abschaffung des §129a StGB
- 138 • Die Reformation des §129 StGB nach progressiven rechtsstaatlichen Prinzipien
- 139 • Die wissenschaftliche Evaluation des Antifa-Ost-Verfahrens am Oberlandesgericht
140 Dresden
- 141 • Eine konsequente Ausrichtung der staatlichen Sicherheitsbehörden auf den Schutz
142 vor rechtsextremer Bedrohungen

Antrag I08: Gefängnisse und Kriminalitätserfassung feministisch umbauen! Transformative Gerechtigkeit stärken!

Antragsteller*in:	UB Bonn, UB Münster
Sachgebiet:	I - Innenpolitik, Migration und Justiz

1 Das heutige Strafjustizsystem mit seinen verschiedenen Elementen ist durch seine
2 historische Entwicklung durch reiche, weiße Männer beeinflusst und dominiert. Dieses
3 Sinnbild patriarchaler Machtausübung schlägt sich nieder in der Frage, was
4 kriminalisiert wird, wie und von wem Strafverfolgung stattfindet und wie die
5 Gesellschaft mit sozial konstruierter Kriminalität umgeht. Neben den
6 Sicherheitsbehörden wie der Polizei stellen das karzerale Strafvollzugswesen und die
7 Erfassung der darin behandelten Kriminalität zentrale und dringend zu reformierende
8 Elemente des Strafjustizsystem dar.

9 **Strafjustizsystem und Gefängnisse**

10 Unsere geschlechtsspezifische Sozialisation reicht bis in das Kriminalitätsverhalten
11 und das Strafvollzugswesen herein. Dieses ist heteronormativ organisiert und dabei
12 besonders an der männlichen Norm orientiert, was zur Benachteiligung der Bedürfnisse
13 von allen führt, die nicht männlich sind oder so gelesen werden. Der Anteil von
14 weiblichen Personen an den Gefängnisinsass*innen in der Bundesrepublik Deutschland
15 beträgt circa 6 %. Frauen begehen tendenziell weniger schwere Straf- und Gewalttaten
16 als Männer, sodass sie auch überwiegend geringere Sanktionen und kürzere Haftstrafen
17 verbüßen müssen. Durch ihren geringen Anteil und die kürzere Verweildauer sind die
18 Bedingungen vor Ort oftmals nicht angemessen auf sie eingestellt. So leiden Frauen
19 und weiblich Gelesene mehr unter der Zerrüttung der familiären Strukturen durch ihren
20 Haftaufenthalt, was künftiges straffälliges Verhalten fördert. Bei Frauen und
21 weiblich Gelesenen ist der Anteil der Betäubungsmittelabhängigen mit circa der Hälfte
22 größer als mit einem Drittel bei den Männern, ohne dass allerdings
23 Betäubungsmittelabhängigkeit hier besonders thematisiert wird. Außerdem sind viele
24 der weiblichen Inhaftierten Opfer von sexueller Gewalt oder sexuellen Übergriffen
25 gewesen, sodass die Tendenz besteht, dass sie nach ihrer Entlassung wieder in
26 gewalttätige Beziehungen zurück geraten. Hier braucht es dringend andere
27 Unterstützungsangebote. Psychische Erkrankungen wie Depressionen und Suizidalität
28 sind häufig eine Folge der Inhaftierung, sodass eine auf diese Bedürfnisse
29 ausgerichtete soziale Unterstützung und Möglichkeiten zur Aufarbeitung von Traumata,
30 sowie die Erarbeitung von konstruktiven Bewältigungsmechanismen nötig ist. Gerade das
31 ist allerdings in Männeranstalten gar nicht der Fall. Schließlich wird auch die
32 medizinische Versorgung nicht den realen Ansprüchen gerecht, da insb. die Regelungen
33 zur Empfängnisverhütung, Abtreibungen und der Sterilisation ohne medizinische
34 Indikation lückenhaft sind. Weiter beachtet das Strafjustizsystem nicht die doppelte
35 Bestrafung von straffällig gewordenen Frauen und weiblich Gelesenen, da diese einmal
36 durch die Verurteilung an sich und zusätzlich noch durch die Verletzung der ihnen
37 zugeschriebenen weiblichen Geschlechterrolle gesellschaftlich bestraft werden. Die
38 Sanktionen durch die Verurteilung wirken daher umso stärker. Dies sollte im Strafmaß

39 unter Beleuchtung aller Umstände des Einzelfalls berücksichtigt werden.

40 **Schutzräume nicht vorhanden - Trennungsgebote nicht umgesetzt**

41 Oftmals werden die Trennungsgebote zwischen Untersuchungshaft und Strafvollzug,
42 Erwachsenen- und Jugendhaft sowie Männer- und Frauenvollzug nicht eingehalten.
43 Weibliche Inhaftierte waren in Deutschland in 45 Anstalten untergebracht, wobei es in
44 Deutschland nur 5 reine Frauen-Justizvollzugsanstalten gibt. Das bedeutet, dass
45 weniger als die Hälfte der weiblichen Inhaftierten in reinen Frauenanstalten
46 untergebracht ist und ein Großteil ihre Strafen in gesonderten Frauenabteilen von
47 Männeranstalten verbüßt. Doch auch die Anzahl an Männeranstalten, die bundesweit
48 Frauen und weiblich Gelesene aufnehmen, reicht nicht aus, sodass der Frauenvollzug
49 bundesweit überbelegt ist und die Frauen und weiblich Gelesenen nicht wohnortnah
50 untergebracht werden können. Die große Entfernung zum Wohnort stellt ein Hindernis
51 sowohl bei der Kontaktaufrechterhaltung mit der Familie und Freund*innen, als auch
52 bei der Entlassungsvorbereitung dar. Durch die große Distanz ist es bei
53 Vollzugslockerungen schwieriger, Besuche Zuhause abzustatten und es wird bei der
54 Wiedereingliederung auf große Distanz schwieriger, sich eine neue Arbeitsstelle zu
55 suchen. Das steht dem Resozialisierungsziel des Strafvollzugs gemäß § 1 S. 1 StVollzG
56 NRW entgegen und benachteiligt Frauen und weiblich Gelesenen damit mit Blick auf ihre
57 Wiedereingliederung in die Gesellschaft und zurück in ein Leben in sozialer
58 Verantwortung und ohne Straftaten. Darüber hinaus werden Frauen häufig wegen
59 straffälliger männlicher Partner ebenfalls straffällig. Ein Strafjustizsystem muss
60 dafür sorgen, dass Menschen, welche mit diesen in Berührung kommen, nicht in die
61 gleichen negativen Abhängigkeitsverhältnisse geraten.

62 **Arbeits- und Ausbildungssituation**

63 Bezüglich der Arbeits- und Ausbildungssituation ergeben sich weitere Besonderheiten:
64 Viele befinden sich tendenziell in einer sozio-ökonomischen ungünstigeren Lage,
65 verfügen über keine abgeschlossene Berufsausbildung, weisen einen höheren Anteil an
66 Sozialhilfeempfängerinnen und damit auch eine niedrigere Beschäftigungsquote auf. Das
67 Ausbildungsangebot ist gerade in kleineren Haftanstalten meist auf „klassische
68 Frauenberufe“ beschränkt. Ebenfalls sind die Chancen durch ihren Lebenslauf und die
69 Haft auf dem Arbeitsmarkt erheblich eingeschränkt, wenn mancherorts nur
70 Ausbildungsberufe zur Köchin, Friseurin oder Modenäherin möglich sind, die als
71 schlecht bezahlte Berufe kaum Perspektive für ein finanziell abgesichertes Leben
72 außerhalb der Haft bieten. Des Weiteren sind die Beschäftigungsmöglichkeiten
73 insgesamt unzureichend, wodurch die Frauen und weiblich Gelesenen beschäftigungslos
74 bleiben und nicht die Chance haben, ihre Schulden zu tilgen oder sich Rücklagen
75 aufzubauen. Gänzlich aus dem Raster fallen diejenigen, deren Haftzeit zu kurz für die
76 Wahrnehmung eines Ausbildungsangebots ist, oder die wegen ihres zu geringen
77 Bildungsniveaus nicht für die Teilnahme geeignet sind. Hier braucht es bessere
78 Bildungs- und Hilfsangebote, welche sich auch auf die Bereiche von psychosozialer
79 Beratung erstrecken sollten. Hier ist auch eine Kooperation mit ortsansässigen
80 Berufsschulen denkbar. Dies würde sowohl das Problem der für eine gesamte Ausbildung
81 zu kurzen Haftzeit, als auch das der mangelnden Vielfalt der Ausbildungsmöglichkeiten
82 angehen.

83 **Gefängnisse mit zweifelhafter Legitimität und Nutzen**

84 Es kann kein Antrag zum Strafjustizsystem gestellt werden, ohne eine grundsätzliche

85 Kritik an Gefängnissen miteinzubeziehen. Gefängnisse sind der ultimative Ausdruck des
86 staatlichen Gewaltmonopols, jedoch mit zweifelhafter Legitimität. Menschen in
87 Gefängnissen sind der staatlichen Gewaltausübung schutzlos ausgeliefert und sind
88 dabei einem massiven Machtgefälle unterworfen, in welchem sich Rassismen und Sexismen
89 wiederfinden. Zudem tritt der Staat selbst häufig als Täter auf, bspw. in Fällen von
90 Polizeigewalt gegen BIPOC.

91 Gerade Konservative sehen in Gefängnissen ein Mittel gegen sexualisierte Gewalt
92 aufgrund einer angeblichen Präventiv- bzw. Abschreckungswirkung. Allerdings ist diese
93 weitgehend widerlegt und damit auch kein ausreichender Legitimationsgrund. Im
94 Gegenteil besteht ein empirisch belegtes erhöhtes Risiko, im Gefängnis sexualisierte
95 Gewalt zu erfahren. So zeigen Erhebungen in den USA, dass die Wahrscheinlichkeit,
96 Opfer sexualisierter Gewalt zu werden, im Gefängnis fast 30-mal höher ist als
97 außerhalb. Dabei wird ein Großteil der Übergriffe durch die Wärter*innen begangen.
98 Die Vergewaltigungen zwischen Männern im Gefängnis dienen nicht primär der sexuellen
99 Befriedigung, sondern sind Ausdruck der vorherrschenden gesellschaftlichen Misogynie.
100 Vorstellungen wie "jemanden zur Frau machen" und die damit verbundene Sicherung von
101 Machtpositionen kommen hier zum Tragen. Darüber hinaus sind Sicherheitsbehörden wie
102 Polizei und Justizvollzugsanstalten patriarchale Organisationen und können damit
103 keine wirksamen Mittel zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt sein. Die
104 Effektivität der Gefängnisse als Mittel gegen sexualisierte Gewalt ist auch vor dem
105 Hintergrund, dass nur 0,38 % aller Sexualstraftaten zu einer Freiheitsstrafe ohne
106 Bewährung führen, sehr fraglich. Das primäre Ziel der Sicherung der gewaltausübenden
107 Person wird also kaum erfüllt, sondern das Problem nur in den Haftkontext verschoben.

108 **Gefängnis als Mittel zur Herstellung von Gerechtigkeit**

109 Darüber hinaus werden mit der Fokussierung eines Strafjustizsystems auf Gefängnisse
110 und Einzelverurteilungen zentrale Bedürfnisse der Betroffenen missachtet und es kommt
111 zu einer Individualisierung der Täter*innen. Zentral für die Verarbeitung des
112 Erlebten ist die Anerkennung der Schuld durch die Täter*innen und die Entschuldigung
113 und Reue gegenüber der Betroffenen und Opfer. Dies ist ohne Geständnis aber kaum
114 möglich, was wiederum die Verurteilung garantieren würde und daher nur selten
115 passiert. Die Herbeiführung von Gerechtigkeit für die Betroffenen und Opfer spielt
116 nur eine untergeordnete Rolle. Opfer dienen der Strafverfolgung maximal als
117 Beweismittel in Form von Zeug*innenaussagen. Erneut wird das Patriarchat als
118 grundlegende Ursache für geschlechtsspezifische Gewalt nicht mitbetrachtet und
119 verliert somit auch an gesellschaftspolitischer Aufmerksamkeit. Das Gewaltnarrativ
120 einzelner Vorfälle physischer Gewalt gewinnt gegenüber dem eigentlich ursächlichen,
121 sozialisierten mangelnden Kontrollverhalten und misogynen Praxis. Eine
122 Verhaltensänderung bei der gewaltausübenden Person wird nicht angestoßen. Eine solche
123 würde individuell einer wiederholten Gewaltausübung vorbeugen und strukturell die
124 patriarchale Gewalt produzierenden Wirkungsmechanismen anerkennen und diesen
125 entgegenwirken. Ein Strafjustizsystem, welches diese zentralen Punkte außer Acht
126 lässt, kann und darf nicht bestehen bleiben. Eine feministische Umstrukturierung ist
127 alternativlos.

128 **Abolitionismus, Transformative Gerechtigkeit und Forderungen**

129 Gehalte der Abolitionismus-Bewegung und der transformativen Gerechtigkeit sind
130 demnach im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt deutlich vorzuzugswürdiger. So

131 braucht es einen Ausbau des sog. Täter-Opfer-Ausgleichs. Weitere - auch
132 gesellschaftliche - Maßnahmen der Verantwortungsübernahme und Verhaltensänderung der
133 gewaltausübenden Personen sind unabdingbar. Es geht hierbei darum, nicht-staatliche
134 Institutionen und Räume für eine gesellschaftliche Verantwortlichkeit und
135 Rechenschaftspflicht für entstandene Verbrechen zu schaffen. Die Unabhängigkeit von
136 einer staatlichen patriarchalen Schutzmacht ist notwendig, um den liberalen negativen
137 Schutzbegriff abzulegen und tatsächliche positive Sicherheit herstellen zu können. In
138 diesem Kontext muss "Defund and disarm the Police" Maßgabe innenpolitischer Politik
139 sein. Mit den freiwerdenden Mitteln sind psychosozialen Beratungsstellen und
140 Notdienste, Sozialarbeiter*innen, Bildungseinrichtungen, Hausprojekte, Frauenhäuser
141 und insb. der Aufbau von Strukturen transformativer Gerechtigkeit zu fördern.
142 Hilfsangebote dürfen dabei nicht der kapitalistischen Gewinnmaxime unterworfen
143 werden. Sie müssen durch öffentliche Gelder ausfinanziert werden. Andere Maßnahmen
144 außerhalb des Strafjustizsystem wie bezahlbare Mieten, günstige Lebensmittel und
145 soziale Gerechtigkeit stellen tatsächliche Sicherheit her und müssen als solche
146 stärker verfolgt werden.

147 Die Umstrukturierung und teilweise Auflösung des bestehenden Strafjustizsystems ist
148 notwendig, da das jetzige karzerale System gesellschaftliche, strukturelle
149 Diskriminierungsformen sowie Macht- und Gewaltverhältnisse zulässt und gleichzeitig
150 an einer falschen Vorstellung von sicherheitsschaffenden Maßnahmen festhält.
151 Gleichzeitig verschlimmern sich die bestehenden Verhältnisse, da das bestehende
152 patriarchale, kapitalistische und rassistische System Kriminalitätsgründe
153 reproduziert und vermehrt. Neben kurzfristigen Mindeständerungen ist daher eine
154 grundlegende Reform dringen notwendig.

155 Wir fordern:

- 156 • besondere Schutzräume für Menschen außerhalb des heteronormativen Systems
- 157 • umfassende soziale, finanzielle, psychische und gesundheitliche Unterstützung
158 und Versorgung von Frauen und weiblich Gelesenen in und nach der Haft in Form
159 von Beratungs- und Therapieangeboten für Sucht- und andere psychische
160 Erkrankungen
- 161 • verbesserte, auf die Bedürfnisse der Inhaftierten abgestimmte Haftbedingungen:
 - 162 • Ausbau von Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten mit der Chance auf
163 echte wirtschaftliche Unabhängigkeit, auch für kurzfristige Aufenthalte
 - 164 • Einhaltung der Trennungsgebote zu männlichen Inhaftierten, zwischen
165 verschiedener Schweregraden von Straftaten und Alter der Inhaftierten
 - 166 • Besondere Aufenthalts- und Begegnungsräume, welche auch Kinder gerecht
167 ausgestaltet sind
 - 168 • Wohnortnahe Unterbringungsmöglichkeiten, auch in anderen Modellen als der
169 klassischen Haftanstalt
 - 170 • Finanzielle Unterstützung und infrastrukturellen Ausbau der
171 Besuchsmöglichkeiten
- 172 • Grundlegendes Umdenken in der Nutzung von Gefängnissen und eine
173 gesellschaftliche Debatte über den Umgang mit Kriminalität nach
174 abolitionistischer Vorstellung

- 175 • Umbau und Ergänzung des Strafrechtssystems nach Ansätzen transformativer
176 Gerechtigkeit, insb. durch Umverteilung finanzieller Mittel
- 177 • Verteilung der Finanzmittel zugunsten von Beratungsangeboten und
178 zivilgesellschaftlichen Schutzräumen und damit ein Fokus auf nachhaltige
179 Prävention statt reaktive Repression
- 180 • Schaffung zivilgesellschaftlicher Institutionen kollektiver Verantwortlichkeit
181 zur Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt

182 **Kriminalstatistiken**

183 **Verdunkelungsgefahr: Die Schwächen verzerrter Hellfelddaten**

184 Kriminalstatistiken nehmen in unserem Rechtsstaat eine machtvoll Position ein. Sie
185 sind Grundlage für zentrale und wirkungsstarke innen- und sozialpolitische
186 Entscheidungen und haben eine massive mediale und gesellschaftliche Aussagekraft und
187 Rezeption. Damit beeinflussen sie auch den politischen Meinungsbildungsprozess. Wenn
188 in Medien und Politik von Statistiken die Rede ist, wird sich oft auf sogenannte
189 Hellfelddaten wie die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) bezogen. Diese wird im
190 Bund vom Bundeskriminalamt (BKA) herausgegeben und bietet einen Überblick über die in
191 Deutschland jährliche registrierte Kriminalität. Und hier beginnen bereits die ersten
192 Probleme: Weil die Hellfeldstatistiken wie die PKS nur die polizeiliche registrierte,
193 also bekannt gewordene Kriminalität abbilden, lassen sich aus ihr schwerlich
194 Verallgemeinerungen für die tatsächliche Verbreitung bestimmter Delikte ableiten.
195 Schätzungsweise decken die offiziellen Kriminalstatistiken nur 70-80 % der begangenen
196 Straftaten ab. Neben der Tatsache, dass Hellfeldstatistiken demnach nie repräsentativ
197 für die Gesamtheit der Straftaten sind und ein geringeres Kriminalitätsausmaß als das
198 tatsächliche suggerieren, sind die dort erfassten Daten in ihren Proportionen
199 hinsichtlich der Deliktsarten und bestimmten Bevölkerungsgruppen verschiedenen
200 Verzerrungsfaktoren unterworfen:

201 **Anzeigenerstattung - Wer zeigt Straftaten an und welche werden angezeigt?**

202 Geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt, Missbrauch von Kindern, behinderten und
203 älteren Menschen sind in den offiziellen Statistiken stark unterrepräsentiert! Um in
204 der PKS aufzutauchen, muss zunächst die Ermittlungsbehörde Kenntnis von der Straftat
205 erlangen. Das tut sie in 90% der Fälle nicht durch eigene Ermittlungen, sondern durch
206 die Erstattung einer Anzeige. Dabei hängt die Anzeigebereitschaft in der Gesellschaft
207 maßgeblich von den Straf- und Kriminalitätseinstellungen, die wiederum ihrerseits von
208 Vorurteilen und Sozialisation, der öffentlichen Kriminalitätsdiskussion sowie der
209 Beziehung zwischen Täter*in und Opfer ab. Die Gründe, warum zahlreiche Delikte nicht
210 angezeigt werden, sind vielseitig und erfordern politisches Handeln.

211 Zum einen wirken enge persönliche, soziale oder organisatorische Beziehungen selbst
212 bei schweren Delikten wie Gewalt- oder Sexualdelikten hindernd für eine Anzeige,
213 sodass das Hellfeld hier kaum Aufschluss über den tatsächlichen Umfang geben kann.
214 Dies sind Delikte die vor allem FINTA*-Personen betreffen. Die gewalttätige Person
215 übt typischerweise Kontrolle und Macht über das Opfer aus. Insb. ist dies der Fall
216 bei Misshandlung älterer Menschen oder Kindern, sexualisierter und häuslicher Gewalt.
217 Gründe dafür finden sich auch in der langanhaltenden Trennung der privaten und
218 öffentlichen Sphäre: Das, was zuhause in der kapitalistischen Kleinfamilie passiert,

219 bleibt zuhause. Hier ließe sich auch aus Perspektive transformativer Gerechtigkeit
220 über andere gemeinschaftlich-orientierte Wohnkonzepte als Mittel gegen
221 geschlechtsspezifische Gewalt nachdenken.

222 Institutionell stellt die Polizei als Ort der Anzeigeerstattung hinsichtlich ihrer
223 patriarchalen Organisation keinen sicheren Raum für Betroffene von
224 geschlechtsspezifischer bzw. sexualisierter Gewalt dar. Die Angst davor, dass den
225 eigenen Schilderungen nicht geglaubt, sie abgetan oder relativiert werden oder eine
226 Partizipation an dem strafrechtlichen Aufklärungsprozess erneut traumatisierende
227 Wirkung haben kann, hemmt die Anzeigebereitschaft gerade der Opfer sexualisierter
228 Gewalt und Hassverbrechen. Hier müssen umfangreiche Schulungen der Polizeibeamt*innen
229 im Dienst stattfinden und der Umgang mit Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt und
230 Hassverbrechen fester Bestandteil in der Ausbildung werden und geschulte Beamt*innen
231 schnell verfügbar sein. Auf Wunsch sollte es Frauen ermöglicht werden, die
232 Anzeigeerstattungs- und Aussagegespräche mit einer Frau zu führen. Zudem wirkt sich
233 ein berechtigtes fehlendes Vertrauen in die Unterstützung und Konsequenzen durch
234 Strafjustizsystem, Polizei und Gesellschaft hemmend auf die Anzeigenerstattung aus.
235 Selbst im Hellfeld liegt die Verurteilungsrate bei nur 10 % der angezeigten
236 Sexualstraftaten. Von den verurteilten Fällen kommt es zudem nur in 2 % zu einer
237 Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Im Kontext des Dunkelfeldes folgt also auf nur 0,38%
238 aller Sexualstraftaten eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Ein weiterer Aspekt ist
239 die Angst vor öffentlicher Verurteilung und vor den Konsequenzen, wenn eine
240 Verurteilung ausbleibt.

241 **Anzeigenregistrierung - Wie geht die Polizei mit Anzeigen um?**

242 Auch der Vorgang der Registrierung durch die Ermittlungsbehörde verzerrt die Daten.
243 Faktoren wie Ressourcenmangel, politischer Druck oder individuelles Ermessen der
244 Polizeibeamt*innen beeinflussen die Erfassungspraktiken und den Ermittlungsnachdruck.
245 Bei der Aufnahme und Verfolgung von Straftaten kommt der Polizei ein enormer
246 Entscheidungsspielraum zu, da die Registrierung und Bewertung von Kriminalität stets
247 in einem Zuschreibungsprozess steht bzw. den individuellen Welt- und
248 Wertvorstellungen der Beamt*innen unterworfen ist. Daraus ergeben sich für die
249 Entstehung und Verfolgung eines Anfangsverdachts Einfallstore für Diskriminierungen
250 von Minderheiten: Umfangreich durch aktuelle Dunkelfeldstudien belegte rassistische,
251 sexistische, queerfeindliche oder klassistische Einstellungen innerhalb der Polizei
252 und Staatsanwaltschaft können den Registrierungsprozess also wesentlich beeinflussen.
253 So wirkt sich die Idee des kriminologisch beschriebenen "echten" Opfers mit zutiefst
254 sexistischen Vorstellungen aus: Das ideale Opfer darf keine soziale oder
255 verwandtschaftliche Verbindung zur gewaltausübenden Person aufweisen und keine
256 angebliche "Mitverantwortlichkeit" für die Tat bspw. durch das Tragen kurzer Kleidung
257 haben. Betroffene, die nicht den gesellschaftlichen Ansprüchen eines solchen Opfers
258 entsprechen, machen häufig retraumatisierende Erfahrungen in Behörden und
259 Strafverfahren sowie außerhalb des Strafjustizsystems.

260 **Ermittlungsverhalten - Wie und wonach wird ermittelt?**

261 Für die angesprochenen 10 % der Delikte, die der Polizei durch eigene Ermittlungen
262 bekannt werden, ist ein weiterer verzerrender Faktor relevant: der konkrete Einsatz
263 der Ermittlungsressourcen der Polizei. Insb. Deliktsfelder, die häufig Gegenstand des
264 politischen Diskurses sind, werden dabei schwerpunktmäßig ermittelt. Bereiche wie die

265 Organisierte Kriminalität, Drogenkriminalität oder Politisch Motivierte Kriminalität
266 haben damit ein deutlich größeres Hellfeld als geschlechtsspezifische Gewalt. Ganz
267 erkennbar findet sich diese politische Priorisierung bei der von NRW-Innenminister
268 Reul angeordneten rassistischen Verfolgung sog. "Clan-Kriminalität": Staatliche
269 Gewaltausübung für das eigene Wähler*innenklientel auf Kosten von migrantisierten und
270 rassifizierten Menschen. Diese Disproportionalität hat massive Folgen: Wenn bestimmte
271 Deliktsbereiche oder bestimmte Bevölkerungsgruppen von den Statistiken
272 überproportional erfasst werden, beeinflusst dies wiederum den Einsatz der
273 polizeilichen Ressourcen und die strategische Ausrichtung. Dies führt dann zu einer
274 Behandlung von gesellschaftlichen Problemen wider der Realität und beeinträchtigt die
275 Wahrnehmung und Reaktion von Staat und Gesellschaft in Bezug auf die Verbreitung
276 bestimmter Kriminalitätsphänomene wesentlich. Es bildet sich ein sich selbst
277 legitimierender Kreislauf: Die politisch vorgegebene Stoßrichtung beeinflusst die
278 Ermittlungen und damit für die Kriminalstatistiken, welche wiederum die medialen wie
279 politischen Debatte um bestimmte Kriminalitätsfelder befeuern. Diese wird seitens der
280 Politik Grundlage eines noch härteren Vorgehens. Zudem wird erneut eine falsche
281 Neutralität der polizeilichen Arbeit und der Kriminalstatistiken konstruiert. Erstere
282 steht in großer Abhängigkeit, die bspw. von Reul vorgegebene Ziele zu erreichen, um
283 Finanzierung, Ausstattung und Kompetenzerweiterung zu sichern. Die Unterrepräsentation
284 von geschlechtsspezifischer Gewalt in den Kriminalstatistiken und in der
285 Priorisierung der Ermittlungsschwerpunkte sind Sinnbild für die mangelnde Rezeption
286 des Strafjustizsystems von dem Wirkungsmechanismus hinter dieser Gewalt:
287 Geschlechtsspezifische Gewalt zielt auf die Erhaltung von Macht und Kontrolle ab.
288 Diese patriarchale Perspektive greift deutlich zu kurz und verkennt die Realität.

289 **Jahrelanger Missbrauch als eine Straftat? - Kategorisierung von Hellfelddaten**

290 Auch die Art und Weise, wie Straftaten im Hellfeld kategorisiert und definiert
291 werden, verzerrt die Wirklichkeit: Das starre Kategoriensystem mag Vergleichbarkeit
292 in Zeit und Raum, also über Jahre und Bundesländer, schaffen, stellt aber einzelne
293 Kriminalitätsphänomene undifferenziert und verkürzt dar oder hebt andere ohne
294 sachlichen Grund besonders hervor. So werden wiederholte, jahrelange Missbrauchsfälle
295 in der Statistik als ein bekannt gewordenes Sexualdelikt abgebildet. Die tatsächliche
296 Anzahl an Gewalttaten wird damit bis zur Unkenntlichkeit verschleiert. Dass
297 offizielle Hellfeldstatistiken und Lagebilder, die sog. Clankriminalität gegenüber
298 sonstigen organisierten Kriminalitätsstrukturen gesondert und ausdrücklich allein
299 anhand ethnischer Merkmale wie einer türkisch-arabischen Abstammung darstellen
300 und dabei bestimmte Familiennamen als Recherchestrategie nutzen, zeigt, dass schon
301 die vorgegebenen Kategoriensysteme der Hellfelderfassung eine politische patriarchale
302 und rassistische Agenda verfolgen. Wenn wie hier schon vom Ansatz her rassistische
303 Kategoriensysteme aufgestellt werden, statt objektive, verhaltensbezogene Variablen
304 zur Ausgangslage von Erfassung und Verfolgung organisierter Strukturen zu machen,
305 werden ganze Bevölkerungsgruppen aus rassistischen Motiven unter Generalverdacht
306 gestellt und polizeiliche Ressourcen für eine mindestens fragwürdige politische
307 Agenda verpulvert. In dem das Landeskriminalamt NRW ein gesondertes Lagebild zum
308 vermeintlich eigenständigen Kriminalitätsphänomen der sog. Clans herausgibt,
309 reproduziert es also Stereotype und wirkt auf den gesellschaftspolitischen Diskurs
310 ein.

311 **Licht ins Dunkel bringen - Dunkelfeldstudien und Forderungen**

312 Ein Licht ins Dunkel bringen von polizeilicher und politischer Seite stark
313 vernachlässigte Dunkelfeldstudien. Diese umfassen Opfer-, Täter*innen- und
314 Expert*innenbefragungen. Vorteile dieser Erhebungsweise sind bei repräsentativer
315 Stichprobe die Verallgemeinerungsfähigkeit und die Erfassung von
316 Erklärungszusammenhängen, die einen differenzierteren, ursachenbezogenen Umgang mit
317 Kriminalität erlauben. Optimalen Falls wird Dunkelfeld-Forschung umfassend und über
318 einen langen Zeitraum betrieben und liefert damit ein ergänzendes Korrektiv der
319 offiziellen Statistiken, insb. im Bereich von Deliktsfeldern, die von der PKS
320 schlecht erfasst werden, wie sexueller Missbrauch oder geschlechtsspezifische und
321 häusliche Gewalt. Zusammengefasst in aller Deutlichkeit: Hellfeldstatistiken sind
322 verzerrt, nicht-repräsentativ, beeinflussbar, beeinflussend und undifferenziert. Wir
323 fordern daher:

- 324 • Eine sachgerechte Interpretation und Rezeption aller empirischen Daten, statt
325 populistischer Instrumentalisierung verzerrter Hellfelddaten
- 326 • Die Berücksichtigung von Dunkelfeldstudien, statt die alleinige Zugrundelegung
327 polizeilich erfasster Daten
- 328 • Die finanzielle Förderung und Berücksichtigung bestehender wissenschaftlicher
329 Erkenntnisse, statt symbolpolitische Pläne über neue, eigene Studien in bereits
330 seit Jahrzehnten gut erforschten Kriminalitätsbereichen
- 331 • Die Förderung feministischer Kriminologie zur Aufdeckung unterdrückender und
332 patriarchaler Strukturen im Strafjustizsystem, statt die Reproduktion sozial-
333 konstruierter Geschlechterrollen im Kriminalitätskontext
- 334 • Den Abbau vorverurteilender Einstellungen und anzeigehemmenden Verhaltens bei
335 den Anzeigehörden durch gesonderte Schulungen und Weiterbildungen, statt
336 struktureller Billigung der Suche nach "Mitverantwortlichkeit" der Opfer
- 337 • Die Ausrichtung kriminalpolitischer Initiativen nach repräsentativen
338 (Dunkelfeld-) Daten der Wissenschaft, statt unreflektierter Law-and-Order-
339 Politik
- 340 • Differenzierte, objektive Erfassungsmethoden/-kriterien innerhalb der
341 polizeilichen Statistiken und Lagebilder, statt diskriminierender, politisch
342 aufgeladener Variablen, bspw. durch die Erfassung von Missbrauchszeiten und
343 Umfang von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt
- 344 • Eine Fehlerkultur in staatlichen Behörden wie der Polizei, die sachliche,
345 seriöse und evidenzbasierte Kritik zulässt oder bestenfalls wünscht, statt jedes
346 kritische Wort als "Angriff auf die Polizei" oder "Polizei-Bashing" abzuwehren.
- 347 • Die breite Aufstellung von Ermittlungsschwerpunkten, statt rassistischer
348 Verfolgung von "Clan-Kriminalität"

Antrag I09: Ankommen einfacher machen

Antragsteller*in:	UB Duisburg, UB Oberhausen
Sachgebiet:	I - Innenpolitik, Migration und Justiz

1 **Behörden verständlicher gestalten**

2 Migration ist im Alltag bürokratisch. Insbesondere kommunale Integrationszentren
3 beklagen sich über Hürden bei Behördengängen, dabei ist insbesondere das Ankommen
4 eine wichtige Grundlage für die Integration. Besonders Behördensprache ist nicht nur
5 für Migrant*innen eine besondere Herausforderung, viele Begriffe sind in den
6 Herkunftssprachen nicht existent und auch nicht in diese übersetzbar. Oft sind es
7 Heranwachsende, die ihre Eltern deshalb unterstützen müssen.

8 Deshalb möge die Landeskonferenz beschließen:

- 9 • Dass alle Webseiten der Bundesbehörden sowie städtische Webseiten, insbesondere
10 die der Ausländerbehörde sowie die der Arbeitsagenturen auf mehreren Sprachen
11 verfügbar sind. Allen voran sollten neben den Sprachen Deutsch und Englisch auch
12 Sprachen verfügbar sein, welche in der jeweiligen Kommune oder Stadt am
13 häufigsten gesprochen werden.
- 14 • dass Schreiben der Behörden der Kommunen für Zugewanderte, nicht
15 Muttersprachler*innen, in mehreren Sprachen angeboten werden sollen. Neben
16 Deutsch sollten behördlichen Schreiben bei Bedarf zusätzlich in einer
17 fremdsprachlichen Fassung, beispielsweise Englisch, Türkisch, Arabisch,
18 Rumänisch oder Bulgarisch, zur Verfügung stehen.

19 **Integration durch Sport und Kultur**

20 Deutschland hat ein besonderes Vereinswesen. Viele dieser Vereine leisten durch
21 Veranstaltungen, Angebote und Miteinander einen großen Beitrag zur Integration. Dabei
22 stoßen sie aber oft auf Probleme, wie die richtige Ansprache oder fehlende
23 Bekanntheit in den Communities vor Ort. Aus diesem Grund fordern wir Unterstützung,
24 die Zugewanderten die Teilhabe an Gesellschaft ermöglicht und Hürden aufhebt, deshalb
25 fordern wir:

- 26 • dass die Kommunen Zugezogenen Menschen unabhängig der Herkunft, Vereinstickets
27 oder Gutscheine zur Verfügung stellt. Diese können für eine einjährige
28 Mitgliedschaft in einem Verein der Wahl genutzt werden. Der Mitgliedsbeitrag
29 wird durch die jeweilige Kommune übernommen.

30

Antrag I10: Drug-Checking-Angebot für NRW schaffen!

Antragsteller*in:	UB Köln
Sachgebiet:	I - Innenpolitik, Migration und Justiz

1 Wir fordern die Landesregierung auf, die Möglichkeit von mobilen oder stationären
2 Drug-Checking-Angeboten in den Großstädten Nordrhein-Westfalens zu prüfen und
3 anschließend Maßnahmen einzuleiten, um solche Modellprojekte an zentralen Orten
4 umzusetzen – hierfür sind besonders die kommunalen Gesundheitsämter und Orte in der
5 Nähe von Bahnstationen geeignet. Dazu setzen sich die NRWJusos dafür ein, dass die
6 SPD auf Landes- und Bundesebene mehr Rechtssicherheit für Drug-Checking-Angebote und
7 die Beschäftigten dieser Einrichtungen schafft. Dies kann beispielsweise bedeuten die
8 Streichung des §10a Absatz 4 des BtmG herbeizuführen.

9 Aufgrund der Strafandrohungen durch Betäubungsmittelgesetz (BtMG), Neue psychoaktive
10 Substanzen Gesetz (NpSG) und Arzneimittelgesetz (AMG) wird Drogengebraucher*innen der
11 Umgang mit einer Vielzahl psychoaktiver Substanzen verboten. Gerade wegen der
12 riesigen Profite, die der Drogenschwarzmarkt beschert, werden aber eine Unmenge an
13 Substanzen illegal produziert und gehandelt. Deren Produktion und Handel unterliegt
14 keiner Qualitätskontrolle wie in der pharmazeutischen Produktion. Illegal produzierte
15 und gehandelte Produkte werden in stark schwankender Qualität und Dosierung
16 vertrieben und sind oft verunreinigt, werden gestreckt oder ihnen werden andere
17 psychotrope Stoffe beigemischt. Verbraucher*innen werden also auf dem gesamten Weg
18 alleine gelassen und der Staat kommt seiner Sorgfaltspflicht allen Menschen gegenüber
19 nicht nach.

20 Auch, wenn darüber derzeit noch keine zahlenmäßige Einschätzung möglich ist, ist
21 davon auszugehen, dass ein Teil schwerwiegender psychischer Notfälle, Unfälle und
22 Todesfälle vermieden werden könnte, wenn die Verbraucher*innen über mehr
23 Informationen bezüglich der Produktqualität verfügten. In Deutschland haben die
24 Verbraucher*innen illegalisierter Substanzen bislang in aller Regel keine
25 Möglichkeit, diese vor der Einnahme auf Reinheit und Gehalt zu prüfen und zudem
26 qualifizierte Information zu erlangen, die ihnen eine bewusste Risikoentscheidung
27 ermöglichen.

28 Daher ist das Drug-Checking-Angebot so zentral, denn es setzt sich zwingend aus zwei
29 Komponenten zusammen: Die chemische Analyse von Proben psychoaktiver Substanzen, um
30 diese auf Gehalt und Reinheit zu untersuchen. Sowie die fachlich basierte, mit einer
31 Risikoeinschätzung verbundene Rückmeldung des Testergebnisses an die
32 Substanzverbraucher*innen, in dem neben dem Resultat der chemischen Substanzanalyse
33 auch Informationen zu Risiken des Konsums und Safer-Use-Regeln für die entsprechende
34 Substanz vermittelt werden. Auf diese Weise stellt Drug-Checking einen wichtigen
35 Baustein eines ausdifferenzierten Suchthilfesystems und einer modernen Drogenpolitik
36 in vielen Ländern der EU dar und sollte im Sinne des Verbraucher*innenschutzes auch
37 in unseren Kommunen stattfinden.

38 Drug-Checking führt keinesfalls zu einem vermehrten Konsum von Substanzen sondern
39 richtet sich gezielt beispielsweise an Party- und Freizeitdrogenverbraucher*innen,
40 die Substanzen mit teils extremen Wirkungsschwankungen konsumieren oder Menschen mit

- 41 Abhängigkeitserkrankungen, die durch die bisherigen Suchthilfeangebote nicht erreicht
42 werden können.
- 43 Das Suchthilfeangebot in NRW würde durch Drug-Checking-Angebote ausgeweitet werden.
44 Stationäre Angebote in Drogenkonsumräumen und mobile Stationen an Orten der Party-
45 Szene schützen und prävenieren.
- 46 Zusätzlich müssen auf Bundesebene die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.
47 Dies bedeutet unter anderem die Streichung des §10a Absatz 4 des BtmG, der aktuell
48 eine Substanzanalyse in Drogenkonsumräumen verbietet.

Antrag I11: Sperrkonten und Aufenthaltserlaubnisse

Antragsteller*in:	UB Dortmund
Sachgebiet:	I - Innenpolitik, Migration und Justiz

- 1 Die Landeskonferenz der NRWJusos möge beschließen, dass die Mandatsträger*innen der
- 2 NRWSPD und SPD dazu aufgefordert werden faire Bedingungen für Ausländer*innen zu
- 3 schaffen, indem Arbeitsverträge als Finanzierungsnachweis für Aufenthaltserlaubnisse
- 4 anerkannt werden.

Begründung

Wie wir alle wissen, hat die Migrationspolitik in Deutschland eine bedeutende Rolle für die finanzielle Entwicklung Deutschlands, denn der Fachkräftemangel ist auf einem hohen Niveau. Laut einer Studie wurden im Juni 2022 49,6% der Unternehmen wegen Fachkräftemangel beeinträchtigt. Deswegen müssen für alle Ausländer*innen die gleichen und fairen Bedingungen gelten, damit unter anderem die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnisse ohne unnötigen zeitlichen Mehraufwand funktioniert. Der jährliche Stress mit der Ausländerbehörde ist immer mit langen Wartezeiten, Sammeln von unterschiedlichen Unterlagen und großem Zeitaufwand verbunden.

Derzeit werden für die Verlängerung des Aufenthaltstitels der Studierenden nur Sperrkonten oder Verpflichtungserklärungen mit einer monatlichen Summe in Höhe von 934 Euro akzeptiert. Das gilt auch für die Studierenden, die sich seit Jahren in Deutschland aufhalten und während des Studiums arbeiten. Wenn ein*e Studierende*r einen Arbeitsvertrag vorzeigt, die Gehaltssumme dem monatlichem Sperrkonto- /Verpflichtungskonto-Betrag entspricht, wird es nicht als Finanzierungsnachweis anerkannt. Ebenso werden die jährlichen Lohnabrechnungen mit 12 Monaten mehr als 934 Euro auch nicht als Finanzierungsnachweis anerkannt. Die berufsbezogene Arbeit während des Studiums ist ein Teil des praktischen Erfahrungssammelns und wirkt sich positiv auf den zukünftigen Berufseinstieg aus. Für viele Ausländer*innen bedeutet dies eine zusätzliche Integration in die deutsche Arbeitswelt. Wenn ein*e ausländische*r Studierende*r in Teilzeit arbeitet, muss sie*er sich trotzdem mit Sperrkonto- oder Verpflichtungserklärungs-Papieren beschäftigen. Dies bedeutet einen hohen Zeitaufwand. Auch nicht alle Banken bieten einen Sperrkonto-Service an.

Für die ausländischen Studierenden, die Ihre freie Zeit in die Ausübung einer werkstudentischen Tätigkeit investieren, Erfahrung sammeln und somit auch ihren Lebensunterhalt selbstständig sichern, muss ein Arbeitsvertrag als Nachweis der selbstständigen finanziellen Lebensunterhaltssicherung anerkannt werden.

Antrag K01: Klimaschutz ohne Klassenkampf ist Gartenarbeit – Klasse und Klima in unserer kapitalistischen Gesellschaft

Antragsteller*in:	UB Dortmund
Sachgebiet:	K - Klimapolitik, Umwelt- und Tierschutz

1 „Du hast immer viel gelacht über Kinder aus dem Plattenbaugebiet am Rand der Stadt.
2 Was tragen die für Sachen? [...] Warum komm'n die mit der Straßenbahn und werden nicht
3 gebracht? [...] alle seh'n den Unterschied. Hundert Euro liegen zwischen angesehen und
4 unbeliebt.“

5 Der Künstler Kummer beschreibt in seinem Song „Wie viel ist dein Outfit wert?“
6 Unterschiede aufgrund des Wohnortes, der Mobilität & der Kleidung, die bewertet bzw.
7 hier als „unbeliebt“ abgewertet werden. Diese Unterschiede in den Lebensumständen
8 können als Klassenunterschiede bezeichnet werden. Ein anderer Begriff für Schicht
9 oder Milieu ist Klasse. Bildend für eine Klasse werden die unterschiedlichen
10 Lebensumstände wie die sozioökonomischen Verhältnisse wie z. B. Einkommen, Macht,
11 Bildung usw. angesehen.

12 In verschiedenen Bereichen gibt es in Deutschland eine Trennlinie entlang des
13 Einkommens, entlang der Klassenzugehörigkeit & Klassenherkunft. In einer
14 kapitalistischen Gesellschaft bestimmen die Besitzunterschiede über die Klassenlage
15 eines Menschen. Die Klassenherkunft entscheidet in Deutschland z. B. stark darüber
16 mit, ob Menschen reich oder vermögend werden können. Laut dem Ökonomen Karl Marx hat
17 Klasse auch immer etwas mit der Ausbeutung von Arbeitskraft zu tun. Von Ausbeutung
18 durch Arbeit sind Menschen betroffen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Karl
19 Marx ging davon aus, dass es Menschen in einer kapitalistischen Gesellschaft gibt,
20 die genau dies tun müssen und Menschen, die die Produktionsmittel bzw. das Kapital
21 innehaben. Die*rjenige, die*r ihre Arbeitskraft verkauft, behält nicht den Mehrwert,
22 den die eigene Arbeitskraft schafft, sondern die*rjenige mit den Produktionsmitteln.

23 Mehr als hundert Jahre später ist diese Analyse aktueller denn je. Es gibt einige
24 wenige Personengruppen, die große Mengen an Kapital auf sich konzentrieren und einen
25 Großteil der Bevölkerung, der seine Arbeitskraft verkaufen muss und trotzdem immer
26 noch in Armut leben muss oder kurz davor ist zu verarmen. In Europa sind in fast
27 keinem anderen Land die Privatvermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Die
28 Daten der EZB-Vermögenserhebung wurden von einem Team um Stefan Bach von dem
29 Deutschen Institut der Wirtschaftsforschung (DIW) ergänzt um die Schätzung des
30 Vermögens von Superreichen aus sog. Reichenlisten für Deutschland. Nach diesem
31 Ergebnis besitzen in Deutschland 45 der reichsten Haushalte so viel wie die gesamte
32 ärmere Hälfte der Bevölkerung. Nach dem DIW werden die Abstände beim Vermögen bei
33 denen die Erben und denen, die leer ausgehen, immer größer. Kinder, die in Haushalten
34 aufwachsen, die bereits höhere Einkommens- und Vermögensniveaus besitzen, erhalten
35 später im Schnitt höhere Erbschaften und Schenkungen. Gleichzeitig steigen die Zahlen
36 der Armutsbetroffenen in Deutschland. Im April 2023 waren 14,1 Millionen Menschen in
37 Deutschland von Armut betroffen. Dies sind 16,9 % der Bevölkerung, von der besonders
38 Kinder und Jugendliche betroffen sind. Armut wirkt sich auf das ganze Leben und der
39 Teilhabe- sowie Verwirklichungschancen der Kinder und Jugendlichen in der

40 Gesellschaft aus. Auch im Bereich der Arbeit und des Arbeitsschutzes gibt es in
41 Deutschland erhebliche soziale Unterschiede. So werden in Deutschland Formen von
42 ausbeuterischer Arbeit ausgeführt, vor allem von armen, weiblichen und behinderten
43 Arbeiter*innen sowie Arbeiter*innen ohne deutschen Pass, die das Arbeiten zu einem
44 Hungerlohn, Schwarzarbeit, untergraben von Arbeitsschutz wie Lohnfortzahlung im
45 Krankheitsfall, bei Urlaub, nicht Auszahlung des Lohns usw. sowie Menschenhandel zum
46 Zwecke des Arbeitszwangs in bestimmten Branchen beinhalten.

47 Zu den beiden größten Bedrohungen der Weltgemeinschaft gehören die Klimakrise und die
48 soziale Ungleichheit. Der Klimawandel und die Auswirkungen auf die Weltgemeinschaft
49 werden bestehende Ungleichheiten verschlimmern. Die Prognosen verschiedener
50 Forschungsinstitute zeigen, dass der Klimawandel in den Regionen der Welt die
51 stärkste Betroffenheit hervorruft, deren Beitrag zum Klimawandel am geringsten ist.
52 Diese Ungerechtigkeit zeigt sich nicht nur im Verhältnis des globalen Nordens zu dem
53 globalen Süden, sondern zeigt sich auch zwischen den unterschiedlichen
54 Einkommensgruppen der Industrienationen. Die Klassenzugehörigkeit hängt eng mit dem
55 Beitrag einer Person zum Klimawandel sowie dessen Betroffenheit vom Klimawandel
56 zusammen.

57 Im Zusammenhang zu der Klimakrise und Klassismus hat der Soziologe Andreas Kemper die
58 Analyse des Klima-Klassismus vorgelegt. Die Soziolog*in Franzis Seeck beschreibt
59 Klassismus als das systematische abgeschnitten werden oder einen erschwerten Zugang
60 zu Ressourcen wie Geld, Bildung, Anerkennung und Teilhabe, aufgrund der
61 Klassenherkunft z.B. Arbeiter*innenkinder, Kinder von Armutsbetroffenen und
62 Klassenzugehörigkeit z.B. wohnungslose, obdachlose, erwerbslose, arme Menschen.

63 Klima-Klassismus zeigt sich laut Kemper auf drei Ebenen:

64 Die erste Ebene des Klima-Klassismus ist, dass vermögende Menschen mehr zur
65 Klimakrise beitragen, aufgrund dessen, dass sie mehr konsumieren und damit einen
66 höheren CO2 Verbrauch haben.

67 So verursacht laut dem World Inequality Database (2022) das vermögensreichste ein
68 Prozent in Deutschland 120 Tonnen CO2 pro Jahr. Diese Personengruppe verbraucht
69 dreimal so viel wie die obersten zehn Prozent in Deutschland mit 34 Tonnen und
70 zwanzigmal so viel wie die untere ärmere Hälfte der Bevölkerung mit 5,9 Tonnen pro
71 CO2 pro Jahr. Eigentlich hat jeder Mensch nach aktuellen Berechnungen von Prof. Hans
72 Joachim Schellnhuber (ehemaliger Direktor vom Potsdam Institut für
73 Klimafolgenforschung), wenn das Minimalziel des Pariser Klimaabkommens ("unter 2
74 Grad") als Maßstab genommen wird, nur noch 3 Tonnen CO2 pro Kopf und pro Jahr zur
75 Verfügung. Nach den Daten des World Inequality Lab verursacht das reichste ein
76 Prozent der Weltgemeinschaft, dies sind knapp 80 Millionen Menschen, welche ein
77 Vermögen von mindestens einer knappen Millionen Dollar haben, 17 Prozent aller
78 Treibhausgase. Die reichsten 10 Prozent der Menschen sind für fast die Hälfte aller
79 Emissionen verantwortlich. Auf mehr als 2.300 Tonnen CO2 pro Jahr pro Kopf kommen
80 Superreiche mit dem größten Vermögen weltweit. Während die Emissionen der reichsten
81 Menschen seit den 1990er Jahren deutlich gestiegen sind, verzeichnet die weltweite
82 Mittelschicht einen Emissionsrückgang. 2015 wurde in Paris das Ziel, die Erderwärmung
83 auf „deutlich unter 2 Grad“ zu begrenzen, von den Vereinten Nationen vereinbart. Auch
84 Deutschland hat dieses Ziel völkerrechtlich verbindlich vereinbart, dennoch fehlt es
85 an politischen Maßnahmen, massive soziale Ungleichheit zu bekämpfen und dem

86 Konsumrausch dem reichsten Teil der Bevölkerung Einhalt zu gebieten. Deren
87 übermäßiger Konsum führt bereits aktuell dazu, dass Menschen durch den Klimawandel
88 weltweit ihr Zuhause und ihr Leben verlieren. Dies wirkt besonders fatal, wenn sich
89 die Prognosen zu den Folgen der Erderhitzung vor Augen geführt wird. Laut dem
90 Statistiker Adrian Raftery wird es bei einer Erwärmung von 1,5 Grad zu extremen
91 Hitzewellen, Flut- und Dürrekatastrophen kommen, bei einer Erderwärmung um 2,0 Grad
92 wird es zu Sommer kommen bei denen das Hinausgehen tödlich sein kann und ein erhöhtes
93 Risiko für Lebensmittelknappheit besteht, bei einer Erderwärmung um 3,0 besteht ein
94 hohes Risiko eines unaufhaltsamen Kreises der Erhitzung sowie von Hungernöten, Dürren
95 und hierdurch zu Chaos und Krieg, bei einer Erwärmung um 4,0 Grad wird es jeden
96 Sommer tödliche Hitzewellen, überschwemmte Städte, zerstörte Ökosysteme geben und bei
97 einer Erderwärmung um 5,0 Grad wird an den meisten Orten der Welt menschliches
98 überleben unmöglich werden. Der 6. Sachstandsbericht des Weltklimarates vom August
99 2021 beschreibt, dass bereits aktuell der vom Menschen verursachte Klimawandel sich
100 auf die Wetter- und Klimaextreme in allen Regionen der Welt auswirkt. Sie
101 beschreiben, dass viele Veränderungen im Klimasystem in unmittelbarem Zusammenhang
102 mit der globalen Erwärmung größer werden. Hitzeextreme, Starkniederschläge,
103 landwirtschaftliche, ökologische Dürren, Wirbelstürme, aber auch der Rückgang des
104 arktischen Meereises, Schneebedeckung sowie Permafrost haben eine Zunahme in der
105 Häufigkeit und Intensität erfahren.

106 Auf die Folgen des Klimawandels zielt die zweite Ebene des Klima-Klassismus. So
107 gefährden die Folgen Klimakatastrophen arme Menschen weltweit am stärksten.

108 Armutsbetroffene sind Klimaereignissen und deren Folgen unmittelbar und häufiger
109 ausgesetzt. Sozioökonomisch benachteiligte Menschen leben eher in Gebieten, die von
110 Starkwetterereignissen betroffen sind, leben häufiger in Gebäuden mit schlechter
111 Bausubstanz oder in gar keinen Gebäuden und werden stärker durch Lärm und
112 Luftschadstoffe belastet. Des Weiteren haben sie keine oder nur wenig Ressourcen, um
113 sich vor den Folgen der Klimakrise zu schützen oder Vorbeugungen oder Reparaturen zu
114 leisten. Auch die extremen Preissteigerungen für Nahrungsmittel oder andere Güter des
115 alltäglichen Bedarfs belasten einkommensbenachteiligte Gruppen. Als eine politische
116 Maßnahme gegen die Vergrößerung von sozialer Ungleichheit kann effektive Klimapolitik
117 betrachtet werden. Hierfür müssten allerdings verschiedene klassenbezogenen
118 Perspektiven politisch miteingebunden, die Sorgen Ängste und Nöte aller Klassen ernst
119 genommen werden und Verteilungswirkungen bei Klimaschutzmaßnahmen mitgedacht werden.

120 Aktuell sind die Interessen bestimmter Klassen, der Oberschicht und des reicheren
121 Bildungsbürgertums, politisch überrepräsentiert, wohingegen die politischen
122 Interessen und Perspektiven von armutsbetroffenen Menschen kaum bis gar nicht
123 repräsentiert werden. Dies hat auch Auswirkungen auf politische Entscheidungen, den
124 Umgang mit Krisenlagen und der Art und Weise wie politische Akteur*innen im
125 politischen Diskurs auftreten.

126 Die dritte Ebene des Klima-Klassismus berührt den Aspekt, dass klimapolitische
127 Maßnahmen, welche die Nöte der einkommensbenachteiligten Haushalte ignorieren,
128 ungleiche Einkommens- und Vermögensverhältnisse verstärken.

129 Dies ist besonders beachtenswert, da soziale Ungleichheit als ein Emissionstreiber
130 gesehen werden kann und wie bereits beschrieben die Klimakrise sowie die soziale
131 Ungleichheit zu den größten Bedrohungen für die Weltgemeinschaft gehören. Dennoch

132 sind politische Debatten, die in den Bereich der Bekämpfung sozialer Ungleichheit
133 fallen von Armenhass und Klassismus geprägt und im Bereich der Klimapolitik werden
134 häufig die Lebensrealitäten armer Menschen sowie ihre Sorgen und Ängste nicht
135 allumfänglich in den Blick genommen. So gaben Bundespolitiker*innen,
136 Ministerpräsidenten sowie Personen in höheren politischen Positionen in Zeiten der
137 Gasknappheit und der steigenden Preisen im Jahr 2022 Haushaltstipps wie „noch einen
138 zweiten Pullover“ anzuziehen (Wolfgang Schäuble, CDU), „der Waschlappen ist auch eine
139 brauchbare Erfindung“ (Winfried Kretschmann, Grüne) oder „man ist auch frisch
140 morgens, wenn man kalt duscht“ (Wolfgang Kubicki, FDP). Hier erklären Menschen, die
141 politische Macht besitzen und ein fünfstelliges Einkommen haben, Menschen, die sich
142 von den steigenden Preisen belastet fühlen, dass sie ein strukturelles Problem, was
143 eigentlich politisch gelöst werden müsste, individuell durch vermeintlichen Verzicht
144 oder Einsparung lösen könnten. Dabei wissen arme Menschen nicht erst seit der
145 Energiekrise im letzten Jahr wie hart es ist zu sparen und wie man spart. Gegen die
146 sozialen Risiken, die Folgen der Klimakrise und für den gesellschaftlichen
147 Zusammenhalt bieten klimapolitische Entscheidungen eine Möglichkeit umfassende
148 Umverteilung zu bewirken. Eine solche umfassende Umverteilung könnte soziale
149 Ungleichheit abbauen und für Akzeptanz bei den Klimaschutzmaßnahmen sorgen.

150 Wie bereits beschrieben wirkt Klima-Klassismus nicht nur vor der eigenen Haustüre,
151 sondern weltweit, indem die profitierenden gesellschaftlichen Gruppen des
152 kapitalistischen Systems im globalen Norden wie z.B. Superreiche oder international
153 handelnde Unternehmen eine große Verantwortung tragen für die Klimakrise, da sie
154 überdurchschnittlich viel CO2 emittieren. Gleichzeitig sind wie beschrieben weltweit
155 arme Menschen von den Folgen des Klimawandels am stärksten betroffen. Während in
156 Deutschland oft noch gezögert wird mit Klimaschutzmaßnahmen, wie man an der aktuellen
157 Debatte zum Gebäudeenergiegesetz bestens nachvollziehen kann, können BIPOC (Black,
158 Indigenous, People of Color) schon lange nicht mehr die Klimakrise als ein
159 fernliegendes Problem in der Zukunft betrachten, da sie bereits heute die vollen
160 Ausmaße der Krise tagtäglich erleben. Seit Jahren belasten extreme Wetterereignisse
161 und Naturkatastrophen besonders indigenes Land, besonders die Menschen im globalen
162 Süden sind von Überschwemmungen und Vertreibungen betroffen. Die Klimakrise ist
163 strukturell rassistisch, kapitalistisch und durch ihre historische Verbundenheit zum
164 Kapitalismus kolonialistisch. In Regionen der Erde, in denen der Klimawandel zu
165 Regenmangel und Ernteauffällen führt, verfügen besonders BIPOC und FINTA über weniger
166 Geld als weiße Männer, die sich dadurch auch seltener alternative
167 Bewässerungssysteme. Unser europäisches Verständnis der Klimakrise muss daher als
168 koloniale Kontinuität begriffen werden. Noch bis heute findet die „Zusammenarbeit“
169 des globalen Südens und des globalen Nordens nicht auf Augenhöhe statt, was zur Folge
170 hat, dass die Perspektiven von armen Menschen aus dem globalen Süden nicht bei den
171 klimapolitischen Maßnahmen des globalen Nordens beachtet werden.

172 Vor diesem Hintergrund und unserem Selbstverständnis, dass Klimapolitik sozial
173 nachhaltig und gerecht sein muss, schließen wir uns den Forderungen für klimasoziale
174 Maßnahmen an, die bei der Armutskonferenz im Herbst 2021 unter dem Titel
175 „Armutsbekämpfung durch klimasoziale Politik“ getroffen worden sind. Daher fordern
176 wir:

177 • **Klassenbezogene Verbote des verschwenderischen Lebensstils von Reichen und**

- 178 **Superreichen wie z. B. ein Privatjetverbot.**
- 179 • **Das ernst nehmen und beteiligen von armutsbetroffenen Perspektiven in**
180 **klimapolitischen Entscheidungen.**
- 181 • **Schutz von insbesondere marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen wie**
182 **armutsbetroffenen Menschen vor den Folgen des Klimawandels.**
- 183 • **Anerkennung und Übernahme von Verantwortung der Klimakrise von den**
184 **profitierenden gesellschaftlichen Gruppen des kapitalistischen Systems im**
185 **globalen Norden.** Zur Verantwortungsübernahme gehört für uns, dass die ärmsten
186 Länder der Weltgemeinschaft in ihren Anpassungen an den Klimawandel unterstützt
187 werden müssen und eine deutliche Reduktion der Treibhausgasemissionen bei den
188 Verursachern der Klimakrise erzielt werden muss. Des Weiteren muss die
189 Klimakrise als koloniale Kontinuität begriffen werden. Auch sollte eine
190 Aufarbeitung der Verbindung der heutigen kapitalistischen patriarchalen
191 Strukturen zur kolonialen Vergangenheit geschehen. Eine gerechtere Verteilung
192 der Ressourcen innerhalb der Weltgemeinschaft sollte erzielt werden sowie faire
193 Handelsbedingungen geschaffen werden, um die heute noch bestehende
194 wirtschaftliche Abhängigkeit Kolonien zu verringern.
- 195 • **Teilhabe am sozialen Leben durch den Zugang zur nachhaltigen Energie für alle**
196 **Menschen.** Energie und Wohnen müssen als Grundbedürfnisse behandelt werden.
197 Abgeschnitten zu sein von Energie führt zum sozialen Ausschluss von Menschen.
198 Dies wurde besonders während der Corona-Krise deutlich. Daher braucht es eine
199 Ratifizierung der Artikel 30 (Recht auf Schutz gegen Armut und sozialer
200 Ausgrenzung) und Artikel 31 (Recht auf Wohnung) der Europäischen Sozialcharta,
201 damit diese Grundbedürfnisse Verfassungsrang erhalten.
- 202 • **Klimafreundliches und energieeffizientes Wohnen für alle Menschen ermöglichen.**
203 Für armutsbetroffene Haushalte sind Sanierungen nicht leistbar und müssen
204 dennoch vor dem Hintergrund der Folgen des Klimawandels umsetzbar sein.
205 Förderungen sollten die vollen Kosten übernehmen und Kosten der
206 Energieeffizienzsteigerung sollten nicht auf den Mieter*in umgelegt werden
207 können. Hier braucht es den Schutz von Mieter*innen.
- 208 • **Ausbau von klimasozialer Mobilität.** Der öffentliche Verkehr muss so ausgebaut
209 werden, dass öffentliche Verkehrsmittel in ausreichender Frequenz und für alle
210 leistbar zur Verfügung stehen muss. Der Individualverkehr muss dort, wo es
211 möglich ist, z. B. in städtischen Regionen auf ein Minimum reduziert werden.
212 Enorme ökologische und soziale Folgen haben der motorisierte Individualverkehr
213 und die Möglichkeit, jederzeit überall hinfliegen zu können. Hier bedarf es
214 einer drastischen Reduktion des Individualverkehrsaufkommens der Oberklasse und
215 der oberen Mittelklasse und eine Förderung von kollektiver Mobilität sowie einer
216 Abschaffung des Flugverkehrs durch Privatjets. Parallel muss die aktive
217 Mobilität (Fahrradfahren und zu Fuß gehen) und in Regionen, in denen der
218 Individualverkehr wie ländliche Regionen gebraucht wird, für armutsbetroffene
219 und arme Arbeiter*innen gefördert werden.
- 220 • **Eine für alle leistbare klimaneutrale Ernährung.** Gesunde Lebensmittel im
221 öffentlichen Bereich wie Schulen, Kindergärten und Kantinen müssen angeboten und
222 eine Überproduktion von Lebensmitteln sollte verhindert werden. Des Weiteren

- 223 sollte ehrenamtliche Arbeit, die das Retten von Lebensmitteln beinhaltet,
224 entkriminalisiert werden.
- 225 • **Eine sozialökologische Steuerreform.** Wie die schrittweise Einführung einer CO2-
226 Steuer, die eine tatsächliche Entlastung und Unterstützung für untere Einkommen
227 und armutsgefährdete Personen gewährleistet sowie Unterstützung für notwendige
228 größere Investitionen wie einen Tausch des Heizsystems, Gebäudedämmung usw.
229 ermöglicht.

Antrag K02: Jungsozialistisch einheizen statt heißer Luft – Wie die Wärmewende gelingen kann

Antragsteller*in:	UB Aachen-Stadt, UB in der Städteregion Aachen, KV Düren/Jülich, KV Heinsberg, KV Euskirchen
Sachgebiet:	K - Klimapolitik, Umwelt- und Tierschutz

1 **Warum brauchen wir die Wärmewende?**

2 Deutschland hat sich zur Klimaneutralität bis 2045 verpflichtet, d.h. es dürfen keine
3 Emissionen von klimaschädlichen Gasen wie CO₂ in die Atmosphäre ausgestoßen werden.
4 Im Bereich der Privathaushalten fallen auf die Bereitstellung von Raumwärme und
5 Warmwasser 85% der Treibhausgasemissionen[1] zurück. Heizungssysteme haben lange
6 Lebensdauern, deshalb müssen wir uns spätestens jetzt Gedanken machen, welche Systeme
7 in Zukunft verbaut werden dürfen und wie wir einen sozial gerechten Weg zur
8 Klimaneutralität in diesem Sektor erreichen.

9 In der näheren Zukunft werden die Preise für CO₂ Zertifikate den Erdgaspreis kräftig
10 nach oben treiben. 2021 machten die CO₂-Preise etwa 0,5ct beim Erdgaspreis aus.
11 Dieser Preis ist stetig angestiegen und wird es auch in Zukunft weiter tun. Ab 2026
12 startet die offene Versteigerung der CO₂-Zertifikate, dann wird mit einem zwei- bis
13 dreimal so hohen CO₂-Preis gerechnet.[2]

14 Die daraus resultierenden steigenden Heizkosten werden auf die Mieter*innen umgelegt
15 werden, wenn Vermieter*innen sich lieber die günstige Gasheizung einbauen lassen
16 anstatt ihrer Verantwortung als Eigentümer*innen gerecht zu werden und eine
17 klimafreundliche Heizung zu verbauen.

18 Solch eine schleichende, aber stetige Kostensteigerung ist ein schlechter
19 Verbraucherschutz. Diesen gilt es zu korrigieren und zu verbessern. Ein zeitnahes
20 Einbauverbot von fossilen Heizungen spart Mieter*innen und Eigenheimbesitzer*innen
21 also späte, aber hohe Folgekosten im Verbrauch. Ein Einbauverbot von Öl und
22 Gasheizungen ist umgesetzter Mieter- und Klimaschutz!

23 **Wie schaffen wir die Wärmewende in Deutschland?**

24 **Säule1, die Fernwärme:** Als Fernwärme wird Warmwasser bezeichnet, das durch isolierte
25 Rohre zu der*dem Verbraucher*in fließt und somit Wärme für das Heizen und Warmwasser
26 zum Duschen bereitstellt. Dazu muss die Wärme von einem kommunalen Energieversorger
27 bereitgestellt werden. Aufgrund der Verlegung von neuen Rohren ist eine kommunale
28 Wärmeplanung erforderlich. Hier kann dann festgelegt werden, wo Fernwärme verlegt
29 wird und wo und durch was sie bereitgestellt wird. Gerade in urbanen Räumen ist die
30 Fernwärme lohnenswert, da Wege hier kurz und gute Absätze möglich sind. Wichtig dabei
31 ist, dass es in Zukunft keinen Zwang zur Abnahme der Fernwärme geben sollte, damit
32 sich faire und kompetitive Preise zwischen verschiedenen Heizungssystemen bilden
33 können. Dadurch wird sichergestellt, dass Endnutzer:innen nur indirekt
34 Investitionskosten tragen müssen. Die Wahl der Technologie, mit der die Fernwärme
35 bereitgestellt wird, trifft der Energieversorger. So kann das kommunale Unternehmen
36 zeitnah den Umstieg auf eine klimafreundliche und effiziente Wärmequelle planen.
37 Mittelfristig sollen die kommunalen Unternehmen auch dazu verpflichtet werden, die

38 Fernwärme klimaneutral bereitzustellen.

39 **Säule 2, die Wärmepumpe:** Eine Wärmepumpe kann mithilfe elektrischer Energie
40 Umgebungswärme beziehen und auf Heiztemperaturniveau anheben. Der sogenannte
41 Jahresarbeitszahl (JAZ) bezeichnet das Verhältnis aus der im Jahr bereitgestellten
42 Heizwärme zum im Jahr eingesetzten elektrischen Energie. Dieser beträgt unter realen
43 Einsatzbedingungen sehr selten weniger als 2,5. [3] Aus einer Kilowattstunde kann
44 also mindestens 2,5 Kilowattstunden Raumwärme bereitgestellt werden, in vielen Fällen
45 beträgt die JAZ sogar mehr als 3. Konventionelle Heizungen können nie mehr als eine
46 JAZ von 1 erreichen.

47 Es zirkulieren in der öffentlichen Debatte noch viele Fehlinformationen zu den
48 Einbaumöglichkeiten einer Wärmepumpe. Oft verfängt sich das Gerücht, dass eine
49 Wärmepumpe nur mit großem Umbauaufwand eingebaut werden könnte. Mit Szenarien zum
50 Umbauzwang des gesamten Heizungssystems, bspw. zu einer Fußbodenheizung, wurde vielen
51 Menschen Angst gemacht. Es stimmt, dass mit sinkender Wärmeübertragungsfläche die
52 Effizienz von Wärmepumpen sinkt. Allerdings lässt sich schon mit größer
53 dimensionierten, klassischen Heizkörpern wie sie in jedem Zimmer stehen, ein gutes
54 Niveau der Effizienz erreichen. Hier reicht im Zweifel ein einfacher Tausch der
55 Heizkörper.

56 Auch Geräuschemissionen sind nicht das Problem, das manche daraus machen. Es gibt
57 genug Möglichkeiten, den Geräuschpegel auf die gesetzlichen Vorgaben zu senken. Zum
58 einen gibt es günstige bauliche Maßnahmen, zum anderen kann man durch intelligente
59 Steuerung den Nachtbetrieb einschränken, sodass Ruhestörung kein Problem ist.

60 **Säule 3, das Biogas:** Biogas kann nur in begrenztem Ausmaß Erdgas ersetzen. Der
61 limitierende Faktor ist hier die Flächennutzungskonkurrenz. Auf den gleichen Flächen,
62 wo Mais oder Raps für Biogas angebaut wird, könnte der gleiche Mais oder andere
63 Pflanzen für andere Zwecke angebaut werden, insbesondere für Lebensmittel. Eine
64 signifikante Ausweitung von Flächen zur Biogas-/Biodieselerzeugung verbietet sich im
65 Lichte weltweiten Hungers. Rein von der Effizienz betrachtet ist Biogas auch nicht
66 sinnvoll, eine Photovoltaikanlage "erntet" mehr Energie pro Fläche, als es
67 Energiepflanzen je tun könnten. Eine Ausweitung von Biogas aus Energiepflanzen ist
68 nicht erstrebenswert.

69 **Und der Rest?**

70 Die Wasserstoffheizung ist als Alternative eine Illusion! Wenn Wasserstoff über
71 Elektrolyse bereitgestellt wird, würde das bei einem Strompreis für Großabnehmer von
72 10ct/kWh[4] nur an reinen Übertragungsentgelten und Stromsteuern betragen. Mit
73 realistischen Umwandlungswirkungsgraden[5] und ohne(!) Kapitalkosten für die
74 Umwandlung landet man dann bei knapp 13ct/kWh. Dieser Preis geht dabei vom Best-Case
75 von Spotmarktpreisen von Strom nahe Null aus.

76 Wenn von gleichen Bedingungen beim Strombezug zwischen Wasserstoff und Wärmepumpe
77 ausgegangen wird ist dieser Preis realistisch. Andere Szenarien gehen von niedrigeren
78 Wasserstoffpreisen aus, da fallen dann aber Netzentgelte und Steuern beim Strombezug
79 weg. Das ist kein fairer Vergleich, wir wollen keine Wettbewerbsverzerrung bei der
80 Wahl der neuen klimaneutralen Heizung!

81 Zum Vergleich: Durch die Gaspreisbremse der Bundesregierung ist der Gaspreis aktuell
82 bei 12ct/kWh festgesetzt. Viele Menschen ächzen schon unter diesen gedeckelten

83 Erdgaspreisen. Eine Wasserstoffheizung kann also keine menschenfreundliche Option
84 sein!

85 Wasserstoff wird benötigt, um viele chemische Prozesse in der Industrie klimaneutral
86 umgestalten zu können. Wir brauchen keine Verknappung von Wasserstoff durch
87 ineffiziente Verbrennung beim Heizen.

88 Importierter Elektrolyse-Wasserstoff ist auch keine preisrealistische Alternative.
89 Die Kosten für den Seetransport sind einfach zu hoch.[\[6\]](#)

90 Selbst die Verstromung des Wasserstoffes in einem Gas-und-Dampf-Kraftwerk (GuD) mit
91 Wärmepumpe ist gegenüber einem Gaskessel von der Effizienz immer noch deutlich
92 besser.

93 Effizienzsteigerungen in unserem Umgang mit Energie sind nötig, damit wir die
94 Energiewende schaffen. Wir werden in Zukunft weitere Schwierigkeiten haben, genug
95 erneuerbare Energien in Deutschland bereitzustellen, durch die Ineffizienz von
96 Wasserstoffheizungen wäre deren Verwendung nicht zielführend![\[7\]](#)

97 Holzkamine stellen in den meisten Fällen kein vollwertiges Heizsystem dar, sondern
98 nur eine Zusatzheizung mit einer angenehmen Atmosphäre. Dementsprechend sollten diese
99 auch nicht Teil der Subventionen oder der neuen Einbauregelungen sein. Es gibt
100 Holzpellet-Heizungen, die als vollwertige Heizungen verbaut werden. Es gibt eine EU-
101 Richtlinie, die Holz als Klimaneutrale Energie festlegt. Gleichzeitig stellt die
102 Verbrennung von Holz eine sehr starke Feinstaubbelastung dar. Die Ökobilanz von Holz
103 ist umstritten, je nach Annahme, was mit dem Holz im Alternativfall passiert wäre.
104 Und schauen wir uns doch in Deutschland und der EU um, so viel Wald haben wir nicht,
105 dass wir ihn verfeuern könnten und gleichzeitig genug wieder aufforsten.

106 Etagenheizungen stellen eine starke Herausforderung dar, weil hier größere
107 Umbaumaßnahmen notwendig sind, um bspw. Fernwärme bereitzustellen. Hier müssen neue
108 Rohre verlegt und Kamine verschlossen werden. Wir halten spätere Fristen zum Einbau
109 hier für sinnvoll, um den besonderen Herausforderungen in diesem Segment gerecht zu
110 werden.

111 **Wie sieht das mit den Kosten für die Haushalte aus?**

112 Investitionskosten stellen das Hauptproblem zur Umsetzung dar, falls eine Wärmepumpe
113 beschafft wird. Die Anschaffungs- und Installationskosten sind hier im Vergleich
114 deutlich höher, deswegen sind Förderungen so wichtig. Beim Umstieg auf Fernwärme
115 stellt sich dieses Problem nicht.

116 Im Vergleich der laufenden Kosten zwischen einer Wärmepumpe und einer Gasheizung ist
117 die Wärmepumpe deutlich günstiger. Betrachtet man aktuelle Arbeitspreise von Strom[\[8\]](#)
118 und Erdgas[\[9\]](#), realistische Wartungskosten und eine konservativ geschätzte
119 Jahresarbeitszahl, sinken die laufenden Kosten spürbar. Fernwärme ist in den
120 laufenden Kosten teurer, jedoch gibt es hier keine großen Investitionskosten für
121 den*die Verbraucher*in.

122 **Was ist mit Dämmen?**

123 Dämmen ist prinzipiell immer sinnvoll. Der Heizbedarf kann hier stark gesenkt werden,
124 wodurch ein guter und wichtiger Beitrag zum Einsparen von Strom/anderen Heizträgern
125 geleistet wird. Isoliert betrachtet reicht das Dämmen aber nicht, um klimaneutral zu
126 werden. Zudem sind die Anforderungen an die Umbaumaßnahmen sowohl aus finanzieller

127 als auch aus umbautechnischer Sicht deutlich höher. Vollständig ausgetauschte Fenster
128 und Fensterrahmen, Türen, sonstigen Wärmebrücken und Fassadendämmung sind nicht
129 günstig und benötigen einfach viel mehr Arbeitsstunden.

130 **Was für Subventionen sollte es geben?**

131 Bei den Subventionen gilt es drei Aspekte zu beachten: Die Geschwindigkeit und die
132 Höhe der Förderungen, sowie die Preisentwicklung der fossilen und erneuerbaren
133 Energieträger.

- 134 • Die Geschwindigkeit der Förderungen ist essenziell für das Vertrauen in die
135 Maßnahmen. Lange Prüfprozesse schlagen tiefe Löcher in die Haushalte und
136 bedrohen deren Liquidität. So etwas darf nicht passieren.
- 137 • Die Höhe der Förderungen beeinflusst maßgeblich die kurzfristige Belastung für
138 die Haushalte und Kleinunternehmen. Die Höhe sollte sich deshalb vor allem am
139 Preis des Austausches von konventionellen Heizungssystemen orientieren. Sprich,
140 die Anschaffungs- und Einbaukosten sollten gerade für finanziell schlechter
141 gestellte Verbraucher*innen am Ende recht ähnlich zu einer Gas- oder Ölheizung
142 sein.
- 143 • Der Unterschied vom Gas- oder Ölpreis zum Preis des alternativen Energieträgers
144 ist entscheidend dafür, ob ein Heizungstausch aus rein ökonomischer Sicht Sinn
145 macht. Falls die Preisdifferenz so ist, dass durch den Umbau für die
146 Verbraucher*innen eine langfristige, aber deutliche Entlastung entsteht, besteht
147 kein Bedarf für Direktförderungen, sondern nur Kreditprogramme seitens der KfW,
148 um die kurzfristige Liquidität sicherzustellen. Direktförderungen sind dann
149 sinnvoll, wenn die sich einstellende Preisdifferenz gering ist.

150 Diese Aspekte gilt es in der Finanzierung abzubilden.[\[10\]](#) Insbesondere eine reine
151 Direktförderung würde bei einer Preisentwicklung mit hohem Gas- und niedrigem
152 Strompreis einer Gießkannensubvention für alle Haushalte gleichkommen. Das brauchen
153 wir nicht, es gibt genug andere spezifischere Förderung für Menschen, die es deutlich
154 stärker brauchen.

155 Es ist anzunehmen, dass sich der Strompreis langfristig nicht signifikant erhöht, da
156 durch den aktuellen Preis schon starke finanzielle Anreize gesetzt werden. Die
157 bürokratischen und rechtlichen Hürden dürfen den Ausbau nicht weiter behindern, um
158 den Preis stabil zu halten.

159 Es bleibt die Frage der Finanzierung für die Kommunen. Die aktuelle Vorlage
160 beinhaltet keine konkrete Zusage an die Kommunen, sie beziffert lediglich einen
161 Gesamtinvestitionsaufwand von 6 Mrd. € pro Jahr, die sich zum Teil aus dem
162 Sondervermögen Klima- und Transformationsfonds (KTF) speisen.

163 Fernwärmenetze sind mit einer hohen Erstinvestition verbunden. Zahlreiche kommunale
164 Unternehmen, die den Großteil der Fernwärmenetze betreiben, hätten selbst mit
165 Fremdkapital Schwierigkeiten, diese Investitionen zu bestreiten. Hier sind die
166 Direktzuschüsse aus dem KTF gut investiert, sodass ein Teil der Kosten abgefangen
167 wird. Die restlichen Kosten kann über zinsgünstige, sichere Kredite seitens der KfW
168 bereitgestellt werden, um den Ausbau nicht zu verzögern.

169 **Was ändert sich für einen einzelnen Haushalt?**

170 Eigentlich fast nichts. Ob im Keller ein Kessel verbrennt, eine Pumpe pumpt oder

171 Warmwasser vom Fernwärmenetz kommt, ist keine nennenswerte Veränderung der
172 Lebensqualität.

173 Mit der Hilfe von Subventionen werden die initialen Investitionskosten gesenkt. Je
174 nach langfristiger Strompreisentwicklung oder der Kombination von Photovoltaik und
175 Wärmepumpen, sinken die laufenden Kosten gegenüber der Gasheizung und in der zweiten
176 Anschaffung sind die Subventionen nicht mehr nötig. Somit ist sichergestellt, dass
177 niemand über den Wechsel der Heizung in finanzielle Schwierigkeiten kommt.
178 Klimaschutz geht nur zusammen mit sozialer Gerechtigkeit!

179 **Wir fordern:**

- 180 • Die zügige Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung
- 181 • Finanzierungshilfen vom Bund und den Ländern für die Kommunen, um die
182 Investitionen in die Fernwärmenetze besser zu ermöglichen
- 183 • Ein sofortiges Verbot von Gas- und Ölheizungen in Neubauten
- 184 • Eine Förderung von Wärmepumpen, um die Anschaffungskosten auf Gaskesselniveau zu
185 senken, die an den Gas- und Strompreis regelmäßig angepasst wird.
- 186 • Einbau von neuen Gaskesseln in Bestandsbauten ist solange zulässig, bis die
187 kommunale Wärmeplanung abgeschlossen ist. Danach sollen nur noch vollständig
188 klimaneutrale Lösungen möglich sein.

189

190 [\[1\]](#)

191 <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/wohnen/kohlendioxid-emissionen-im-bedarfsfeld-wohnen#:~:text=Im%20Bereich%20E2%80%9ERaumw%C3%A4rme%20E2%80%93%20temperaturbereinigt%20Kohlendioxid%2DEmissionen.>

195 [\[2\]](#)

196 https://www.dehst.de/DE/Nationaler-Emissionshandel/nEHS-verstehen/nehs-verstehen_node.html

198 [\[3\]](#)

199 https://www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/downloads/pdf/Forschungsprojekte/BMW-i-03ET1272A-WPsmart_im_Bestand-Schlussbericht.pdf

201 [\[4\]](#)

202 https://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Publikation/DE/Berichte/Energie-Monitoring-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4

204 [\[5\]https://www.bdew.de/energie/effizienzsteigerung-bei-der-wasserstoffherzeugung/](https://www.bdew.de/energie/effizienzsteigerung-bei-der-wasserstoffherzeugung/)

205 [\[6\]](#)

206 <https://www.bundestag.de/resource/blob/691748/01a954b2b2d7c70259b19662ae37a575/WD-5-029-20-pdf-data.pdf>

208 [\[7\]](#)

209 <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2021/03/kapitel-1-7-wie-kann-das-energiesystem-der-zukunft-aussehen.html>

212 [\[8\]](#) Arbeitspreis bei Check24 26.6.2023

213 [\[9\]](#) Arbeitspreis bei Verivox 26.6.2023

214 [\[10\]https://dserver.bundestag.de/btd/20/076/2007620.pdf](https://dserver.bundestag.de/btd/20/076/2007620.pdf)

Antrag K03: Zeitenwende? Klimawende? Kommunikationswende!

Antragsteller*in:	UB Düsseldorf, UB Kreis Mettmann, UB Remscheid, UB Solingen, UB Wuppertal
Sachgebiet:	K - Klimapolitik, Umwelt- und Tierschutz

1 Insbesondere in den letzten sechs Jahren stieg die Aufmerksamkeit der Menschen und
2 der Politik, in Bezug auf ein dringend notwendiges Handlungsbewusstsein aufgrund des
3 Klimawandels. Einen großen Anteil daran hatte der Aktivismus von Fridays For Future
4 und Greta Thunberg, welche insbesondere junge Menschen stark für die Umwelt
5 sensibilisierte. Auf politischer Ebene folgten Klimaabkommen, wie das berühmte
6 Pariser Klimaabkommen von 2016, bei welchem sich viele Staaten international
7 verständigten, sich dafür einzusetzen, eine globale Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad
8 Celsius zu begrenzen.

9 Deutschland verfehlt aktuell diese Ziele – und die Bundesregierung nimmt es
10 stillschweigend hin.[\[1\]](#) Jahr für Jahr brechen wir nun immer wieder Hitzerekorde –
11 überall auf der Welt.[\[2\]](#) Die Temperaturentwicklungen in der Arktis und in den Ozeanen
12 sind noch von deutlich größerer Signifikanz.[\[3\]](#) Nicht nur schmelzen an den Polkappen
13 die Gletscher und Permafrostböden, welche sich über hunderttausende Jahre gebildet
14 haben, wodurch bereits heute der Meeresspiegel ansteigt. Auch schmelzen die Gletscher
15 in Gebirgen, wie beispielsweise in den Alpen oder Dolomiten. Immer wieder wird z.B.
16 über Wasserknappheit in Norditalien berichtet. Große Seen, wie der Gardasee, mögen
17 heute noch gut gefüllt sein – versiegt jedoch der Wasserfluss durch die aufgelösten
18 und sich nicht regenerierenden Gletscher, werden ganze Versorgungssysteme
19 zusammenbrechen, geschweige denn Ökosysteme. Diese Entwicklungen sind bereits noch
20 stärker in südlichen Hemisphären zu beobachten. Hinzu kommen immer verheerendere
21 Naturkatastrophen und Wetterextreme. Doch diese sind nur die Spitze des Eisbergs. Es
22 sind bei weitem nicht nur Umweltverbände und Naturschutzorganisationen, welche heute
23 immer wieder dafür plädieren, dem Klimawandel mehr entgegenzusetzen. Landwirtschafts-
24 und Bauernverbände müssen Jahr um Jahr immer stärker um ihre Ernten fürchten, welche
25 nicht nur durch Wetterextreme zerstört werden, sondern auch aufgrund einer sich immer
26 kritischer entwickelnden Wasserversorgungslage gefährdet sind. Doch auch große
27 Wirtschaftskonzerne plädieren für mehr Handlungs- und Weisungsbewusstsein der
28 Politik.[\[4\]](#) Denn es ist wissenschaftlich unumstritten, dass uns der Klimawandel in
29 der Zukunft noch deutlich mehr kosten wird – und dies ist finanziell durchaus
30 kalkulierbar – wenn wir heute nicht handeln und vor allem eines nicht tun:
31 Investieren.[\[5\]](#) Investitionen sind mehr als notwendig, um der Wirtschaft aber auch
32 den Privathaushalten unter die Arme zu greifen und die Klimawende sozial gerecht zu
33 gestalten. Dies ist unser sozialdemokratischer Anspruch.

34 Alle Veränderung nimmt ihren Anfang jedoch in der Kommunikation über diese. Und
35 diesbezüglich müssen wir als treibende Kraft in der Politik und in der Gesellschaft
36 deutlich mehr leisten, wie auch der von teils falschen Behauptungen geprägte Diskurs
37 über das sog. Heizungsgesetz zeigt. Die Ampel-Regierung hat den Anspruch die
38 Bundesrepublik zum Vorreiter der Klimawende zu machen und nicht nur in, sondern auch
39 außerhalb von Europa beispielhaft zu zeigen, dass diese Wende funktioniert, sodass
40 auch andere Staaten mitziehen, was wir wiederum auch fordern.[\[6\]](#) Wie aktuelle

41 Umfragen zeigen, spielt für die meisten Wähler*innen die Klimawende und der
42 Klimawandel eine besonders wichtige Rolle. Aus diesem Grund müssen wir uns als Jusos
43 dafür einsetzen, dass über die Klimawende nicht nur auf Konferenzen, sondern überall
44 gesprochen wird. Dabei geht es keinesfalls um Alarmismus, sondern vor allem um die
45 Schaffung eines gesellschaftlichen Konsenses und Wissensstandes in Bezug auf die
46 Konsequenzen des menschengemachten Klimawandels und dem daraus resultierenden
47 Handlungsbewusstsein.

48

49 Aus diesem Grund sollen sich die Jusos einsetzen für:

- 50 1. Für eine realistische und handlungsorientierte Klimaschutzpolitik, welche sich
51 nicht auf künftige Innovationswunder verlässt, sondern heute prüft, welche
52 Maßnahmen ergriffen werden können.
- 53 2. Eine klarere Kommunikation und mediale Informationskampagne über die
54 Ernsthaftigkeit der Konsequenzen des Klimawandels und dem dadurch resultierenden
55 Handlungsbedarf.
- 56 3. Eine bessere Kommunikation in Bezug auf die Vorteile von expliziten Klimaschutz-
57 und Klimawendemaßnahmen, sowie das Verdeutlichen der Konsequenzen des „Nicht-
58 Handelns“.
- 59 4. Die Idee zur Einführung eines „Klima-Checks“, mit welchem barrierefrei und
60 übersichtlich, digital die konkreten Auswirkungen von einzelnen Maßnahmen der
61 Regierung allen Bürger*innen zur Verfügung gestellt werden.
- 62 5. Eine deutliche Ausweitung von Informationsangeboten für Verbraucher*innen in
63 Bezug auf individuelles Konsumverhalten und die damit einhergehenden
64 Klimaschäden.

65

66 [\[1\] https://www.tagesschau.de/wirtschaft/klimaziele-deutschland-101.html](https://www.tagesschau.de/wirtschaft/klimaziele-deutschland-101.html)

67 [\[2\] https://www.sueddeutsche.de/wissen/klimawandel-wmo-klimabericht-2022-hitzererekord-
68 1.5813289](https://www.sueddeutsche.de/wissen/klimawandel-wmo-klimabericht-2022-hitzererekord-1.5813289)

69 [\[3\] https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimawandel-erwaermung-in-arktis-fast-
70 viermal-schneller-als-weltweit-a-454be6e1-8a3a-4ffe-ad3c-13a684206822](https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimawandel-erwaermung-in-arktis-fast-viermal-schneller-als-weltweit-a-454be6e1-8a3a-4ffe-ad3c-13a684206822)

71 [\[4\] https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/allianz-otto-rossmann-69-
72 unternehmen-fordern-mehr-klimaschutz-von-neuer-bundesregierung-a-e9057f47-472f-40d4-
73 89e2-8d0cfc48fae3](https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/allianz-otto-rossmann-69-unternehmen-fordern-mehr-klimaschutz-von-neuer-bundesregierung-a-e9057f47-472f-40d4-89e2-8d0cfc48fae3)

74 [\[5\] https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/kosten-
75 klimawandel-
76 2170246#:~:text=Mindestens%20145%20Milliarden%20Euro%20Schäden,280%20und%20900%20Milli-
77 iarden%20Euro.](https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/kosten-klimawandel-2170246#:~:text=Mindestens%20145%20Milliarden%20Euro%20Schäden,280%20und%20900%20Milliarden%20Euro.)

78 [\[6\] https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/20
79 21/06/2021-06-23-klimaschutz-sofortprogramm-2022.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2021/06/2021-06-23-klimaschutz-sofortprogramm-2022.html)
80

Antrag K04: Refashion Fast Fashion

Antragsteller*in:	UB Mülheim an der Ruhr, UB Oberhausen
Sachgebiet:	K - Klimapolitik, Umwelt- und Tierschutz

- 1 Wir Jusos setzen uns für eine sozialökologisch nachhaltige Wende in der
2 Textilindustrie ein! Vor diesem Hintergrund fordern wir:
- 3 • Textilfirmen müssen bei der Verwertung von aufgetragener Kleidung vermehrt in
4 die Verantwortung gezogen werden. Dazu muss das Kreislaufwirtschaftsgesetz
5 überarbeitet werden und eine erweiterte Produzent*innenverantwortung (EPR)
6 eingeführt werden.
 - 7 • Die sozialökologische Nachhaltigkeit von dem massenhaften Export von
8 aufgetragener Kleidung und Textilabfällen von Deutschland z. B. nach Osteuropa
9 und in den globalen Süden muss aus einer internationalen Perspektive heraus
10 kritisch hinterfragt werden. Bisherige Abhängigkeitsverhältnisse der
11 Importländer von Altkleidung und Textilabfällen aus Deutschland müssen
12 schrittweise abgebaut werden.
 - 13 • Bei einer Analyse muss jedes Importland einzeln betrachtet werden, um Antworten
14 zu generieren, ob der jeweilige Export von Altkleidung aus sozialökologischen
15 Gründen beendet werden muss und wie dies nachhaltig geschehen kann. Neue
16 Lösungen können nur unter Einbezug der Akteur*innen vor Ort und auf Basis der
17 Nachhaltigkeitsziele (SDG) entwickelt werden.
 - 18 • Das Sammeln und Aufbereiten der Altkleidung und -textilien muss bundesweit
19 optimiert werden.
 - 20 • Es muss für Verbraucher*innen auf einen Blick erkenntlich sein, welche Kleidung
21 sozialökologisch nachhaltig produziert wurde und wie sie alte Kleidung
22 „sinnvoll“ spenden können.
 - 23 • Dubiosen und kriminellen Organisationen und deren Altkleidercontainern muss auf
24 kommunaler Ebene konsequent entgegengetreten werden. Die Kommunen sollen die
25 Anwohner*innen dabei unterstützen, illegale Container zu melden und die Kommunen
26 sollen Verantwortung für die Beseitigung von illegalen Altkleidercontainern
27 übernehmen.
 - 28 • Kein Altkleidercontainer darf zu einer Todesfalle werden. Todesfälle sind zu
29 verhindern, indem der Mechanismus der Container verändert wird. Es dürfen nur
30 Altkleidercontainer aufgestellt werden, welche so modernisiert sind.

Begründung

Der Kauf von neuer Kleidung nimmt in Deutschland und weltweit zu. Kleidungskäufe haben sich von 2000 bis 2015 global verdoppelt, von etwa 50 Milliarden auf mehr als 100 Milliarden Kleidungsstücke. Die Textilindustrie ist eine wichtige Säule im Kampf gegen die Klimakrise. Die Textilindustrie produzierte im Jahr 2015 ganze 1,2 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalente - mehr als die internationalen Flüge und die Schifffahrten zusammen. Die Tendenz ist steigend.

Es wird Zeit, Wege in einen sozialökologisch nachhaltigen Umgang mit Kleidung zu finden und die

massenhaften, sogenannten Spenden über Altkleidercontainer in den globalen Süden zu hinterfragen.

Altes Thema, aktueller denn je: Refashion Fast Fashion

Eine Person in Deutschland kauft sich im Jahr durchschnittlich etwa 18 kg neue Kleidung. Somit ist der Konsum in Bezug auf neue Kleidung mehr als doppelt so hoch als der weltweite Durchschnitt (weltweiter Durchschnitt: 8 kg). Dazu kommt, dass ein Kleidungsstück im Durchschnitt nur etwa 8 Mal getragen wird, einige Kleidungsstücke hängen ungetragen im Schrank, andere halten mehrere Jahre lang.

Fast Fashion befeuert diesen Prozess. Angetrieben von Profitmaximierung wird die Nachfrage nach immer neuer Kleidung erhöht. So präsentieren konventionelle Textilketten beispielsweise auf Social Media immer neue Waren und Trends. Manche Schüler*innen erleben sozialen Druck, sich diesen Trends anzupassen. Nicht alle können sich den ständigen Kauf von neuer Kleidung leisten. Gleichzeitig fördert die Nachfrage nach immer neuer Kleidung die Herstellung von günstiger Kleidung minderer Qualität (Materialmixe aus Kunstfasern nehmen zu, Nutzungsdauer nimmt ab). Denn eine Orientierung an Profitmaximierung alleine impliziert keine sozialökologischen Kriterien. Der Nachfrage der Verbraucher*innen, dass Firmen sozialökologische Verantwortung übernehmen, wird mit Greenwashing begegnet. Kleidung wird grüner angestrichen, als sie wirklich ist, um den Profit zu maximieren.

Der massenhafte Konsum ist zu einem Problem geworden. Die Produktion eines konventionellen Kleidungsstücks schädigt die Umwelt und den Menschen auf vielfältige Art und Weise (Pestizide, Düngemittel, giftige Farbstoffe, Abbau von Ressourcen, CO₂) – echtes Recycling findet kaum statt. Auch Lohn und Arbeitsbedingungen in sogenannten „Billiglohnländer“ sind mehr als problematisch.

Es gibt ambitionierte Firmen, welche Kleidung produzieren, welche sozialökologisch nachhaltig produziert wird und lange Zeit getragen werden kann. Hierbei wird in einem Kreislauf gedacht, sodass auch die Verwertung der Kleidung mitgedacht wird. Es ist vereinzelt möglich, soziale Aspekte, Ökologie und wirtschaftliches Handeln zu vereinen. Allerdings ist solche Kleidung in dem Wirrwarr von Siegeln und Greenwashing für die Verbraucher*innen nicht immer zu erkennen und nicht alle Verbraucher*innen können sich solche Kleidung leisten.

Wir sehen, dass derzeit ein Umdenken der Textilindustrie und bei Verbraucher*innen stattfindet. Wir finden, dass dieser Prozess strukturell unterstützt werden muss, damit alle Menschen von sozialökologisch nachhaltiger Kleidung profitieren.

Hersteller*innen müssen vermehrt in die Verantwortung gezogen werden, damit sich das Investieren in nachhaltige und langlebige Materialien lohnt. Somit kann die Herstellung von langlebiger Kleidung sowie der vermehrte Einsatz von gebrauchten Fasern und alter Kleidung in der Herstellung von Textilien gefördert werden.

Ein Beispiel für die Einführung einer erweiterten Produzent*innenverantwortung ist Frankreich. Hier muss jedes Unternehmen, entweder ein akkreditiertes, internes Sammel- und Recyclingprogramm aufstellen oder einen Beitrag bezahlen, um die Ziele der Kreislaufwirtschaft zu erfüllen. Dieses Konzept ist an Deutschland anzupassen, denn hier ergibt sich die Besonderheit, dass sich die Altkleidersammlungen bereits etabliert haben und eine verhältnismäßig hohe Sammelquote besteht. Dennoch muss das Sammeln und Aufbereiten der Altbekleidung und -textilien bundesweit optimiert werden. Hierzu bedarf es eine enge Verknüpfung zwischen Hersteller*innen und Entsorger*innen (u. a. designen, erfassen, sortieren, recyceln). Hier bietet i. B. eine effiziente Sortierung der Altkleidermengen großes Potenzial, um Ressourcen zu sparen und den Sortierungsprozess zu beschleunigen.

Auch muss es ein einheitliches Siegel geben, was auf den ersten Blick für Verbraucher*innen erkenntlich macht, welche Kleidung sozialökologisch nachhaltig produziert wird und verwertbar ist.

Wie der Kapitalismus aus Spenden Profit schlägt.

Viele Kleidungsstücke in Deutschland werden nicht aufgetragen. So werden etwa eine Million Tonnen Textilien in Deutschland jährlich in eine Altkleidersammlung gegeben (ca. 2 Milliarden Kleidungsstücke).

Diese Spenden sind meist gut gemeint und geschehen auch aus dem Gedanken einer sozialökologischen Verantwortung heraus. Teilweise können die Kleidungsspenden auch bedürfnisorientiert verteilt werden. Aufgrund des Konsumverhaltens der Menschen im globalen Norden verursachen die Masse an gespendeter Kleidung und die mindere Qualität der Spenden weltweit verschiedene Probleme.

Es werden mehr Kleidungsstücke abgegeben, als diese „vor Ort“ benötigt werden. Daher fallen vielen überflüssige Kleidungsstücke an, welche insbesondere nach Osteuropa und in den globalen Süden exportiert werden. Der Export betrifft nicht nur Kleidercontainer, welche wirtschaftlich handeln, sondern auch Kleiderkammern, Sozialkaufhäuser und Hilfsgüterinitiativen, welche von Verbraucher*innen mit spenden „vor Ort“ assoziiert werden. Die Flut aus Altkleidung und die Menge an unbrauchbaren und überschüssigen Altkleidern führt dazu, dass auch eigentlich sozial ausgerichtete Organisationen die Textilverwertung aus wirtschaftlichen Gründen an gewerbliche Textilverwerter abgeben.

Im Importland sind diese sogenannten „Spenden“ nicht immer willkommen. Einige Menschen verkaufen Altkleidung aus Deutschland auf den Märkten. Andere freuen sich über günstige Kleidung, auch wenn diese oftmals mindere Qualität hat. Allerdings führt der massenhafte Export von alter Kleidung zu Problemen im Importland. Das Problem der Entsorgung oder Verwertung verlagert sich in das Importland. Uninteressante Kleidung oder Kleidung niedriger Qualität finden keine Abnehmer*innen und wird direkt entsorgt z.B. gesammelt oder verbrannt. Somit werden aktuell die Abfallwirtschaft und die Umwelt in den Importländern belastet. Gleichzeitig kann importierte Kleidung mit der lokalen Textilindustrie konkurrieren. Daher sehen auch Menschen im globalen Süden den Import von alter Kleidung kritisch. Ruanda hat den Import Altkleidersammlungen verboten, auch andere ostafrikanische Länder haben überlegt, diesen Schritt zu gehen. Es geht auch darum, unabhängig zu werden von der Abhängigkeit des globalen Nordens.

Makaber ist auch, dass die gespendete Kleidung im Ausland nicht bedürfnisorientiert verteilt wird, sondern gewinnbringend verkauft wird, um aus der überflüssigen Spende Profit zu schlagen. Somit werden je nach Organisation und Firma entweder der Profit eines Unternehmens in Deutschland maximiert oder soziale Projekte in Deutschland finanziert.

Für uns ist klar: Die Ursache für die Überschwemmung an Alttextilien ist der Kapitalismus. Der massenhafte Konsum von Kleidung führt dazu, dass überflüssige Kleidung mit maximalem Profit entsorgt werden muss. Um das individuelle Gewissen zu erleichtern, wird alte Kleidung gespendet. Allerdings führt der Export von alter Kleidung dazu, dass der globale Norden nicht die Kosten des Konsums tragen muss, sondern die Beseitigung in den globalen Süden abschiebt. Und die Menschen vor Ort müssen für die sogenannten Spenden auch noch bezahlen.

Wir finden: Der Globale Norden muss die Folgen des eigenen Konsums selber tragen. Produzierende Firmen müssen in die Pflicht genommen werden, Abfallkreisläufe mitzudenken (Cradle to cradle). Wir benötigen ein überarbeitetes Konzept für Rücknahmemöglichkeiten, Sortier- und Recyclinganlagen. So können Ressourcen geschont und Co2 eingespart werden.

Gleichzeitig soll die finanzielle Absicherung sozialer Projekte in Deutschland unabhängig von der auf Herrschaftsverhältnissen orientierten Logik sichergestellt werden, sodass soziale Organisationen nicht auf den Export von Altkleidung angewiesen sind und diese zukünftig, wenn dann noch notwendig, sozialökologisch nachhaltig und bedürfnisorientiert verteilen können.

Verbraucher*innen spenden Kleidung, die besser in die Tonne kommt.

Anzumerken ist, dass neben der sozialen Kritik von Altkleidercontainern, diese auch aus einer rein ökologischen Perspektive oft nicht die effektivste Lösung sind. Je nach Kleidungsstück eignen sich

mehrere Wege, welche ökologisch abgewogen werden können.

So gehört Kleidung, die stark verschmutzt oder kaputt ist, in die Restmülltonne, sofern sich aus ihr keine selbstgemachten Putztücher herstellen lassen. Dies berücksichtigen wenige Spender*innen. Ein Drittel der Spenden sind nicht mehr als Kleidungsstücke zu gebrauchen und werden zu Füllstoff (16%) oder Putzlappen (10%) verarbeitet bzw. direkt verbrannt (8%). Der ökologische Nutzen dieser Spenden ist fragwürdig.

Ist die Kleidung gut erhalten, kann diese gespendet werden. Dann sollte der Bedarf ermittelt werden. Viele Organisationen bekommen mehr Spenden, als sie benötigen und verkaufen diese weiter. Es erscheint sinnvoll, den Bedarf zu erfragen und gut erhaltene Kleidung auch im Freundeskreis zu tauschen oder über Secondhandläden und Flohmärkte weiterverkaufen. Somit werden weniger neue Produkte benötigt und es erfolgt ein sozialökologisches Umdenken.

Es wird ersichtlich, wie komplex der Vorgang einer Kleidungs spende ist, wenn diese sozialökologisch verantwortlich geschehen soll. Altkleidercontainer haben sich in vielen Städten und bei vielen Organisationen bereits etabliert. Doch diese sind oftmals weder sozial noch ökologisch. Verbraucher*innen benötigen Unterstützung, damit sie ohne lange Recherche sozialökologisch sinnvoll handeln können.

Daher fordern wir: Es muss auf den ersten Blick ersichtlich sein, ob ein Altkleidercontainer auf einer sozialökologischen Nachhaltigkeit beruht oder rein kommerzielle Interessen verfolgt. Zur Bewertung kann das Siegel „FairWertung“ herangezogen. Des Weiteren fordern wir, dass jeder Altkleidercontainer mit einer Übersicht gekennzeichnet werden muss, welche verständlich und eingängig weitere sozialökologisch nachhaltige Alternativen aufzeigt.

Dubiose und illegale Altkleidercontainer enttarnen.

Neben den Altkleidercontainern von sozialen Organisationen gibt es auch rein wirtschaftlich ausgerichtete Altkleidercontainer. Dazu kommen illegal aufgestellte Altkleidercontainer unseriöser Firmen. Insgesamt ist leider oft nicht auf den ersten Blick ersichtlich, um welchen Altkleidercontainer es sich in der Nachbarschaft handelt und es gibt Mischformen.

Einige Altkleidercontainer erwecken den Anschein der Wohltätigkeit, erwirtschaften aber in die eigene Tasche. Manchmal werden Symbole verwendet, welche an karitative Organisationen erinnern zum Beispiel ein Kreuz oder eine Kirche. Möglicherweise wird der Name der Organisation auch gar nicht angegeben oder die angegebene Telefonnummer ist nicht zu erreichen.

Dies ist problematisch, da Menschen getäuscht werden und keine Informationen bekommen, was mit der alten Kleidung wirklich passiert und wo sie entsorgt wird. Gleichzeitig werden manche Container illegal auf Grundstücken von Gemeinden, Supermärkten oder bei anderen Einrichtungen abgestellt. Werden solche illegalen Container entdeckt, kann die Einleitung einer Entfernung und das Entfernen selbst mit einigen Kosten und zeitlichen Ressourcen einhergehen. Die Inhaber*innen des illegalen Containers sind nicht zu erreichen, Polizei und Ordnungsamt sind nicht zuständig, sodass schließlich nur das spontane Selbsthilferecht (mit Arbeit und Kosten verbunden) oder alternativ die Meldung als Fundsache bei der Kommune möglich sind. Aus Unwissenheit und aus Kosten-Nutzen-Gründen stimmen manche Einrichtungen dem illegalen Aufstellen eines Altkleidercontainers auf ihrem Gelände dann nachträglich zu.

Um illegale Altkleidercontainer zu verhindern, ist auf kommunaler Ebene ein standardisiertes und konsequentes Vorgehen wichtig. Wir finden, die Kommunen sollten die Anwohner*innen dabei unterstützen, illegale Container zu melden und die Kommunen sollten Verantwortung für die Beseitigung von illegalen Altkleidercontainern übernehmen. Hierbei kann sich an dem Vorgehen des Fachverbandes Textilrecycling orientiert werden, welcher eine Handlungsempfehlung herausgegeben hat. Natürlich ist der Aufwand mit Kosten verbunden. Bei den illegalen Altkleidercontainern handelt es sich nicht um ein

kommunales Problem, sondern um ein bundesweites Problem. Daher müssen Kommunen in finanziell schwierigen Lagen (z. B. Ruhrgebiet) bei der Beseitigung und Aufbewahrung von illegalen Altkleidercontainern vom Land unterstützt werden.

Todesfälle Altkleidercontainer.

Immer wieder sterben Menschen bei dem Versuch, in Altkleidercontainer zu gelangen. Das ist zu verhindern, indem der Mechanismus der Container verändert wird. Altkleidercontainer sind in ihrer Funktionsweise zu überarbeiten – jeder Tote ist einer zu viel.

Wir finden: Niemand muss in Altkleidercontainern sterben. Es dürfen nur Altkleidercontainer mit einem überarbeiteten Mechanismus aufgestellt werden. Gleichzeitig sollte überprüft werden, welche Funktionen einem Altkleidercontainer hinzugefügt werden können, um eine sozialökologische Wende zu unterstützen. Die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten: Entleerungsrouten planen oder möglicherweise Etiketten/ Chips einzulesen, um den Sortierungsprozess zu beschleunigen. Bei der Umrüstung müssen Organisationen, die nicht profitorientiert wirtschaften, finanziell unterstützt werden, damit sie nicht auf den Kosten sitzen bleiben.

Antrag K05: Weniger Tierversuche - Organoide anstatt toter Mäuse

Antragsteller*in:	UB Dortmund
Sachgebiet:	K - Klimapolitik, Umwelt- und Tierschutz

- 1 Tierversuche sind wissenschaftliche Untersuchungen, bei denen Tiere eingesetzt
2 werden, um Erkenntnisse für medizinische und biologische Fragestellungen zu gewinnen.
3 Sie haben für viele Fragestellungen zweifelsfrei einen hohen Nutzen. Jedoch ist die
4 Zucht, der unfreiwillige Einsatz für Versuche und die schlussendliche Tötung von
5 empfindungsfähigen Lebensformen ethisch bedenklich.
- 6 Zurzeit gibt es vielversprechende Alternativen zu Tierversuchen, so gibt es zum
7 Beispiel gezüchtete menschliche Organmodelle (Organoide), künstliche Haut oder
8 Computersimulationen, an denen Auswirkungen getestet oder vorhergesagt werden können.
9 Expert*innen gehen davon aus, dass die Übertragbarkeit auf Menschen in vielen Fällen
10 bereits besser ist, oder besser werden kann als Versuche an Tieren. Begrüßenswert
11 ist, dass seit einiger Zeit Tierversuche genehmigt werden müssen und in diesem
12 Prozess dargelegt werden muss, warum sie alternativlos sind. Die jahrzehntelange
13 staatliche Förderung für die Erforschung von Alternativen, hat dazu beigetragen, dass
14 wir heute echte Alternativen in greifbarer Nähe haben und absehbar in immer größeren
15 Bereichen ohne Tierversuche auskommen können. Nicht nur das, eine bessere
16 Übertragbarkeit bedeutet, dass wir vor einer neuen Epoche der Forschung stehen. Diese
17 schöne Entwicklung möchten wir noch weiter beschleunigen.
- 18 Medikamente, müssen zurzeit vor der klinischen Prüfung an Menschen zwingend eine
19 vorklinische Prüfung mit Tierversuchen durchlaufen. Jedoch kommt es letzten Endes
20 darauf an, wie sich das Mittel in Menschen verhält, das wird durch die klinische
21 Prüfung sichergestellt. Daher sollte die Pflicht zur Durchführung von Tierversuchen
22 kurzfristig entfallen und Tierversuche nur noch als letztes Mittel, wenn keine der
23 Alternativen geeignet ist, eingesetzt werden. Mittelfristig sollten Tierversuche
24 gänzlich ausgeschlossen werden. Medikamente, die für Tiere bestimmt sind, dürfen
25 weiterhin an Tieren getestet werden.
- 26 Im Bereich der Grundlagenforschung muss differenziert werden. Viele Tierversuche sind
27 ohne erwartbare negative Konsequenzen für die Tiere, wie zum Beispiel die Beobachtung
28 für welche Futterquellen sich frei lebende Tiere entscheiden. Es sollten zukünftig
29 aber möglichst wenig Versuche, bei denen Tiere für wissenschaftlichen
30 Erkenntnisgewinn absehbar Qualen erleiden oder vorzeitig sterben, stattfinden.
- 31 Heute wird zwischen Tierarten unterschieden. Die Genehmigungspflicht gilt nur für
32 Wirbeltiere und insbesondere Affen. Dass Würmer und Insekten nicht so menschenähnlich
33 sind wie Mäuse, ist kein Grund sie anders zu behandeln. Es sollten die gleichen
34 Auflagen für alle Tiere gelten.
- 35 Daher fordern wir:
- 36 • Die Bundesregierung soll die deutschen Gesetze so ändern und sich für
37 entsprechende Änderungen auf EU-Ebene einzusetzen, dass Tierversuche im Rahmen
38 von Medikamenten-Zulassungsprozessen, in dessen Rahmen abschließende Tests an
39 Menschen erfolgen, nur noch als letztes Mittel zugelassen sind und nicht mehr

- 40 verpflichtet sind. Zusätzlich soll für solche Versuche ein Enddatum erarbeitet
41 und gesetzlich festgelegt werden.
- 42 • Die Förderung für die Entwicklung von Alternativen in Deutschland soll von
43 derzeit durchschnittlich ca. 5 Millionen Euro jährlich auf 20 Millionen Euro
44 jährlich erhöht werden.
 - 45 • Das Ideal muss sein, in der Grundlagenforschung langfristig keine Tierversuche,
46 bei denen Qual oder ein vorzeitiger Tod zu erwarten sind, durchzuführen. Auf dem
47 Weg dorthin soll die Entwicklung von Alternativen für verbleibende
48 Forschungsbereiche zusätzlich gefördert werden, bis keinerlei solcher Versuche
49 mehr gemacht werden.
 - 50 • Die Auflagen für Tierversuche mit Tieren jeglicher Art sollen mindestens auf das
51 Niveau von Wirbeltieren gehoben werden.

Antrag K06: Lange überfällig: Nationalpark Senne - Teutoburger Wald – Eggegebirge

Antragsteller*in:	Region Ostwestfalen-Lippe
Sachgebiet:	K - Klimapolitik, Umwelt- und Tierschutz

1 In Nationalparks soll sich die Natur weitestgehend ungestört entwickeln und Wildnis
2 sich ausbreiten können. In Deutschland gibt es derzeit 16 Nationalparks, die zusammen
3 rund 0,6 % des terrestrischen Bundesgebiets beanspruchen. Das 2007 selbst gesetzte
4 Ziel von 2 % Wildnisgebieten ist damit weit verfehlt. Seit 2007 wurde auch nur ein
5 zusätzlicher Nationalpark geschaffen. NRW stellt hierbei ein absolutes Schlusslicht
6 dar: Nur 0,19 % Wildnis gibt es in der Kernzone des Nationalparks Eifel. Auch der
7 Biodiversitätsschutz, zu dem sich Deutschland völkerrechtlich verpflichtet hat, kann
8 so nicht erreicht werden.

9 Das heißt: Es braucht dringend mehr Schutzflächen, und zwar eigentlich schon gestern!
10 Vor allem in NRW gibt es viel Luft nach oben. Schon seit langem wird sich in
11 Ostwestfalen-Lippe für einen Nationalpark Teutoburger Wald - Senne eingesetzt. Durch
12 den Krieg in der Ukraine wurde die Aufgabe des Truppenübungsplatzes in der Senne
13 allerdings in weite Ferne gerückt. Das heißt aber nicht, dass es keinen Nationalpark
14 in OWL geben kann.

15 Das südlich von der Senne gelegene Eggegebirge ist ebenfalls ein sehr kostbarer
16 Naturraum. Laut der Wildnispotenzialstudie NRW der NZO-GmbH hat die Egge das
17 Potential für ein Wildnisgebiet von besonderer Bedeutung. Der Naturraum Egge ist
18 nicht nur groß, sondern auch vielfältig und beherbergt einige schützenswerte
19 Landschaftselemente, wie eine große Vielfalt an Moosen, Gräsern, Sträuchern und
20 Baumarten (darunter auch großräumige Buchenwaldflächen), Felsklippen, einzigartige
21 Felsformationen, Quellen, Bäche und Moore. Auch viele seltene Tierarten haben dadurch
22 hier ihre Heimat gefunden. So auch ein Käfer, der bisher nur in Höhlen im Eggegebirge
23 gefunden wurde.

24 Des Weiteren sind die Flächen bereits in öffentlicher Hand und mit 8151 ha (Egge
25 Nord) und 4688 ha (Egge Süd) mehr als ausreichend für einen Nationalpark
26 (Mindestgröße circa 10.000 ha). Die Eignung zum Nationalpark hat das LANUV bereits
27 2005 in einem Gutachten festgestellt.

28 Mit einem Ausspruch für einen Nationalpark sagen wir ja zur Natur und nein zum Holz.
29 Oft werden Waldschutzgebiete durch die Profitinteressen der Sägewerke verhindert.
30 Ungehinderte Wildnis kann nur ohne Kettensäge entstehen. Dort, wo Nationalparks
31 geschaffen wurden, etabliert sich ein naturverträglicher Tourismus, welcher den
32 Gemeinden finanziell nützt und Arbeitsplätze schafft, da Nationalparkbesucher*innen
33 meist keine Tagestourist*innen sind und länger bleiben. Also: Ein Nationalpark nützt
34 also nicht nur der Natur, sondern auch den Menschen vor Ort!

35 Daher fordern wir:

- 36 • Die schnellstmögliche Einrichtung des Nationalparks Eggegebirge.
- 37 • Sobald es möglich ist die Erweiterung des Nationalparks Eggegebirge mit der
38 Senne und dem Teutoburger Wald.

- 39 • Arbeiter*innen, die durch die Ausweisung eines Nationalparks ihre Arbeit
40 verlieren könnten (etwa durch Einschränkung der forstwirtschaftlichen Nutzung),
41 sollen unterstützt werden, neue Anstellungen zu finden oder frühzeitig
42 weitergebildet oder umgeschult werden.

Antrag M01: Transformation unserer Städte: Stadtplanung jungsozialistisch denken!

Antragsteller*in:	UB Ennepe-Ruhr
Sachgebiet:	M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur

1 Umdenken in der Stadtplanung:

2 Mehr als die Hälfte der Menschheit lebt in Städten. Bis 2050 werden es über 70% sein.
3 Gleichzeitig werden bereits jetzt mehr als zwei Drittel der Treibhausgase in Städten
4 ausgestoßen. Das heißt: „Der Kampf um das Klima wird in Städten gewonnen oder
5 verloren“ (Patricia Espinosa, Generalsekretärin der Klimarahmenkonvention der
6 Vereinten Nationen). Auch die Städte in NRW müssen ihren Beitrag zum Klimaschutz
7 beitragen.

8 Neben den ökologischen Umgestaltungen unserer Städten müssen aber im gleichen Zuge
9 auch marginalisierte Gruppen wie FINTA oder Menschen mit Behinderung in den Fokus
10 gerückt werden. Ursprünglich wurden die meisten Städte ausschließlich darauf
11 ausgelegt das weiße Männer sie möglichst komfortabel nutzen können. Dieser
12 altmodischen Denkweise müssen wir etwas entgegengesetzten. Daher müssen insbesondere
13 Konzepte der inklusive und feministischen Stadtplanung berücksichtigt werden.

14 Nachhaltige Stadtplanung:

15 Wir wollen klima- und umweltfreundliche Städte, weil dies den Menschen, die dort
16 wohnen zugutekommt. Mehr Nachhaltigkeit soll auch immer zu einer Verbesserung der
17 Lebensqualität führen. Städte wie Paris, Kopenhagen und Oslo machen es vor.

18 Es geht darum die Stadt als Lebensraum aufzuwerten, attraktiver zu machen auf eine
19 Weise, die sicherstellt, dass auch zukünftige Generation ein gutes Leben führen
20 können, dass unsere ökologischen Lebensgrundlagen intakt bleiben. Dies soll
21 ausdrücklich allen Bürger*innen miteinschließen. Nicht nur Gutverdiener mit schönem
22 Haus in guter Lage, großem Garten und schickem Auto. Denn Städte sind für alle da!

23 Die Klimakrise stellt unsere Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Um unsere
24 Städte als attraktiven Lebensraum zu erhalten und gleichzeitig Umwelt- und
25 Klimakollaps zu vermeiden, müssen auch Kommunen den sozial-ökologische Wandel
26 vorantreiben. Dazu gehört die Umsetzung folgender Transformationsprozesse mit den
27 dazugehörigen Maßnahmen:

28

29 1. *Mobilitätswende vorantreiben*

30 Die Mobilitätswende zu gestalten ist essenziell. Die Autozentrierung von Städten
31 führt zu hohem CO₂-Ausstoß und hoher Schadstoffbelastung. Zudem werden enorme Flächen
32 in der Stadt von privaten PKW belegt, die daher nicht für Wohnungsbau, Grünflächen
33 und Spielmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Ziel muss es daher sein, den
34 motorisierten Individualverkehr zu reduzieren, um sichere, schadstoffärmere und
35 lebenswerte Städte zu erreichen. Neben unserem langfristigen Ziel, als Jusos, der
36 autofreien Innenstädte müssen folgende Maßnahmen dafür getroffen werden:

- 37 • Ausbau des ÖPNV. Dies umfasst u.a. längere Fahrzeiten (v.a. in Abend- und

38 Nachtstunden), häufigere Taktung, flächendeckende Anbindung

39 • Ausbau der Fahrradinfrastruktur. Die umfasst u.a.: ausreichend breite, baulich
40 getrennte Fahrradwege; ein lückenloses Radwegenetz; öffentliche Luftpumpen und
41 Repair-Stationen; ausreichend sichere und geschützte Stellplätze

42 • Förderung von Lastenrädern und E-Bikes

43 • Fuß-, Fahrrad- und ÖPNV zentrierte Verkehrsplanung. Dazu gehören: Einrichtung
44 von Fahrradstraßen und verkehrsberuhigten Zonen, weitestgehend autofreie
45 Innenstädte, Reduzierung der Parkplätze und Fahrspuren für motorisierten
46 Individualverkehr Biodiversität,

47 • Ausweitung/Schaffung von Park&Ride, sowie Car-Sharing Angeboten

48 • Ausweitung der Ladesäuleninfrastruktur für Elektromobilität

49

50 *2. Zugang zu Natur für alle Bürger*innen sicherstellen/Integration von Natur ins*
51 *Stadtgebiet gewährleisten*

52 Insbesondere Innenstädte sind vielerorts zu Betonwüsten verkommen. Resultat sind
53 wenig attraktive, teilweise lebensfeindliche Städte. Die Integration von Grünflächen
54 und Natur ins Stadtgebiet kann hier erwiesenermaßen den öffentlichen Raum aufwerten,
55 indem für alle

56 zugängliche Aufenthaltsräume geschaffen werden. Zusätzlich wird die Artenvielfalt und
57 Frischluftqualität erhöht, sowie die Temperatur in der Stadt gesenkt. Dabei sollen
58 die ergriffenen Maßnahmen auch einer Erhöhung der Resilienz gegenüber
59 Extremwetterereignissen dienen und daraufhin geprüft werden. Folgende Maßnahmen
60 sollen ergriffen werden:

61 • Integration zusätzlicher Grünflächen ins Stadtgebiet, insbesondere in den
62 Innenstadtbereich

63 • Stopp von Neuversiegelung von Flächen

64 • Entsiegelung von Flächen zur Schaffung von Grünflächen, Parkanlagen und
65 Grünzungen

66 Dabei soll neben dem Aufenthaltsqualität für Menschen auch die Biodiversität
67 gefördert werden, etwa über:

68 • insektenfreundliche Bepflanzung

69 • Begrünung von Fassaden und Dächern

70 • Begrünung öffentlicher Plätze und Straßen, insbesondere durch das Aufstellen von

71 • Schattenbäumen

72 Zusätzlich sollen mögliche Gewässer der Städte für alle Bürger*innen zur Verfügung
73 stehen. In NRW gibt es viele Städte, die über Flüsse oder Seen verfügen. Allerdings
74 haben Bürger*innen häufig nur sehr begrenzt Zugang zu den Gewässern. Das muss sich
75 ändern. Folgende Maßnahmen sollen dafür ergriffen werden:

76 • Gewährleistung hoher Wasserqualität

77 • Kostenlosen Zugang für Öffentlichkeit sicherstellen: Der Fluss und die Seen
78 sollen zum Freizeitort werden – für alle, nicht nur für Mitglieder in Kanu-,
79 Ruder-, oder Segelvereinen

- 80 • Dazu gehört: Einrichtung von Freiwasserschwimmbädern an denen die DLRG verstärkt
81 Präsenz zeigt

82

83 3. Quartiere stärken

84 Ziel muss die Umsetzung einer Stadt der kurzen Wege nach Vorbild der „15-Minuten-
85 Stadt“ sein. Dies bedeutet: alle Einrichtungen für die Befriedigung essenzieller
86 Bedürfnisse der Menschen müssen im Quartier bzw. der näheren Umgebung, innerhalb von
87 15 Minuten erreicht werden können. Diese umfassen u.a. Ärzte, Banken,
88 Kindergärten/Kitas, Schulen, Sportstätten, Supermärkte, öffentlicher Erholungsraum.
89 Dies mag in Randgebieten anspruchsvoll sein, in weiten Teilen der Städte dies aber
90 absolut leistbar. Voraussetzung dafür ist allerdings, die Stärkung der Quartiere
91 durch u.a. folgende Maßnahmen:

- 92 • Gewährleistung der Anbindung der Quartiere an den ÖPNV und das Fahrradwegenetz
- 93 • Aufwertung öffentlicher Plätze und Parks durch Bänke, Spielmöglichkeiten-
94 /plätze, Grünflächen, Sportgeräten und urban gardening, etc.
- 95 • Sicherstellung sozialer Durchmischung, unter dem Vorbild Wiens
- 96 • Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums

97

98 4. Energiewende gestalten

99 Gleichzeitig muss die Energiewende vorangetrieben werden, um den Treibhausgasausstoß
100 sowie die Schafstoffbelastung zu senken. Folgende Maßnahmen sollen dazu ergriffen
101 werden:

- 102 • Ausbau erneuerbarer Energien. Dies umfasst u.a. Ausstattung von Dächern mit
103 Solaranlagen, die Nutzbarmachung von Flächen für Wind- und Solarenergie, sowie
104 den Aufbau von Wärmenetzen
- 105 • Ausrichtung auf Selbstversorgung und Zukunftsfähigkeit statt Profit für
106 Großkonzerne bei Energieerzeugung
- 107 • Dezentrale Energieerzeugung, etwa über Energiegenossenschaften, statt großer
108 Energiekonzerne
- 109 • Chancen zur wirtschaftliche Einbindung der Bürger*innen nutzen, um Akzeptanz der
110 Energiewende zu erhöhen
- 111 • Energieeffizienz erhöhen. Eine wichtige Maßnahme ist hier die flächendeckende
112 energetische Sanierung
- 113 • Suffizienz fördern, d.h. Anreize und Regeln zur Senkung des Stromverbrauchs
114 schaffen
- 115 • Aufbau von intelligenten Stromnetzen

116

117 5. Kreislaufwirtschaft + Abfallvermeidung voranbringen

118 Ein hoher Anteil der Klima- und Umweltbelastungen in Städten entsteht durch die
119 Produktion. Daher ist es wichtig, die kommunale Wirtschaft zu einer
120 Kreislaufwirtschaft zu umzubauen, in der der Ressourcenverbrauch über Up- und
121 Recycling sowie Abfallvermeidung reduziert wird. Die Kommunen unterstützen dies

122 durch:

- 123 • Schaffung von Anreizen für die Verwendung nachhaltiger Baumaterialien,
124 insbesondere recycelter Stoffe
- 125 • Etablierung von kommunalen Tausch- und Recyclingkreisen
- 126 • Entwicklung von Recycling- und Rücknahmeprogrammen für Unternehmen

127

128 6. Nachhaltige Landnutzung sicherstellen

129 Kommunen besitzen einen erheblichen Teil der städtischen Fläche. Daher liegt auch die
130 Sicherstellung nachhaltiger Landnutzung in der Verantwortung der Kommunen. Diese sind
131 daher dazu aufgefordert folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- 132 • Stärkung der ökologischen Landwirtschaft
- 133 • Ökologischen Waldumbau vorantreiben mit Fokus auf resiliente Mischwälder
- 134 • Nachhaltige Holznutzung gewährleisten
- 135 • Flächen für natürliche Senken freigeben sowie vorhandene natürliche Senken
136 schützen

137

138 **Inklusive Stadtplanung:**

139 Das Ziel einer lebenswerten und nachhaltigen Stadt wird nur erreicht, wenn alle
140 Menschen mit ihren Bedürfnissen in die Stadtplanung miteinbezogen werden. Das Motto
141 muss lauten: Eine Stadt für alle. Folgende Maßnahmen sind hierbei wichtig:

142

143 1. *Inklusives Wohnen*

- 144 • Durchmischte Quartiere
- 145 • Fokus auf bezahlbare Gemeinschafts- und Mietwohnungen
- 146 • Ausweisung von Flächen für Ein- und Zweifamiliengebäuden maßgeblich reduzieren
- 147 • Behinderten-, altengerechten, sowie sozialen Wohnungsbau stärken

148

149 2. *Barrierefreiheit flächendeckend gewährleisten*

- 150 • mehr abgesenkte Bordsteine und Rampen für Rollstuhlfahrer*innen
- 151 • Aufzüge in öffentlichen Gebäuden
- 152 • Ausbau von Leitlinien für sehbehinderte Personen
- 153 • Ausstattung aller Ampeln mit akustischem und fühlbarem Signal
- 154 • breitere Fußwege
- 155 • kommunale Websites und öffentliche Dokumente in leichter Sprache

156

157 3. *Partizipation*

- 158 • Die Partizipation aller Bevölkerungsschichten bei der Stadtplanung muss
159 sichergestellt werden. Dies soll durch verschiedene, niedrigschwellige
160 Beteiligungsformate geschehen.

161

162 **Feministische Stadtplanung:**

163 Spezifische Aspekte für FINTA sowie weitere marginalisierte Gruppen werden in unserer
164 Stadtentwicklung kaum berücksichtigt. Insbesondere FINTA, aber auch queere oder nicht
165 weiße Menschen fühlen sich in unseren Städten oft nicht sicher. Dunkle Gassen und
166 weitere schlechte bauliche Gegebenheiten machen es u.a. für FINTA vielerorts
167 unmöglich, nachts alleine nach Hause zu laufen oder gar spazieren zu gehen, das
168 Sicherheitsrisiko ist zu groß. Gerade dieses Beispiel verdeutlicht, dass unsere
169 Städte weder für, noch von FINTA gebaut wurden.

170 „Die Art der Stadtplanung (erzeugt) eine systemische Diskriminierung, die die
171 Erfahrungen der Frauen in der Stadt, ihre Freiheit, Sicherheit, Mobilität und Zugang
172 zu öffentlichen städtischen Räumen prägt“ (FES). Gegen diese Einschränkungen und
173 weiterhin bestehende Ungerechtigkeit müssen wir vorgehen.

174 Daher ist es wichtig Konzepte der feministischen Stadtplanung mit in die kommunale
175 Stadtplanungen miteinzubeziehen. Wir müssen unsere Städte für alle Menschen
176 gleichermaßen zugänglich machen. Denn Städte sind für alle da!

177 Langfristig soll das Ziel verfolgt werden, möglichst kompakte Stadtviertel mit
178 gemischter Nutzung, nach dem Konzept der 15 Minuten Stadt (s.o) zu erreichen. Unsere
179 Forderungen haben zum Ziel eine lebenswerte und diskriminierungsfreie Stadt für alle
180 Menschen, unabhängig von Geschlecht, Sexualität, Hautfarbe und Gehalt zu schaffen.

181

182 *1. Angsträume reduzieren*

- 183 • Reduzierung von Angsträumen z.B. durch vermehrte Beleuchtung, jedoch nicht durch
184 verstärkte Videoüberwachung oder Polizeipräsenz
- 185 • Ausweitung von Anlaufstellen für Frauen, die sich bedroht fühlen

186

187 *2. Kompaktere Gestaltung der Städte*

- 188 • Fuß- & Fahrrad zentrierte Straßengestaltung
- 189 • Ausbau des ÖPNV insbesondere in den Abend-, & Nachtstunden (s.o.)
- 190 • Ausbau von kostenlosen, öffentlich zugänglichen sanitären Anlagen

191

192 *3. Spezifische Bedürfnisse von FINTA beachten*

- 193 • Kostenlos Bereitstellung von Menstruationsprodukten in öffentlichen Gebäuden,
194 solange diese noch nicht kostenlos sind
- 195 • Erhebung gendersensibler Daten in städtischen Planungsprozessen, inkl. einer
196 erhöhten Sensibilisierung, um diese in die Stadtplanung miteinfließen zu lassen
- 197 • Einbezug von Gleichberechtigung und Diskriminierungsfreiheit in jegliche
198 Entscheidungen der Stadtentwicklung

Antrag M02: FairMieten - Indexmieten abschaffen

Antragsteller*in:	UB Mönchengladbach
Sachgebiet:	M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur

- 1 Wohnen ist ein Grundrecht. Jedoch stellen wir fest, dass sich Wohnraum vor allem in
2 Groß- und Universitätsstädten inflationsbedingt stark verteuert hat. Hervorzuheben
3 sind da bundesweit Berlin, Frankfurt am Main und besonders München mit
4 durchschnittlich 20,12 Euro pro Quadratmeter. In NRW liegt Düsseldorf mit 14,89 Euro
5 an der Spitze.
- 6 Deutschland liegt EU-weit vorne, was den Anteil an Mieter:innen angeht. Momentan
7 leben 57,9 % der Menschen in Deutschland zur Miete. Dabei steigt auch der Anteil an
8 Indexmietverträgen immer weiter an.
- 9 Indexmieten sind Mieten, die sich an dem sogenannten Verbraucherpreisindex (VPI)
10 orientieren, der vom Statistischen Bundesamt regelmäßig neu berechnet wird. Der
11 Verbraucherpreisindex beschreibt die durchschnittliche Preisentwicklung im Bereich
12 von Konsumgütern und dient als Indikator für die Inflation. Konsumgüter umfassen
13 sowas wie Kleidung, Lebensmittel, aber auch Mieten.
- 14 Der VPI ist ein Wert, der nunmal nicht fest ist, sondern sich an der Inflationsrate
15 misst. Das heißt, in Zeiten einer hohen Inflation, in der die Lebenshaltungskosten
16 steigen, steigt somit auch die Indexmiete. Sofern also eine Indexmiete im Mietvertrag
17 verankert ist, dürfen Vermieter:innen bei steigendem Verbraucherpreisindex eine
18 Mieterhöhung verlangen. Dadurch werden Mieterhöhungen auch trotz bestehender
19 Mietpreisbremsen möglich. Die Miete darf jedoch nur erhöht werden, wenn innerhalb von
20 einem Jahr keine Mieterhöhung stattgefunden hat. Mieter:innen haben bei diesem
21 Vorgang kein Mitspracherecht.
- 22 Bei einer Abnahme der Inflation (Deflation) dürfen Mieter:innen dann wieder eine
23 Senkung der Miete einfordern.
- 24 In der Theorie würde man meinen, dass Mieter:innen in Zeiten ohne Inflation von
25 Indexmieten profitieren. Es lässt sich jedoch feststellen, dass Verträge mit
26 Indexmieten vor allem dann geschlossen werden, wenn die Miete sowieso schon
27 verhältnismäßig hoch ist.
- 28 In Großstädten liegt der Anteil aktuell bei circa 30 %. Der Deutsche Mieterbund geht
29 allein in Berlin von 70 % der aktuell laufenden Mietverträge aus, die als
30 Indexmietverträge gelten.
- 31 Die Inflation liegt derzeit kriegsbedingt bei 7,2 %. Belastet werden dadurch vor
32 allem Haushalte, die ohnehin schon an oder unter der Armutsgrenze gelebt haben.
33 Sämtlicher Konsum, seien es Lebensmittel, Klamotten, Freizeit, Mobilität und auch
34 Wohnen, haben sich stark verteuert, ohne dass es nennenswerte und langfristige
35 Ausgleiche wie etwa Lohnerhöhungen gab.
- 36 Dazu kommt, dass Nicht-Jurist:innen natürlich ressourcenbedingt der genaue Einblick
37 ins Mietrecht fehlt und beispielsweise gar nicht wissen, was Indexmieten sind, ob sie
38 davon betroffen sind und dass sie bei Deflation eine Mietsenkung beantragen können.
39 Niemandem kann man ernsthaft verlangen, dass man sich neben seiner/ihrer

40 Hauptbeschäftigung auch noch durch die Tiefen des Mietrechts kämpft.
41 Dass Indexmieten sozial ungerecht sind und immer mehr Menschen durch die
42 Mietpreiserhöhungen leiden, ist kein neues Thema auf politischer Ebene. Dezember 2022
43 kam es zu einer Bundesratsinitiative durch Hamburg, die eine Deckelung der Erhöhung
44 auf 3,5 % jährlich vorsah. Die Initiative fand im Bundesrat jedoch keine Mehrheit.
45 Der Deutsche Mieterbund forderte zuletzt ein Verbot von neuen Mietverträgen und
46 sprach sich für eine Deckelung der Mieterhöhungen bei bestehenden Verträgen aus. Auch
47 von Seiten der Grünen und der SPD hörte man Stimmen, die sich für eine Regulierung
48 aussprachen. Katharina Dröge, Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Grünen, sprach
49 sich für eine Deckelung der bestehenden Indexmietverträge aus und für eine härtere
50 Regulierung bei Neuverträgen. Auch Bauministerin Klara Geywitz befürwortete eine
51 Deckelung von Indexmieten. Zwar wird keine Regulierung der Indexmieten im
52 Koalitionsvertrag erwähnt, ist aber auch laut den beiden Parteien dennoch akut.
53 Anderer Meinung ist die FDP, die im Dezember 2022 Forderungen der Indexmietenreform
54 zurückwies. Auch der Vermieter-Verband Haus & Grund hält eine Regulierung für nicht
55 nötig. Indexmieten seien ja gar nicht so ein Problem. Das Problem sei, dass es zu
56 wenige Wohnungen gäbe.
57 Liberale vertreten die Ansicht, dass der Markt die Mieten aufgrund von Angebot und
58 Nachfrage regulieren sollte und dass der Staat nicht nur Verbote in die Rechte von
59 Vermieter:innen eingreifen sollte. Die sozialen Konsequenzen werden dabei vollkommen
60 außer Acht gelassen. Mieterhöhungen treffen besonders die Menschen, die gerade mit
61 Geldnöten zu kämpfen haben. Hinzu kommt also eine weitere finanzielle Belastung. Als
62 Ergebnis stehen Menschen vor der Wahl zwischen unzureichendem Wohnraum oder der
63 Gefahr, ihr Einkommen für andere Grundbedürfnisse wie Nahrung oder
64 Gesundheitsversorgung zu opfern.
65 Für uns als Jungsozialist:innen steht fest: Wohnraum darf nicht unter
66 kapitalistischer Profitmaximierung stehen, egal welche Indizes dafür als Basis
67 angewandt werden. Während die Mieten unaufhörlich steigen, stagnieren die Reallöhne
68 oder wachsen nur minimal. Hierbei sind Indexmieten besonders gewieft, als dass sie es
69 Vermieter:innen ermöglichen, die Mieten kurzfristig und grundlos anzuheben, ohne dass
70 die Mieter:innen ein Mitspracherecht haben.
71 Daher fordern wir:
72 • Ein Verbot von Indexmietverträgen.
73 • Eine Entkopplung vom Verbraucherpreisindex beim Mietpreis für diejenigen, deren
74 Mieten aufgrund der Inflation gestiegen sind
75 • Ein stärkeres Engagement der SPD in der Bundesregierung und der SPD-Abgeordneten
76 im Bundestag gegen die Blockadehaltung der FDP

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag M03: Mehr Kompetenzen für Kommunen – Reform des Straßenverkehrsrechts jetzt!

Antragsteller*in:	Region Ostwestfalen-Lippe
Sachgebiet:	M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur

- 1 Auf der ganzen Welt klagen Menschen über Verkehrsbehinderungen und Staus. 2022 ist
2 die Zahl der Verkehrstoten im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen und
3 beläuft sich auf rund 2.700 Menschen bundesweit. Die "Vision Zero", also das Ziel von
4 möglichst keinem*r Verkehrstoten, ist damit noch weit entfernt. Während Deutschland
5 sein Klimaziel 2022 knapp erreicht hat, ist es ausschließlich der Verkehrssektor, der
6 einen Emissionsanstieg im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet und gleichzeitig den
7 Zielwert des Bundesklimaschutzgesetzes mit einem Ausstoß von 148 Millionen Tonnen
8 CO₂-Äquivalenten verfehlt. Dennoch werden jährlich weiterhin wertvolle Flächen
9 versiegelt, um dem wachsenden KfZ-Verkehr hinterher zu bauen. Diese Art der Mobilität
10 ist ein großer Treiber des Klimawandels.
- 11 Um den Umweltverbund zu stärken und eine nachhaltige Mobilitätswende zu vollziehen,
12 muss auf allen Ebenen angesetzt werden. Insbesondere in den Städten und Gemeinden, wo
13 es darum geht die Lebensqualität vor Ort zu verbessern und die Akzeptanz über
14 entsprechende Beteiligungsformate zu steigern, stoßen die Verantwortlichen derzeit
15 schnell an die Grenzen der lokalen Handlungsspielräume, die durch das deutsche
16 Straßenverkehrsrecht festgeschrieben sind.
- 17 Die Rechtsvorschriften zur Regelung des Straßenverkehrs folgen auch heute noch dem
18 Leitbild der autogerechten Stadt aus den 1960er Jahren. Dadurch liegt der
19 städtebauliche Fokus weiterhin auf der Flüssigkeit des motorisierten
20 Individualverkehrs und der Gefahrenabwehr. Dies hat zur Folge, dass die Kommunen
21 daran gehindert sind die Mobilitätswende zu gestalten und sich an die aktuellen
22 Anforderungen der modernen Zeit anzupassen.
- 23 Mit einer Vereinbarung im Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung diesem
24 Vorhaben angenommen. Neben der Leichtigkeit und Sicherheit des motorisierten
25 Individualverkehrs sollen demnach auch Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der
26 Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung berücksichtigt werden, um den Ländern
27 und Kommunen Entscheidungsspielräume zu eröffnen.
- 28 Bis dato hat sich jedoch nichts getan und auch heute liegt noch kein
29 Referentenentwurf vor.
- 30 Wir fordern die Bundesregierung auf, zunächst das Straßenverkehrsgesetz (StVG) und
31 daran anschließend die Straßenverkehrsordnung (StVO) zu reformieren.
- 32 **Konkret fordern wir dabei:**
- 33 1. Eine Neuausrichtung des StVG in diesem zu verankern, in der deutlich gemacht
34 wird, dass nicht allein die Leichtigkeit und Sicherheit des MIV die
35 übergeordneten Ziele des Gesetzes sind. Vielmehr sollen auch die Belange für
36 einen sicheren und komfortablen öffentlichen Personennahverkehr sowie die, des
37 Rad- und Fußverkehrs berücksichtigt werden.
 - 38 2. Eine Anpassung der Ermächtigungsgrundlage für den Erlass von Rechtsverordnungen

- 39 (§ 6 StVG) dahingehend, dass neben der Gefahrenabwehr weitere Zielbestimmungen
40 beim Erlass von Rechtsverordnungen zulässig sind.
- 41 3. Die Erweiterung kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten.
- 42 4. Eine Erweiterung der Erprobungsklausel (§ 45 Abs. 1 Nr. 6 StVO) dahingehend,
43 dass Verkehrsversuche zur Erforschung des Unfallgeschehens, des
44 Verkehrsverhaltens und der Verkehrsabläufe sowie allgemein zur Erprobung von
45 Verkehrsbeschränkungen möglich sind und sich dabei nicht allein auf die Mittel
46 des Straßenverkehrsrechts gestützt werden muss. Das Erfordernis einer
47 qualifizierten Gefahrenlage soll dabei weiterhin entfallen.
- 48 5. Die Ermöglichung von flächendeckend Tempo 30.
- 49 6. Eine vereinfachte Anordnung von Radfahrstreifen. Um präventiv handeln zu können
50 muss dabei das Erfordernis einer qualifizierten Gefahrenlage entfallen.
- 51 7. Eine vereinfachte Anordnung von Fahrradstraßen mit erweiterten Lenkungsangaben.
- 52 8. Den Entfall des Erfordernisses einer qualifizierten Gefahrenlage bei der
53 Anordnung von Fußgängerüberwegen
- 54 9. Eine explizite Absicherung der Vorrangregelung des Fußverkehrs.
- 55 10. Die Ermöglichung von flächenhaften Parkraumbewirtschaftungsmaßnahmen.

Antrag M04: Schattige Innenstadt - Coole Innenstadt

Antragsteller*in:	UB Märkischer Kreis, UB Siegen-Wittgenstein
Sachgebiet:	M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur

1 Deutsche Innenstädte, gerade im Kleinstadtbereich, haben meist viele Gemeinsamkeiten.
2 Leerstände, Versiegelung von Flächen, seltsame Metallsulpturen und vor allem:
3 fehlendes Grün. Gerade letzteres, im Verbund mit dunklen Bodenflächen und hohen
4 Randgebäuden mit dunkler oder Glasfassade, führt im urbanen Bereich zur Bildung von
5 Hitzeinseln, welche insbesondere vulnerable Bevölkerungsgruppen (bspw. ältere,
6 multimorbide, präpubertäre Menschen) gefährden. Diese Inseln können, je nach
7 vorherrschenden Bedingungen, eine Temperatursteigerung von bis zu 10°C Lufttemperatur
8 verursachen. Diese Steigerung, im Verbund mit den stetig steigenden
9 Durchschnittstemperaturen im Hinblick auf den sich verschlimmernden Klimawandel, kann
10 für schwer gesundheitsschädliche oder gar tödliche Bereiche in deutschen Innenstädten
11 sorgen, faktische „Deadzones“.

12 Die Aussicht, während des Einkaufens oder Bummelns zu kollabieren und im Zweifel
13 langwierige gesundheitliche Folgen davonzutragen, schreckt überraschender Weise
14 Kunden des in den Innenstädten angesiedelten Einzelhandels ab, diesen überhaupt nur
15 aufzusuchen.

16 Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, bietet sich die simpelste Lösung an:

17 **Mehr Grün, mehr Bäume, mehr Entsiegelung von Flächen.**

18 Als Jungsozialist*innen müssen wir dieser Entwicklung ein Ende setzen und den Gründen
19 mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenwirken. Denn die Folgen der
20 Hitzeinseln ist nicht nur ein Einbrechen des Einzelhandels, es kann u.a. zum Sterben
21 ganzer Kleinstädte beitragen, zur Verarmung der dort ansässigen Bevölkerung und zum
22 Wegbrechen von Ausbildungsplätzen einer ganzen Region. Natürlich sind die eben
23 genannten Beispiele nicht nur darauf zurückzuführen, dennoch ist gerade mit Blick auf
24 den Klimawandel eine Mitschuld nicht mehr auszuschließen.

25 So sollten wir uns als Jungsozialist*innen dafür einsetzen, dass:

- 26 • Mindestens 10% jeder Innenstadt neu beschattet werden, insbesondere Bereiche mit
27 hohen Temperaturwerten und/oder hohem Menschenaufkommen.
- 28 • Beschatten durch Grünanlagen (Bsp.: Bäume, Rankendecken aus Kletterpflanzen,
29 etc.) oder durch das Anbringen von etwaigen Planen, Sonnensegel, etc.
- 30 • Ein einheitliches Förderprogramm für Städte und Kommunen geschaffen wird, durch
31 welches die eben genannte Beschattung auch für finanziell schlecht gestellte
32 Städte und Kommunen ermöglicht werden kann.
- 33 • Bei dem Einsatz von Bäumen und Pflanzen zur Beschattung, mit Hinblick auf den
34 Klimawandel und die Veränderung der in Deutschland beheimateten Ökosysteme,
35 insbesondere auf Hitzebeständigkeit und Wasserverbrauch geachtet wird.
- 36 • Fließgewässer in Innenstädten zur Temperaturminderung entsiegelt und wenn
37 möglich renaturiert werden.

38

- 39 Wir dürfen den zukünftigen Generationen keine Beton- und Steinwüsten hinterlassen, in
40 welchen es weder Perspektiven, Ausbildungsplätze oder ein lebenswertes Klima gibt.
41 Wenn dies die Zukunft unseres Landes sein sollte, so haben wir in unserem Kern als
42 Jungsozialist*innen versagt.

Antrag O01: Wir müssen das Rad nicht neu erfinden - Austauschplattform für Anträge und Aktionen!

Antragsteller*in:	UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf, UB Remscheid, UB Solingen, UB Wuppertal
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

1 In ganz Nordrhein-Westfalen leisten unsere Unterbezirke und Kreisverbände
2 herausragende Arbeit. Es werden überzeugende politische Anträge auf den Weg gebracht
3 und erfolgreiche Veranstaltungen durchgeführt. Die gesammelte Kreativität dieses
4 Verbandes sollten wir nutzen und es einfacher machen, erfolgversprechende Ideen
5 wiederzuverwerten. Hierfür sollten die NRW-Jusos eine zentrale Austauschplattform
6 konzipieren.

7 Im Verbandsmagazin werden bereits vereinzelt Initiativen vorgestellt, eine solche
8 Plattform würde jedoch einen klaren Mehrwert darüber hinaus schaffen. Statt über viele
9 Zeitungsausgaben gestreut, sollen auf dieser Plattform Initiativen an einem Ort
10 konzentriert, einfach zugänglich und in einer geordneten Form gesammelt werden.
11 Suchfunktionen und ordnende Kategorien sollen hierbei die Orientierung vereinfachen
12 und somit eine bessere Anlaufstelle für die Suche nach neuen Projekten schaffen.
13 Durch niedrige Barrieren, Aktionen zu teilen und keine Begrenzung durch das
14 Zeitungsformat könnten so auch mehr Initiativen gesammelt werden. Artikel des
15 Verbandsmagazins, welches parallel weiterhin einen wichtigen Informationsbeitrag
16 leisten wird, können angepasst als erste Veröffentlichungen auf der Plattform
17 eingepflegt werden.

18 Eine solche Plattform soll für alle Unterbezirke und Kreisverbände sowie für alle in
19 der Kommunalpolitik aktiven Jusos offen und einfach zugänglich sein. Es soll in die
20 Bereiche kommunale Anträge, in welchen Bürger*innenanträge, Anregungen und
21 Fraktionsanträge für Kreistage, Stadträte und Bezirksvertretungen hochgeladen werden
22 können, und Best-Practice Veranstaltungen aufgeteilt sein. Diese Bereiche könnten in
23 ihrer Gestaltung beispielsweise dem Beschluss Wiki ähneln.

24 Wir Jusos geben uns nicht mit Selbstbeschäftigung zufrieden, sondern wollen aktiv vor
25 Ort politische Entscheidungen mitgestalten. Wir wollen junge Perspektiven in die
26 Politik einbringen und progressive Politik vorantreiben. Wir Jusos verstehen uns
27 nicht bloß als Nachwuchsorganisation der SPD, sondern als linker Richtungsverband.
28 Unser linkes, fortschrittliches, junges politisches Profil wird in der
29 Kommunalpolitik von keiner anderen politischen Kraft abgebildet, was umso mehr die
30 Notwendigkeit eines aktiven politischen Wirkens unsererseits unterstreicht. Mit der
31 Einbringung von politischen Initiativen können wir in der Kommunalpolitik genau dies
32 erreichen. Diese Bemühungen gilt es deshalb so gut wie möglich vonseiten des
33 Landesverbands zu unterstützen, indem wir den Austausch von kommunalen Anträgen
34 zwischen UB/KVs erleichtern.

35 Veranstaltungen und Aktionen leisten ebenso einen wichtigen Beitrag. Aktive
36 Veranstaltungen für Mitglieder, Bildungsarbeit und öffentlichkeitswirksame Aktionen
37 sind für den Erfolg unseres Verbands entscheidend. Die Vorstellung von Best Practice
38 Veranstaltungen soll dabei unterstützen, neue Ideen für Aktionen zu finden und die

39 eigenen zu verbessern. Auch die Vernetzung zwischen den UB/KVs würde durch einen
40 aktiveren Austausch über erfolgreiche Aktionen vertieft werden.

41 Wir wollen als Jusos durch Zusammenarbeit stärker werden. Indem man von Initiativen
42 Anderer neue Impulse einholen kann, wollen wir alle Unterbezirke und Kreisverbände
43 unterstützen. Gerade Neumitglieder, die zum ersten Mal politische Verantwortung
44 übernehmen, würden hierdurch profitieren. Darüber hinaus würde auch die Arbeit von
45 erfahrenen Vorstandsmitgliedern durch neue Ideen bereichert werden. Auf Vorarbeit
46 anderer aufbauen zu können, entlastet die Vorstandsarbeit, womit die Unterbezirke und
47 Kreisverbände in ihrer Arbeit landesweit gestärkt werden würden.

48 Das Rad muss nicht immer neu erfunden werden. Erfolgreiche Initiativen könnten durch
49 die Einführung eines solchen Portals einfacher wiederverwendet werden. Überall in NRW
50 ähnliche politische Anträge einzubringen, schafft ein landesweit einheitliches
51 politisches Profil. Die Orientierung an Best-Practice Beispielen vereinfacht die
52 Konzipierung und Durchführung von Veranstaltungen. Kurzum: Lasst uns auf die
53 erfolgreiche Arbeit unserer Kreisverbände und Unterbezirke aufbauen und uns
54 gegenseitig stärken.

55 **Deshalb fordern wir, dass eine digitale Austauschplattform aufgebaut wird, auf der**
56 **kommunale Anträge hochgeladen und Best-Practice Projekte sowie Veranstaltungen**
57 **dargelegt werden können.**

Antrag O02: Mutti gib ma' Geld - Für sozial gerechte Teilhabemöglichkeiten in Verband und Partei

Antragsteller*in:	KV Recklinghausen, UB Gelsenkirchen
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

1 Die SPD und damit auch die Jusos sind traditionell aus der Arbeiter*innenbewegung
2 erwachsen. Davon ist heute an vielen Stellen nicht mehr viel zu erkennen, denn
3 soziale Ungleichheiten haben sich über die Jahrzehnte auch in unseren Verband und in
4 die Mutterpartei eingeschlichen.

5 Die vermeintliche Offenheit, die sowohl unsere innerverbandlichen Angebote, als auch
6 die Angebote der Mutterpartei zu haben vermögen, ist bei weitem nicht für alle Jusos
7 spürbar. Berlinfahrt hier, Kommunalakademie da, ach und dann noch kurz als Gast zum
8 Buko. Teilhabe, Weiterbildung und Netzwerk kosten in einem Jahr schnell mal ein paar
9 hundert Euro. Die Jusos sind der Mutterpartei hier an vielen Stellen schon ein paar
10 Schritte voraus. Dort wo es bei uns Fahrtkostenerstattungen oder frei wählbare
11 Beitragshöhen für Veranstaltungen gibt, fehlt bei den Veranstaltungen der SPD jedwede
12 Unterstützung. Und die haben vor allem die jungen Menschen im Verband nötig, denn das
13 was andere Genoss*innen, die seit Jahren oder Jahrzehnten im Berufsleben stehen,
14 finanziell, ob nun während des Wahlkampfes oder auch bei Weiterbildungsangeboten
15 stemmen können, ist weit weg von der Realität von Studierenden oder Azubis.

16 An einigen Stellen greifen uns auch unsere Unterbezirke und Kreisverbände unter die
17 Arme, und diese Unterstützung wollen wir gar nicht schmälern, jedoch können sich
18 diese finanzielle Unterstützung auch nur finanziell gut aufgestellte UBs und KVs
19 leisten. Das sind zumeist die, die bei den Wahlen gut abschneiden. Da sieht's dann im
20 ländlichen Raum oder in schwarzen Städten und Landkreisen zu Teilen sehr leer in den
21 Kassen aus und es bleibt wenig bis gar kein Geld, um die Jusos überhaupt in ihrer
22 regulären Arbeit zu unterstützen.

23 **Deshalb fordern wir: Eine finanzielle Entlastung der Unterbezirke und Kreisverbände**
24 **bei der Unterstützung der Juso Arbeit und der individuellen Förderung und**
25 **Unterstützung der Mitglieder durch die SPD.**

26 Wir haben kein Geld, das ist auch uns Jusos klar. Wir sind jedoch der Meinung, dass
27 das Sparen bei der Nachwuchsförderung langfristig dazu führen wird, dass wir
28 schlechter bei den Wahlen abschneiden. Junge Kandidierende fahren bessere Ergebnisse
29 ein, das hat auch die Wahlanalyse der NRW SPD eindeutig gezeigt. So befinden wir uns
30 in einem Teufelskreis, der weder der SPD, noch den Jusos dienlich ist.

Antrag O03: Inklusion bei den Jusos - Vernetzungstreffen für Menschen mit Behinderungen

Antragsteller*in:	UB Mönchengladbach, UB Aachen-Stadt, UB in der Städteregion Aachen, KV Düren/Jülich, KV Heinsberg, KV Euskirchen
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

1 Unser Anspruch bei den Jusos besteht darin, eine inklusive Gesellschaft zu gestalten,
2 in der Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt und selbstbestimmt am
3 gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Um dieses Ziel zu verwirklichen, legen wir
4 besonderen Wert auf die Förderung des Austauschs und der Vernetzung unter Menschen
5 mit Behinderung. Aktuelle Studien zufolge, wie beispielsweise die von der Aktion
6 Mensch im Jahr 2019 durchgeführte Untersuchung, erfahren 60 % der Menschen mit
7 Behinderung leider immer noch Diskriminierung im Alltag.

8 Vernetzungstreffen bieten hierfür eine herausragende Gelegenheit, um wertvolle
9 Erfahrungen miteinander zu teilen, wichtige Informationen auszutauschen und
10 gemeinsame Anliegen zu diskutieren. Indem wir diese Plattformen für den engagierten
11 Austausch und die gegenseitige Unterstützung nutzen, möchten wir aktiv dazu
12 beitragen, Barrieren abzubauen und eine inklusivere Gesellschaft zu fördern.

13 Auch in unserem Verband sind Menschen mit Behinderung unterrepräsentiert. Unser Ziel
14 muss es sein, offene und barrierefreie Räume zu schaffen, in denen alle Menschen
15 gesehen und gehört werden. Wir glauben, dass der Austausch von Erfahrungen und
16 Perspektiven uns helfen kann, gemeinsam Ideen und Forderungen zu entwickeln.

17 Daher fordern wir, dass der Landesvorstand sich aktiv dafür einsetzt in
18 Zusammenarbeit mit Betroffenen, die Möglichkeit einer Organisation von
19 Vernetzungstreffen für Menschen mit Behinderung zu prüfen. Diese Treffen hätten das
20 Ziel, einen sicheren Raum zu schaffen, in dem Menschen mit Behinderung zusammenkommen
21 können, um einander zu empowern und sich auszutauschen.

22 Sollte die Machbarkeit festgestellt werden, sollten die NRW Jusos diese
23 Vernetzungstreffen nach Kräften unterstützen und umsetzen. Wir sind davon überzeugt,
24 dass solche Treffen einen wertvollen Beitrag zur Stärkung der Gemeinschaft und zur
25 Bewältigung von Herausforderungen im Alltag leisten können. Indem wir gemeinsam die
26 Voraussetzungen schaffen, um diese Idee in die Tat umzusetzen, können wir aktiv dazu
27 beitragen, die Teilhabe und Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung in
28 unserem Verband zu stärken.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag O04: Kinder- und Jugendschutz bei den Jusos

Antragsteller*in:	UB Aachen-Stadt, UB in der Städteregion Aachen, KV Düren/Jülich, KV Heinsberg, KV Euskirchen
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Mit 14 Jahren kann man sich schon dazu entscheiden, JuSo zu werden. Das ist definitiv
2 nicht das Durchschnittsalter bei den Jusos in der SPD. Daher braucht es expliziten
3 Schutz von Minderjährigen bei uns Jusos.
- 4 12 Stunden inhaltliches Programm, keinen physischen Ruheraum bei
5 Veranstaltungswochenenden, jede Abendgestaltung beinhaltet Rauschmittelkonsum und es
6 gibt keine professionelle pädagogischen Ombudspersonen, die bei Fällen wie z.B.
7 Awareness Fällen angesprochen werden können.
- 8 Um Kinder und Jugendliche bei den NRW-Jusos zu schützen, liegt es in erster Hand
9 darin, einen Ort zu schaffen, wo auch Minderjährige ohne nachhaltige Schäden sich
10 politisch entfalten können. Jusos sind kein Happy Land. Unser Verband ist nicht frei
11 von (Macht-)missbrauch, jeglichen Ismen und Diskriminierungsformen.
- 12 Aus diesem Grund müssen wir minderjährige Genoss*innen vor Ausbeutung durch unseren
13 Verband schützen, Ausbeutungen wie z.B. tatkräftige Arbeit während Wahlkämpfen, die
14 sich zumeist nicht nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz richten oder über 10 Stunden
15 inhaltliches Programm durch zu sitzen ohne ein Anrecht auf einen Entzug Ort zu haben.
16 Auch politische Arbeit ist Arbeit, somit müssen wir ein Augenmerk darauf haben, dass
17 es nicht normal ist, 5 Wochen am Stück durchgehend Wahlkampf zu machen als
18 Minderjährige und es noch extremer ist, von Kindern und Jugendlichen zu erwarten,
19 dass sie sich nach 8 Stunden konzentriert beteiligen, wenn sie offiziell nicht mal
20 über 8 Stunden arbeiten dürfen. Politische Arbeit ist Arbeit, auch wenn es offiziell
21 Ehrenamt ist.
- 22 Ein kategorisches Ausschließen durch nicht alternative Abendprogramme hindert
23 Minderjährige daran, sich vollkommen entfalten zu können. Verbandsabende bieten die
24 Möglichkeit Kontakte zu knüpfen, durch das konstante Ausschließen durch selektive
25 Auswahl an welche Jugendschutzgesetze man sich hält, werden Minderjährige nicht
26 wirklich mit bedacht. Mit bedacht werden sie auch nicht, wenn jede zweite
27 Abendgestaltung auf den Konsum von Substanzen hinausläuft, die man als minderjährige
28 Person offiziell nicht konsumieren darf. Leider ist die Verbandsstruktur komplett auf
29 Volljährige ausgerichtet. Durch diese Verbandsstruktur können Kinder und Jugendliche
30 bei uns leichte Opfer von Machtmissbrauch werden, durch Funktionär*innen, die zumeist
31 vom Alter her weitaus älter sind. Vor allem minderjährige FINTA- Personen sind da
32 häufig die Leidtragenden. Somit wird ihnen kein Raum gegeben, sich politisch zu
33 entfalten. Bei solchen Fällen mit Kindern und Jugendlichen reicht ebenfalls kein
34 Awareness Team, das nun mal nicht pädagogisch ausgebildet ist, weder noch die
35 Qualifikationen hat, um mit Jugendlichen zu arbeiten.
- 36 Daher brauchen wir Implementierung von klaren Verhaltensregeln gegenüber Kindern und
37 Jugendlichen, die Schulung von Funktionär*innen und Hauptamtlichen zum Umgang mit
38 Minderjährigen sowie die Einrichtung von professionellen, pädagogischen und
39 unabhängigen Beschwerdemechanismen.

40 Denn der Schutz von Minderjährigen muss gegeben sein, damit sie sich in einer
41 sicheren und geschützten Umgebung engagieren können.

42 **Forderungen:**

- 43 • unabhängige Pädagogische Beschwerdemechanismen einführen
- 44 • explizite Schulungen für Funktionär*innen und Hauptamtlichen mit Minderjährigen
- 45 • Implementierung von klaren Verhaltensregeln gegenüber Kindern und Jugendlichen
- 46 • Etablierung von einer pädagogischen Ombudsperson

Antrag O05: Queer, Sozialistisch, Vernetzt - Queersos zeigen Flagge

Antragsteller*in:	UB Aachen-Stadt, UB in der Städteregion Aachen, UB Dortmund, KV Düren/Jülich, UB Düsseldorf, KV Euskirchen, KV Heinsberg, UB Mönchengladbach, UB Mülheim an der Ruhr, UB Oberhausen, KV Recklinghausen, KV Rhein-Kreis Neuss, KV Wesel, UB Wuppertal
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Die Queer- und insbesondere Transfeindlichkeit wächst in Deutschland, darauf weisen
2 auch die letzten veröffentlichten Zahlen (417 Straftaten geschlechtsbezogener
3 Diversität im Jahr 2022 und 340 Straftaten geschlechts- bzw. sexuellbezogener
4 Identität im Jahr 2021 - Dunkelziffer deutlich höher^[1]) hin. Sei es am Rande von
5 CSDs, im privaten Alltag oder auf der Arbeit, in der Schule und politischen Diskurs
6 verschärft sich deutlich die Situation für betroffene Menschen. Die dadurch
7 ausgelösten Ängste und Sorgen schränken die für viele schon angedachte
8 selbstverständliche Freiheit massiv ein - wer sich für einen Kuss erst absichern
9 muss, verliert einen wesentlichen Teil dieser Freiheit.
- 10 Deshalb ist es Zeit zu handeln und unseren Verband als queeren Safer Space zu
11 stärken. Entsprechend fordern wir:
- 12 1. Etablierung einer Projektgruppe der Jusos unter dem Namen "Queersos", um eine
13 klare Identität zu schaffen und die Partizipation von queeren Menschen zu
14 fördern.
 - 15 2. Finanzielle Unterstützung von Veranstaltungen der "Queersos"
 - 16 3. Raum schaffen für durch die "Queersos" organisierten, Bildungsworkshops,
17 Weiterbildungen und Sensibilisierungsmaßnahmen für alle Jusos.
 - 18 4. Größtmögliche Repräsentation intersektional marginalisierter, bzw. mehrfach
19 diskriminierter Menschen, um die Relevanz multipler Marginalisierung zu
20 berücksichtigen.
 - 21 5. Organisation der Projektgruppe, die eigenständig und in Zusammenarbeit mit dem
22 Landesvorstand der NRW-Jusos, die bei der dritten Forderung genannten
23 Veranstaltungen organisiert.
 - 24 6. Einbringung der Queersos Projektgruppe durch die NRW-Jusos nach den Forderungen
25 1-5 auf Bundesebene
- 26 Wir erkennen die Notwendigkeit an, eigene Strukturen innerhalb der Jusos zu schaffen,
27 die sich nicht nur auf Vorstandsstrukturen beschränken. Eine größere Repräsentation
28 queerer Menschen über männlich cis hinaus ist dabei von zentraler Bedeutung.
- 29 Um dies zu gewährleisten, schlagen wir vor, eine Landeskoordination für queere Jusos
30 einzurichten, die queergerecht quotiert ist und über eine flache "Hierarchie"
31 verfügt. Diese Landeskoordination wird als Ansprechpartner:in für die queeren
32 Arbeitsgruppen fungieren und dabei unterstützen, die Anliegen der Queerkommunity auf
33 Landesebene zu vertreten. Eine besondere Sensibilisierung für mehrfach
34 marginalisierte Personen soll dabei eine zentrale Rolle spielen.
- 35 Des Weiteren möchten wir auf die zunehmende Queer- und Transfeindlichkeit in der

36 Gesellschaft hinweisen und unsere Sorge äußern, dass dies auch in unserem Verband und
37 unserer Partei zunehmen könnte. Daher sehen wir die Einrichtung einer queeren
38 Arbeitsgruppe als dringend erforderlich, um diesem Trend entgegenzuwirken und für
39 eine tolerante und akzeptierende Verbands Kultur einzutreten.

40 Wir bitten die Jusos, diesen Antrag offen zu diskutieren und Raum für die Gestaltung
41 der Queeren Arbeitsgruppe Queeros zu lassen. Wir sind bereit, aktiv an der Umsetzung
42 mitzuwirken und freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit.

43

44 [\[1\]](#) Bundesministerium des Innern und für Heimat & Bundeskriminalamt (2023), Politisch
45 motivierte Kriminalität im Jahr 2022 Bundesweite Fallzahlen

Antrag W01: Umverteilung made by Hendrik Wüst. Echte Altschuldenlösung jetzt!

Antragsteller*in:	UB Krefeld
Sachgebiet:	W - Wirtschaft und Finanzen

1 In den Kommunen schlägt das Herz unserer Demokratie. Hier wird Politik greifbar. Hier
2 wird der Grundstein für Innovationen gelegt. Viele Kommunen in NRW belasteten seit
3 Jahren die finanzielle Situation. Sie schlagen bereits seit Jahren Alarm. Die Folgen
4 der multiplen Krisen, steigende Preise, steigende Zinsen, gestiegene Baukosten und
5 vieles weitere stellen unsere Städte vor große Herausforderungen. Notwendige
6 kommunale Zukunftsinvestitionen werden ausgebremst oder gar verhindert. Seit vielen
7 Jahren erwarten die Städte und Gemeinden in NRW endlich eine Lösung zur
8 Altschuldenproblematik.

9 Im Koalitionsvertrag von CDU und Grüne in NRW steht: „Sollte der Bund seiner
10 Verantwortung nicht nachkommen, bekennen wir uns dazu, im kommenden Jahr selbst eine
11 Lösung herzustellen und dafür einen Altschuldenfonds einzurichten, der für die
12 teilnehmenden Kommunen eine substanzielle und bilanzielle Entlastung bringt“
13 (Zukunftsvertrag für NRW). Für das, was der schwarz-gelben Landesregierung in fünf
14 Jahren nicht gelungen ist, hat sich die selbsternannte ‚Zukunftscoalition‘ viel
15 vorgenommen und hat im Sommer 2023 einen Vorschlag vorgelegt.

16 In dem Programm des Landes steht, dass 199 Kommunen der 429 Städte, Gemeinden und
17 Kreise mit Liquiditätskrediten von über 100 Euro pro Einwohner Hilfe erhalten sollen.
18 Vergleichen kann man diese Kredite mit einem Dispositionskredit, den Privatleute
19 aufnehmen können. 100 Euro pro Einwohner seien angemessen. Alles darüber hinaus ist
20 eine kritische Summe.

21 Von einer substanziellen und bilanziellen Entlastung kann bei der vorgelegten
22 ‚Lösung‘ der Landesregierung jedoch keine Rede sein. Die Tilgung der vom Land
23 übernommenen Schulden soll über einen Vorwegabzug aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz
24 (GFG) erfolgen. Die Landesregierung will damit jährlich 460 Millionen Euro aus einem
25 Topf, der ohnehin den Kommunen zusteht. Das Land NRW selbst stellt kein eigenes Geld
26 zur Verfügung. Es handelt sich bei den 460 Millionen nicht um zusätzliches Geld.

27 Das Land verteilt kommunales Geld um und zahlt selbst nichts.

28 Umverteilung made by Hendrik Wüst.

29 Um das an einem Beispiel festzumachen: Der Bestand der in Anspruch genommenen
30 Liquiditätskredite liegt in Krefeld weit über 100 Euro pro Einwohner. Die Stadt
31 Krefeld würde zwar gegebenenfalls eine Zuweisung zur Tilgung der Altschulden
32 erhalten. Diese würde jedoch aus dem Topf des GFG genommen werden, was bedeuten
33 würde, dass die GFG-Zuweisung für Krefeld geringer ausfallen würde.

34 Warum ist das problematisch? Eine Finanzierung zur Lösung der Altschuldenproblematik
35 über das GFG schränkt den finanziellen Spielraum der Kommunen ein. Mit den Mitteln
36 aus dem GFG werden notwendige kommunale Investitionen, gerade auch soziale
37 Investitionen, wie beispielsweise in Schulen, KiTas und Klimaschutz finanziert. Diese
38 Kritik kommt auch von dem Vorsitzenden des Städtetages Nordrhein-Westfalen und

- 39 Essener Oberbürgermeister, Thomas Kufen (CDU), also auch aus den eigenen Reihen.
40 Dieser bezeichnete die Altschuldenproblematik bereits als „tickende Zeitbombe“.
41 Auch das vorgestellte Investitionsprogramm für kommunalen Klimaschutz und
42 Klimafolgenanpassung, welches ein Volumen von 6 Milliarden Euro auf mehrere Jahre
43 umfasst, soll ebenfalls über einen Vorwegabzug aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz
44 realisiert werden. Wieder keine eigenen Investitionen vom Land, sondern Geld, das
45 ohnehin den Kommunen zusteht und damit das Gemeindefinanzierungsgesetz jedes Jahr um
46 300 Millionen Euro geringer ausfallen lässt.
- 47 Statt eine Lösung der Altschuldenproblematik vorzulegen, kommt Hendrik Wüst mit einem
48 kommunalen Finanzausgleich.
- 49 Die Landesregierung stellt ein Paket vor, bei dem 19,7 Milliarden Euro Schulden
50 gemeinsam von Land und Bund getragen werden sollen. Der Bund übernimmt demnach die
51 Hälfte, also rund 9,85 Milliarden Euro. Man kann Bundesfinanzminister Lindner einiges
52 vorwerfen, muss seine Haushalts- und Investitionspolitik scharf hinterfragen und
53 kritisieren. Man kann ihm auch den ökonomischen Sachverstand absprechen. Doch selbst
54 Lindner wird wohl kaum einer ‚Altschuldenlösung‘ zustimmen, bei dem er der Einzige
55 ist, der am Ende zahlt. Um die „tickende Zeitbombe“ zu stoppen, stellt die schwarz-
56 grüne Koalition ein Paket vor, bei dem sie davon ausgehen muss, dass der Bund diese
57 nicht mittragen wird. Das Ganze erweckt den Eindruck, als wolle Schwarz-Grün einzig
58 und allein einen Punkt aus ihrem Koalitionsvertrag irgendwie abhacken. Schließlich
59 wird das größte Bundesland derzeit mehr verwaltet, als gestaltet. Die Zeche wird von
60 den Kommunen gezahlt. Bei einem Scheitern des Vorschlages wird die Schuld die Ampel
61 tragen. Man habe als Landesregierung immerhin einen Vorstoß gewagt.
- 62 Diese ‚Altschuldenlösung‘ können wir nicht mittragen. Sie ist keine.
- 63 Andere Bundesländer zeigen vor, wie es gehen kann. Das von Malu Dreyer geführte und
64 SPD-regierte Rheinland-Pfalz hat mit dem Programm „Partnerschaft zur Entschuldung der
65 Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP)“ eine Lösung geschaffen. Das Land orientiert
66 sich an dem Grad der Verschuldung der Kommunen. Je höher die Schulden einer Kommune,
67 desto höher der prozentuale Anteil der Schulden, die das Land übernimmt. Für 552
68 Ortsgemeinde, acht kreisfreie Städte, elf Landkreise, fünf verbandsfreie Gemeinden
69 und 20 Verbandsgemeinden wurde hier ein finanzieller Befreiungsschlag geschaffen.
- 70
- 71 Daher fordern wir:
- 72 1. Die Lösung zur Altschuldenproblematik darf nicht durch das GFG finanziert
73 werden. Die ‚Altschuldenlösung‘ der schwarz-grünen Landesregierung ist keine.
 - 74 2. Der Landtag NRW soll die Entschuldung der Kommunen im Kernhaushalt abbilden und
75 somit sich selbst an der Altschuldenlösung finanziell beteiligen.
 - 76 3. Ein echtes Investitionsprogramm für kommunalen Klimaschutz und
77 Klimafolgenanpassung, das nicht durch das GFG finanziert wird.
 - 78 4. Die Ausarbeitung einer tatsächlichen Altschuldenlösung zwischen Land und Bund,
79 die die Kommunen tatsächlich entlastet und nicht ihren finanziellen
80 Handlungsraum einschränkt.

Antrag W02: Der Preis ist heiß - Preiskontrollen statt Profite!

Antragsteller*in:	UB Düsseldorf, UB Kreis Mettmann, UB Solingen, UB Wuppertal, UB Remscheid
Sachgebiet:	W - Wirtschaft und Finanzen

- 1 Im Juni 2023 beträgt die Inflationsrate in Deutschland 6,4% im Vergleich zum
2 Vorjahresmonat. Diese anhaltende Entwicklung belastet Wirtschaft, Gesellschaft und
3 Politik. Menschen mit niedrigem Einkommen und weitere marginalisierte Gruppen sind
4 davon besonders betroffen.
- 5 Preissteigerungen und Inflation werden in Deutschland mithilfe eines fiktiven
6 Warenkorb geschätzt - auch Verbraucherpreisindex genannt. Im Juni 2023 stiegen die
7 Preise im Vergleich zum Vorjahresmonat für Nahrungsmittel um 13% und die für Energie
8 nur um 3%. Diese Zahlen geben ein Anzeichen dafür, dass die Energiepreise derzeit
9 nicht der entscheidende Inflationstreiber sind.
- 10 Im Zusammenhang von Inflations- und Preisentwicklungen sind Lohnentwicklungen wichtig
11 zu betrachten. Nominallöhne sind die tatsächlich in Euro gezahlten Entgelte für
12 geleistete Arbeit. Reallöhne hingegen berücksichtigen die Inflationsrate, setzen die
13 Nominallöhne ins Verhältnis zum Preisniveau und stellen somit die realen Löhne dar.
- 14 Die steigende Inflation wirkt sich in großem Maße auf die Reallohnentwicklung in
15 Deutschland aus. Im ersten Quartal 2023 stiegen die Nominallöhne im Vergleich zum
16 Vorjahresquartal um 5,6%. Die Inflation stieg im gleichen Zeitraum jedoch um 8,3%.
17 Somit ist zwar eine Erhöhung der Nominallöhne feststellbar, die Reallöhne sanken
18 aufgrund der hohen Inflation im Vergleich zum ersten Quartal 2022 aber um 2,3%.
19 Infolgedessen sinkt die tatsächliche Kaufkraft der Beschäftigten trotz der nominalen
20 Lohnerhöhungen und der geringen Arbeitslosigkeit stetig.
- 21 Der Trend aus den Jahren 2020 bis 2022 setzt sich damit auch im Jahr 2023 fort. Im
22 Jahr 2022 sanken die Reallöhne im Vergleich zum Jahr 2021 um 4,0%. Die Reallöhne
23 konnten durch die Möglichkeit zur Auszahlung der Inflationsprämie kurzfristig zwar
24 gesteigert werden, diese Maßnahme schafft aber keinen langfristigen Ausgleich für die
25 steigenden Verbraucherpreise, sondern stellt nur eine kurzfristige Lösung dar.
- 26 Menschen mit geringen Reallöhnen sind stärker von einer Inflation getroffen, da sie
27 einen größeren Anteil ihres Einkommens für Produkte ausgeben, die besonders von
28 Preissteigerungen betroffen sind. Der Hauptgrund für die sinkenden Reallöhne ist die
29 steigende Inflation, die zu einem großen Teil durch die Profitorientierung von
30 marktbeherrschenden Unternehmen verursacht und angetrieben wird. Die starken
31 Preisanstiege sind dabei nicht auf tatsächlich erhöhte Produktionskosten oder
32 Planungsunsicherheiten, sondern auf die Erhöhung der Profitmargen der Unternehmen
33 zurückzuführen. Unternehmen mit großer Marktmacht erhöhen ihre Preise schnell und
34 unverhältnismäßig. Dies ist aufgrund eines branchenweiten Angebotschocks möglich,
35 der eine Preissteigerung vieler Unternehmen zur Folge haben wird. Es kommt dabei in
36 bestimmten Branchen, beispielsweise im Energiesektor, nur eingeschränkt zu einem
37 wirksamen Wettbewerb.
- 38 Im Vergleich zu den schnellen und sprunghaften Preiserhöhungen steigen Nominallöhne
39 nur langsam und Reallöhne sinken demzufolge immer stärker. Das Ungleichgewicht

40 zwischen den Preiserhöhungen und den Reallöhnen betrifft dabei insbesondere die
41 Grundnahrungsmittel, die Energieversorgung sowie den Gesundheitssektor. Die durch die
42 Preiserhöhungen erzielten Profite werden dabei aber nicht in Form von Lohnerhöhungen
43 an die Beschäftigten, sondern an die Shareholder weitergegeben, sodass eine
44 Umverteilung von der Arbeitnehmer*innenschaft zu den Shareholdern stattfindet. Diese
45 Shareholder sind vor allem die Vermögenden in Deutschland, sodass die ungleiche
46 Verteilung des Vermögens in Deutschland weiter verstärkt wird. Die Gefahr einer
47 sogenannten "Lohn-Preisspirale" besteht in diesem Kontext nicht, da aufgrund der
48 rigiden Preisverhandlungen der Großteil der Preissteigerungen durch sinkende
49 Reallöhne kompensiert wird.

50 Höhere Löhne können den Unternehmen aber als Anreiz zur Erzielung höherer Gewinne
51 dienen. Durch höhere Nominallöhne in Kombination mit einer zurückgehenden Inflation
52 kann der Konsum der Gesellschaft ansteigen. Dies geschieht, indem die zurückgehende
53 Inflation dazu führt, dass die Kaufkraft der Beschäftigten sich durch höhere
54 Reallöhne erhöht, sodass die Nachfrage auch nach nicht lebensnotwendigen Produkten
55 steigt und mehr konsumiert wird. Trotz kleinerer Gewinnmargen kann so ein höherer
56 Gewinn erzielt und die Wirtschaft angekurbelt werden.

57 Preiskontrollen und Preisüberwachungen können an zukünftigen Inflations- und
58 Preisentwicklungen ansetzen und proaktiv abmildern. Durch eine Kontrolle der
59 Profitmargen kann die Inflation verringert werden, sodass die Kaufkraft, gemessen an
60 den Reallöhnen, wieder gesteigert wird. Dabei sollten sich Preiskontrollen an
61 Profitmargen von Unternehmen mit großer Marktmacht orientieren. Mit solchen
62 Preiskontrollen ist es denkbar, dass Unternehmen, die ihre Preise im Kontext eines
63 branchenweiten Angebotschocks überproportional erhöhen, um ihre Profitmargen zu
64 erhöhen, im Nachhinein zur Rechenschaft gezogen werden. Die Existenz von
65 institutionellen Preiskontrollen oder ähnlichen Instanzen soll bereits durch ihre
66 reine Existenz zu einer Reduzierung des Inflationsgeschehens und der
67 Profitmaximierung führen.

68 Zur Einsetzung von Preiskontrollen gibt es eine Reihe von Möglichkeiten der
69 Umsetzung. Die Hauptkonfliktpunkte zeichnen sich bei den Unternehmen ab, die
70 innerhalb ihrer Branche eine maßgebliche Marktmacht aufweisen und somit Preise
71 treiben. Deshalb liegt eine Ansiedlung von Preiskontrollen in Deutschland im
72 Bundeskartellamt nahe. Dieses vollzieht das deutsche und europäische Wettbewerbsrecht
73 und besitzt bereits ausreichende Auskunft über Marktmacht und Marktpositionen.
74 Gleichwohl ist eine Zusammenarbeit bei der Aufgabe auf EU-Ebene wünschenswert, um
75 supranational agierende Unternehmen diesbezüglich im Blick zu haben. Perspektivisch
76 ist auch eine Ansiedlung der Kompetenz auf EU-Ebene denkbar. Ein Beispiel für eine
77 solche Instanz ist das Amt des sogenannten Preisüberwachers in der Schweiz. Dieser
78 setzt die von uns beabsichtigten Ziele bereits erfolgreich um. Zu seinen
79 Aufgabenbereichen gehört die Verhinderung von missbräuchlichen Preiserhöhungen und
80 Preisbeibehaltungen aufgrund fehlenden Wettbewerbs.

81 **Wir Jusos fordern die Entwicklung eines Preiskontrollsystems, das sich an der**
82 **Inflationsrate, den Reallöhnen und den Profitmargen orientiert und beispielsweise**
83 **behördliche Strukturen und Maßnahmen zur Einflussnahme auf die Preisentwicklung**
84 **schaft.**

Antrag W03: Den Wandel finanzieren – mit einer sozialistischen Steuerpolitik!

Antragsteller*in:	UB Märkischer Kreis, UB Siegen-Wittgenstein
Sachgebiet:	W - Wirtschaft und Finanzen

1 Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft befinden sich im Wandel. Die Transformation
2 unserer Industrie verändert unsere Arbeitswelt und die Erwerbsstruktur nachhaltig.
3 Die Infrastruktur in vielen Teilen Deutschlands benötigt ein dringendes Update. Durch
4 die Herausforderungen des Klimawandels gibt es enormen Reformbedarf bei der Art wie
5 wir leben und arbeiten.

6 All das kostet Geld. Die solidarische Finanzierung des Umbaus von Gesellschaft und
7 Industrie ist der Stützpfeiler für den Wohlstand der Zukunft. Daher muss endlich eine
8 grundlegende Steuerreform in Deutschland und Europa umgesetzt werden. Eckpfeiler
9 dieser Steuerreform sind:

10

11 1. Reform der Einkommensteuer / Anhebung des Spitzensteuersatzes

12 Die Steuerprogression darf nicht einfach enden: Einkommensmillionär*innen dürfen von
13 der Progression nicht länger ausgenommen sein. Dazu werden oberhalb der Tarifzone 4
14 mehrere weitere Tarifzonen mit erhöhten Koeffizienten eingeführt. Ziel ist es,
15 oberhalb der aktuellen Grenze der Tarifzone 4 (aktuell 277.826€ z.v.E.) weitere
16 Progressionsstufen einzuziehen, die deutlich höhere Einkommen stärker als mit dem
17 Koeffizienten 0,45 besteuern.

18 Gleichzeitig wird innerhalb der Tarifzone 4 eine weitere Aufteilung herbeigeführt. So
19 wird verhindert, dass Personen mit 62.810€ z.v.E. (aktuell untere Grenze) und
20 277.825€ z.v.E. (aktuell obere Grenze) gleich besteuert werden. So können die unteren
21 Einkommen der Tarifzone 4 leicht entlastet werden.

22

23 2. Reform der Erbschaftssteuer

24 Auch bei der Reform der Erbschaftssteuer muss die Progression stärker berücksichtigt
25 werden. Die Kappung der Erbschaftssteuer bei 50% erscheint zunächst gerecht. Doch
26 eine mehrstellige Millionenerbschaft ist für den/die Empfänger*in der Erbschaft
27 zunächst leistungslos. Leistungslose Einkommen müssen stärker besteuert werden als
28 Einkommen durch Arbeit. Daher sind für Angehörige aller Steuerklassen die Steuersätze
29 zu erhöhen. Außerdem sind mehr Klassen für den Wert des steuerpflichtigen Erwerbs
30 auszuweisen um insbesondere kleine Erbschaften über dem Freibetrag nicht übermäßig zu
31 belasten. Die Freibeträge sollen bestehen bleiben.

32

33 3. Wiedereinführung der Vermögenssteuer

34 Die Vermögenssteuer wird wieder eingeführt, zunächst mindestens mit einem Steuersatz
35 von einem Prozent pro Million Euro pro Person.

36

37 4. Reform der Kapitalertragsteuer

38 Kapitalerträge sollen genauso besteuert werden wie Erträge aus Lohnarbeit.

Antrag W04: Nicht jedes saubere Geld ist geil - Geldwäsche in Deutschland einfacher als andersorts

Antragsteller*in:	UB Mönchengladbach
Sachgebiet:	W - Wirtschaft und Finanzen

1 Deutschland ist ein Paradies für Geldwäsche. So werden im Jahr 2023 voraussichtlich
2 433 Milliarden Euro illegal erwirtschaftet werden. Das entspräche 10% des
3 Bruttoinlandsprodukts, kurz BIP. Gleichzeitig werden jährlich ca. 100 Milliarden Euro
4 in Deutschland gewaschen, was einem Viertel des Bundeshaushalts entspricht.

5 Geldwäsche allgemein beschreibt den Vorgang, der die Herkunft von illegal erworbenem
6 Geld verschleiern soll, um dieses wieder in den legalen Wirtschaftskreislauf
7 einzuführen. Die illegalen Einnahmen stammen meist aus Sachverhalten wie
8 Drogenhandel, Menschenhandel, Erpressung, Waffenhandel, Schmuggel, Raub, Bestechung
9 oder Schwarzarbeit.

10 Es gibt eine Vielzahl an Behörden, die für die Bekämpfung von Geldwäsche zuständig
11 sind. So überprüfen 300 verschiedene Behörden mit insgesamt 215,5
12 vollzeitbeschäftigten Personen 1.000.000 Händler:innen. Außerdem ist die sog.
13 Financial Intelligence Unit, kurz FIU, dafür verantwortlich, Verdachtsmeldungen unter
14 anderem von Banken und Notar:innen nachzugehen. Des Weiteren sind auch die Bafin, die
15 Bankenaufsicht, der Zoll und die (Finanz-)Polizei für das Thema Geldwäsche
16 verantwortlich.

17 Geldwäsche zu bekämpfen ist eine Herausforderung, weil nicht staatliche
18 Institutionen, wie Banken, Notar:innen, Versicherungen, Steuerberater:innen und viele
19 mehr als Hinweisgeber:innen fungieren müssen. Deshalb trat 1993 das Geldwäschegesetz,
20 kurz GwG, in Deutschland in Kraft, das eine rechtliche Grundlage für die Bekämpfung
21 von Geldwäsche bilden soll. Demnach sind bestimmte Berufsgruppen, wie z.B. Banken,
22 Immobilienmakler:innen, Notar:innen, Steuerberater:innen und viele mehr, verpflichtet
23 verdächtige Transaktionen zu melden und Sorgfaltspflichten einzuhalten. Die
24 Meldepflicht wurde nahezu auf das gesamte Wirtschaftsleben erweitert. Außerdem wurde
25 2017 im Rahmen einer europäischen Richtlinie das zentrale Transparenzregister
26 geschaffen, wo wirtschaftlich Berechtigte mit mindestens 25% Anteilen sichtbar sind.
27 Dennoch bleiben die Eigentümer:innen von schätzungsweise jeder zehnten Wohnung in
28 Berlin u.A. durch Firmenkonstrukte anonym.

29 Mit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine begann auch die Durchsetzung von Sanktionen
30 gegen Russland. So gibt es bspw. ein Öl-Handelsverbot mit Russland. Gleichzeitig geht
31 die Europäische Union gezielt gegen russische Oligarch:innen, Propagandist:innen und
32 Militärs vor, indem deren im Westen verstecktes Vermögen eingefroren werden soll, um
33 damit das politische System Putin zu schwächen.

34 Im Mai 2022 wurde das erste Sanktionsdurchsetzungsgesetz beschlossen, womit
35 Ermittler:innen mehr Befugnisse auf der Suche nach sanktioniertem Vermögen haben. Das
36 zweite Sanktionsdurchsetzungsgesetz soll nicht nur der Umsetzung von Sanktionen
37 dienen, sondern auch zusätzlich Geldwäsche bekämpfen. So ist es bspw. seit April
38 dieses Jahres verboten, Immobilien mit Bargeld zu bezahlen. Außerdem sollen im

39 Transparenzregister nun auch Informationen zu Immobilienbesitz aus den Grundbüchern
40 von meldepflichtigen Personen angegeben werden.

41

42 **Wem gehört was? Auf der Suche nach den Personen hinter dem Vermögen**

43 Geldwäsche stellt auch eine Gefahr für unsere Demokratie dar. Denn wenn man Geld
44 wäscht, bspw. mit dem Erwerb von Immobilien und Firmen(-anteilen), bedeutet das, dass
45 man wirtschaftliche und damit auch politische Macht ausüben kann. Grundlegender macht
46 Geldwäsche es überhaupt möglich, dass sich kriminelle Tätigkeiten wirtschaftlich
47 lohnen und Korruption kann dadurch überhaupt erst möglich werden.

48 In der Hinsicht ist es wichtig Eigentümer:innen von Vermögen nachzuverfolgen. Gerade
49 bei den Sanktionen gegen russische Oligarch:innen kann man erkennen, wie schwierig
50 das für den deutschen Staat ist. Bspw. ist die Schwelle von 25% Anteilen für die
51 Eintragung im Transparenzregister ist so hoch, dass man sie mit einer handvoll
52 Partner:innen umgehen kann. Dazu haben sich aktuell gerade einmal die Hälfte der
53 verpflichteten Unternehmen im Register eingetragen. Diese dünne Datenlage macht es
54 äußerst einfach den Vermögensbesitz durch komplexe Unternehmensgeflechte zu
55 verschleiern und erschwert Terrorismusbekämpfung und die Aufdeckung von Geldwäsche.
56 Die Entscheidung Deutschlands das Transparenzregister zu schließen nach dem EuGH-
57 Urteil vom Ende November 2022 kritisieren wir daher sehr scharf und erwarten, dass im
58 Rahmen der Umsetzung der 6. Geldwäsche-Richtlinie das Transparenzregister wieder
59 geöffnet wird.

60 Außerdem sind die verschiedenen Register kaum miteinander verknüpft und teilweise gar
61 nicht digitalisiert, wie bspw. die Grundbücher, bei denen der Prozess immer noch auf
62 sich warten lässt. Dass im Handelsregister jeder Anteilseigner, im
63 Transparenzregister aber nur Berechtigte ab einer Schwelle von 25 Prozent erfasst
64 werden, erzeugen auch nur weitere Unstimmigkeiten. Generell läuft man durch diese
65 ganzen Parallelstrukturen Gefahr, dass ohne Abgleichungen widersprüchliche Daten
66 übermittelt werden können und so Ermittlungen erschwert werden. Dazu sind Register
67 bei anderen Vermögenswerten wie Anleihen, Aktien, Yachten, Kryptowährungen und Co.
68 bisher noch gar nicht vorhanden, obwohl diese auch für Geldwäsche zu Gebrauch kommen.
69 Das alles bedeutet, dass man eher auf Datenleaks wie die Pandora Papers angewiesen
70 ist, um zu wissen, wer welche Vermögenswerte besitzt.

71

72 **Die deutsche FIU: Das Nadelöhr, das Geldwäschebekämpfung lahmlegt**

73 Wenn es dann aber um Geldwäschebekämpfung vorrangig geht, muss man auf die sog.
74 Financial Intelligence Unit, kurz FIU, blicken. Die Spezialeinheit des Zolls, früher
75 beim Bundeskriminalamt, bearbeitet Meldungen zu verdächtigen Zahlungen von Banken,
76 Finanzdienstleister:innen und weiteren Meldepflichtigen und leitet sie ggf. an die
77 Landeskriminalämter weiter.

78 Nun hat sich in der letzten Zeit herausgestellt, dass über 250.000 Meldungen gar
79 nicht bearbeitet worden sind. U.A. ist nicht gesetzlich geregelt, wie schnell die FIU
80 die Meldungen bearbeiten muss. Und teilweise gehen die Fälle bis zu 3 Jahre zurück.
81 Das stellt insofern ein Problem dar, dass die Ermittlungsbehörden, wenn sie dann
82 einen Fall weitergeleitet bekommen, nur noch wenig Zeit zur Aufklärung haben, da

83 Geldwäsche nach 5 Jahren verjährt.

84 Außerdem läuft die Arbeit derzeit kaum digitalisiert ab und es fehlt der Zugang zu
85 polizeilichen Daten, um bspw. zu überprüfen, ob schon Ermittlungen laufen oder nicht.
86 Außerdem klagen die Landeskriminalämter, dass die Arbeit zu langsam und zu schlecht
87 läuft. Hier rächt sich auch der Wechsel der FIU vom BKA zum Zoll, wo zu wenig Beamte
88 mit dieser großen Aufgabe konfrontiert wurden. Derzeit sind etwa 600 Personen bei der
89 FIU angestellt und bis 2026 sollen es mehr als 700 werden. Ihr fehlt es aber auch an
90 spezialisiert geschultem Personal.

91 Zum Vergleich: Die Guardia di Finanza in Italien geht gegen organisierte
92 Kriminalität, Steuerhinterziehung und Korruption vor. Dafür hat sie kriminalistisch
93 geschultes Personal, verfügt insgesamt über 60.000 Mitarbeitenden und kann
94 verdächtiges Vermögen einziehen.

95 Wir begleiten daher kritisch den Prozess des Bundesfinanzministers, einen
96 Gesetzentwurf für eine „Bundesbehörde zur Bekämpfung von Finanzkriminalität“
97 vorzulegen, in der die FIU angesiedelt sein soll. Wir erwarten strukturelle
98 Besserungen in der Bekämpfung der Geldwäsche und hoffen, dass durch diese neue
99 Bundesbehörde die Geldwäschebekämpfung nicht droht, noch weiter zu stocken.

100 **Geldwäsche vor Ort nachgehen: Wo kein Kläger, da kein Richter?**

101 Der Kontrollbericht über die FIU der sog. Financial Action Task Force, kurz FATF,
102 das internationale Anti-Geldwäschegremium, in diesem Jahr fiel nämlich erneut
103 durchwachsen aus. Alleine schon die undurchsichtigen Eigentümer:innen-Strukturen von
104 Vermögenswerten stellen eine große Einladung für Geldwäsche dar aber auch die
105 Kontrolle des Nicht-Finanzsektors (also die meldepflichtigen Händler:innen, bspw.
106 Autohändler:innen, Schmuckhändler:innen, uvm.) ist sehr mangelhaft.

107 Im Schnitt wird vor Ort alle 200 Jahre geprüft, ob die Nachweise korrekt geprüft und
108 Meldungen richtig eingereicht worden sind. Die Kontrollen sind so sparsam, dass 2020
109 der Bundesrechnungshof bei einer Untersuchung der Kontrollen des Nicht-Finanzsektors
110 zum Ergebnis kam, dass es „keine wirksame Geldwäscheaufsicht“ gibt. Das liegt auch an
111 den mangelnden Stellen für die Vor-Ort Prüfung und der fehlenden Bargeldobergrenze.
112 Derzeit muss man lediglich bei einem Betrag von mindestens 10.000 Euro die Identität
113 feststellen und aufzeichnen.

114 Aber darüber hinaus ist es nicht immer möglich die behördlichen Ermittlungen in
115 Angriff zu nehmen. Denn Geldwäscheermittlungen können nur im Zusammenhang mit
116 Ermittlungen zur Vortat, die eben verschleiert werden soll, erfolgen. Weil die Essenz
117 der Geldwäsche gerade aber darin besteht, den Zusammenhang zwischen Transaktion und
118 Vortat zu verschleiern, können die Strafverfolgungsbehörden meistens gar nicht erst
119 anfangen zu ermitteln. Vor allem da in den Strafverfolgungsbehörden Personal fehlt,
120 um dem komplexen Verfahren gerecht zu werden, fallen Ermittlungen zu Geldflüssen und
121 organisierter Kriminalität der einfacheren Aburteilung der Vortat zum Opfer.

122 **Forderungen:**

123 Damit Deutschland nicht mehr als Paradies für Geldwäsche dient fordern wir:

124 • eine Verbesserung der statistischen Datenlage:

125 Eine bessere statistische Grundlage würde die wissenschaftliche Analyse verbessern.

126 Des Weiteren ist eine verbesserte Kriminalstatistik notwendig, um zielgenau zu

- 127 handeln und notwendige Maßnahmen abzuleiten. Dazu zählen sektorspezifische Analyse
128 bspw. zu den Eigentümer:innenstruktur auf dem Immobilienmarkt, Umsätzen in
129 bargeldintensiven Branchen uvm.. Des Weiteren sollen die bestehenden Register, wie
130 das Grundbuch und Bankkontenregister im Eiltempo digitalisiert werden.
- 131 • die Schaffung eines sog. Türöffner:innenstrafatbestands zur effektiven
132 Bekämpfung von Geldwäsche:
- 133 Durch die Einführung dieses Straftatbestands sollen Ermittlungen bereits bei Verdacht
134 auf Geldwäsche ermöglicht werden. Dies würde den Behörden erlauben, gegen Personen
135 vorzugehen, die Geldwäsche-Aktivitäten unterstützen oder erleichtern, unabhängig vom
136 ursprünglichen Straftatbestand.
- 137 • die Schaffung eines wirksamen Instruments zur Vermögenseinziehung!
138 Behörden sollen die Möglichkeit haben, nach dem Vorbild anderer Länder
139 Vermögenswerte, welche im Zusammenhang mit Geldwäsche stehen und eine Wertgrenze von
140 100.000 Euro überschreiten, zu beschlagnahmen, bzw. Konten einzufrieren.
- 141 • eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der zuständigen Behörden:
 - 142 • einen Pakt für den Rechtsstaat zwischen Bund und Ländern für die Bekämpfung von
143 Geldwäsche:
- 144 In diesem Zusammenhang soll der Austausch von Informationen zwischen Behörden wie
145 z.B. dem Finanzamt und der FIU, wie auch der Aufteilung von Zuständigkeiten
146 verbessert werden.
- 147 • einen verbesserten Austausch und Kommunikation zwischen zum Melden
148 Verpflichteter und den Behörden.
- 149 Behörden sollen die aktuellen Trends in der Geldwäsche analysieren und die Meldenden
150 darüber informieren. Dazu sollen die aktuellen Merkmale zur Erkennung von Geldwäsche
151 übermittelt werden, um die Meldequalität zu verbessern. Dadurch müssen die zum Melden
152 Verpflichteten, wie Banken, Notar:innen usw. nicht mehr alles überwachen, sondern
153 können gezielt an Hand der Merkmale prüfen und melden.
- 154 • Eine Bargeldobergrenze von 1000 Euro.
155 Waren, deren Wert 1000 Euro überschreitet, sollen demnach nur noch per Rechnung,
156 Lastschrift oder EC-Karte gekauft werden können. Ziel ist dabei nicht, den
157 alltäglichen Gebrauch von Bargeld einzuschränken. Vielmehr soll es erschwert werden,
158 Gelder aus illegalen Aktivitäten durch z.B. dem Kauf und Verkauf von Gebrauchtwagen
159 oder Schmuck zu waschen.

Begründung

erfolgt mündlich